Atom Express & Atommüllzeitung

atom

a t o m Nr. 20, März/April 1988 Preis 4 Mark

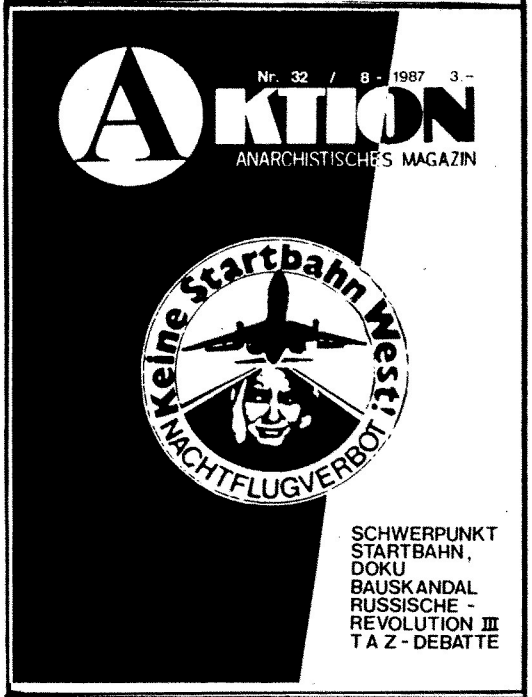
DIE ATOMMÜLL-MAFIA

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

AKTION

ANARCHISTISCHES MAGAZIN
Kriegkstr. 38 6000 Frankfurt

Die AKTION versteht sich als bundesweites Diskussionsforum von anarchistischen und antiautoritären Gruppen und Einzelpersonen. Viel Wert legen wir auf die internationalen Berichte, um über die dortigen Kämpfe zu informieren und libertäre Positionen dazu herauszubilden. In Bezug auf unsere eigene Situation geht es um eine kontinuierliche Fortentwicklung der Kämpfe von sozialen Bewegungen hin zu einer sozialrevolutionären Perspektive.



Die AKTION erscheint ca. alle 6 Wochen und kostet 3.- DM. Wer sie druckfrisch haben möchte, soll 15.- DM für 5 Ausgaben bzw. 30.- DM für 10 Ausgaben auf folgendes Konto überweisen:
W. Zoubek
Postgirokonto 490930 - 607
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60
Gegen Einsendung von 3.- DM + 0,70 DM Porto in Briefmarken senden wir gerne ein Probeexemplar zu.

Die „links" erscheint bereits seit 1969 und hat sich seither zu einem festen Bestandteil der deutschsprachigen Publizistik entwickelt. In der „links" werden jeden Monat Kommentare, Analysen, aktuelle Informationen sowie Interviews, Debatten und theoretische Beiträge zu politischen Ereignissen und Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der Welt, insbesondere auch der „Dritten Welt", und zur Theoriediskussion veröffentlicht.

Die „links" hat sich den schnellebigen Moden der „scene" nicht angepaßt. „In" zu sein soll für uns nicht zum Kriterium politischer Orientierung oder gar sozialistischer Strategiediskussion werden. Ein Stück weit ist die „links" damit zu einem Fossil in der Tradition der Neuen Linken geworden, aber deshalb auch eine der meistgelesenen linken Monatszeitschriften geblieben! Übrigens: Über 30 % unserer Leser sind Leserinnen.

Die „links" ist eine Zeitschrift zum Mitdenken. Eine ehrenamtliche Redaktion und engagierte Autoren tragen dazu bei, daß die „links" den Ansprüchen ihrer Leserinnen und Leser gerecht werden und ihre argumentative Vielfalt bewahren kann:

mehr noch als eine Zeitung

links

Sozialistische Zeitung

Hrg. vom Sozialistischen Büro
48 Seiten
erscheint monatlich
11 Ausgaben im Jahr
Einzelpreis 5,— (Stand 1.1.88)
Jahresabonnement 54,—
(incl. Versand)

Verlag und Vertrieb:
Verlag 2000
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach

Probeexemplar kostenlos!

AIB
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

MITTEL-AMERIKA ENDLICH FRIEDEN?

Im Sonderheft 1/88:
BERICHTE - ANALYSEN - KOMMENTARE Friedensprozeß in **MITTELAMERIKA: NICARAGUA** + **EL SALVADOR** + **GUATEMALA** + **HONDURAS** + **COSTA RICA** + Solidaritätsbewegung + Aktions- und Materialspiegel +

Im AIB 1-2/88:
Wiederkehr der Hungerkrise in **ÄTHIOPIEN** + **NAHER** und **MITTLERER OSTEN** + **SÜDAFRIKA** + **TÜRKEI** + Braucht die Dritte Welt **AKWs**? + **KAMPUTSCHEA** + **PHILIPPINEN** + **HAITI** + Register 1987 + Kurzinfos + Rezensionen (Doppelheft 5 DM)

☐ **Ich abonniere das AIB ab Nr. ____ / ab sofort**

☐ **Ich bestelle ____ Expl. AIB Nr. ____**

☐ **Ich bestelle ____ Expl. AIB-Sonderh. Nr. ____**

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 24 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr: ..... DM). Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 bzw. 2.50 DM (zzgl. 0.70 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z.B. in Briefmarken oder in bar).

Name/Vorname

Straße/Nr.

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Gewünschte Zahlungsweise (bitte ankreuzen)

☐ Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut in

☐ Rechnung

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB Leser/-innen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum/Unterschrift

Erhältlich im linken und alternativen Buchhandel oder gegen Einsendung des Heftpreises (+ 0,70 DM Porto) in Briefmarken an:
AIB-Leser-innen-service
Gottesweg 54
5000 Köln 51

33% Rabatt ab 10 Exemplaren
Kostenloses Probeheft bei Einsendung dieser Anzeige.

AIB
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Impressum

Die atom ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktions- und Bestelladressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen
atom, c/o. Günter Garbers, Posener Str. 22, Tel.: 04131/63315 od. 37835.

V.i.S.d.bgl.P.:
Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann.

Die Redaktion sendet erneute Grüße an Mexiko-Maxen.

Bestellbedingungen:
Diese atom-Nummer kostet 4 Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3 Mark.
Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 25 Mark, incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 35 Mark.
Konto: „atom", G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr.: 378 14 - 206

Spendenkonto:
Bernd Weidmann Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr.: 4098 - 304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die atom Nr. 20, für März/April 1988.
Nach der guten alten Zählweise, für Fans, SamlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 60.
atommüllzeitung Nr. 46.

Redaktionsschluß für die nächste atom: 15. April 1988

Inhalt

SCHWERPUNKT 1: Atomtransporte

Lübeck, eine Stadt im Aufruhr 4
Von Obrigheim bis Lübeck 8
Transnuklears Atommüllentsorgung 10
Greenpeace: Rudereffekt gleich Null 14
„Vertrauliche" Transport – Pläne für 1988 17

Anti I W F – Kongreß & Hintergrundmaterialien 20

Windscale, Geheime Katastrophensache 25

SCHWERPUNKT 2: Atom–Mafia

Hanau – Nur ein Atommüll – Skandal ? 28
I A E O , OH OH 34
Bonn & die Bombe 36

Gorleben – im Brennpunkt 41
Grünes Licht für Castor – Transporte 44

Wackersdorf – Chronik 45

Standorte
AKW Lingen 48
Schacht Konrad 50
Reaktorlinie: H T R Modell 54

Kriminalisierung 57

SCHWERPUNKT 3:

Kriminalisierung im Rhein–Main Raum

Zur Lage in Frankfurt 61
Die Inhaftierten 66
Verhalten bei Vorladungen 70
Einschätzung 71

„Lübeck, eine Stadt in

Wenn mensch sich die letzten Wochen vom 13.1.88 betrachtet, muß sie/er zu der Überzeugung kommen, daß die Lübecker Nachrichten mit dieser Überschrift den Zustand Lübecks ziemlich genau getroffen hat.
Doch wir gehen lieber der Reihe nach vor. Seit mindestens zehn Jahren (genaue Angaben liegen uns erst seit 1978 vor) werden über Lübeck und Lübeck-Travemünde radioaktive Stoffe in jeglicher Form transportiert. Und zwar alles: von verseuchten Handschuhen über radioaktiven Stahl bis hin zu Uranhexafluorid, Cobalt 60 und unbestrahlten Brennelementen. Seit Sommer 1987 werden zusätzlich zu diesem Frachtaufkommen hochradioaktive MOX-Brennelemente transportiert.
Stark in unserer Arbeit hat uns geholfen, daß uns ein Fahrplan der MOX-Transporte zugespielt wurde. Dieser wurde u.a. in der „atom" 17 veröffentlicht. Daß alle diese Transporte nicht sporadisch sondern kontinuierlich Woche für Woche stattfinden, beweisen die veröffentlichten Zahlen der letzten Jahre. Pro Woche wurden mindestens zwei Transporte radioaktiven Materials über Lübecker Häfen durchgeführt und Lübeck zum atomaren Tor des Nordens ausgebaut.
Es gab in Lübeck zwar schon seit den 70er Jahren Anti-AKW-Initiativen, die dieses Thema aufgegriffen haben, und auch die jetzt bestehende „Lübecker Initiative gegen Atomanlagen" (LIGA) hat zu diesem Komplex der Atomtransporte seit längerem gearbeitet, doch ein rechter Einbruch in das Bewußtsein der Bevölkerung gelang lange Zeit nicht.
Erst mit Beginn der MOX-(Mischoxid)Brennelementetransporte und den in diesem Zusammenhang durchgeführten Aktionen: Besetzung der Herrenbrücke — Greenpeace-Aktion am Nordlandkai — Transparentaktion der „Aktionsgruppe Steinburg" — bundesweit durchgeführte Aktionen gegen Lkw-Transporte sowie durch den „Atkionstag gegen Atomtransporte" in Lübeck gelang es uns, einen stärker werdenden Rückhalt in der Bevölkerung zu erreichen. Nicht zuletzt ist es dem so entstandenen öffentlichen Druck zu verdanken, daß die Lübecker Bürgerschaft ein Gutachten zu den Atomtransporten über Lübeck in Auftrag gab. Doch erst der Transnuklear-(TN)„Skandal", der Anfang Dezember bekannt wurde, sorgte in Lübeck für den jetzt zu beobachtenden Massenprotest.
Wir schreiben hier absichtlich Skandal in Anführungsstrichen, denn das, was jetzt bei TN und NUKEM ins Licht der Öffentlichkeit gestellt wurde, zeigt nur das, was von Anti-AKW-Gruppen schon seit Jahren beschrieben wurde, nämlich die Verfilzung von Staat und Atomindustrie.
Doch zurück zu Lübeck, denn hier hat der TN-Skandal sehr wohl etwas verändert. Denn während überall in der BRD Empörung gerufen wurde und Fässer gezählt wurden, passierte in Lübeck etwas merkwürdiges: Ein Bürgermeister, der eigentlich schon gar nicht mehr Bürgermeister ist, weil schon ein neuer gewählt wurde, hängte sich an das von Bundesminister Töpfer gegen TN erlassene Transportverbot und untersagte nach Aufforderung durch die Bürgerschaft die Verladung von MOX-Brennelementen über den Lübecker Nordlandkai.
Er bzw. die Stadt unterlagen zwar auch in zweiter gerichtlicher Instanz den klagenden Transportfirmen, doch das war nicht anders vorauszusehen, denn rein rechtlich untersteht der Umschlag in einem öffentlichen Hafen der Bundeskompetenz (zumal die Lübecker Hafengesellschaft LHG zu 50 % dem Bund gehört). Doch die Lübecker bestanden trotz Gerichtsscheide auf dem Transport- und Umschlagverbot und der Lübecker Innensenator Hilpert (SPD) gebrauchte den Satz von der moralischen Pflicht des Widerstandes.

Ein Transport jagt den nächsten

So nahmen die Dinge ihren Lauf. Während die „Lübecker Initiative gegen Atomanlagen" (LIGA) in bundesweiter Zusammenarbeit die Blockade der am 13.1.88 eintreffenden MOX-Transporte vorbereitete, rief die SPD zu einer Mahnwache am Nordlandkai auf. Die Aktionen wurden ein voller Erfolg. An der Schienenblockade der LIGA beteiligten sich über 150 Menschen und bei der anschließenden Blockade am Nordlandkai waren es schon über 500, wobei sich die SPD lediglich symbolicsch am Rande der Blockade aufhielt, während andere

Aufruhr?!?"

Gruppen aus Noddeutschland und LIGA-SymphatisantInnen die Schienenzufahrt zum Kai blockierten. Lediglich einige KollegInnen aus der IG-Metall näherten sich zaghaft der Blockade, doch auch sie waren schon auf dem Heimweg, als die Hundertschaft der Polizei gewaltsam, unter Einsatz von Schlagstöcken, den Weg für den Atomtransport bahnten.

Immerhin war es gelungen, den Transport um fast zwei Stunden zu verzögern. Kurzzeitig festgenommen wurden lediglich zwei Menschen der Aktionsgruppe Steinburg, die sich von einer Brücke abgeseilt hatten. Die Massenfestnahmen, die eigentlich bei derartigen Aktionen schon fast üblich sind, blieben aus. Auch in den weiteren Wochen bewies der Polizeistaat relatives Fingerspitzengefühl, war zwar ständig präsent, vermied es aber, die explosive Stimmung der Lübecker Bevölkerung durch hartes Durchgreifen weiter anzuheizen. In einer anderen politischen Situation wären sie wahrscheinlich mit dem, was nach dem Mittwoch folgte, anders umgegegangen. Denn noch während die LIGA die für den Samstag angesetzte Demonstration vorbereitete, erreichte uns am Freitag die Nachricht von der nächtlich geplanten Verschiffung von 21 t Uranhexafluorid (UF6) über den Travemünder Skandinavienkai. Dieser Rohstoff für die Herstellung von Brennelementen sollte eigentlich schon Mittwoch nach Schweden verschifft werden, der Transport wurde aber wahrscheinlich aufgrund der brisanten Situation kurzfristig verschoben. Es ist schließlich für keine Reederei besonders publikumswirksam, wenn bundesweit über den Medien bekannt wird, daß sie auf ihren Passagier- und Frachtfähren radioaktives Material direkt neben Wohnwagen und Gemüselastern transportieren.

Die Verschiffung findet nicht statt

Der Transport wurde jedoch für Freitag von der Landesregierung angeordnet, und wir fuhren ebenfalls zum Nordlandkai. Dort trafen wir auf eine Reihe von SPD-Spitzenfunkionären und eine Menge alamierter Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter der verschiedenen Initiativen und Parteien, mit denen es uns gemeinsam gelang, die Zollabsperrungen zu überwinden und nach einem kurzen Gerangel mit der Polizei die Schiffsanlegestelle zu besetzen. Wobei die Zusammenarbeit zwischen uns und der SPD hauptsächlich so aussah, daß die SPD durch ihre Anwesenheit neben der Verladestelle einen Polizeieinsatz gegen uns verhinderte, während wir durch die Besetzung der Verladerampe ein Ent-bzw. Beladen der TT-Linien-eigenen „Saga-Wind" blockierten. Dieser Zustand dauerte ca. eine Stunde. Dann wurde uns vom anwesenden Innensenator, einem Sprecher der TT-Linie und der Wasserschutzpolizei zugesichert, daß der Transport nicht verladen werde und sich bereits auf dem Rückweg befände.
Nach dieser Zusicherung verließen wir die Rampe, kontrollierten jedoch jeden Lkw, der auf das Schiff fuhr. Unseres Erachtens war dies das erste Mal in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, daß ein Transport radioaktiven Materials tatsächlich gestoppt und zur Umkehr bewegt wurde (zu diesem Zeitpunkt wußten wir noch nicht, daß BGS-Kasernen atomare Zwischenlager sind).
Die Demonstration am Samstag wenige Stunden nach der Blockade war die größte, die Lübeck seit langer Zeit erlebt hatte. Ca. 4.000 Menschen demonstrierten in Begleitung von einem großen Aufgebot behelmter Polizei für den sofortigen Stop aller Atomtransporte und die Stillegung aller Atomanlagen.
Wir hätten nie gedacht, daß dieser Aufruf zu einem derartigen Echo führen würde.

Die Blockade vor der Kaserne

Doch dann kam der Sonntag, und gegen Mittag die Nachricht, daß sich der von uns gestoppte UF6-Transport in der Lübecker Walderseekaserne befände und dort schon seit Samstag bis zu seinem Weitertransport nach Schweden vom BGS bewacht würde. Innerhalb weniger Stunden wuchs die Menschenmenge, die die Kasernentor blockierten, auf über 1.000 an. AnwohnerInnen brachten Brot, Kaffee und Kuchen, und stellten sich mit uns hinter die Forderung, den Transport erst dann vom Kasernengelände zu lassen, wenn wir die definitive Zusage erhalten würden, daß dieser Transport an seinen Ausgangsort nach Frankreich zurückkehren würde.

Das diese Forderungen von wahrscheinlich allen BlockiererInnen getragen wurde, überrascht zusätzlich, weil ein großer Teil „Normalbürger/innen" sich beteiligten. Und daß es den Leuten nicht darum ging: Hauptsache der „Dreck" ist weg aus Lübeck. Doch die verantwortlichen Stellen der Landesregierung hüllten sich in Schweigen oder waren für uns nicht zu erreichen. Es wurde lediglich verlautbart, daß der Transport bis Montag 12 Uhr das Gelände der BGS-Kaserne verlassen sollte.

Innerhalb der Kaserne regte sich bereits zu diesem Zeitpunkt der Widerstand dagegen, als illegales atomares Zwischenlager mißbraucht zu werden. Es war für uns schon ein komisches Gefühl, wenigstens teilweise mit dem BGS übereinzustimmen. Zumal viele, von uns die BGS-Einsätze (grad auch bei Anti-AKW-Demos) nur zu gut im Gedächtnis hatten, wo sie sich mit der Legitimation von Befehlen an brutalen Knüppeleinsetzen gegen DemonstrantInnen beteiligten. Grade dieser Widerspruch kam am Montag voll zum Ausbruch, als eine Hundertschaft BGSler nach Hamburg zur Zerschlagung einer Demonstration gegen Kriminalisierung und Polizei- und Justizterror abfahren wollte. Denn für uns hatte der Einsatz des BGS sehr wohl etwas mit uns vor der Kaserne zu tun (entgegen den Äußerungen des BGS-Kommandanten). Denn Festnahme und Kriminalisierung trifft immer nur einzelne. Gemeint sind letzendlich jedoch wir alle. Wir wollen an dieser Stelle noch einmal erklären, daß Ulla und Ingrid unsere volle Solidarität gilt und wir ihre sofortige Freilassung fordern.
Aus diesen Überlegungen heraus wurde, nachdem ein einberufenen Sprecherrat keine Entscheidung über die Frage: lassen wir sie raus oder werden sie blockiert, gefunden werden konnte, der Versuch unternommen, die Abfahrt der Hundertschaft zu blockieren. Diese Vorgehensweise stieß zum Teil auf starke Kritik, es kam sogar zu regelrechten Auseinandersetzungen unter den Menschen, die die Kaserne blockieren wollten, wurden Argumente wie:„ *Ihr macht unseren Widerstand kaputt*"; „*deshalb haben wir hier nicht die ganze Nacht gestanden*"; „*wir sind doch gegen Atomtransporte, laßt die doch raus*" und einges mehr an den Kopf geworfen. Gerade diese Äußerungen zeigen deutlich, daß sich dort vor den Kasernentoren unterschiedlichste Menschen mit den unterschiedlichsten politischen Ansprüchen getroffen hatten. Und daß viele einzig und allein aus der direkten Betroffenheit, die diese Transporte bei ihnen auslösten, vor Ort waren.
Wir denken, daß es wichtig wäre, noch einmal über das Verhalten aller, die an der Blockade der Hundertschaft beteiligt waren, nachzudenken. Politischen Schaden hat diese Aktion der gesamten Blockade im Nachhinein zwar nicht zugefügt, zumal alle Beteiligten einer gewalttätigen Konfrontation von Seiten der Polizei und des BGS früh genug aus dem Weg gegangen sind, doch hätte es auch anders kommen können.
Überhaupt war dieser Montag relativ ereignisreich, denn nachdem wir alle gemerkt hatten, daß eine Entscheidung von Seiten der politisch Verantwortlichen auf sich warten ließ, und sie wohl die Absicht hatten, uns am langen Arm verhungern zu lassen, beschlossen wir, sie unter Druck zu setzen, und das einzig für uns machbare, nämlich eine Totalbloackade der Kaserne ab 15.30 Uhr durchzuführen. Dieser Beschluß wurde übrgigens im Sprecherrat einstimmig, also auch mit den Stimmen der SPD, gefaßt. Als um halb Vier von politisch zuständiger Seite immer noch keine Entscheidung darüber, was mit den Transporten denn jetzt geschehen solle, gefällt bzw. mitgeteilt worden war, begannen wir mit der Totalblockade. Doch schon nach wenigen Stunden mußten wir das Konzept aufgeben. Denn zum einen zeigte sich, daß sich die Landesregierung nicht unter Zugzwang setzen ließ, und zum anderen fiel uns die SPD-Führung in den Rücken, indem sie entgegen des von ihr mitgetragenen Beschlusses alle Leute aufforderte, die Totalblockade zu beenden, weil wir schließlich „*unbeteiligte*" (die BGSler nämlich) in ihrer persönlichen Freiheit einschränkten, indem sie nach Dienstschluß nicht nach Hause könnten. Das daraufhin entstandene Durcheinander unter den blockierenden Menschen führte schließlich dazu, daß ein Großteil der Leute derart demotiviert war, daß das Totalblockadekonzept nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Die SPD-Führung vermied es übrigens daraufhin für einen ganzen Tag, am Kasernentor aufzutauchen. Positiv bleibt für diese Stunden der Totalblockade zu vermerken, daß sie zum einen die Generalprobe für die Räumung war und sich alle beteiligten Menschen Gedanken über mögliche Handlungsweisen im Falle eines Falles machen konnten, und zum anderen, daß große Teile der SPD-Basis trotz der Entscheidung ihrer Führung weiterhin zur Blockade standen.
Dienstag Morgen wurde dann deutlich, wie sich die Bundesregierung die weitere Verfahrensweise in Sachen Transporte vorstellte. Es wurde eine Zwischenlagerungsgenehmigung bis spätestens Samstag erteilt, und das Transportziel, nämlich Schweden, stand weiterhin für sie fest.

Mittlerweile war so etwas wie Blockadealltag eingekehrt. Die Menschen wechselten sich schichtweise ab, eine Kirchengemeinde stellte

Zelte, das Garten- und Friedhofsamt einen Bauwagen auf. Die Versorgung mit Lebensmitteln und heißen Getränken klappte vorzüglich, Toilettenhäuschen wurden angefahren, und im großen und ganzen breitete sich so etwas wie Volksfeststimmung aus. Die Versorgung wurde stark von Kneipen (nicht unbedingt Szene-Kneipen) und sogar von einem bürgerlichen Steak-Hause getragen.
Während der Zeit bis Donnerstag hatte sich die Zahl der BlockiererInnen von nachts 150 auf tagsüber bis zu 1.000 eingependelt. Zwischendurch erschien eine Delegation der Grünen im Bundestag, erklärte sich mit uns solidarisch, gab Interviews und flog nach Bonn zurück. Überhaupt trudelten mit der Zeit immer mehr Solidaritätsadressen und Telegramme bei uns ein, die von der Post direkt zugestellt wurde.

Die Räumung

Die ganze Stimmung änderte sich dann Donnerstag Mittag schlagartig, als bekannt wurde, daß die Landesregierung beabsichtigte, den Transport via Brunsbüttel nach Schweden zu schaffen. Innerhalb kürzester Zeit versammelten sich 2 - 3.000 Menschen vor den Toren. Und nach langem Warten gegen 4 Uhr morgens kamen sie dann. Etwa 6 Hundertschaften Polizei, BGS und Sondereinsatzkommando rückten in einer Front mit 2 Wasserwerfern gegen die DemonstrantInnen, die sich inzwischen sitzend oder stehend in Ketten zusammengeschlossen hatten, vor. Zuerst wirkten die Herren Ordnungshüter im Angesicht von ca. 700 wild entschlossen, aus allen Altersgruppen bestehenden TeilnehmerInnen etwas ratlos. Doch dann legten sie mit einer für Lübeck ungewohnten Härte los. Die „Versammlung" von uns wurde verboten und für aufgelöst erklärt, Wasserwerfer schossen aus dichtester Entfernung auf die Menschenmenge. Das Wasser war allerdings ohne chemische Reizstoffe.

Die Polizeiführung verzichtete unter den Augen einer BlockierInnen wohlgesonnen Öffentlichkeit auf einen offenen Knüppeleinsatz. Verdeckt versuchte die vorderste Polizeikette allerdings sehr wohl durch Tritte und Stöße unter ihren Schildern hindurch, die Blockade zu brechen, vereinzelt wurden auch offen der Knüppel eingesetzt. Insgesamt hat es auf Demonstrantenseite ca. ein dutzend Verletzte gegeben.
Die vorderen Reihen konnten erst durch ein Sondereinsatzkommando, dessen Mitglieder zu dritt oder viert auf einzelne Demonstranten losgingen, langsam zur Seite geräumt werden. Dennoch dauerte es fast zwei Stunden, bis das Tor freigeräumt war und die Lkw's passieren konnten. Sie fuhren dann in einem riesigen Konvoi von Polizeifahrzeugen nach Brunsbüttel Unterwegs kam es noch zu zwei Blockadeversuchen hinter Itzehoe und vor Brunsbüttel, doch beide wurden nach kurzer Zeit wieder von der Polizei durchbrochen.
Und das Transportschiff konnte unter grossen Sicherheitsvorkehrungen Samstag Nachmittag Brunsbüttel Richtung Schweden verlassen.

Für uns stellt die Blockade trotz des Abtransportes des UF6-Behälter nach Schweden einen riesigen Erfolg dar, weil es gelang, den Transport für einen so langen Zeitraum in Lübeck mit einer derartig großen Anzahl von Menschen festzuhalten, und, weil die Herrschenden aus Angst vor weiteren Aktionen auf dem Transportweg einen 1.500 km langen Umweg über den Skagerak machen mußten.

Demonstration am 13.2.88

In Lübeck erlebten wir die größte Demonstration nach 1945. Sie stand unter dem Motto: **Stop aller Atomtransporte, Stillegung aller Atomanlagen**. Es beteiligten sich mindestens 10.000 Menschen. Für diese Demo wurde auch im norddeutschen Raum mobilisiert.
Aufgerufen hatten ca. 50 Organisationen, darunter der DGB, SPD, Grüne, LIGA, Autonome usw..
Im Vorfeld wurde sich darauf geeinigt, daß keine Parteien reden sollten (in Schleswig-Holstein ist Wahlkampf). Wir einigten uns, daß die LIGA, der DGB, und von den BI's aus Gorleben, Kiel und Steinburg das Mikrophon ergreifen sollten.
Nun kommt das schönste: Nach der Rede der LIGA (die mir gut gefallen hat) kam der DGB-Vorsitzende aus unserer Stadt zu Wort. Er stellte die Beschlüsse des DGB's vor, wie z.B. die bestehenden AKW's lassen wir weiterlaufen, aber keine Neubauten. Es machte sich starker Unmut breit. Wirklich breit, denn es war nicht nur die Linke-Szene, die in auspfiff, sogar unser Lokalblatt hob diesen Vorfall hervor. Der Redebeitrag von der LIGA bekam *„lautstarken Beifall"* u.a. für die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg, dagegen *„kam der Lübecker DGB-Chef Dieter Mainka schlechter an. Für seine Worte, Kernenergie sei nur begrenzt verantwortbar, wurde er ausgebuht."* (LN. 14.2.88)

(Der größte Teil ist aus einem Artikel der Autonomen Gruppe aus „Pepperfog" — Alternativzeitung in Lübeck)

Christian
Lübecker Ini gegen Atomanlagen

Einige MOX-Behälter, die über Lübeck nach Schweden gehen, stammen aus dem Schrottreaktor Obrigheim (KWO). Durch längere Recherchen ist es dem ANTI-ATOM-BÜNDNIS letztes Jahr gelungen, einen Teil der Route aufzudecken. Wir wußten bis dahin, daß die Behälter per LKW zum Kohlekraftwerk Heilbronn (EVS) gebracht und dort erst auf die Schiene verladen wurden.

Doch auch diesmal wußte die Polizei schon im Vorfeld, daß eine Aktion geplant war (es sind Briefe von uns/bei uns nie angekommen und Leute von uns wurden observiert), wie wir erst nach der Aktion aus offiziellen Kreisen zuverlässig erfahren haben.
Statt erst am Montagmittag, wie bei allen vorangegangen Transporten verließ der LKW mit den abgebrannten MOX-Brennelementen schon in der Nacht von Sonntag (10.1.88) auf Montag gegen 0.30 Uhr das KWO Gelände. Wie üblich diente das Kohlekraftwerk Heilbronn als Verladeplatz für die Schiene. Erst gegen 5.30 Uhr verließ er dann Heilbronn in Richtung Heidel-

von Obrigheim nach Lübeck

Bericht aus Heidelberg über Aktionen gegen Mox-Transporte

berg. Es handelt sich um einen Spezialtransport, das heißt nur Lok und Brennelementbehälter.
Bei seiner Ankunft in Heidelberg gegen 7.00 Uhr wurde er von unseren Leuten schon erwartet. Während eine Gruppe sich mit einem Transparent auf dem Gleis befand, stoppte ihn die andere Gruppe mit Hilfe einer roten Lampe. Die beiden begleitenden Polizisten begingen gleich gemeinschaftliche Pflichterfüllung, indem sie versuchten, unsere Leute vom Gleis zu drängen. Nach längerem hin und her konnte der Zug dann aber doch weiterfahren. Bis die Be-

So erfolgte die erste Blockade am 23.11.88 im Güterbahnhof Heilbronn direkt beim Kohlekraftwerk, obwohl die Polizei anscheinend informiert war. Sie erwartete uns allerdings am falschen Ort. Bei dieser Aktion gelang es noch nicht, die Transportroute vollständig aufzudecken. Lediglich in Heidelberg wurde der Transportwaggon, angekoppelt an einen ganz normalen Güterzug, wieder gesehen.

Atommülltransporte

Für den Januartransport war geplant, ihn nicht wie beim letzten Mal in Heilbronn zu blockieren, sondern unterwegs auf der Strecke - in Heidelberg. Nach der ersten Aktion war in Heilbronn mit erhöhtem Polizeieinsatz zu rechnen. In der Tat wurden dort entlang der ganzen Strecke im fraglichen Zeitraum Personenkontrollen durchgeführt.
Die Aktion sollte jedoch keine reine Blockade sein, sondern es sollte vor allem auch gelingen die genaue Route des Transportes herauszubekommen.

reitschaftspolizei eintraf, waren unser Leute schon längst weg.
In Mannheim wurde der Waggon dann an einen ganz normalen Güterzug angekoppelt. Vorher jedoch stand er erstmal über 20 Stunden im Güterbahnhof, bewacht von nur einem Polizisten und versteckt hinter zwei Panzern. Nach Auskunft der Mannheimer Bahnpolizei führen praktisch alle Atommtranporte aus dem süddeutschen Raum über Mannheim/Heidelberg. Manchmal passieren pro Tag zwei Transporte, manchmal komme einen Monat lang keiner.
So ist wohl auch der Transport aus Grundremmingen, der mit der gleichen Fracht nach

Schweden geliefert wurde über Heidelberg und/oder Mannheim gefahren. Vermutlich wurde er auch in Hemsbach gesichtet.
Die Beobachtung des Transportes begann natürlich schon vor der Blockade. Entlang der gesamten vermuteten Strecke bis nach Hamburg waren Beobachtungsposten postiert. Auf diese Weise gelang es zum ersten Mal die Route eines solchen Transportes vollständig herauszubekommen (s.u.)
Entlang der Strecke wurde die Bevölkerung durch Flugblätter, Transparente und Pressearbeit auf ihre Gefährdung aufmerksam gemacht. Außerdem wurde bei den Katstrophenämtern

nachgefragt, ob sie informiert oder eventuell sogar auf einen Unfall vorbereitet waren. Bis auf die Stadt Bremen, die sich im Vorfeld der Transporte um Informationen bemüht hatte, wußte keine Behörde Bescheid. Selbst die entsprechenden Bestimmungen waren mancherorts, z.B. in Heidelberg, unbekannt.
Im Nachfeld der Aktion haben die Jusos Mannheim einen Antrag an den Stadtrat gestellt, alles mögliche zu unternehmen, um Mannheim für solche Transporte zu sperren. Dieser Vorschlag wurde am gleichen Abend vom SPD-Kreisausschuß einstimmig angenommen.

Im Stuttgarter Landtag gab es von Seiten der SPD eine Anfrage bezüglich der Rolle des Mannheimer Güterbahnhofes und außerdem wurde gefordert, die Atomtransporte in Baden Würtemberg zu verbieten.
Bei einem ernsthaften Unfall müßte ganz Mannheim evakuiert werden, wobei noch nicht ganz klar ist, ob man die Verstrahlten überhaupt raus-lassen könnte, weil sie ja schließlich radioaktive Partikel am Körper tragen, die sich auf die Restbevölkerung ausbreiten könnten.

Zum Schluß noch eine Auskunft der Mannheimer Bahnpolizei:„*...Es hab doch sowieso keinen Sinn, wenn die (die Katastrophenämter, d. Verf.) informiert werden. Wenn wirklich etwas passiert, können die ja auch nichts mehr machen. Oder sollen wir entlang der ganzen Strecke alle hundert Meter Feuerwehrleute p o s t i e - ren?...*"
Ein weiser Satz mit viel Wahrheitsgehalt!
Und gerade deshalb gilt es, den Schleier um die Atomtransporte zu lüften, sie öffentlich zu machen und für den STOPP ALLER ATOMTRANSPORTE ZU KÄMPFEN !

Die Route: Obrigheim: ab: Mo. 0.30 h, Heilbronn: an: Mo. 1.30 h, Eberbach: an: Mo. 6.15 h, Heidelberg: an: Mo. 6.50 h, Mannheim: an: Mo. 7.10 h ab: Di. 3.50 h, Lampertheim: an: Di. 4.08 h, Frankfurt: an: Di. 5.00 h, Giessen: an: Di. 6.00 h, Siegen: an: Di. 7.30 h, Hagen: an: Di. 8.50 h, Hamm: an: 9.40 h ab: Di. 10.25 h, Münster: an: Di. 11.00 h, Osnabrück: an: Di. 11.40 h, Bremen: an: Di. 14.00 h, Hamburg: an: Di. 15.40 h.
Mo. 17.55 h Abfahrt der Sigyn aus Schweden.

Katastrophenschutzämter: Heidelberg: nicht informiert, Mannheim: nicht informiert, Buchholz: nicht informiert, Bremen: informiert !, Frankfurt: Zentrale vermittelt nicht !
Besonders beachtenswert sind die teilweise langen Standzeiten des Transportes: In Heilbronn ca. 3,5 Stunden. In Mannheim ca. 20,5 Stunden.
Laut Auskunft der Bahnpolizei wurden diese nötig, weil der Transport wegen einer geplanten Aktion 12 Stunden früher als üblich losfuhr und deshalb auf seinen Anschlußzug warten mußte!

Unsere Forderungen:
Stopp aller Atomtransporte!
Bis dahin: Vollständige Veröffentlichung von Art, Umfang, Zeitpunkt und Route aller Atomtransporte!

ANTI-ATOM-BÜNDNIS
c/o. Anti-AKW-Büro Heidelberg, Bergheimerstr. 125, 6900 Heidelberg, Konto Nr. 000 344 735, Kreissparkasse Heilbronn, BLZ: 620 500 00.

21 Millionen = 2000

Transnuklear bestechende Atommüllentsorgung

Bestechung, Veruntreuung von Geldern, Umdeklarierung von Atomfrachten und anrüchige Beeinflussung von übergeordneten Kontroll- und Sicherheitsinstanzen, so die neuesten Enttarnungen des Atomfilzes, gehören zu den geschäftlichen Gepflogenheiten der Atommafia. Sie lebt und arbeitet nach ihren eigenen Gesetzen. Eigentlich nichts Neues: Vertuschung von Störfällen und Verharmlosung von Gefahren haben schon immer das Verhältnis der Atomlobby zur Öffentlichkeit bestimmt.

Angefangen hatte es diesesmal so: Am 21. Oktober 1986 stürzte ein Atomtransporter der Hanauer Firma Transnuklear auf dem Weg ins belgische Atomzentrum Mol um. Die Polizei ermittelte und stellte fest, daß Ladung und Lieferpapiere nicht übereinstimmten. Es ergab sich im folgenden, daß seit 1981 über 2000 Fässer (am 19. Januar 1988 genau 2438 Fässer) falsch deklariert auf die Reise geschickt worden waren.

Im belgischen Mol lagern ca. 2000 m^3 deutschen Reaktorabfalls, der nach offiziellen Angaben viel zu hoch strahlt, um in der belgischen Konditionierungsanlage verarbeitet zu werden. Abgeliefert wurde dieser Müll, falsch deklariert, von Transnuklear, vorbei an deutschen und belgischen Kontrolleuren. Sie bescheinigten, daß es sich bei den Frachten um nur schwach verstrahlte Bekleidung etc. handelte. Auch sie standen auf der Bestechungsliste von Transnuklear.

Die belgischen Atomspezialisten verstehen sich aber zu revanchieren. Belgischer Atommüll in Beton und Fässern wurde einfach als deutscher deklariert und wiederum der Transnuklear aufgeladen. In 321 von 2000 Fässer mischten sie sogar Kobalt, Cäsium und Plutonium. Transnuklearmanager hingegen beschlossen 1984, den Belgiern ca. 100g plutoniumverseuchtes Reaktormaterial in für Mol bestimmten schwachaktiven Müll zu mischen.

Für Transnuklear alles kein Problem, denn sie bezahlte gefälschte Warenbegleitscheine mit "kleinen" Geschenken, angefangen bei Videoanlagen und Fernreisen über Autos bis hin zu Segelyachten. Adressaten waren nicht nur Topmanager, sondern auch Sicherheitsbeauftragte der Atomanlagen.

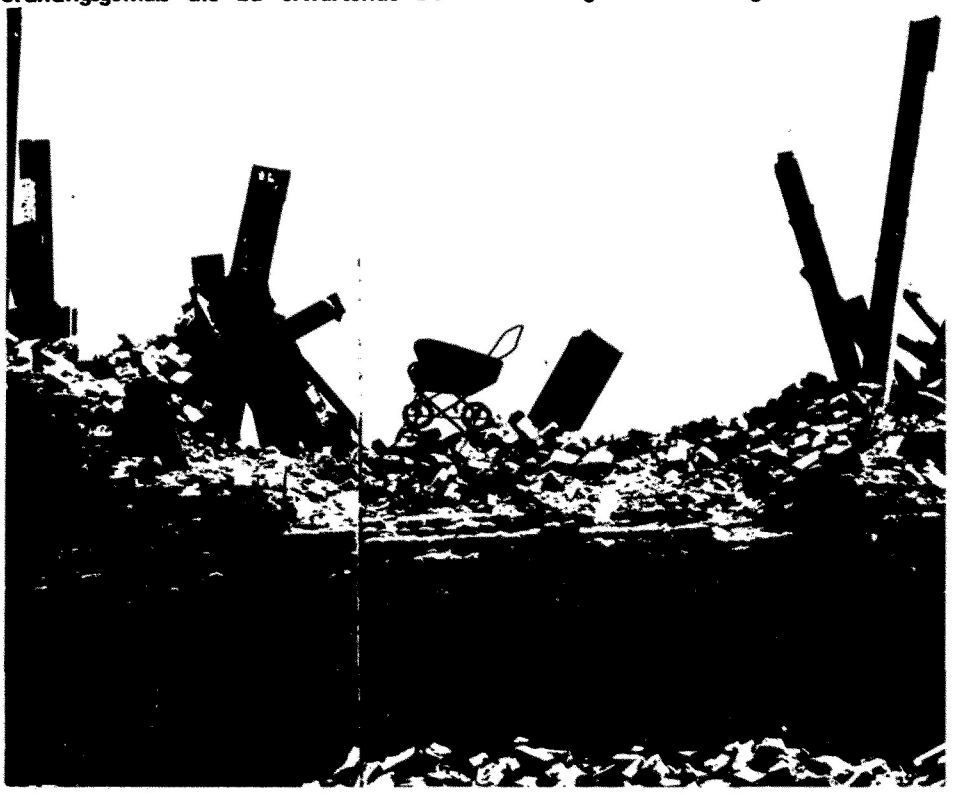
Das belgische Atomzentrum Mol ist ein sehr wichtiger Bestandteil im Flickenteppich der deutschen Atombranche. Bis Ende der 70er Jahre konnte schwach- und mittelaktiver Atommüll in Fässern im alten Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel vergraben werden. Nachdem einige Schächte dieses Bergwerkes durch Wassereinbrüche überflutet worden waren, wurde die Einlagerung gestoppt. Die teure Zwischenlagerung bei den AKW's und Zwischenlagern wie Gorleben oder Mitterteich führte zu einem Fässerstau. Das Volumen des Mülls mußte reduziert werden. Hiermit bot sich Anfang der 80er Jahre für Transnuklear die große Chance. Sie organisierte nicht nur den Transport von Atommüll, sondern auch dessen Volumenreduzierung u. a. durch Verbrennung in Mol. Für 10 Fässer, die in Mol ankommen, geht nur eins wieder zurück an den Absender. Hier liegt eines der vielen Probleme mit der Atommafia: es entstanden plötzlich sehr komplizierte Abfallströme, die nicht mehr kontrollierbar waren.

Wo sind sie geblieben?

Beispiel Brunsbüttel:
In Brunsbüttel hinterließ die Transnuklear 56 Fässer aus Mol, denen eine erhöhte Oberflächenaktivität von ca. 150 mrem anhaftete. 13 dieser Fässer wurden zur Untersuchung des Inhalts in die Sicherheitszone des AKW's gebracht. Bei der Öffnung der Fässer kam ordnungsgemäß die zu erwartende Betonfüllung zum Vorschein. Doch an vier Fässern zeigten die Alpha-Spektrometer eine erhöhte Strahlungsaktivität an. Die Analyse einer Bohrprobe ergab, daß Plutonium und Americium, die giftigsten aller Elemente also, in erheblichen Mengen dem Beton untergemischt worden waren.

Die Fässer enthielten also nicht die Asche des Brunsbütteler Atommülls, sondern die Reste einer nicht mehr rekonstruierbaren Charge aus dem belgischen Atomofen. Das hatte nur funktionieren können, indem der Sicherheitsbeauftragte des AKW Brunsbüttel geschmiert worden war. Der ließ sich das "beide-Augen-fest-Verschließen" mit einer Türkeireise, einer Jagdflinte, einem Farbfernseher und einer Fotokamera von Transnuklear danken.

Beispiel Hanau:
Seit 1985 lagern auf dem Gelände von Transnuklear in Hanau illegal 50 Atommüllfässer. Sie gehören eigentlich der Firma NUKEM. Die aber hat die Annahme der aus Mol kommenden Fässer verweigert, denn Messungen ergaben relevante Teilmengen von hochangereichertem Uran



235. Eine Wiederverwendung des Urans ist unmöglich, da zusätzlich Kobalt 60 und Cäsium 137 festgestellt worden sind. NUKEM behauptete, daß der Inhalt aus Asche von Büromöbeln bestehe, die mit hochangereichertem Uran kontaminiert gewesen seien. Um eine Verbrennung in Mol zu ermöglichen, wurden die Möbel mit abgereichertem Uran 238 bestreut (vgl. FAZ 16. 1. 88).
Eine unglaubliche Geschichte. Stellt sich doch schon allein die Frage: wie werden Büromöbel mit hochangereichertem Uran kontaminiert? Nachdenklich stimmt auch die Erklärung des Hanauer Staatsanwaltes Farwick, daß von dem Inhalt der 50 Fässer 16 kg verschwunden seien. In die Ermittlungen sei inzwischen auch Interpol eingeschaltet. Diese Menge hochangereicherten Urans 235 reicht aus, um damit eine Uranbombe zu bauen.

Beispiel Gundremmingen/Phillipsburg:
Ein Transnuklearangestellter packte aus, daß auf einer Arbeitsbesprechung bei Transnuklear beschlossen worden sei, *„alpha-strahlendes Material aus einem deutschen Atomkraftwerk, falsch deklariert, mit dem üblichen Transport nach Mol bringen zu lassen." (FR, 28. 12. 87).*
Damit drängt sich der Verdacht von Jens Scheer auf, daß das Vorkommen von Plutonium *„auf defekte Brennstoffrohre hinweist und Kobalt 60 auf Korrosion der stählernen Druckbehälter und -leitungen." (taz, 8.1.88)* Daraus könnte gefolgert werden, daß in den beiden AKW's defekte Brennelemente unbemerkt ausgewechselt worden sind. Andererseits zeigt es auch, wie leicht an waffenfähiges Plutonium hoher Güte heranzukommen ist, wenn nur der Abbrand der Brennelemente gering bleibt. *„Wer Störfälle vertuschen kann, kann auch Störfälle fingieren, um genau das zu erreichen." (AK, 8.2.88)*

Falsch deklarierte Fässer verteilte Transnuklear an vielen Orten zur provisorischen Zwischenlagerung. So fanden sich u.a. 107 Fässer im AKW Stade, 150 im AKW Würgassen, 30 aufgeblähte und aufgerissene Fässer im Zwischenlager Gorleben. Vieles von den Machenschaften der Atommafia wird sicher im Dunkeln bleiben, denn verschiedene Atommüllschiebereien lassen sich nicht mehr nachvollziehen; vieles scheitert am Verhältnis der Atombetreiber und Politiker zur Öffentlichkeit: Aufgedeckt und zugegeben wird nur soviel, wie sich wirklich nicht mehr vertuschen läßt. Gut bestochen läuft alles wie geschmiert.
21 Millionen DM Bestechungsgelder dienten sicher nicht allein dazu, 2000 Fässer zu verstecken. Die Verschiebung und Geschäftemacherei mit waffenfähigem Spaltmaterial ins In- und Ausland macht da schon einen Sinn.

Hausmüll ist es nicht

Es gibt keine Energiequelle, durch deren Nutzung auch nur annähernd soviel Abfall produziert wird wie bei der Atomenergie. Kein Müll ist so gefährlich und langlebig wie der Atommüll. Von verstrahlten Putzlappen über kontaminierte Stahlteile bis zu den hochradioaktiven Spaltprodukten aus AKW's und WAAs kann alles Atommüll sein, d. h. es bedarf einer besonderen Behandlung des Mülls, der weder vernichtet noch problemlos auf Deponien gelagert werden kann.
Die Unterscheidung nach schwach-, mittel- und hochradioaktivem Atommüll ist nicht eindeutig durchführbar. Kontaminierte Arbeitskleidung und Geräte gehören zum schwachaktiven Müll, der meistens in 200-Liter- Fässern verpackt wird. Transportiert werden sie ohne jegliche Abschirmungen. Dieser Müll stellt keine atomrechtliche oder verkehrsrechtliche Besonderheit dar. Als mittelaktiver Müll gelten z. B. Aerosolfilter und ausgewechselte Anlagenteile. Es können allerdings auch flüssige Abfälle sein, die u. a. beim Brennelementwechsel anfallen. Müllfässer für mittelaktive Stoffe werden zusätzlich mit einem fünf Zentimeter dicken Betonmantel umkleidet.
Hochaktive Abfälle müssen hingegen streng abgeschirmt in speziell dafür hergestellten Transport- und Lagerbehältern, im allgemeinen als Castor-Behälter bezeichnet, verpackt werden. Bei derartigen Stoffen kann es sich um abgebrannte Brennelemente oder um bei der Wiederaufarbeitung amfallende Spaltgas-Flüssigkeiten handeln. Ihre Radioaktivität kann tausendfach höher sein als die höchst zulässige Grenze von mittelaktivem Atommüll. Diese Transporte müssen einzeln von der Physikalisch-Technischen-Bundesanstalt (PTB) genehmigt werden.
Da die Transnuklear selbst oft nicht weiß, wohin mit dem nuklearen Zeug, hilft sie sich mit einem Trick: Schwer zu "entsorgende" Problemstoffe wie Kobalt, Cäsium oder Plutonium werden einfach kleckerweise dem schwachaktiven Atommüll untergemischt, aber nicht deklariert. Da der Inhalt der Fässer gar nicht kontrolliert wird, fiel diese Praxis im "Normalfall" nicht auf.

Die Müllabfuhr - Firmen im Transportgeschäft

Transnuklear GmbH (TN)

Hauptgesellschafter sind NUKEM und Transnuclaire S. A. Paris. Neben Atomtransporten aller Art (80% der Transporteaufträge gehen an TN) bietet TN noch viele andere Dienstleistungen an, z. B. die Konditionierung von flüssigem und festem Atommüll, die Dekontamination von Anlagen, die Planung von Lagersystemen bis hin zur Lagerung von Uranhexafluorid; und das alles in weltweitem Maßstab. Niederlassungen und Tochtergesellschaften gibt es in NewYork, Argentinien, Kanada, Australien, Japan, Großbritannien, Frankreich, Belgien und Spanien.

Reederei und Spedition Braunkohle GmbH (RSB)

Sitz dieser Firma ist Wesseling bei Köln. Hundertprozentige Eignerin ist die Rheinbraun Verkaufsgesellschaft, die wiederum fast zu hundert Prozent der RWE gehört. Auch die RSB hat Tochtergesellschaften in Italien, Frankreich, den Niederlanden, USA, Kanada und Australien. Ihre Spezialität sind Atomtransporte mit dem Schiff und die Lagerung von Uranhexafluorid. Auf 73000 m^2 Lagerfläche kann die RSB 6000 Tonnen strahlendes Uran unterbringen.

Gesellschaft für Nuklearservice mbH (GNS)

Hauptgesellschafter der GNS mit Sitz in Essen sind die STEAG Kernenergie GmbH und die VEBA Kraftwerke Ruhr AG. Ebenso wie Transnuklear bietet die GNS einen umfassenden Atomservice für unangenehme Aufgaben: Transporte von Atommüll und dessen Konditionierung, z. B. in der Trocknungsanlage FAVORIT. Die Entwicklung des bis zu 120 Tonnen schweren und 1,2 Millionen DM teuren Castor- Transport- und Lagerbehälters für abgebrannte Brennelemente geht auf das Konto der GNS.

Nukleare Transportleistungen (NTL)

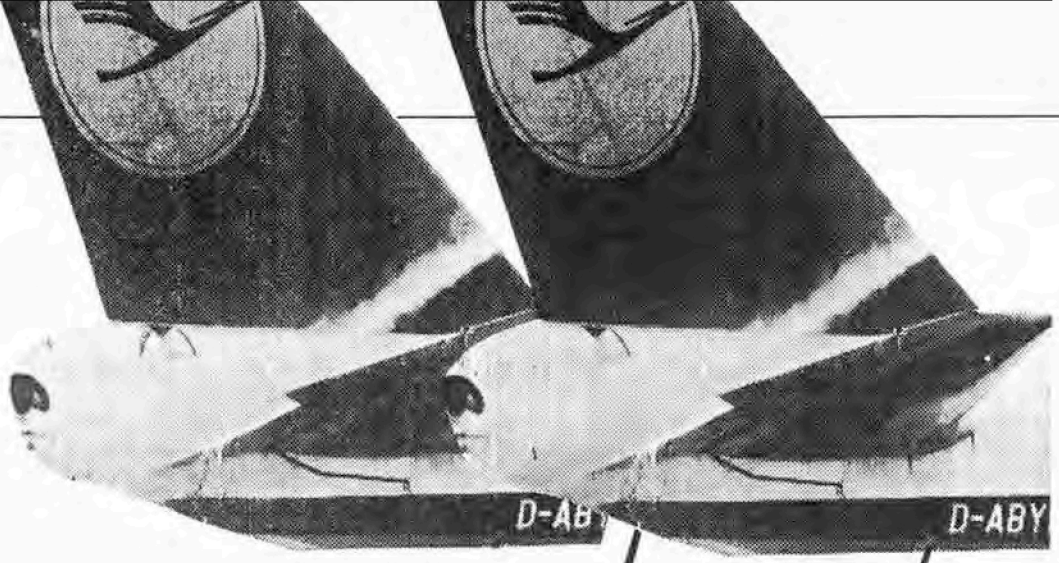
Die Besitzanteile an der NTL teilen sich die Firmen Transnuklear, die Transnuclaire S. A. Paris und der britische Atomgigant British Nuclear Fuels Ltd. (BNFL), der zugleich die WAA Sellafield betreibt. Es wird also kaum verwundern, daß die NTL in der Hauptsache bestrahlte Brennelemente aus deutschen AKWs in die ausländischen Wiederaufarbeitungsanlagen in La Hague/Frankreich und Sellafield/Großbritannien transportiert.

Neben diesen vier Hauptbeteiligten am Geschäft mit Atomtransporten gibt es in der BR Deutschland weitere Firmen, die im atomaren Brennstoff-"Kreislauf" mitschwimmen. Dazu gehören u. a.:

- die Energy Consult, Gesellschaft für Energie- und Umweltsysteme in Bonn;
- die Industrieanlagen Betriebsgesellschaft (IABG) in Ottobrunn;
- die Pechiney Deutschland in Düsseldorf;
- die URG United Reprocessors in Karlsruhe;

(aus: Stellpflug, Der weltweite Atomtransport)

Gelegentlich führen die NUKEM und die Reaktor Brennelemente Union (RBU) in Hanau selbst Atomtransporte durch.



Die Lufthansa strahlt mit

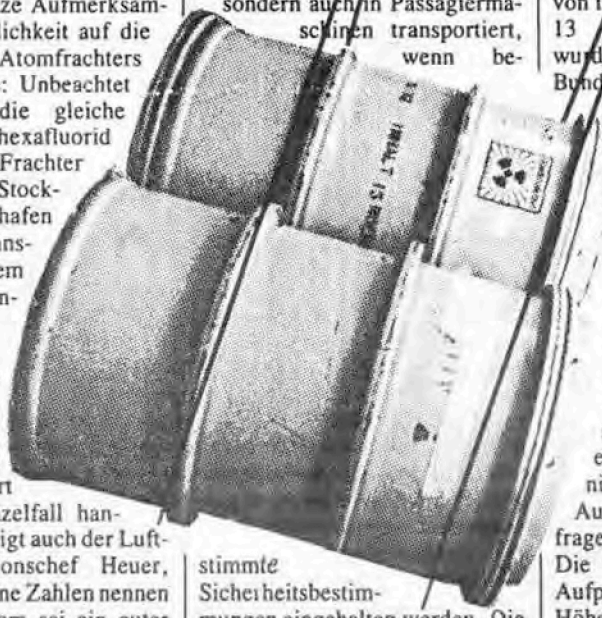
Urantransporte per Flugzeug von China über die BRD nach Schweden / Bei der Lufthansa kein Einzelfall / „Wir haben Zusagen, daß es ungefährlich ist"

Aus Stockholm Reinhard Wolff

Mittwoch vormittag der vergangenen Woche, am gleichen Tag, als sich die ganze Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Ankunft des Atomfrachters „Aros" richtete: Unbeachtet landete fast die gleiche Menge Uranhexafluorid wie sie der Frachter bringt, auf dem Stockholmer Flughafen Arlanda. Transportiert von einem Flugzeug der bundesdeutschen Lufthansa.

Schwedische Atomkraftgegner betonten, daß es sich bei dem Transport um keinen Einzelfall handelt. Dies bestätigt auch der Lufthansa-Informationschef Heuer, der allerings keine Zahlen nennen will. ASEA-Atom sei ein guter Kunde der Lufthansa.

Die Lufthansa unterhält neben dem Passagierbetrieb mit der Tochter „Lufthansa-Cargo" die weltweit größte Linien-Frachtgesellschaft. Radioaktives Material wird jedoch nicht nur in Frachtsondern auch in Passagiermaschinen transportiert, wenn bestimmte Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden. Die Piloten-Organisation „Cockpit" hat kürzlich kritisiert, daß „die Belastung des Kabinenpersonals und der Passagiere durch das Mitführen radioaktiver Fracht" im Laderaum „im Dunkeln" liege.

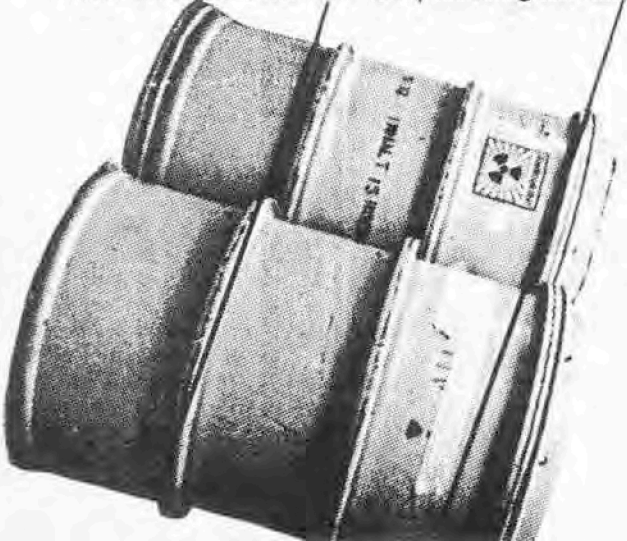


Die Fracht der letzten Woche von insgesamt 28 Tonnen, davon 13 Tonnen Uranhexafluorid wurde von Shanghai über die Bundesrepublik nach Stockholm geflogen und von dort auf dem Landweg zu ASEA weitertransportiert.

Lufthansa-Sprecher Heuer: „Wir haben Garantien, daß die Transporte weder für die Besatzung noch für den Flug selbst gefährlich sind." Die staatliche Kernkraftinspektion SKI gibt eine ähnliche Auskunft: Das Uran sei so sorgfältig verpackt, daß bei einem Flugzeugabsturz nichts passieren könne. Die Auskunft von SKI auf die Nachfrage, woher man das denn wisse: Die Transportbehälter hätten Aufprallversuche aus neun Meter Höhe unbeschädigt überstanden.

Nach Ansicht der „Volksbewegung gegen Kernkraft" kann von einer Ungefährlichkeit der Transporte keinesfalls gesprochen werden. Das schwach radioaktive Uranhexafluorid könne sich schon bei 60 Grad entzünden, was bei einem Flugzeugabsturz zu einer ungleich größeren Katastrophe führen könne. Ein Sprecher der „Volksbewegung": „Nachdem es sogar Fährgesellschaften nicht mehr für opportun halten, dieses Zeug auf ihren Frachtfähren zu befördern, müßte es eigentlich möglich sein, auch die Lufthansa zum Nachdenken zu bringen.

Uranhexafluorid ist das Ausgangsmaterial für Kernbrennstoffe. In einer Studie des Batelle-Instituts für die Bundesregierung wird die Gefahr, die von diesem Stoff ausgeht, drastisch beschrieben: Wenn bei einem Unfall mit nachfolgendem Brand aus einem geplatzten Behälter Uranhexafluorid austritt, könnten bis zu tausend Bewohner eines dicht besiedelten Gebietes getötet werden. Uranhexafluorid zersetzt sich an der Luft in Uransalz und Flußsäure. Beides ist hochgiftig.



HINTERGRUND

Ruderеffekt gleich Null

Greenpeace blickt hinter die Kulissen

Foto: argus/Thomas Rampach

In den frühen siebziger Jahren entschied Schweden, seinen abgebrannten Kernbrennstoff aufzuarbeiten. Man unterzeichnete einen Vertrag mit der französischen COGEMA (Compagnie Generale des Martieres Nucleaires) über rund 672 Tonnen abgebrannten Kernbrennstoffes, die in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage am Cap de la Hague aufbereitet werden sollten.

Im Jahr 1982 kamen die ersten Schiffsladungen in Frankreich an - mit rund 57 Tonnen ausgelaugtem Kernbrennstoff aus schwedischen Reaktoren an Bord. Umweltschützer protestierten gegen diese riskanten Schiffsfrachten. Greenpeace wurde wiederholt gegen die strahlenden Passagen aktiv (Siehe Anlagen). 1983 beschlossen die Schweden dann, ihre Wiederaufarbeitungspläne aufzugeben und versuchten, ihren von COGEMA wiederaufgearbeiteten Brennstoff an andere Länder zu verkaufen.

184 der 672 Tonnen verkaufte man an Japan, 57 Tonnen an die BRD. Im Gegenzug zur Übernahme von 57 Tonnen wiederaufgearbeiteter Brennelemente aus der französischen WAA durch die BRD verpflichtete sich Schweden, 23,6 Tonnen abgebrannter, nach einem veralteten Verfahren hergestellter Mischoxid-Elemente (MOX) zu übernehmen, die eine Uran-Plutonium-Mischung enthalten.

MOX-Brennstoff ist in den letzen Jahren auch in bundesdeutschen Leichtwasserreaktoren immer häufiger eingesetzt worden. Denn da der Schnelle Brüter in Kalkar bislang nicht ans Netz gegangen ist - und nach heutigen Erkenntnissen auch niemals in Betrieb genommen werden kann - , mußte man, um die Wiederarbeitungspläne im oberpfälzischen Wackersdorf zu rechtfertigen, einen "Bedarf" an Wiederaufarbeitungskapazitäten schaffen. Diesen Bedarf schafft der MOX-Brennstoff. Er nämlich eignet sich für die Wiederaufarbeitung besonders gut, in ihm läßt sich das in der WAA anfallende Plutinium wieder einsetzen.
Ältere MOX-Elemente lassen sich aus technischen Gründen jedoch nicht wiederaufarbeiten. Sie sollten laut dem deutsch-schwedischen Abkommen daher für rund dreißig Jahre im neu errichtetem schwedischen Zwischenlager Clab in Simpevarb, nahe dem Ostseehafen Oskarshamm, trocken gelagert werden. Sollte sich in der absehbaren Zukunft ein Endlagerplatz in Schweden finden, will man die ausgedienten Elemente dorthin schaffen.

Der deutsch-schwedische Vertrag stammt vom 5. September 1985. Unterzeichner sind die bundesdeutschen Firmen RWE-Bayernwerk GmbH, G undremmingen/Donau, Versuchatomkraftwerk Kahl GmbH,Karlstein/Main, Kernk raft-

werk Obrigheim GmbH, Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH, Eggenstein-Leopoldshafen und die schwedische Firma Kaernbrensslehantering AB, Stockholm. Verantwortlich für die Transporte sind die RWE und die schwedische Staatsfirma ASEA.

Es besteht zudem seit dem 6. Febr. 1986 ein Übereinkommen zwischen der schwedischen und deutschen Regierung, nach dem das in La Hague anfallende verwertbare Plutonium ebenso in die BRD wandern soll, wie der in der WAA anfallende Atommüll. Dies ist vermutlich bereits geschehen.

In der BRD soll das Plutonium (oder ist bereits) zur Herstellung neuer MOX-Elemente für Leichtwasserreaktoren benutzt werden. Laut der Übereinkunft will man dieses radioaktive Material entsprechend den Sicherheitsvorschriften der IAEO und der EURATOM verschicken. Da sowohl Schweden als auch die BRD Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages (NPT-Non Proliferation Treaty) sind, mußte zunächst das US-Department of Energy (DoE) den Atomdeal zuvor mit einem sog. "Prior Consent" absegnen. Denn die schwedischen Elemente enthalten Kernbrennstoff, der ursprünglich in den Vereinigten Staaten hergestellt wurde.

DIE TRANSPORTE

Vom Ostseehafen Lübeck aus wurden bislang bereits 11 Ladungen des bundesdeutschen Atommülls nach Schweden verschifft. Dabei rollten die Transporte jedesmal durch die Städte Lübeck und Travemünde, vorbei am Travemünder Strand, an dem sich im Sommer mitunter Tausende von Badetouristen tummelten. Das Schiff, in dessen Bauch der strahlende Müll nach Schweden wandert, ist der schwedische Frachter Sigyn (Heimathafen Oskarshamm) der SKBF (Svensk Kaernbraenslefoersoerjuning AB). Das Schiff wurde eigens zum Transport von abgebranntem Kernbrennstoff und anderen radioaktiven Stoffen entwickelt. Die Sigyn verfügt über zwei Motoren, zwei Ruder und ein Seitenruder. Sie besitzt doppelte Bordwände und einen doppelten Boden. Beladen wird das Schiff über eine Rampe (Roll-on/Roll-off) oder einen schiffseigenen Spezialkran. Nach Angaben der Schiffseigner kann das Schiff "einer schweren Kollision ohne Havariegefahr standhalten". Für den Fall, daß es dennoch sinkt, so die Eigner weiter, "weisen Gutachten nach, daß es mit der verfügbaren Technik aus einer Tiefe von bis zu 300 Metern geborgen werden kann".

Doch es ist nicht alles Gold was glänzt. Im ersten Jahr nach seinem Stapellauf hatte das "hochsichere" Schiff gleich drei Unfälle:

– Am 25. 11. 82 lief die Sigyn bei einer Jungfernfahrt im schwedischen Hafen von Barsebaeck auf Grund;

– Am 27.2.83 ereignet sich der zweite größere Unfall, als die Sigyn im Hafen von Narsebaeck vom Kurs abkommt und in die Hafenanlagen kracht;

–Am 6.Juli 1983 kollidiert das Schiff im Hafen von Cherbourg, Frankreich, mit einem japanischen Frachter. Der Ladekran für die Transportbehälter wird dabei schwer beschädigt.

Die dänische Regierung äußerte sich besorgt über die Sicherheit des Schiffes und forderte die Einstellung der strahlenden Schiffspassagen, bis die ausreichende Manövrierfähigkeit des Schiffes erwiesen ist.

Die schwedische Kommission, die daraufhin diese Vorfälle untersuchte, kam zu folgenden Ergebnissen:

– Der Rudereffekt des Schiffs ist beim Stoppen der Maschine gleich null.

– Auch beim Rückwärtsfahren ist der Rudereffekt gleich null.

– Manövertests wiesen nach, daß das Schiff seinen Kurs nicht sauber halten kann.

Darüberhinaus bemerkte die Kommission, daß sich nicht mit ausreichender Sicherheit sagen ließe, wie sicher dis Sigyn bei stürmischem Wetter und bewegter See reagiere.

Immer wieder weisen Wissenschaftler auf die mit dem Seetransport von Nuklearmaterial verbundenen Risiken hin. Größte Gefahren birgt demnach ein Feuer an Bord, das länger als vier Stunden wütet. Ein solcher Brand könnte die Brennstoff-Behälter beschädigen und radioaktives Material freisetzen. Die Folgen für die Umwelt wären gravierend. Zur Katastrophe käme es, wenn sich ein solcher Unfall in einem Hafen oder in Küstennähe ereignete. Den größten Gefahren seien dabei jedoch in jedem Fall die an Bord arbeitenden Verladearbeiter ausgesetzt.

Insgesamt enthalten die 23,6 Tonnen MOX-Brennstoff, die laut Abkommen nach Schweden schippern sollen, etwa

Verladung abgebrannter Brennelemente am Skandinavien - Kai in Lübeck

Foto: argus/Dirk Wildt

UNFÄLLE

Glaubt man der Atomindustrie, so sind die Transporte von Nuklearmaterial"sicher". Die Chronik der chronischen Unfälle beim Transport von radioaktiven Material legt jedoch eine andere Schlußfolgerung nahe: November 1970. In Ashausen (bei Hamburg) überfährt ein Zug ein rotes Signal. Mit hundert Stundenkilimetern rast er über eine Weiche, die eigentlich nur mit Tempo 40 befahren werden darf. Alle elf Güterwaggons springen aus den Schienen. Zwei Container mit angereichertem Uranhexafluorid werden stark beschädigt. Sie bleiben nur dicht, weil sie auf dem freien Gelände ausrollen können.

27. September 1977. Im US-Bundesstaat Colorado muß ein Urantruck scharf bremsen, als ihm eine Herde Wildpferde vor die Kühlerhaube läuft. Der LKW gerät ins Schleudern und überschlägt sich. Zwanzig Tonnen mit Uran (Yellowcake) wirbeln durch die Luft. Nicht wenige brechen auf. Mehr als sieben Tonnen radioaktives Material verteilen sich auf dem Boden. Eine Fläche von rund 500 qm ist mit einer bis zu dreißig cm dicken Uranschicht bedeckt.

Am 25. August 1984 sinkt vor der belgischen Küste der französische Frachter Mont Louis auf der Fahrt nach Riga in der UdSSR. Im dichten Nebel ist eine deutsche Fähre dem Frachter in die Seite gerammt. die Mont Louis hat 225 Tonnen Uranhexafluorid an Bord. Erst 24 Stunden nach dem Zusammenstoß geben die zuständigen Behörden zu, was Greenpeace gleich nach dem Unfall öffentlich vermutet hat: die Ladung des gesunkenen Frachters ist radioaktiv. Die Crew der Sirius, die nahe der Unglückstelle ankert, beobachtet die Bergungsarbeiten. Erst nach einem Monat sind die Uranhexafluoridbehälter geborgen. Manche hat man, kilometerweit entfernt, nur durch Zufall, wiedeentdeckt: die Strömung hatte sie an den Strand getragen. (Ein unvollständiger Ausschnitt).

eine halbe Tonne Plutonium, des gefährlichsten radioaktiven Stoffes überhaupt. Ein Millionstel Gramm dieses Stoffes kann - wenn der Mensch es einatmet - bereits Lungenkrebs hervorrufen. Sechs bis acht Kilo genügen zum Bau einer Atombombe. Mit anderen Worten: die vierzehn Schiffsladungen für Oskarshamm enthalten Plutonium für rund einhundert Atombomben.

Bevor die Brennstoffbehälter jedoch auf die Sigyn verladen werden können, müssen sie quer durch die BRD nach Lübeck geschafft werden, Hunderte von Kilometern über Autobahnen und Bahngleise. Nur bei Nacht und unter Polizeischutz darf die Risikofracht durch die Republik rollen. Nach Protesten von Umweltschützern und Greenpeace-Aktionen im Lübecker Hafen, die die ersten fünf Transporte regelmäßig begleiteten, wurden bei den späteren Risikofahrten nach Lübeck "Hochsicherheitsmaßnahmen" getroffen: Hubschrauber, Polizisten, Schäferhunde und Maschinengewehre.

Atommüll-konferenz

— kein Bericht

Beherrschendes Thema der Atommüllkonferenz in Neuwied, vom 5. -7.2.88 waren die anstehenden Aktionen wie Atomtransporte, bundesweiter Abschalttag am 29.2., die geplanten Demonstrationen am 5. März, Hanau Demonstration am 19. März.

Da uns bis auf das Protokoll der AG „alt/neu" keine Berichte vorliegen und die Redaktion nur in der AG Aktionsvorbereitung vertreten war, fehlt in dieser Atom eine ausführliche Konfernzberichterstattung.

Bezüglich der Atkionen zu Atomtransporten und die Hanau-Demo verweisen wir auf die entsprechenden Teile in dieser Ausgabe, der Abschalttag und die Aktionen am 5. März überschneiden sich zeitlich mit der Herausgabe der Zeitung. Für Berichte über die Aktionen für die nächsten Ausgaben sind wir immer offen.

Zu berichten wäre noch über die Planungen für die **Tschernobyl — Aktionswoche vom 25.4. bis 1.5.88.** Thematisiert werden sollen hier bundesweit dezentral der Komplex „Abschalten sofort ist nötig" und die zivil-militärische Atomnutzung.

„Um erneut zu dokumentieren, daß die verschiedenen Spektren der Anti-Atom-Bewegung gemeinsam gegen das Atomprogramm vorgehen, wird es hier ein bundesweites Flugblatt und eine Plakataktion geben. Inhalt der Flugis: Abschalten sofort ist nötig/überfällig — Hindernisse sind nicht technischer, sondern wirtschaftlicher Natur und haben mit der Option der zivilitärischen Nutzung zu tun. Hinweis auf Gronau, Hanau, Wackersdorf, „Achse" Bonn-Paris, Reaktionen des Staates auf unseren Protest. Wir lassen uns nicht spalten und einschüchtern." (AG-Protokoll)

Am 25.4. soll es eine zentrale Pressekonferenz/und Standort-BI's Erklärung mit/von VertreterInnen beider Spektren geben.

Koordination und Infos: Wolfgang Ehmke, Otzenstr. 25, 2000 Hamburg 50.

Die nächste Atommüllkonferenz findet vom 6. bis zum 8. Mai 1988 in Meuchefitz im Wendland statt.

— Dokument —

Die nachfolgende Liste wurde der 'atom' vor kurzem zugesandt. Wir hatten jedoch keine Zeit mehr, uns eingehender damit zu beschäftigen. Deshalb drucken wir sie im Orginal ab und hoffen, daß sich die unterschiedlichsten Gruppen damit auseinandersetzen und sich entsprechende Aktionen überlegen. Bei dem Dokument handelt es sich um eine aktuelle Liste der **Transportgenehmigungen für die Fa. Transnuklear, erteilt durch die Physikalisch–Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig.** Die Liste ist auf dem **Stand vom 6.01.88,** enthält also Genehmigungen die nach dem Transportverbot für Transnuklear (im Dez.'87) erteilt wurden oder weiterhin Bestand haben.

Hier möchten wir noch auf eine weitere Transportliste hinweisen, in welcher sämtliche Transporte aufgeführt sind, die im Jahr 1987 über **Bremerhaven** abgewickelt wurden. Wer daran interessiert ist, kann sie gegen eine Spende und Rückporto über die 'atom' beziehen.

Gültige PTB–Beförderungsgenehmigungen für die Fa. Transnuklear GmbH Stand: 6.01.88

Genehm.-Nr.	gültig bis	Inhalt je Transport	Beförderungsstrecke	Beförderungsmittel	Anzahl der Transporte (*=Transp. ausgeführt)
2370	18.01.88	abger. U u. Spaltprodukte	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	LKW, Flugzeug	unbegrenzt
2812	25.07.88	Proben: Uran-235 oder Pu-239 + -241 oder Pu/U-Gemisch	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	LKW, Bahn, Flugzeug	unbegrenzt
2819	16.05.88	UO_2-Pulver	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	LKW, Bahn, Flugzeug	unbegrenzt
2891	18.01.89	unbestr. Ionenaustauscher-harze –Pu + U_{nat} –	Hanau – Leopoldshafen	LKW	unbegrenzt
2905	05.02.88	unbestr. Plastikstoffe und Filter (UO_2)	Hanau – Travemünde oder Kiel – Västeras/S	LKW, Fähre	unbegrenzt
2961	14.03.88	HTR-BE – U/A1-Legierung	Hanau – Japan	SIFA, Flugzeug	10
3055	10.02.88	UF_6-Rückstände	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	LKW, Bahn, Flugzeug, Schiff	unbegrenzt
3073	13.02.88	UF_6	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	LKW, Bahn, Schiff	unbegrenzt
3085	18.03.88	Pu-kontam. Abfälle	Hanau – Leopoldshafen oder Hanau – Lichtenbusch/B oder Hanau – Travemünde – Trelleborg/S	LKW, Fähre	unbegrenzt
3128	21.05.88	unbestr. Reststoffe: Uran-235 oder Pu-239 + -241 Pu/U-Gemisch	innerhalb des Geltungsbereiches	LKW	unbegrenzt
3134	30.06.88	unbestr. BE: (UO_2)	Hanau oder Karlstein – Krümmel	LKW	unbegrenzt
3152	23.07.88	unbestr. U-Proben(Metall, Legierung – ausgenommen pyrophores Material – oder Salz einer Verbindung	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	LKW, Bahn, Flugzeug	unbegrenzt
3166	29.08.88	Pu-haltige Abwässer	Hanau – Leopoldshafen	LKW	mehrere

Genehm.-Nr.	gültig bis	Inhalt je Transport	Beförderungsstrecke	Beförderungsmittel	Anzahl der Transporte (*=Transp. ausgeführt)
3191	31.07.88	bestr. BE (U/A1-Leg.)	Grenoble/F – Bremerhaven – USA	LKW, Schiff	2 (+2 Rücktransp.)
3196	12.01.89	UO_2-Schlamm bzw. ADO-Konzentrat	Hanau – Bonn u. zurück	LKW	unbegrenzt
3216	14.04.89	unbestr. UO_2-Pulver	Hanau – Hamburg oder Bremerhaven – Tokio/J	LKW, Schiff	12
3219	12.02.89	unbestr. U_3O_8-Pulver	Hanau – Tokio/J	SIFA, Schiff	18
3228	22.01.89	Pu- und/oder U-kontam. Teile	Hanau oder München – Leopoldshafen	LKW	unbegrenzt
3234	01.06.88	PuO_2-Pulver	Cadarache/F – Hanau	SIFA	5
3238	31.03.89	unbestr. Metall– oder Pulverproben	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	LKW, Bahn, Schiff, Flugzeug	unbegrenzt
3248	03.03.89	U_{nat}	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	LKW, Bahn, Schiff, Flugzeug	unbegrenzt
3252	31.03.88	unbestr. UO_2 (Tabl.,BE + Partikel + UF_6	Hanau – Mailand/I	SIFA, Flugzeug	1* (+1 Rücktransp.)
3253	01.04 89	unbestr. Pu- und/oder U-haltige Chemieabwässer	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	LKW	unbegrenzt
3257	02.07.89	bestr. u. unbestr. kleine Mengen U + Pu (Metall,Oxid, Legierung oder Lösung)	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	LKW, Flugzeug	unbegrenzt
3258	08.05.89	unbestr. Metall, Verbindungen, Legierung oder beschichtetes UO_2	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	PKW	unbegrenzt
3266	05.03.88	unbestr. BE (UO_2)	Hanau – Karlstein u. zurück	LKW	unbegrenzt
3275	19.03.88	unbestr. BE (UO_2)	Hanau – Dessel/B	LKW	32 + 2 Rücktransp.
3282	30.06.88	unbesrt. HTR-BE (U/A1-Leg.)	Hanau – Japan u. zurück	SIFA, Flugzeug	15
3300	28.04.88	bestr. UO_2/PuO_2-Brennstäbe	Neckarwestheim – Karlstein	LKW	1*
3302	30.04.88	unbestr. Proben (Metall, Oxid, Karbid, Saure Nitratlösung oder Pulver	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	LKW, Bahn, Flugzeug	unbegrenzt
3307	27.05.89	unbestr. Grünlinge und Tabletten (UO_2)	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	LKW	unbegrenzt
3314	28.03.88	bestr. Brennstäbe (UO_2/Puo_2)	Leopoldshafen – Cadarache/F	LKW	2*
3319	17.01.88	unbestr. Testbrennstäbe (UO_2)	Hanau – Seoul/Korea	LKW, Flugzeug	8
3322	08.07.88	bestr. BE (UO_2/PuO_2)	Karlsruhe – Mol/B	LKW	2
3327	10.01.88	bestr. Brennstabsegmente (UO_2)	Geesthacht – Karlstein	LKW	1*
3340	16.07.88	bestr. MOX-BE (UO_2 + PuO_2)	Kahl – Simpevrap/S	LKW, Schiff	14
3342	16.01.88	bestr. BE (UO_2 + Puo_2)	Leopoldshafen – Simpevrap/S	LKW, Schiff	1*
3350	14.01.88	unbestr. UO_2-Pulver	Hanau – Leopoldshafen	SIFA	1*
3351	13.08.88	unbestr. U-Lösung und Proben	Seibersdorf/A – Hanau	LKW	2
3352	14.08.89	unbestr. U-kontam. Reststoffe u. Abfälle	innerhalb des Geltungsbereiches des Atomgesetzes	LKW	unbegrenzt
3354	07.02.88	bestr. Brennstäbe (UN + PuN)	Petten/NL – Leopoldshafen	LKW	1*
3355	21.04.88	in Bitumen konditionierte Radionuklide	Cadarache/F – Berlin	LKW, Flugzeug	1
3361	05.04.88	unbestr. UO_2- + U_3O_8-Pulver	Dessel/B – Hanau	LKW	3
3362	30.10.89	unbestr. kontam. Reststoffe	Hanau – Leopoldshafen	LKW	unbegrenzt

Genehm.-Nr.	gültig bis	Inhalt je Transport	Beförderungsstrecke	Beförderungsmittel	Anzahl der Transporte (*=Transp. ausgeführt)
3363	24.02.88	bestr. Brennstabsegmente (UO_2)	Karlstein – Petten/NL	LKW	1*
3369	07.03.88	unbestr. UO_2-Pulver	Hanau – Halden/N	SIFA, Flugzeug	1*
3377	21.03.88	bestr. UO_2-Kapsel	Leopoldshafen – Würenlingen/CH	LKW	1*
3379	09.03.88	bestr. U/PuO_2 Brennstab-abschnitte	Karlstein – Erlangen	LKW	1*
3380	23.03.88	unbestr. MOX-Brennstäbe (UO_2-/PuO_2 Tabletten)	USA – Dessel/B	deutsches Schiff	3
3381	11.03.88	unbestr. U-Metall	USA – Mainz	Flugzeug, LKW	1*
3382	23.05.88	bestr. UO_2-Tabletten	Petten/NL – Leopoldshafen	LKW	1
3384	17.09.89	unbestr. UO_2-Pulver	Västeras/S – Hanau	Fähre, LKW	unbegrenzt
3390	05.05.89	unbestr. Testbrennstäbe (UO_2)	Mühlheim-Kärlich – Hanau	LKW	1 (+ Rücktransp.)
3391	15.04.88	bestr. UO_2-Brennstäbe	USA – Bremerhaven – Studsvik/S	Seeschiff	1
3393	24.03.88	bestr. UO_2 Kapseln	Leopoldshafen – Jülich	LKW	1
3395	12.04.88	bestr. UO_2 Proben	Leopoldshafen – Trelleborg/S Trelleborg – Travemünde Windscale/GB	LKW, Fähre LKW, Fähre	1* 1*
3398	31.01.88	unbestr. UN/PuN- + UC/PuC- Brennstäbe	Leopoldshafen – Cadarache/F	SIFA	1
3400	29.10.88	unbestr. HTR-BE (U/A1-Legierung)	Hanau – Petten/NL	LKW	10*
3402	20.05.88	bestr. HTR-BE (U/A1-Legierung)	Riso/DK – Bremerhaven – USA	LKW, Schiff	1*
3403	27.04.88	bestr. Brennstäbe + Brenn-stabsegmente (UO_2/PuO_2)	Petten/NL – Leopoldshafen	LKW	1*
3406	12.05.88	bestr, UO_2-Brennstäbe	Gundremmingen – Karlstein	LKW	1*
3408	29.02.88	bestr. Brennstabsegmente (UO_2)	USA – Hamburg – Schweden	deutsches Schiff	1
3409	30.06.88	besrt. BE (UO_2/PuO_2 + UO_2)	Obrigheim – Karlstein	LKW	1*
3412	30.05.88	bestr. UO_2-Brennstab	Würgassen – Karlstein	LKW	1*
3418	31.03.88	unbestr. MOX-Brennstäbe (UO_2/PuO_2)	Hanau – Vaduc/F	SIFA	3
3421	12.05.88	unbestr. Reststoffe (U-,Pu- oder Gemisch)	Hanau oder Karlstein – Leo-poldshafen oder Karlstein	LKW	unbegrenzt
3424	29 02.88	unbestr. MOX-BE (UO_2/PuO_2)	Hanau – Esensham	SIFA	4
3428	30.06.88	unbestr. U_3O_8-Pulver	Hanau – Wien/A	LKW, Flugzeug	1
3430	30.06.88	unbestr. UF_6	Pierrelatte/ – Travemünde – Västeras/S	LKW, Fähre	unbegrenzt
3437	30.06.88	unbestr. BE (U/A1-Leg.)	Hanau – Grenoble/F	SIFA	6
C315/2	29.02.88	Coreschrott (Fe-55, Co-60, Ni-63)	Würgassen – Mol/B	LKW	30
C328	31.01.89	Co-60 und/oder Cs-137	Karlstein – Lahore	LKW, Flugzeug	unbegrenzt
C 329	31.01.89	Co-60 und/oder Cs-137		Bahn	unbegrenzt
C 330	31.01.89	Co-60 und/oder Cs-137		Schiff	unbegrenzt
C 331	31.01.89	Co-60 und/oder Cs-137		Flugzeug	unbegrenzt

IWF-Kongress

Nein Danke!

Aufruf an die Anti-AKW-Bewegung

Im September '88 kommen über 10 000 Finanzminister, Bankiers, Notenbankchefs und ihre Helfershelfer zu ihrer alljährlichen IWF/-Weltbank-Tagung zusammen, dieses Mal in Westberlin.

Die im Interesse der westlichen Zentren, von IWF/Weltbank betriebene Politik gegenüber den Staaten aus der Peripherie ist mitverantwortlich für die katastrophalen Lebensbedingungen der dort lebenden Menschen:

- Ausbeutung in den Weltmarktfabriken, vor allem der Frauen,
- Exportproduktion von landwirtschaftlichen Gütern in die hochentwickelte westliche Welt auf Kosten von Hunger und Unterernährung der einheimischen Bevölkerung,
- Verwüstung und ökologische Vernichtung ganzer Regionen zur Verwertung für den Weltmarkt.

Das Treffen IWF/Weltbank-Tagung ist auch für uns AtomkraftgegnerInnen eine Provokation. Mit dem IWF schaffen sie die Bedingungen für die verstärkte Ausbeutung der Bevölkerung der drei Kontinente. Der Energiesektor (die Atompolitik inbegriffen) ist ein weiterer Bereich zur Profitmaximierung und somit auch Instrument für die weltweite Ausbeutung.

Wir wissen, daß das Atomprogramm ohne seine internationalen Verflechtungen niemals durchführbar wäre. Für die Verantwortlichen war z. B. die Entwicklung von Atomanlagen hier immer ganz wesentlich mit der Hoffnung auf profitträchtige Exportgeschäfte verbunden. Es gibt bei der Atommafia Überlegungen, hochradioaktiven Atommüll in die Länder der Peripherie abzuschieben. Auf der anderen Seite könnten bundesdeutsche Atomanlagen ohne Uranimporte (z. B. aus Namibia, Argentinien, Brasilien) nicht mehr betrieben werden. Auch wenn IWF und Weltbank nicht direkt an der Finanzierung und Förderung weltweiter Atomtechnologie beteiligt sind, so halten sie doch die Bedingungen aufrecht, in denen diese menschenverachtende Großtechnologie weiterentwickelt werden kann. Unser Widerstand gegen AKW's hat sich auch immer gegen diese Strukturen gerichtet, mit denen Menschen beherrscht und unterdrückt werden. Unser Kampf gegen die Atommafia und die dahinterstehenden Konzernstrukturen ist internationalistisch und hört nicht bei den hiesigen strahlenden Atommeilern auf. Er richtet sich gegen diejenigen, die vom Bau und Betrieb von Atomanlagen profitieren.

Spätestens seit Tschernobyl und dem Transnuklearskandal ist klar, daß im Zweifelsfall wohl vorkalkuliert der sensibilisierten Öffentlichkeit neue Namen für die gleichen Machenschaften vorgesetzt werden. Die Marionetten werden ausgetauscht, die Drahtzieher bleiben. Bei den vielfältigen Skandalen bleiben sie im Hintergrund. Ihre Namen: Konzerne wie Siemens/KWU, Degussa; Energiegesellschaften wie die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätsgesellschaft (RWE) oder Preußenelektra; Finanziers wie Deutsche Bank, Dresdener Bank...

Sie kalkulieren, sie finanzieren, sie produzieren und sie profitieren und zwar auf unsere Kosten und die der Bevölkerung in den Ländern der sog. Dritten Welt.

Bundesweites Treffen

6./7./8. Mai in Berlin

Wir wollen uns als AKW-GegnerInnen zu der Tagung im Herbst praktisch und öffentlichkeitswirksam verhalten. Begreifen und nutzen wir die IWF/Weltbank-Tagung als Chance, unseren Widerstand hier gegen Atomanlagen mit anderen zu verbinden und mit neuen Inhalten und Perspektiven fortzusetzen. Für eine gemeinsame weiterführende Diskussion rufen wir euch auf, zu einem Treffen am 6./7./8. Mai in Berlin. Ziel ist, mit vielen die genannten Themenschwerpunkte inhaltlich zu vertiefen und als Beitrag der Anti-AKW-Bewegung im Herbst Aktionsvorschläge zu entwickeln (dezentral – zentral in Berlin?).

Vorbereitungstreffen,
Hannover, den 30./31. 1. '88
AKW-GegnerInnen aus Hannover, Hamburg, Marburg, Berlin, Frankfurt

Bisherige Themenvorschläge

- Leiharbeit – Flexibilisierung – Umstrukturierung
- Brasilien: Verschuldung – Exporte
  AKW's – Energiepolitische Bombe
- Energie als Machtfaktor
- Aufarbeitung der KWU-Kampagne

Es sind Leute aus Kanada, Australien und Polynesien eingeladen, die uns über den Uranabbau, über ihre Arbeitsbedingungen dort, die ökologischen Auswirkungen, die Umstrukturierung in der Region berichten können. Außerdem über die beteiligten Firmen und den Widerstand in ihren Ländern.

Eine vollständige Materialsammlung wird in Marburg angelegt. Dort könnt ihr Beiträge hinschicken und den Reader anfordern.
Kontaktadresse:
BIGAM Marburg, c/o KFZ, Schulstr.6, 355 Marburg

Freitag

Auftaktveranstaltung zum Stand der IWF-Kampagne.

Samstag

Referate, Arbeitsgruppen und Diskussionen und am Abend ein Fescht „Tanz den Atom, tanz den IWF!"

Sonntag

geht's an die praktische Umsetzung...

Wünsch Dir was!

Wir haben den Wunsch, daß sich die Anti-AKW-Bewegung praktisch zu dem IWF-Kongress verhält. Von uns gibt es den Vorschlag für einen dezentralen bundesweiten Aktionstag oder eine zentrale Demo in Berlin im September. Diese Frage wollen wir auf dem Treffen im Mai klären.

Für hoffentlich zahlreiche Anmeldungen, die Schlafplatzvermittlung und den Überblick für das Festkomitee wendet Euch an die

Berliner Kontaktadresse:
Anti-AKW-Gruppe 61
c/o TUWAT-Laden
Mittenwalder Straße 6
1000 Berlin 61

AG 1: Energie als Machtfaktor:

Die Skandalüberflutung hält an. Niemand weiß, wer welche Mengen von radioaktivem Material durch Städte und Landschaften, über Meere und Grenzen transportiert. Niemand, der in der Lage wäre, in Fakten und Tatsachen den weltweiten Transport von Kernbrennstoffen und Atommüll beschreiben zu können. Niemand, bis auf diejenigen, die diese Interessen durchsetzen. So wird jede Möglichkeit öffentlicher Kontrolle zur Farce.

Im Bereich der Kernbrennstoffe produzierenden Firmen oder Gesellschaften wurde enthüllt, daß Schiebereien und Falschdeklarationen Alltag in dem von Siemens im Verbund mit Degussa, RWE und Banken gesteuerten Nuklearbusiness sind. Auf allen Ebenen hat Siemens die Macht, Konzerninteressen durchzusetzen. Ob in Südafrika Uranerz abgebaut wird, oder in den USA Firmen in Siemensbesitz Uran anreichern, ob eine ökonomische Einbindung die Sowjetunion zum „Weiterverarbeitungspartner" macht, oder wie mit dem Export von Atomtechnologie neue Geschäfte möglich werden: Siemens macht Weltpolitik.

Uranschiebereien

Hand in Hand suchen und fördern Bund, RWE, Siemens und Banken in aller Welt nach Uranerz und nutzen beispielsweise das für Profitmaximierung günstige Rassistenregime in Südafrika und Namibia. Unter Effektivierung der landesüblichen kapitalistischen Methoden wird Uranerz in Drecksarbeit erstmalig verarbeitet. Vom Förderland wird das erste Verarbeitungsprodukt von der Deutsch-Afrika-Linie (DAL) zur Drehscheibe Hamburger Hafen gebracht. Von hier geht der Weitertransport in die Filialen der Siemens-Connection über einige Zwischenlagerungen ab und weitere Weiterverarbeitungsprodukte kommen wieder in Hamburg an. Über Hanau (Transnuklear) wird Uranoxid (yellow Cake) nach Pierrelatte (Frankreich) transportiert und dort zu Uranhexafluorid (Hex) verarbeitet. Über den Hamburger Hafen wird Hex zur Zwischenlagerung nach Hanau gebracht, kommt zurück in den Hafen und wird zur Anreicherung nach Riga in die Sowjetunion verschifft. Zurück in Hamburg geht es weiter zur RBU (60 % Siemens) oder in die USA. Die RBU in Hanau fertigt Brennelemente für den Inlandsbedarf und für den Export. In den USA werden bei der Advanced Nuclea Fuels Corp. (ANF gehört inzwischen Siemens, früher Exxon) Brennelementetabletten hergestellt, die nach dem Transport über den Hamburger Hafen bein ANF in Lingen zu Brennelementen weiterverarbeitet werden. Dies ist der internationale Weg der Brennelementeentstehung im Siemens-Verbund, andere Weltkonzerne verfahren ähnlich.

Exportgeschäfte

Das ganz große Geschäft auf dem nuklearen Sektor machte Siemens jedoch nicht mit der Brennelemente-Herstellung. Vielmehr war es die Atomtechnologie, hier v.a. Kraftwerksbau und Stromverteilung, die dem Konzern in den vergangenen Jahrzehnten die Milliarden einbrachten. Die Tochterfirmen KWU und Interatom bauten fast alle AKWs in der BRD. Frühzeitig wurde versucht, die hier entwickelte Technologie zu exportieren, v.a. in Länder der Peripherie. Erfolgreich war die KWU in Argentinien und Brasilien, wo durch IWF/Weltbank-Politik geförderte Kredite der Dresdener Bank den AKW-Bau ermöglichten. Mit deutschen Know How wurde in diesen Ländern der sogenannte nukleare Kreislauf geschlossen, und die Möglichkeit zum Bau der Atombombe geschaffen.

Wegen Zahlungsunfähigkeit gehen die Arbeiten auf den Baustellen weiterer KWU-Projekte in Argentinien und Brasilien inzwischen nur noch schleppend voran. Sicherheitsbedenken nach Tschernobyl, stagnierender Stromverbrauch oder harte IWF-Auflagen legte die Vertragsverhandlungen zwischen Siemens/KWU und Ländern wie Ägypten, Türkei, Jugoslawien, Indonesien und anderen auf Eis. Gerade auf diesen Verhandlungen beruhten die Hoffnungen der KWU-Manager, die Produktionsstätten in der BRD auslasten zu können. Doch KWU wäre nicht Siemens, hätte sie sich keine Strategie überlegt, die Entwicklung auf dem Exportsektor aufzufangen. - Die Tochterfirmen KWU, Interatom und Transformatoren Union sind seit Oktober 1987 in den Mutterkonzern integriert und mit Teilen der Siemens-Unternehmensbereiche Energie- und Automatisierungstechnik in dem neuen Unternehmensbereich KWU zusammengefaßt. Die Zusammenlegung von Vertriebssystemen und enge Kopplung verschiedener Produktionsbereiche erhöht die Wettbewerbsfähigkeit. Personalabbau bzw. innerbetriebliche Personalumsetzung lassen sich im Großkonzern besser kaschieren (kein Sozialplan notwendig).

- Das durch die Entwicklung der Atomtechnologie erworbene Know How wird auf neuen Geschäftsfeldern genutzt, z.B. Lasertechnik, umfangreiches Software-Angebot und ‚Off-Shore-Technik.

Auf dem Exportsektor läßt sich z.Zt. zwar nicht das große Geschäft machen, doch der Multi ist nicht untätig. Der Siemens-Forschungsreaktor in Indonesien und die Siemens-Brennelementefabrik in Südkorea sind so gut wie fertiggestellt. Exportschlager für die Zukunft sollen kleine Hochtemperaturreaktoren zur Erzeugung von Prozeßwärme und Energie für die Kohleverflüssigung werden. Die Baugenehmigung für ein HTR-Vorzeigemodell ist in Niedersachsen beantragt. Neuerdings gibt es auf diesem Gebiet ein Zusammenarbeits-Abkommen zwischen Siemens und BBC, dem zweiten bundesdeutschen HTR-Bauer (Hamm-Uentrop).

Zumindest mittelfristig wichtigste Unternehmensgebiete sollen die Brennelemente-Nachladung und der Reaktor-Service werden. Der Brennelemente-Wechsel ist alle drei Jahre fällig und für BRD-Reaktoren hat die RBU (60 % Siemens) das Nachlademonopol. In USA, Ungarn, Finnland und China erhielt Siemens Aufträge für Reaktornachrüstungen, mit der UDSSR laufen Verhandlungen. Der Aufkauf von und die Zusammenarbeit mit US-Firmen (Exxon-Nuclear bzw. Bechtel) sichern dem Konzern bedeutende Marktanteile im Ausland. Dies ist ein wichtiger Aspekt in der Analyse der Konzernpolitik.

Seitdem der Export der Atomtechnologie nicht wunschgemäß funktioniert, geht es wesentlich darum, in der Peripherie Brückenköpfe für Absatz und Produktion anderer Siemens-Produkte auszubauen bzw. zu erobern:

- 40 % des Telfonnetzes in Argentinien wurden von Siemens ersteltt.
- In Pakistan, Bangla Desh und Indonesien stellt Siemens die Fernmeldesysteme auf digitale Nachrichtenübermittlung um.

Solche Aufträge kommen oft durch Vermittlung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit zustande. Schließlich werden dadurch neue technologische Abhängigkeiten von einem bundesdeutschen Konzern geschaffen. Auch die angeblich so unbeliebten 'Build and Operate Transfers' (BOT-Beschäfte) sind Instrument des BRD-Imperialismus. IWF/Weltbank-Auflagen lassen Verträge zustande kommen, in denen Siemens sich verpflichtet, AKWs und Fernmeldesysteme nicht nur zu liefern, sondern zumindest vorübergehend auch zu betreiben, z.B. den Strom zu verteilen und zu verkaufen. Immerhin sichert der Konzern sich nachhaltige Einflußnahme auf wichtige Teile der Infrastruktur in Ländern wie Indonesien und Türkei.

Konzernstrategen das Handwerk legen

An den Beispielen der Rohstoffverarbeitung und der Exportpolitik des Siemenskonzerns wird deutlich, daß der politische Protest und Widerstand gegen AKWs auf ein wichtiges Instrument imperialistischer Konzernpolitik stößt. Das Eindringen und Dominieren von Märkten über den Energiesektor

Siemens

fand anch Anfangserfolgen Grenzen und wurde erweitert um Aktivitäten anderer (Unternehmens-)Bereiche, von denen sich die Siemens-Strategen Entwicklungen erhoffen, die eine Erschließung profitablerer Produktionsmöglichkeiten versprechen, z.B. Nachrichtentechnik. Das Wissen um diesen Zusammenhang und auch die aktuellen „Skandal"-Enthüllungen lassen die Macht des Konzerns deutlich werden und führen uns auf eine Frage der Anti-AKW-Bewegung:

Wie gelingt es, effektiver gegen die Strategie eines weltweit organisierten Konzerns hier zu kämpfen? Es ist leider nicht der Fall, daß eine solche Frage aus der Anti-AKW-Bewegung in die Diskussion klassenkämpferischer Massenorganisationen eingebracht werden kann, weil es diese hier nicht gibt. Somit stehen wir vor dem Problem, die Kenntnis vom Mechanismus eines imperialistischen Projekts zu verbinden mit unserer politischen Praxis.

Deshalb versuchen wir auf dem bundesdeutschen Treffen am 6./7./8. Mai in Berlin, Bündnisse auch über die Anti-AKW-Bewegung hinaus entstehen zu lassen und Erfahrungen auszutauschen. Wir wollen durch eine breite Aktionsplattform den imperialistischen Charakter des Nukleargeschäfts benennen und angreifen. Wir erwarten, daß sich hieraus neue Perspektiven für den Widerstand eröffnen. Vor dem IWF-Kongreß wünschen wir uns eine Flut von Aktionen im gesamten Bundesgebiet und in Berlin und die Verhinderung des Kongresses.

Hamburger AKW-GegnerInnen, Februar 1988

Achtung! Achtung!

Aus Platzgründen waren wir nicht in der Lage, alle uns zugesandten Beiträge für das AKW/IWF Treffen in Berlin abzudrucken. Wir haben uns schweren Herzens entschlossen, von den Artikeln wenigstens den Vorspann und eine »Textprobe« abzudrucken.
Die vollständigen Texte könnt ihr bei der Marburger Kontaktadresse bestellen (siehe Aufruf).
Gegebenenfalls werden wir in den nächsten Ausgaben die vollständigen Beiträge wiedergeben.

die Redaktion

AG 2: Leiharbeit

Arbeit in Atomanlagen ist ein bisher weitgehend vernachlässigter Aspekt in der Anti-AKW-Bewegung, während die Betreiber im Verein mit Staat und Gewerkschaften die Schaffung von Arbeitsplätzen in ihre Werbekampagnen einbeziehen und damit versuchen, die Akzeptanz für ihre Produktionsanlagen zu erhöhen. Wir erinnern nur an das Transparent in Hanau: „2.500 Nukem-Arbeiter stehen hinter ihrem Arbeitsplatz."

Trotz Transnuklear und NUKEM „Skandal" - eigentlich der an die Öffentlichkeit geratene Normalzustand der Atommafia - stehen sie immer noch zu ihren Arbeitsplätzen:

Aus einem Interview mit dem stellvertretenden Betriebsratvorsitzenden der Transnuklear, Haberkorn: „Die Kernenergie kann ja durch solche Beschlüsse nicht lahmgelegt werden. Die Entsorgung muß ja weitergehen." „Wir werden bemüht sein, die Zuverlässigkeit, die jetzt in Frage steht, wiederherzustellen." „Aber die Vorwürfe (schuldhaftes Verhalten einzelner Mitarbeiter) sind ja nicht haltbar, weil sie nicht bewiesen sind."

Die Arbeit im Produktionsbereich, ihre Inhalte und Ziele, ihre Organisation, daß und wie die menschliche Arbeitskraft darin verwertet wird, - daß sich die Menschen in der Arbeit nicht verwirklichen können, das Ignorieren der Arbeit im Reproduktionsbereich (die vor allem von Frauen geleistet wird), bestimmt die patriarchale, kapitalistische Gesellschaft entscheidend.

Andererseits drückt sich in der so organisierten Arbeit ein bestimmtes Denken, eine bestimmte Vorstellung von Leben aus. Es geht um die optimale Verwertung von Arbeitskraft, um Ausbeutung und Maximierung von Profiten.

Gleichzeitig geht es um die Aneignung des Was und Wie aller Arbeitsprozesse, des Wissens, der Planung, der Leitung von Arbeit durch das Kapital und damit der Enteignung der Sachkompetenz der Arbeitenden. Es geht um den Zugriff auf die als chaotisch und unzuverlässig begriffene Natur, um Herrschaftsdenken, das am einfachsten in dem lapidaren Satz „Alles ist machbar, Herr Nachbar" ausgedrückt ist.

Wir meinen, daß die Arbeit in Atomanlagen alle Merkmale kapitalistischer Arbeitskraftverwertung in überdeutlicher, verschärfter Form aufweist...

Atomplenum Hannover

Der Vertrag

1975 wurde zwischen der Militärregierung in Brasilien und der BRD das „Jahrhundertgeschäft" im Nuklearbereich abgeschlossen. Das Abkommen umfaßte die Lieferung von bis zu 8 Leichtwasserreaktoren, die Prospektion, den Abbau und die kommerzielle Nutzung brasilianischen Urans (Brasilien verpflichtete sich, nach Deckung des eigenen Bedarfs, 20 % der Uranproduktion in die BRD zu exportieren), die Lieferung einer Fabrik für Uranerzaufbereitung, einer Fabrik zur Herstellung von Brennelementen, einer Urananreicherungsanlage, die nach dem Trenndüsenverfahren arbeiten soll, einer Reaktorfabrik sowie einer Pilotanlage für die Wiederaufarbeitung bestrahlter Brennelemente.

Auf brasilianischer Seite war Nuclebras das wichtigste Unternehmen, auf deutscher Seite waren KWU und u.a. die Urangesellschaft, Gutehoffnungshütte, STEAG und Interatom beteiligt.

Brasilianische Interessen am Atomvertrag

Der deutsch-brasilianische Atomvertrag basiert in seiner Anwendung und Nutzung auf 2 Pfeilern. Zum einen auf der sogenannten zivilen Nutzung der Atomenergie und zum anderen auf der gleichzeitigen militärischen Verwendung dieses technischen Know-Hows...

Kontaktstelle: Beitrag aus Berlin, Anti-AKW-Gruppe 61, c/o Tu-Wat-Laden, Mittenwalderstr. 6, 1000 Berlin 61

AG 3: Brasilien

Bei der Beschäftigung mit der bundesdeutschen Atomindustrie kommt mensch nicht umhin sich auch mit dem wichtigsten Standbein dieser Industrie, dem Exportgeschäft auseinanderzusetzen.

Da der deutsch-brasilianische Atomvertrag als das Jahrhundertgeschäft mit Jahrhundertgewinn bezeichnet wird, haben wir angefangen dieses Abkommen mal etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

AG 4: AKW / IWF / KWU

Es gibt derzeit im Linken und Alternativen Spektrum in der BRD und West-Berlin eine Unzahl von Bemühungen die Bedeutung der geplanten IWF/WB Tagung für die eigenen Vorstellungen von Politik und Leben zu diskutieren. Dazu gehört auch der linksradikale Teil der Anti-AKW-Bewegung.

Gemeinsam ist der Wunsch, diese Propagandashow der (Mit-)Verantwortlichen zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Weltwirtschaft im September zu stören.

Zu diesem Zeitpunkt wird sich in Berlin eine außerordentlich große interessierte Öffentlichkeit einfinden und darüber hinaus wird eine Weltöffentlichkeit alle „besonderen Vorkommnisse" an diesem Ort aufmerksam registrieren. Auch wenn diese Öffentlichkeit zunächst einmal durch einen Kongreß von 10.000 wichtigen Typen der Weltwirtschaft hergestellt wird, so liegt es doch an uns diese in unserem Sinne zu nutzen.

aus Berlin

Für viele von uns stehen diese beiden Institutionen für eine brutale, menschenverachtende und unterdrückerische Politik auf Kosten der Lebensbedingungen der breiten Bevölkerungsschichten in den sogenannten „Entwicklungsländern": Nicht zuletzt der IWF hat ganz nachhaltig den Militärputsch in der Türkei im Jahre 1980 vorbereitet und sorgt mittlerweile mit seinen Auflagen dafür, daß z.B. der Amazonas für die Interessen multinationaler Konzerne verwüstet wird.

Dies allein ist für uns schon Grund genug, die IWF/WB Tagung in Berlin nicht tatenlos hinzunehmen. Wir kommen dabei jedoch nicht darum herum, unsere Proteste inhaltlich genauer zu bestimmen. Dies ist notwendig um für sich und andere überzeugende Inhalte in Form von Aktionen zum Ausdruck zu bringen.

Dabei sehen wir uns zur Zeit noch vor ähliche Schwierigkeiten gestellt wie andere Gruppen und Einzelpersonen, die sich im September praktisch gegen den IWF/WB Kongreß verhalten wollen. Es existieren tastende Versuche sich mit der Rolle, Geschichte und Funktion dieser beiden Institutionen auseinanderzusetzen. Dabei stellt frau schnell fest, wie sehr man sich bei diesem Thema auf dem schwankenden Boden realökonomischer und monetärer Weltmarktentwicklungen seit dem zweiten Weltkrieg befindet.

Es ist schwer diese Zusammenhänge überzeugend auf den Punkt zu bringen. Es läßt sich feststellen, daß die beiden Institutionen IWF und WB zwar wichtige Instrumente im Orchester kapitalistischer Weltherrschaft sind, doch keineswegs die alles entscheidenden Schaltzentralen. Das Orchester braucht keinen Dirigenten es dirigiert sich selber. Und dies aus einer Unzahl von vielen unterschiedlichen Tönen, die teilweise einen ziemlich dissonannten Klang ergeben. Was heißt das konkret?...

GEHEIME KATASTROPHENSACHE

Nach 30 Jahren bequemt sich die britische Regierung, Geheimdokumente über das Windscale-Unglück zu veröffentlichen: Es war dort tausendmal schlimmer als in Harrisburg

Windscale ist ein Atomkomplex mit vielen Möglichkeiten unter einem Dach. In mehreren Plutonium-Produktionsreaktoren, einer Plutonium-Brennelementefabrik und einer Wiederaufarbeitungsanlage werden hier, an der Küste zur Irischen See gelegen, die Spaltmaterialien für das britische Kernwaffenprogramm gewonnen, wird Strom produziert und Plutonium für den Weltmarkt extrahiert. Die Katastrophe ereignete sich 1957 im Reaktor „Windscale Pile 1", der als erster militärischer Plutonium-Produktionsreaktor Großbritanniens im Oktober 1950 den Betrieb aufnahm. Der zweite Reaktor „Windscale Pile 2" folgte im Juni 1951. In beiden Reaktoren wurde 1952 das Plutonium für die erste britische Atombombe gewonnen, die am 3. Oktober 1952 bei Monte Bello an der Nordküste Australiens explodierte. Fünf Jahre später, am 10. Oktober krachte es in einem der Reaktoren. Der Reaktorkern von „Pile 1" fing Feuer. Das setzte die bis Tschernobyl größte Reaktorkatastrophe in Gang. Der gesamte Graphitblock stand in Flammen. Die Brennstäbe schmolzen. Die Temperaturen in der Treibstoffzufuhr stiegen auf 1300 Grad Celsius. Das Graphit in der Leitung 20/53 dicht unter dem Reaktordeckel erreichte tausend Grad. Die Löschversuche der Feuerwehr durch Reinpumpen von Kohlendioxid brachten den Brand nicht unter Kontrolle. Zwei Tage stand der Reaktor in Flammen. Schließlich griff man zu Löschwasser. Über 4000 Liter Wasser pro Minute wurden in den brennenden Reaktor gepreßt. Doch das Zusammentreffen von kaltem Wasser und glühendem Graphit wirkte wie ein Vulkan. Ein radioaktive Wolke stieg kilometerhoch und verbreitete sich bis über Südengland, Wales, den Ärmelkanal und hinüber in die Normandie. 20.000 Curie Radioaktivität wurden an die Umwelt freigesetzt (taz vom 4.1.88: 370.000 Curie von über 40 verschiedenen radioaktiven Isotopen). Das ist, wenn auch nur ein Bruchteil des in Tschernobyl freigesetzten Inventars, die tausendfache Menge der bei der Katastrophe von Harrisburg freigesetz-

Windscale-Komplex:

1 Produktionsreaktor Pile 1
2 Produktionsreaktor Pile 2
3 Kühltürme Calder Hall
4 Calder-Hall-Reaktoren
5 Plutonium-Brennelemente-Fabrik
6 Wiederaufarbeitungsanlage
7 Prototypreaktor AGR

ten radioaktiven Isotope. Im Fallout befanden sich Jod 131, Tellur 132, Cäsium 137 und Strontium 89. Für die Bewohner der Umgebung hieß das, sie waren in wenigen Stunden dem zehnfachen der erlaubten lebenslangen strahlenden Dosis ausgesetzt. Arbeiter im Werk selbst wurden mit der 150-fachen Dosis verstrahlt.

In der regierungsamtlichen Erklärung am 10. Oktober 1957 las es sich dagegen ganz anders: „Es gibt keine Anzeichen dafür, daß irgendeine Gefahr für die Öffentlichkeit besteht. Es ist keine größere Menge Radioaktivität freigesetzt worden. Die Menge war nicht gefährlich und ist mit dem Wind auf die See hinausgetragen worden" (nach „The Times", 1.1.88). Zwei Tage später wurde dann allerdings die Vernichtung der jodbelasteten Milch, im Umkreis von 500 Quadratkilometern angeordnet. Das waren 2000 Tonnen Milch mit einer Belastung von 3700 Bequerel pro Liter. Schon am 15. Oktober folgte dann eine Vorkehrung, die seither ebenso wie Verharmlosungsreden und Vertuschungsmanöver zur politischen Aufarbeitung jedes Reaktorunfalls gehört. Die Grenzwerte wurden hinblicklich zu erwartender künftiger Reaktorunfälle neu festgelegt. Empfohlen wurde damals ein Grenzwert von satten 2000 Bequerel pro Liter Milch.

Was das Ausmaß der Reaktorkatastrophe und die gesundheitlichen Auswirkungen angeht, bestätigen die jetzt freigegebenen Geheimakten die jahrelang gehegten Befürchtungen. Doch nicht die frei diskutierende Presse, sondern erst die in mühsamster Kleinarbeit erstellten Untersuchungen von AKW-GegnerInnen zerrten das Ausmaß dieser Reaktorkatastrophe ans Licht. Die Befürworterseite reagierte darauf regelmäßig erst einmal mit Dementis, um dann nach „angemessener time-lag" die Ergebnisse doch zu bestätigen.

So kamen AKW-GegnerInnen von der „Political Ecology Research Group" 1980 in einem Bericht zu dem Schluß, daß bei der Annahme eines radioaktiven Ausstoßes von 10.000 bis 20.000 Curie von rund 250 Krebsfällen - darunter zehn bis zwanzig mit tödlichem Ausgang - auszugehen ist („Zeit" Nr. 33, 10.8.84). Selbst diese vorsichtigen Schätzungen wurden damals von renommierten Wissenschaftlern und der Atomindustrie als unqualifiziert zurückgewiesen. 1982 mußten die Ergebnisse der Gruppe von der Aufsichtsbehörde „National Radiological Protection Board" bestätigt werden. Mittlerweile kamen andere Untersuchungen auf bis zu 33 Tote in Folge der Reaktorkatastrophe. Auch diese Zahlen werden mittlerweile bestätigt.

»Weder Menschen noch Tiere sind bei diesem Vorfall ernstlich geschädigt worden, und die temporäre Gefährdung mit Milch in der Umgebung ist ebenfalls wieder beseitigt worden...«
Neue Züricher Zeitung
10. November 1957

Reaktor bei Instandhaltungsoperation zerstört

Bis Anfang November bleiben die Gründe für den Brand im Reaktorkern im unklaren. Da brachte die „Times" die Meldung, der Unfall ereignete sich während eines militärischen Experiments, das Antworten auf Fragen geben sollte, die während der Atomversuche in der Nähe der Weihnachtsinseln aufgetaucht waren („Industriekurier" Düsseldorf, 2.11.57). Diese Meldung wurde von der britischen Regierung sofort auf das Heftigste dementiert. Anscheinend sollte vor allem eines vermieden werden: Es sollte kein Schatten auf die militärische Seite des Atomprogramms fallen. Fortan hieß es über die Ursache des Brandes: „Die Katastrophe ereignete sich während einer ganz normalen Instandhaltungsoperation unter der Bezeichnung 'Wigner-Energie-Ausstoß'"

»Die Erhöhung der Strahlenaktivität in der Umgebung von Windscale hielt sich unter den Toleranzgrenzen, so daß keine Schäden für den menschlichen Körper oder die Atmungsorgane entstanden.«
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Nov. 1957

(„FAZ", 11.11.57). Dies ist ein Paradox, denn es heißt mit anderen Worten: Der Windscale- Reaktor wurde bei einer Instandhaltungsoperation zerstört. Worin besteht nun diese zerstörerische Instandhaltungsoperation unter der Bezeichnung Wigner-Energie-Ausstoß?

„Wigner-Effekt" nennen die Wissenschaftler die tückische Eigenschaft des Graphits - dem Moderator im „Windscale Pile 1"-Reaktor - die Hitze aus den Brennstäben aufzunehmen, wobei die Kristallstruktur des Graphits verändert wird. Ist das Graphit mit der Hitze vollgepumpt, spirngt die Kristallstruktur in ihre ursprüngliche Form zurück. Dies geschieht unter explosionsartiger Freisetzung der gesamten gespeicherten Hitze. Diesen Ausbruch zu verhindern, dient die „Instandhaltungsoperation unter der Bezeichnung 'Wigner-Energie-Ausstoß'", bei der das Graphit in regelmäßigen Abständen unter kontrollierten Bedingungen absichtlich aufgeheizt wird. Während dieser Operation sollen sich 50 der Uranbrennstäbe bis zum Glühen erhitzt haben. In der Folge sei das Feuer auf den Graphitblock sowie auf 150 Kanäle übergesprungen.

Ein Skandal wird vertuscht

Was immer an der „Times"-Meldung von einem militärischen Experiment als Auslöser des Unfalls wahr oder Gerücht gewesen ist, allein indem sie erschien, war sie gefährlich. Sie diskreditierte die Verfechter des militärischen Atomprogramms in Großbritannien und ihre weitergehenden Ambitionen. Das gleiche galt vom Bericht der ersten Untersuchungskommission unter der Leitung von Sir William Penney. In dem Bericht hieß es unter anderem, „Windscale werde siner Verantwortung nicht gerecht" („FR", 2.1.88). Weiterhin kamen die Autoren zu der Auffasssung, „der Unfall hätte noch viel schlimmer ausgehen können" und sei direkt auf Organisationsmängel bei der Aufsichtsbehörde zurückzuführen („FR", 2.1.88). Eine Veröffentlichung derartiger Sätze war nicht denkbar. Die britsche Atomenergiebehörde befürchtete, eine Veröffentlichung des Reports würde „unweigerlich all' jene mit Munition versehen, die Zweifel dieser oder jener Art an der Entwicklung und der Zukunft der Atomindustrie haben" („SZ", 4.1.88). In ihrer Pressemitteilung vom 14.11.57 betonte sie deshalb: „Ein Unfall wie in Windscale könnte sich bei den Calder-Hall-Reaktoren und den Reaktoren, die für die Elektrizitätsbehörde im Bau sind, niemals ereignen, da bedeutende Unterschiede bestehen" (VWD, Frankfurt/M.-Montan, Nr. 266). Damit setzte sie eine Formulierung in die Welt, die sich seitdem bei jedem Reaktorunglück in stereotyper Weise wiederholt. Entscheidender als diese sehr allgemeinen Befürchtungen für die Zukunft der Atomindustre - die sich auch so allgemein vom Tisch wischen ließen - war allerdings, daß eine Veröffentlichung des Reports die Weichenstellung für einen zügigen Ausbau des britischen Atomprogramms auf ein militärisches Ziel, dem einer eigenständigen Atom-

streitmacht, zu gefährden drohte. Das ist das eigentlich Interessante, was die jetzt freigegebenen Regierungsakten enthüllen. Zur Umsetzung dieser weitreichenden Pläne benötigten die Briten damals unbedingt amerikansiches Know-How. In diesem Sinne liefen bereits Verhandlungen für eine amerikanisch-britische Nuklearkooperation. Das Hindernis, welches es zu überwinden galt, lag auf amerikanischer Seite und bestand im sogenannten McMahon-Gesetz von 1954, nach dem einer amerikanischen Regierung verboten war, ihre nuklearen Informationen mit anderen Staaten zu teilen.

Die Reaktorkatastrophe in dem militärischen Plutoniumproduktionsreaktor drohte die Kooperationsbestrebungen zu gefährden. Auf alle Fälle sollte vermieden werden, daß mit den Veröffentlichungen zum Windscale-Unglück in den USA der Eindruck der Unzuverlässigkeit der Briten als nuklearer Geheimnisträger entstünde.

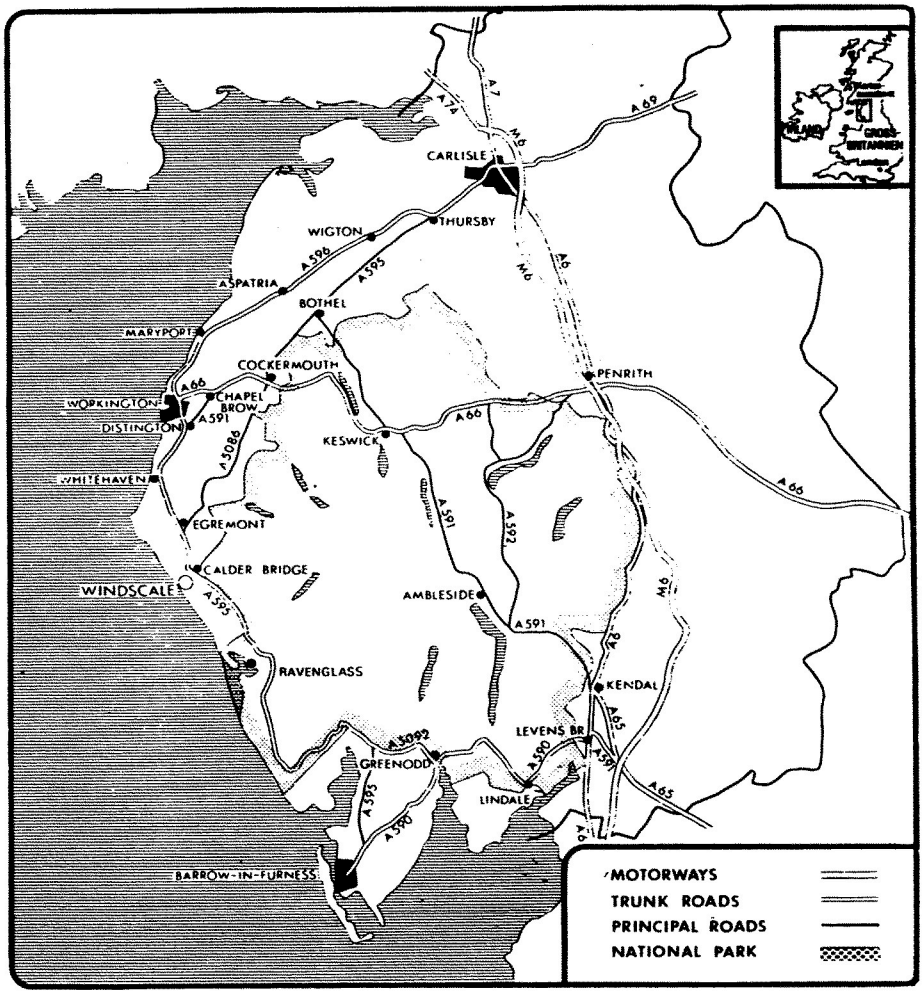
In einem Protokoll der Atomenergiebehörde - einem der jetzt freigegebenen Dokumente - wurde die Befürchtung geäußert, daß der Report der Untersuchungskommission unter Sir William Penney in einigen Passagen „den Kräften in den Vereinigten Staaten Munition liefern würde, die sich auf jeden Fall einer notwendigen Neufassung des McMahon-Gesetzes widersetzen würden" („The Times", 1.1.88). Mit anderen Worten. Die herrschenden Kreise in Großbritannien sahen in der Veröffentlichung des Penney-Reports die reale Gefahr des Scheitern einer nuklearen Kooperation mit den USA und damit die Gefahr eines herben Rückschlags beim zügigen Ausbau des Atomprogramms mit seinem Ziel einer eigenständigen Atomstreitmacht.

Die Veröffentlichungspraxis zur Windscale-Katastrophe erhielt so eine ungeheuerliche politische Brisanz. Es fanden ausführliche Diskussionen und Abstimmungen zwischen Atomenergiebehörde, Verteidigungsministerium und Regierung statt.

Die Kommentierung des damaligen Premier Macmillan auf dem Umschlag des Reports lautete: „Ich habe dies alles gelesen. Sehr faszinierend. Wir haben ein doppeltes Problem: a) Was tun wir? Nicht so schwer. b) Was sagen wir? Nicht einfach" („SZ", 4.1.88). Die Probleme wurden gelöst. Der alte Bericht verschwand in der Scchublade. Eine neue Kommission unter Vorsitz des Vorstandsvorsitzenden des Chemiekonzerns ICI, Sir Alexander Fleck, erhielt den Auftrag, einen neuen, „besser für die Veröffentlichung geeigneten" Bericht anzufertigen („FR", 2.1.88). Diese wesentlich entschärfte Fassung wurde der Öffentlichkeit als Weißbuch nahegebracht.

Die hektischen Manöver hinter den Kulissen der politischen Bühne blieben der Öffentlichkeit verborgen. Der entscheidende Erfolg stellte sich im darauffolgenden Jahr ein. Die Verhandlungen um die nukleare Zusammenarbeit mündeten 1958 in einem „Gegenseitigen Verteidigungsabkommen". Die Voraussetzungen für den Aufbau der britischen Atomstreitmacht waren geschaffen.

mit Änderungen übernommen aus „Arbeiterkampf", Jan. 88



Todesfabrik Windscale

Schon im „Normalbetrieb" ist die Wiederaufarbeitungsanlage von Windscale (Sellafield) eine riesige Giftschleuder. Ihre Abgabe an Plutonium beispielsweise ist bis zu tausendmal höher als bei der sicherlich auch nicht „sauberen" französischen Anlage in Cap de la Hague. Nach Berechnungen von Greenpeace ist Windscale für 90 Prozent aller radioaktiven Emissionen im nördlichen Europa verantwortlich. Betroffen ist vor allem die Irische See, in die die radioaktiven Abwässer der Atomanlage eingeleitet werden. Zwischen 250 und 500 Kilogramm Plutonium liegen inzwischen dort auf dem Meeresgrund. Im Küstenbereich ist die Radioaktivität des Wassers rund 3000mal so hoch wie die „normale" Dosis, die eine Folge der Atomwaffenversuche ist. Über Meeresströmungen verteilt sich die radioaktive Brühe: In der gesamten Nordsee ist die Radioaktivität um den Faktor 15 höher als „normal".

Über die Fische gelangen die radioaktiven Teilchen in die menschliche Nahrungskette. Dies gilt auch für Emissionen in den Boden an Land. In Schafslebern hat man Plutoniumkonzentrationen festgestellt, die einige tausendmal höher sind als der Fallout-Pegel. Leukämie und eine bestimmte Art von Knochenkrebs, die an sich sehr selten ist und vor allem bei den Opfern von Hiroshima und Nagasaki festgestellt wurde, häufen sich in der Gegend. Ein britischer Wisssenschaftler errechnete im Auftrag von Greenpeace, daß allein durch die Emissionen im Normalbetrieb von Windscale jährlich drei Menschen sterben. Die Leukämierate bei Kindern in der Umgebung liegt um das Zehnfache über den nationalen Durchschnittswerten von England.

Hinzu kommen noch die Opfer bei „Störfällen". 1957 war beileibe nicht der einzige. Schon vorher war es - wie aus den jetzt veröffentlichten Studien hervorgeht - zu größeren Lecks gekommen. Bis heute sind ca. 300 Störfälle zugegeben worden, alle 45 Tage einer. Meist sind die Arbeiter in der Atomanlage selbst betroffen; nicht selten werden sie radioaktiv verseucht (bei einem Unfall im Sept. 1973 allein 35). Im März 79 wurden Informationen über ein großes Leck bekannt, aus dem über zwei Jahre lang mindestens 10 Kubikmeter radioaktiver Flüssigkeit ausgetreten waren. Offiziell entwichen dabei 30.000 Curie Radioaktivität, kritische Wissenschaftler sprechen von 100.000 Curie.

Windscale hat mehr als eine verseuchte Leiche im Keller.

Hanau — nur ein Atommüll — Skandal ?

Der staunenden Öffentlichkeit wurden ständig neue Versionen präsentiert von dem, was sich Hanauer Nuklearskandal nannte. Bei allen Merkwürdigkeiten, die da gemeldet wurden — Schmiergeldzahlungen nach Mol, damit die Belgier ihren Abfall unter den deutschen Mengen konnten, Labormöbel mit Kernbrennstoffcharakter in Fässern, die mit abgereichertem Uran vermischt wurden, um sie in Mol verbrennen lassen zu können und anschließend zu recykeln — blieb doch immer das Gefühl übrig, daß die angebotenen Erklärungen nur die Oberfläche berührten.

„Das Eigentliche", der Verdacht, daß hier auch mit Bombenstoffen geschoben wurde, kam international und national natürlich auch auf. Formuliert wurde er dann eilig von den Saubermännern Töpfer und Weimar: Ev. Bruch deş Atomwaffensperrvertrages, illegale Exporte nach Pakistan. Kurz darauf war es dann regierungsamtlich: Zwar kaufmännische Ferkeleien in Hanau, aber der NPT ist heil, die BRD ist sauber. Da blieb die Frage im Hals stecken, ob nicht möglicherweise die Bonner Atomwaffenbegehrlichkeiten gefährlicher sind als die Ghaddafis oder ul-Haqs. Und die Frage, warum diejenigen, die sich mit Händen und Füßen gegen den Atomwaffensperrvertrag gesträubt haben, am eifrigsten mögliche Verstöße aufklären wollen.

„Vergessen" wurde von den Medien und der inner- und außerparlamentarischen Opposition unter anderem der Alkem-Bunker, *„sensibelster Punkt der westdeutschen Atomwirtschaft"* (David Albright) und diese oder jene „Merkwürdigkeit", die sich im Laufe der Jahre in Hanau begab und die zusammen mit den jetzt nach oben gespülten „Merkwürdigkeiten" schlimmstes befürchten läßt.

Alkem- Geschäftsführer Stoll schließt den Plutoniumbunker

Im folgenden erinnern wir an die eine oder andere Begebenheit, durchleuchten, was von den vielzitierten Kontrollen zu halten ist und ziehen einige Schlußfolgerungen.

Inhalt unterliegt der Geheimhaltung...

„Mehrmals im Monat hantieren Alkem-Mitarbeiter mit Plutonium, dessen Überwachung der Bundesregierung obliegt. **Welche Charge dem Staat oder der Firma gehört, bilanziert die Alkem selbst (!)** *Der anwesende Beamte der PTB (Physikalisch-Technische-Bundesanstalt) quittiert nur die Belege."* (Spiegel 3/87)

Der Alkem-Bunker dürfte die Kontrolleure der Wiener IAEO zur Verzweiflung treiben. Er enthält formal zum einen das Alkem-Plutonium, zum anderen eine unbekannte Menge (vermutlich 5-6 t) Plutionium in „Verwahrung" der Bundesregierung.

Beide Verwahrbereiche werden separat kontrolliert, sind jedoch nur durch einen einfachen Kreidestrich auf dem Fußboden voneinander getrennt — ideale Voraussetzung, um Plutoniumüberschuß — oder Fehlmengen in dem einen oder anderen Teil durch einfaches Verschieben zu „korregieren".

Zustande kam die „staatliche Verwahrung" 1978, als die Alkem 775 kg aus La Hague kommendes Plutonium lagern wollte — die Lager- und Umgangsgenehmigung belief sich jedoch „nur" auf eine Menge von 460 kg. Da eine schnelle Änderung der Plutoniumgenehmigung nicht möglich war, kochten im hess. Wirtschaftsministerium die kürzlich angeklagten Beamten Hecker und Thurmann aus, der Bund solle das überschüssige Plutonium in „staatliche Verwahrung" nehmen. Doch der sonst nicht so zimperliche Innenminister Baum hatte kalte Füße.

Ein Besprechungsprotokoll aus dem Innenministerium vom März 78 vermerkt: *„Die heimliche Anhäufung großer Plutoniummengen (sei) den Behörden in der Vergangenheit immer wieder zum Vorwurf gemacht"* worden. Die geforderte staatliche Verwahrung sei rechtlich fragwürdig und politisch unvertretbar.

„Wir setzen uns dem Vorwurf aus, ein Plutoniumstaat zu sein." Da die Alkem in der Öffentlichkeit seinerzeit noch kein Begriff war, dürfte es sich um Vorwürfe aus dem Ausland gehandelt haben.

Doch die Alkem setzte noch eins drauf: Bis Oktober 78 hatte sie ohne Genehmigung 600 kg Plutonium gelagert, 140 kg mehr als erlaubt. Ein großer Teil der Liefertung von 600 kg reinem Plutoniumoxid aus Frankreich war unter falscher Deklaration nach Belgien geschmuggelt worden und lagerte dort bei der Belgo-Nucleaire in Dessel. Der Firma war die Plutoniumlagerung verboten. Doch das Interesse an der Übernahme des Plutoniums lag nicht allein bei der Alkem.

Das Protokoll einer Krisensitzung von Alkem-Führung und aller beteiligten Ministerien weist aus: *„Bonn trägt (bei der Lagerung in Belgien) das volle Risiko. Wird die Angelegenheit publik, muß das Plutoniumoxid sofort nach Deutschland übernommen werden."*

Als die Alkem im November 80 den Bunker in Betrieb nahm, verlor die ursprüngliche Beschränkung der Umgangsmenge auf 460 kg jede praktische Bedeutung. Sie wurde, wie ein Gutachter des TÜV Hessen feststellte, *„Faktisch aufgehoben."* Entsprechend stieg der Durchsatz auf bis zu 2 Tonnen Plutonium pro Jahr. Die sogenannte „staatliche Verwahrung" dürfte von Anfang an dem Zweck gedient haben, der Alkem die unkontrollierte Lagerung und Verarbeitung von Plutonium zu ermöglichen. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, daß die Bundesregierung auf der letzten Überprüfungskonferenz zum NPT sich, neben Belgien, gegen den Vorschlag eines internationalen Plutoniumlagers sperrte und auf eine Lockerung der Inspektionsauflagen drängte.

Hanauer Atombetriebe – alles unter Kontrolle ?

Dies dürfte auch der Hintergrund dafür sein, daß die IAEO erst letztes Jahr, also sieben Jahre nach Inbetriebnahme des Bunkers, ein Überwachungsabkommen mit der Alkem abschließen konnte — ständige Bedenken und Einwände der Firmenchefs hatten die Angelegenheit so lange verzögert. Die Alkem ist dabei offenbar gut weggekommen: Adolf Beckmann, Safeguard-Berater der IAEO mußte eingestehen, daß die IAEO nicht überall Zugang hat: *„Wir dürfen natürlich nicht hinter jede Tür gucken."*

Unkontrollierte Bereiche

Kontrollen dürfen von Euratom-IAEO nur in Bereichen innerhalb einer Atomanlage durchgeführt werden, in denen „signifikante Mengen" an Spaltstoffen gelagert oder verarbeitet werden und für die ein Überwachungsabkommen besteht. Daß diese Klausel praktisch Tür und Tor Öffnet für illegale Spaltstofflagerung enthüllte der Spiegel (27/87). In einem *„Außenlager der RBU, wo das Unternehmen sonst Schreibtische stapelt war in einem ausgedienten Transportbehälter ein halber Zentner Uranoxid-Tabletten entdeckt worden"* — angeblich wurden sie dort, außerhalb des Kontrollbereiches (!) *„versehentlich zwischengelagert"*. Bei der Spaltstoff-Buchführung war das Fehlen der 25, 53 kg Urantabletten nicht aufgefallen und auch die Überwachung von Euratom blieb ahnungslos.

Die „Zeit" (22.188) berichtet über die IAEO-Kontrollen in Hanau: Sie *„umfassen drei Maßnahmen: erstens den sogenannten Einschluß der waffenfähigen Materialien in Zonen, deren Aus- und Eingänge genau überwacht werden können. Zweitens führen (hier) die Kontrolleure Bilanzierungen Materialkontrollen durch. ...Die dritte Maßnahme, die Materialbilanzierung, besteht vorwiegend aus reinen Buchbilanzen mit ein paar Stichproben; Inventuren sind selten, weil hierfür der ... Betrieb stillgelegt werden muß."*

Über die Qualität dieser Kontrollen läßt sich der IAEO-Mitarbeiter H.F. Meyer folgendermaßen aus: Die IAEO habe keinen Anlaß für die Annahme, daß bei der Nukem spaltbares Material für die Waffenproduktion abgezweigt worden sei, **aber dies gelte nur für den normalen Produktionsprozeß.**

Er räumte ein *„daß gerade eine so riesige Anlage wie die Nukem, mit der es zudem schon beim Aufbau große Probleme gegeben habe und die dennoch immer neue Lizenzen erhalten habe, nur schwer vollkommen zu kontrollieren sei."* (...)

So konnte die Nukem die Einheiten für den innerbetrieblichen Spaltstofftransport ohne Genehmigung von 2,6 auf 3,5 t erhöhen, d.h. es zirkulierte viel mehr Spaltstoff als die Kontrolleure angegeben bekamen, ohne daß diese es bemerkten. Auch über die Qualität des brisanten Stoffes wurden die internationalen Kontrollen getäuscht. Eine im Mai 87 vom hess. Um-

weltminister Weimar „überraschend angeordnete Revision" beim der Nukem ergab, daß diese statt der genehmigten 30 kg insgesamt 238 kg „schwach bestrahltes Uran", z.T. aus Forschungsreaktoren, angenommen hatte. „Schwach bestrahltes Uran" klingt zunächst wie "schwach angereichertes Uran" und so blieb die öffentliche Aufmerksamkeit für die Meldung aus. Uranbrennelemente werden „schwach bestrahlt", wenn mann Waffenplutonium, d.h. Plutonium 239 gewinnen möchte — ein Wort, daß in diesem Zusammenhang vermieden werden sollte. Daß es aber genau darum ging, darauf deutet eine Krisensitzung mit den zuständigen hessischen Behörden hin, bei der *„unterschiedliche Definitionen"* des Materials erörtert wurden. Zwei Tage später wurde im übrigen bekannt, daß die Nukem auch die Menge anderer Kernmaterialien unzulässigerweise erhöht hatte.

Auch das Kernstück der internationalen Kontrollen, die Materialbilanzierung, läßt sich offenbar betrügen. 1985 wurde dem hessischen Wirtschaftsministerium bekannt, daß ein von der Alkem eingereichter Sicherheitsbericht falsche Angaben über Plutoniummengen enthielt. *„Im Zuge der Überprüfung war festgestellt worden, daß die RBU reichlich plutoniumhaltiges Material über die angegebene Menge hinaus (im Bunker der Alkem) gelagert hatte."*

Diese Mengenüberschreitung wurde versucht durch **Fälschung der Buchungsunterlagen zu vertuschen**. Doch weder das Wirtschaftministerium noch die IAEO konnten diese Fälschung feststellen — sie flog auf weil ein Mitarbeiter der RBU Bauchschmerzen bekommen hatte.

Plutonium für das BKA...

Klar ist, wer illegal große Mengen von Spaltstoffen hortet, der tut dies nicht in Erwartung schlechter Zeiten, sondern um sie, ebenso illegal zu verscherbeln oder zu „verarbeiten" zu Dingen, die einer öffentlichen oder internationalen Kontrolle entzogen bleiben sollen.

Am 8.4.87, drei Tage nach der hessischen Landtagswahl, wurde bei einer Tagung der SPD-nahen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung ein für unseren Zusammenhang wichter Vortrag gehalten. Berichtet wurde darüber, daß sich V-Leute seit 3 - 4 Jahreen bemühten für das BKA auf dem nuklearen Schwarzmarkt Kernsprengstoffe, also waffenfähige Materialien und dabei insbesondere Plutonium, aufzukaufen.

Panorama berichtete am 2.2.88, den getarnten Beamten sei 30 bis 40 mal Plutonium angeboten worden, aber stets habe es sich um Scheinofferten gehandelt. Trotzdem gab das BKA eine Probe an den Leiter der Abt. Sicherheit und Strahlenschutz, der Kernforschungsanlage Jülich, Büker zur Prüfung der Echtheit.

Büker war die Angelegenheit der o. erwähnte Vortrag wert — zu schließen ist daraus eigentlich nur, daß die Probe echt war. Der von Büker referierte Vorfall soll sich 84/85 abgespielt haben, im Angebot sollen 3 bis 4 kg Plutonium, angeblich aus amerikanischen Waffenfabriken, gewesen sein. Nimmt Mensch für die Operation ein Aufklärungsinteresse als Zweck an, so dürfte es weniger darin liegen, zu ergründen, ob irgendwelche Staaten der Welt Spaltstoffe illegal verkaufen, sondern ob aus bundesrepublikanischen Beständen illegal Material angeboten wird.

Der Vorfall zeigt sicherlich, wie ernst die Gefahr genommen werden muß, daß sich Terroristen Plutonium verschaffen. Aber ebenso ernst, wenn nicht noch gefährlicher ist die Möglichkeit, daß das BKA selbst an Plutonium interessiert ist. Denn wer sagt, daß es sich nicht nur um Scheinofferten gehandelt hat, sondern ein oder mehrmals ein Geschäft zustande kam. Anzunehmen ist, daß diejinigen, die für staatliche Belange auf dunklen Märkten agieren, genauso empfänglich sind für teure Geschenke und Geldzuwendungen wie AKW-Sicherheitsingenieure.

„Und schließlich: Wo das BKA ist, da sind BND, CIA, der südafrikanische BOSS und manch andere schon lang. ...Kriminalistische Plattitüden im James-Bond Stil werden realitätstüchtig und eine so altmodische Sache wie ein militärischer Putsch bekommt ein zeitgemäßes Gewand. Egal, ob Realos und Liberalos Zeter und Mordio schreien, weil sich die Fakten nicht mit dem Trugbild vom Rechtsstaat decken, dessen Diener in Wahrheit ihr Gewaltmonopol auch als Ermächtigung zum Anlegen unkontrollierbarer Nuklearvorräte zu verstehen: Man muß sich angewöhnen, beim Stichwort „Atomterrorismus" immer gleich BKA zu assoziieren. Dadurch wird die Sache nicht weniger geheimnisvoll - im Gegenteil - aber sie verliert das Mysteriöse...das ihr bisher anhaftete. ...Die imperialistische Propaganda hat es verstanden, eine Interprtation (für Atomterrorismus) zu lancieren, die (damit)... Befreiungsbewegungen, orgnisiertes Verbrechen (gleichsetzt). Sehr viel wahrscheinlicher - „realpolitischer" - ist es, von einer ganz anderen Kundschaft auszugehen: Geheimdienste, Polizisten, Militärs, industrielle Kreise oder auch hierzulande so etwas wie eine bayerische Landesregierung." ( )

...Bombenkunden in der „3. Welt"

Um die Fiktion vom friedlichen Atomprogramm aufrechtzuerhalten, will es keiner gewesen sein, der den Schwellenländern der „3. Welt" zum Atom(bomben)programm verholfen hat. Wo es einen Schwarzmarkt für Atom(waffen)technologie gibt, existiert zwangsläufig auch einer für die dazugehörigen Bombenstoffe. Und hier sind Anbieter und Einkäufer eben in *„jenem Maße abenteuerlich und gleichzeitig „seriös", wie es etwa bei Irangate der Fall war."* ( )

„Drittwelt-Staaten, die waffenfähiges Material für Atombomben haben wollen, können sich trotz des Atomwaffensperrvertrages geeignete Kernbrennstoffe über mehrere bieder wirkende Handelsfirmen, einige mit Sitz im Schweizer Städtchen Zug, beschaffen — oder auch auf dem Schwarzmarkt." (Zeit)

Recherchen britischer Journalisten ergaben, daß seit Ende der 70er Jahre die sudanesische Hauptstadt Khartum wichtigster Umschlagplatz für Uran- und Plutoniumschwarzhändler ist. Involviert in diese Geschäfte sind nicht nur dunkle ausländigsche Mächte.

„In einem Prozeß gegen den früheren CIA-Agenten Edwin Wilson wurde 1983 in den USA ein Schwarzmarkthandel zwischen Uranländern und Libyen ruchbar: Ein belgischer Geschäftspartner Wilsons, ein gewisser Armand Donnay, gab Ghaddafis Unterhändler zu verstehen, er habe über eine deutsche Nulkearanlage Zugang zu genügend spaltbarem Materila, um daraus eine Bombe zu bauen. Der Deal soll an den Qualitätsvorstellungen der Libyer gescheitert sein, die 80 Prozent angereichertes Uran verlangten, wohingegen die Belgier aber nur 20prozentiges anbieten konnten." (Zeit)

Bombenkunde Gaddafi

Prädestiniert für solche Lieferungen wäre die Nukem, die sowohl hochangereichertes als auch 20 % angereichertes Uran zu Brennelementen für Forschungsreaktoren verarbeitet. Die Vermittlung des Geschäftes wurde möglicherweise über den Ex-Nazi Alfred Hempel abgewickelt, die „Zuger Connection".

Diese besteht *„aus 2 Firmengruppen, zum einen drei Gesellschaften... von Hempel- Internuklear, Orda AG und Pomera AG und zum anderen die R.T.Z. Mineral Services."* Über die genannte Internuklear lieferte Hempel Schwerwasser, das für die Plutoniumerzeugung besonders geeigneten Natururan- Reaktoren benötigt wird, an Indien und unter umgehen des Atomwaffensperrvertrages auch an Pakistan.

Was bringt Ex- Nukem- Geschäftsführer Hackstein zum Schwitzen ?

Ausgesprochen interessant ist nun, daß ausgerechnet die Nukem (35 %) und die einschlägige Tochter Transnuklear (10 %) Hempels Partner bei Internuklear sind. Manfred Stephany, bis 8.1.88 Nukem- Geschäftsführer und in dieser Eigenschaft auch für die Transnuklear zuständig, hält bei Internuklear einen Verwaltungsratssitz.

Verschlungene Pfade zum Kap

Sozusagen als „Nebenprodukt" der Nachrichtenlawine über Atomgeschäfte erfährt man erstens den Umfang und zweitens die freche Ungeniertheit, mit der die nuklearen Beziehungen nach Südafrika gehandhabt werden. Da die manipulierte Öffentlichkeit jedoch auf die Reizworte Libyen und Pakistan eingestimmt ist, erregt man sich hierüber kaum. Nicht nur daß das illegal in Namibia geraubte Uran wie selbstverständlich über Verarbeitungsprozesse in England, der Sowjetunion und den USA in die BRD-Reaktoren kommt, nicht nur daß Uranladungen von Station zu Station schlicht umdeklariert werden, um den Verstoß gegen UN-Beschlüsse zu vertuschen, nicht nur daß das alles gängige Praxis ist und im konspirativen Einvernehmen mit Euratom geschieht (FR, 26.1. und Spiegel, 3/88), nein — da tauchen im Hamburger Hafen sogar sechs Container mit je 95 Tonnen Uran direkt aus Südafrika auf, geordert von der Reaktor-Brennelemente-Union (RBU) Hanau, Empfänger ein Subunternehmen von Transnuklear etc.etc., um ausgerechnet in ein niedersächsisches TN-Lager auf Bundeswehrgelände weitergeleitet zu werden („taz"-HH, 22.1.88). Und das ist nur eine Ladung, über die die GAL zufällig Kunde erhielt.

In diesem Zusammenhang ist die Rolle der schon genannten R.T.Z. Mineral Services im schweizerischen Zug recht klar. Es handelt sich um eine Tochterfirma des englischen Rohstoffriesens Rio Tinto Zinc, der an Uranminen Beteiligungen hält, 46% beispielsweise an der Rössingmine in Südafrika. Da die Schweiz kein Mitglied in der UNO und an ihre Dekrete folglich nicht gebunden ist, kauft R.T.Z. Zug Uran von Südafrika, um es als kanadisches oder australisches Material weiter zu veräussern, an Japan beispielsweise oder auch an den Iran... So weist die Firma stattliche Gewinnbilanzen aus, ohne daß in der Schweiz irgendwelche Aktivitäten von ihr zu beobachten wären. Und ohne daß sich Schweizer Behörden zum Einschreiten animiert fühlen würden: Denn reale Atomtransporte durch ihr Territorium finden ja gar nicht statt. Aber wie das vom englischen „Observer" (17.5.87) aufgedeckte geheime Geschäft mit dem Iran zeigt, handelt es sich keineswegs um den üblichen Exportweg des namibischen Urans aus Südafrika, sondern eher um einen, der für „Umgehungen des Atomwaffensperrvertrags" geeignet ist.

Rio Tinto Zinc ist zu 10 Prozent an NUKEM beteiligt. R.T.Z. Zug wiederum hält der Schweizer „Sonntagszeitung" (24.1.88) zufolge 30% der NULUX, einer luxemburger Tochter von NUKEM (60% Beteiligung laut NUKEM-Geschäftsbericht von 1985). Die „Weltwoche" (21.1.88) gibt den R.T.Z.-Anteil an NULUX mit 20% an und nennt als Dritten im luxemburger Bunde die Dresdner Bank, deren Auftauchen in diesen finsteren Machenschaften die Zwanghaftigkeit eines Naturgesetzes hat. Daß M. Stephany die NUKEM bei NULUX vertrat, sei nur nebenbei erwähnt. Der luxemburger Briefkasten ist verräterisch, weil er für die Rassisten von Südafrika... — nein: weil er für die Rassisten strategische Bedeutung hatte (bei uns sitzen ja auch welche). Genauso wie das Regime am Kap strategische Bedeutung für die Bundesrepublik haben muß, sonst würde die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau kaum Kredite für das Atomprogramm Pretorias geben (FR, 23.1.88).

NULUX geriet in die Schlagzeilen, als der Europa-Abgeordnete der luxemburger Grünen, Jup Weber, Ende Januar ein Dokument veröffentlichte, das ein großes Urangeschäft mit Südafrika beinhaltete („taz", 23.1. und 26.1.). NULUX und das französische Energieversorgungsmonopol EDF hatten am 4.1.1979 einen „Vorvertrag" über die Lieferung von insgesamt 3.747,5 Tonnen Uranhexafluorid nach Südafrika abgeschlossen, das über kleinere Chargen bis 1992 geliefert werden sollte. Das Geschäft kam später nicht zustande; als Uranexporteur leidet das Rassistenregime durchaus nicht an Mangel, hatte damals aber Probleme bei der Umwandlung in das Hexafluorid. Wichtig ist, eine Erklärung dafür zu finden, warum Südafrika zum damaligen Zeitpunkt ein starkes Interesse daran hatte, sich bei westeuropäischen Partnern eine langfristige Absicherung für die Verarbeitung seines eigenen Urans zu Hexafluorid zu verschaffen. Die Antwort fällt nicht schwer: Die RSA hatte damals bereits das Testprogramm laufen, das im Herbst 1979 zur Zündung eines Atomsprengkörpers über dem Indischen Ozean führte. Andererseits drohte die Carter-Regierung den Boykott aller Nukleargeschäfte mit Pretoria für eben diesen Fall an. Die Drohung wurde nicht verwirklicht, die Carter-Administration behauptete, ein Atomtest habe nicht sicher nachgewiesen werden können — der Vorvertrag wurde gegenstandslos.

Obwohl es nur um Natururan ging, also keineswegs um bombenfähige Stoffe, ist das der krasseste Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag, der von einer westdeutschen Firma bisher bekanntgeworden ist. Mit der Bereitschaft, Pretoria notfalls beizuspringen, um sein Atomprogramm für mehr als ein Jahrzehnt aufrechtzuerhalten, haben NUKEM, EDF und Dresdner Bank die Voraussetzungen für den RSA-Atomtest geschaffen. Denn über die Techniken zur weiteren Verarbeitung des Hexafluorids und zur Anreicherung verfügte Südafrika damals schon. Eine Spekulation, aber eine begründete, bleibt es, anzunehmen, daß sich Pretoria für diesen Dienst dankbar zeigte. Vielleicht hat man die BRD bei der Beobachtung und Auswertung des Test angemessen beteiligt...? Aber das ist zu „ungeheuerlich", um darüber Aufklärung durch bürgerliche Medien zu erwarten.

Nachzutragen bleibt, daß eine Figur namens Colhoun als „NUKEM-Sprecher" gegenüber der „taz" (26.1.88) den Vorvertrag rechtfertigte und „völlig in Ordnung" fand: „Große Prozentsätze unseres Urans kommen ja aus Südafrika." Das hatten wir immer schon behauptet (...) während die Atommafia immer schon strengstes Stillschweigen darüber bewahrte. Die Figur Colhoun, (...) rührt sonst die Trommel für die Wüste Gobi als Entsorgungsnachweis. Man liegt wohl richtig mit dem Schluß, daß der Düsseldorfer Alfred Hempel mit im Spiel ist — derjenige, bei dem man sich so schwer entscheiden kann, ob man ihn besser als NS- oder BND-Mann charakterisiert.

aus: Arbeiterkampf Nr. 291, 2/88

...oder die Atombombe made in Germany

Die These, daß auf allen Ebenen an einem Atomwaffenstaat BRD gebastelt wird, läßt sich heute nur plausibel machen, nicht wirklich beweisen. Detlef zum Winkel nähert sich in dem Buch „Reaktoren und Raketen" folgendermaßen der Frage: *„Ist Kernbrennstoff vorhanden? Wenn ja: Funktionieren die Kontrollen, die eine militärische Verwendung ausschließen sollen? Und schließlich: kenn eine Zusammenarbeit mit militärischen Instanzen nachgewiesen werden?"*

Bombenrohstoffe werden in Hanau, bei ständiger Leugnung unfriedlicher Absichten, gleichwohl in großen Mengen teils legal, teils illegal, gehortet. Sie den internationalen Kontrollen zu entziehen ist, wie die Beispiele — Spitze eines Eisberges — zeigen, offenbar ohne allzu großen Aufwand möglich. Gleichzeitig werden Wege gesucht, um waffenfähiges Kernmaterialien aus dem Brennstoff- und Abfallkreislauf abzuzweigen und für geheimgehaltene Zwecke bereit zu stellen.

Über diese Zwecke darf nicht nur, nein muß heute sehr weitgehend spekuliert werden. Dazu gehört als Hintergrund, daß es in der BRD mindestens seit den 70er Jahren eine quasi staatliche Atomwaffenforschung gibt — maßgebliches Institution dafür ist das Fraunhofer-Institut (Institut für naturwissenschaftlich-technische Trendanalysen in Stohl bei Kiel).

Dazu gehört als Vordergrund die geheime und internationale Kontrollen entzogene Spaltstoffgewinnung- und bearbeitung, z.B. die in Mol vom Kernforschungszentrum Karlsruhe praktizierte Naßveraschung von Atommüll, bei der sich Plutonium in unbekannter Menge extrahieren ließ, ohne es den Kontrollbehörden melden zu müssen.

Dazu gehörte bislang unbekannte Wiederaufarbeitungslabors wie das der KWU in Karlstein, wo auch die Hanauer Atomfirmen ihre Niederlassung haben und von wo das berüchtigte Kobalt 60 nach Pakistan geliefert wurde.

Am 20.1.88 meldete die „Basler Zeitung", Transnuklear habe *„eine kleine Zahl verbrauchter Brennstäbe"* aus dem schweizerischen AKW Gösgen *„zu wissenschaftlichen Untersuchungen in das Forschungszentrum der Kraftwerksunion (KWU) in Karlstein"* gefahren ( ) — im Klartext, dort wurden offensichtlich abgebrannte Brennelemente aufgearbeitet — selbstverständlich nur für „die Wissenschaft". Bekannt wurde dieses seit Jahren im Stillen vor sich hin arbeitende Nuklearlabor erst, als im Abwasser von Karlstein Americium, Zerfallprodukte von Plutonium, gefunden wurde. Die bayerische Landesregierung hat der KWU zum experimentieren die stattliche Umgangsmenge von 168 kg Plutonium genehmigt.

Auch die Nukem selbst scheint über ähnliche Möglichkeiten zu verfügen. So können in der unverdächtigen „Schrottabteilung" neben der Aufbereitung von Uranresten zu Brennstoff auch „Mini-Brennelemente", wie sie in Forschungsreaktoren verwendet werden, „entsorgt" werden. Diese Entsorgung wird mit Säurebädern durchgeführt. Sinn macht die Sache nur, wenn hier auch Plutonium abgetrennt werden kann. Möglicherweise schließt sich hier der Kreis zum „schwach bestrahlten Uran".

Eine andere Spur führt nach Mol und ins Kernforschungszentrum Karlsruhe. Transnuklear besitzt eine Genehmigung dafür, am 8.7.88 bestrahlte Brennelemente aus Karlsruhe nach Mol zu bringen. Da man sie kaum den Fässern in der Konditionierung beimengen wird und sie dort auch nicht gelagert werden dürfen, bleibt als einzig sinnvoller Zweck dieses Transportes nur ihre Wiederaufarbeitung. Nun ist die WAA in Mol seit längerem offiziell stillgelegt — damit entfielen dafür die internationalen Kontrollen. Dies wäre immerhin eine Erklärung dafür, daß Transnuklear den Leiter der Wiederaufarbeitungsanlage, sowie der Versuchskonditionierungsanlage bestochen hat.

In der stillgelegten WAA wird angeblich heute die Konditionierung hochradioaktiver Abfälle u.a. für die DWK entwickelt — optimale Möglichkeiten, die anfallende Wiederaufarbeitungsrückstände zu „entsorgen".

Eine Antwort fehlt bis heute darauf, wo das Plutonium geblieben ist, das während des 8-jährigen Betriebs der WAA in Mol abgetrennt wurde — zu einem großen Teil aus bundesdeutschen Brennelementen.

eine Demo in Hanau verhindern sollte. Stattdessen wollte die IUH eine Hanau-Demo in Bonn, mit der Begründung hier säßen die Verantwortlichen. Doch diese Begründung war vordergründig, warum es eigentlich ging, ging auch aus dem Papier hervor. Es war die Sorge um zerbrochene Fensterscheiben in Hanau, die bei der Demo 86 örtlich zu "Anfeindungen" geführt hätten, eine weitere Demo dieser Art würde nach den Startbahnmorden unweigerlich eine Niederlage. Wie wenig ernsthaft auch der Bonn- Demo Vorschlag war machte deutlich, daß die Hanauer sich keine Gedanken über die Durchsetzung eines Schwerpunktes Hanau gegen die in Bonn ansässigen etablierten Vereine gemacht hatten und selbst nicht in einen Trägerkreis für die Demo gehen wollten.
Ziemlich durchgängig in den Konferenzbeiträgen war das "Tschernobyl- – die Vorstellung, jetzt bräuchte es nur noch eine Bonn- Demo oder Aktionstage und das Atomprogramm würde fallen. Wie nach Tschernobyl fehlte auch nach dem Hanau- Aufruhr die Auseinandersetzung mit den Integrations- und Befriedungsmechanismen der Herrschenden und ihrer Wirkung auf das aufgescheuchte Volk.
Wegen der Standhaftigkeit der Hanauer, an ihnen vorbei wollte niemand dort eine Demo organisieren, setzte sich in Marburg ein dezentrales Konzept mit 4 Standorten durch:

- Hanau oder Frankfurt, wobei die Frankfurter gegen eine Hanau- Demo waren, weil sie als Schwerpunkt Kriminalisierung und Degussa wählen wollten;
- Essen als Sitz von RWE
- Gorleben, auch wegen der bevorstehenden Castor- TRansporte
- Wackersdorf

Chaos hoch drei

Bei der Atommüllkonferenz in Neuwied am 5. - 7. 2. sorgten die Hanauer für Überraschung und langwierige Diskussion. Angesichts des bundesweiten Druckes hatten sie sich um ein örtliches Bündnis bemüht und einen Vorschlag für eine bundesweite Demo in Hanau am 19. März (Tag der Zerstörung Hanaus im 2. Weltkrieg) erarbeitet. Der Ruf "Spaltung" wurde laut, vorgeworfen wurde der IUH, sie wollten die Autonomen aus dem Demobündnis heraushalten und auf die Frankfurter Demo am 5.3. abschieben. Kompliziert wurde die Diskussion dadurch, daß die LAKO Oberpfalz wegen anderer Aktivitäten eine Demo am 5. 3. ablehnte, während die Ahauser wegen der aktuellen Gerichtsentscheidung (Weiterbau des Zwischenlagers möglich) bei sich gerne eine größere Demo hätten. Wie schon bei den Auseinandersetzungen um die Wackersdorf Demo wurde um das Konzept dezentrale contra zentrale Aktionen bzw hin zu den Strukturen statt radikaler Massenmobilisierung gestritten. Zur Absurdität verkam der Streit bei der Frage, ob überhaupt in Gorleben und Ahaus demonstriert werden dürfe – ob dies nun Bauzaun oder Infrastruktur sei. Für den 5. 3. wurden nach langem Hick- Hack drei Aktionsorte festgelegt: Gorleben, Essen und Frankfurt. Die Demo in Hanau wurde trotz der Einwände mehrheitlich verabschiedet, die GegenerInnen gaben nach dem Motto "sie ist wohl nicht mehr zu verhindern" nach. Die Auseinandersetzungen verhinderten aber letztlich, daß schon in Neuwied die Weichen für eine bundesweite Demovorbereitung gestellt wurden.
Die Weigerung der Hanauer, sich vom 'ZK' der Anti- Akw- Bewegung reinreden zu lassen, wurde in der weiteren Demovorbereitung nach Neuwied zum Zankapfel.
Priorität für die Hanauer hat der Aufbau eines örtlichen Bündnisses, das z.Z. aus Grünen, kirchlichen und Nach- Tschernobyl- Gruppen, GEW, Robin Wood, BUND, Jusos, DKP, Friedensinitiativen aus dem Main- Kinzig- Kreis, VVN u.a. besteht.
Hier sollen der Aufruf, Demoroute und Redner festgelegt werden. Die Aufrufverabschiedung scheiterte bislang an Kontroversen zwischen Hanauern und Frankfurtern, ob für die Gewaltfrage ein "Formelkompromiß" gewählt wird, der den Hanauern nicht mehr ausreicht, oder das Wort gewaltfrei auftauchen muß. Die Demoroute wollen die Hanauer auf alle Fälle von den Nuklearbetrieben fernhalten, um Glasbruch zu vermeiden. Die von den Hanauern vorgeschlagenen Redner (aus Kirche, Gewerkschaft, BUND, VVN u.a.) sind eine Konzession an das örtliche Bündnis und den überregional beteiligten Gruppen zu "bürgerlich. "Auseinandersetzungen gab es auch darum, ob ein bundesweites Treffen zur Beteiligung weiterer Gruppen nötig ist oder das Konzept der IUH tragfähig ist, von den örtlichen Gruppen an die entsprechenden bundesweiten Organisationen heranzutreten – was zwangsläufig in der Trägerschaft der Aktion eine Verengung bedeutet. Ob das Setzen auf eine Beteiligung vorwiegend aus dem bürgerlichen Spektrum aufgeht, wie es die Hanauer verfolgen ,wird sich zeigen.

Wir enthalten uns hier eines Kommentars zu den Vorbereitungen zum 19. März, sind aber gerne Bereit, Dsikussionsbeiträge in der nächsten Atom abzudrucken.

Es gibt Hinweise, daß es nicht nur die bekannt gewordenen, sondern auch sehr heiße Verbindungen nach Schweden gibt.

Am 16. Januar, 2 Tage nachdem Wallmann seine Mutmaßung eines NPT-Verstoßes in die Welt gesetzt hatte — auch zu verstehen als Warnschuß — gab es in Lübeck hektische Aktivitäten. Akten über Atomtransporte von Lübeck nach Schweden wurden der „Aktenvernichtung" zugeführt — allerdings auf ungewöhnliche Art. Sie wurden in Container geworfen, mit Öl übergossen und angezündet. Das dort gewisse Spuren für immer vernichtet werden sollten, ist wahrscheinlicher als das nur Platz in Aktenschränken geschaffen werden sollte — es waren auch Akten neuesten Datums dabei.
Nach oder über Schweden wurden also noch andere Dinge verdealt als nur ausgediente MOX-Brennelemente. Mit Schweden gerät neben Belgien ein weiteres bislang schmutziges Atomgeschäfte unverdächtiges Land ins Zwielicht. Doch so klinisch rein wie beide Länder erscheinen sind sie nicht. Belgien lieferte den USA seinereit das Uran für die ersten Atombomben, in Schweden wurde ohne Information von Öffentlichkeit oder Parlament mit Wissen höchster Regierungsstellen bis in Palmes Regierungszeit heimlich Atomwaffenforschung betrieben.
Was genau hinter dem steht, was im Rahmen des Hanauer Atomskandals ans Licht kam, läßt sich nur anhand von Indizien zusammenkonstruieren. Internationale Schwarzmaktconnections, illegale Plutoniumküchen und Uranlagerstätten — hier drängt sich der Verdacht auf, daß damit auf eine Teilnahme an einem militärischen Atomprogramm spekuliert wird und es einen verdeckt handelnden, hoch gestellten Personenkreis gibt, der systematisch auf einen Kernwaffenstaat BRD hinarbeitet.

Atommüllbehandlung in Mol

Der aktuelle Literaturtip:

Neue Broschüre: Kernforschungszentrum Karlsruhe – Schleichwege zur Atombombe

Der US- Geheimdienst hat das Kernforschungszentrum Karlsruhe auf die schwarze Liste gesetzt: bombenverdächtig, darf mit sensibler Militärtechnologie nicht beliefert werden.
Damit hat der CIA Konsequenzen aus Zusammenhängen gezogen, die hierzulande mit der Broschüre ebenfalls bekannt gemacht werden sollen.
Mit seiner WAA und dem Versuchsbrüter, seinen Plutoniumverbindungen nach Hanau, Mol und weltweit allen Atombombenaspiranten ist das Kernforschungszentrum der politisch und militärisch brisanteste Punkt im BRD- Atomprogramm.

Die Broschüre hat 24 Seiten und kostet DM 3,- plus DM 1,- Porto, 10 Ex. 27,– plus DM 3,- Porto. Bestellungen nur gegen Vorauskasse (Scheck, Briefmarken) bei Forschungsgruppe Atomwaffenentwicklung c/o H. Lührs, Mirabellenstr. 30, 7000 Stuttgart/Obertürkheim.

Bonndemo in Hanau ?

Die Grünen im Bundestag hatten Grüne und Anti- AKW- Bewegung eingeladen – es kamen Jusos, BBU, BUND, SPD- und DKP- nahe Friedensbewegung wie DFG/VK, KOFAZ, IFIAS u.a. – die "Bewegung" war nur durch 2 regionale Anti-AKW- Inis vertreten. Zur Debatte stand: Wie reagieren auf den Hanauer Atomskandal?
Zwei Demoorte standen konkurrierend zur Debatte: Hanau und Bonn. Verbunden waren mit beiden verschiedene politische Stoßrichtungen. Die BefürworterInnen einer Hanau- Demo wollten das, wofür die Hanauer Atomfirmen stehen Bombenrohstoffe und Know- How für eine Atomwaffenmacht BRD, Bombengeschäfte mit der 3. Welt,staatlich kapitalistischer Atomfilz, in den Vordergrund der Mobilisierung stellen und aktionsmäßig an die 86er Demo in Hanau anknüpfen. Die VerfechterInnen dieses Vorschlags, im wesentlichen linke Grüne, blieben in der Minderheit. Die SPD und DKP- nahen Gruppen verbanden mit Bonn die Hoffnung ihre Atomgegnerschaft (die DKP hat gerade ein Ausstiegsprogramm vorgelegt) wirkungsvoll demonstrieren zu können. Einen Moment sah es so aus, als könnte dieses Spektrum das Erbe der Leiche Anti- AKW- Bewegung übernehmen und die Sozialdemokratisierung des Widerstandes einläuten. Ausdruck der Stärke war die Einschätzung eines DKP- Vorstandsmitgliedes, aman könne Bonn auch gegen die Anti- AKW- Bewegung durchsetzen.

Auferstehung der Bewegung

In Marburg, eingeladen zu dem Treffen hatte das Umweltzentrum Münster(Atommüllkonferenz), stellte sich dann allles wieder anders dar. Vom Bonner Treffen waren noch VertreterInnen von BBU, BUND, DKP erschienen, der Hauptteil der ca. 200 TeilnehmerInnen kam aber aus dem linken und autonomen Teil der Anti-AKW- Bewegung. Das Bonn hier keine Option war, mußte die BBU-Vertreterin bald enttäuscht feststellen. Quer durch alle Spektren wurde für eine Demo in Marburg votiert – als Gegenkonzept lagen 2 Papiere für dezentrale Aktionen vor. Von Münster wurden 2 Paralelldemos unter dem Motto "Strukturen aufzeigen" in Hanau und Essen (RWE) vorgeschlagen, von der BI-GAM Marburg lag eine Papier für einen dezentralen Aktionstag mit Demonstrationen an 5 Standorten (Hanau, Essen, Wakkersdorf, Gorleben, ein AKW- Standort) vor. Die Hanauer hatten einen Vertreter nach Marburg entsandt, der auf alle Fälle

IAEO, OH OH:

Vertrauen schlecht — Kontrolle schlechter

Rings um den Hanau-„Skandal" ist vieles noch unklar. Sicher ist nur: Die Politik von Bundesregierung und SPD zielt darauf ab, das Vertrauen in die staatlichen, sprich: atomstaatlichen Institutionen wiederherzustellen oder zu vertiefen. Insbesondere geht es darum, ein für allemal klarzustellen, daß der „ungeheuerliche" Verdacht einer Verletzung des Atomwaffensperrvertrages, bei dieser unserer Regierung nicht durchgeht, sondern erbarmungslos und ohne Rücksicht auf Geschäftsinteressen aufgeklärt wird.

All diese absurden Bonner Pirouetten dienen letztlich nur einem Ziel: man will mit Wackersdorf, Hanau und Kalkar die reinsten Waffenfabriken in Bereitschaft halten und gleichzeitig verhindern, daß jemand etwas Böses dabei denkt. Eine der Hauptrollen bei diesem Theater spielt die Kontrollbehörde der IAEO. Immer mehr schält sich heraus, daß diese Behörde in der Frage der Waffenoptionen zumindestens objektiv eine ganz ähnliche Rolle spielt, wie die SSK für den Strahlenschutz oder die RSK für die Reaktorsicherheit. Die Strahlenschutzkommission soll die Strahlen vor öffentlicher Kritik schützen, die Kontrollbehörde die vielfältigen Abzweigungspraktiken - und möglichkeiten vor öffentlicher Aufmerksamkeit und Kontrolle bewahren.

Zwar wurde durch die Hanau-Debatte im Januar 1988 ein wenig auch am Image der IAEO-Kontrollen gekratzt. Viel zu wenig! Es kommt jetzt darauf an, diese Kritik zu vertiefen und die Alibifunktion dieses Gremniums bloßzustellen. So gab es rund um die Ereignisse bei NUKEM und TRANSNUKLEAR eine Reihe hochinteressanter Beiträge von IAEO-Offiziellen, die selbst im Versuch der Beschönigung noch das Material liefern für die These, daß die IAEO-Kontrollen wirkunslos sind und das ganze Gerede über die Unmöglichkeit der militärisch motivierten Abzweigung nichts als Volksverdummung. Diese Stellungnahmen werden im Folgenden ausgewertet und vorgestellt.

Die Papierversion

1957 wurde auf Initiative der USA und unter der Federführung der Vereinten Nationen in Wien die „Internationale Atomenergie-Organisation", IAEO, gegründet. (Die englische Abkürzung ist IAEA, International Atomic Energy Agency). Diese sog. „Wiener Agentur" hat zwei Aufgaben: Erstens soll sie die Atomenergie weltweit fördern, zweitens soll sie die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages überwachen, also dafür sorgen, daß der Kernspaltstoff (beide Begriffe bezeichnen dasselbe Material:Plutonium und angereichertes Uran) nicht für militärische Zwecke abgezweigt wird. 250 sog. „safeguard-inspektoren"der IAEO verteilen sich aus diesem Grund rund um den Globus. Nach dem Statut der IAEO ist es nicht ihr Ziel, eine Plutoniumabzweigung zu verhindern, sondern es geht darum, die Abzweigung von signifikanten Mengen an Spaltstoffen, nachdem es passiert ist, zu entdecken. Die Möglichkeit der frühzeitigen Entdeckung durch die IAEO soll Nicht-Atomwaffenstaaten, etwa die BRD, davor abschrecken, Plutonium sperrvertragswidrig abzuzweigen. Der Begriff „signifikant" ist definiert als die Menge an Spaltstoff, die für die Herstellung eines Atomsprengkörpers nötig ist. Sie ist folgendermaßen festgelegt: bei Plutonium 8 kg, bei Uran 233 ebenfalls 8 kg, bei Uran über 20% U 235 sind es 25 kg und bei Uran unter 20% U 235 sogar 75 kg. „Rechtzeitiges Entdecken" einer Abzweigung ist definiert als der Zeitraum, der für die Umwandlung von Spaltmaterial in eine Atomwaffe

Foto: Bernd Markowsky

notwendig ist. Nach den IAEO-Kriterien heißt das: 7 bis 10 Tage bei Plutonium sowie Uran 235 und Uran 233, 1 bis 3 Wochen bei Plutoniumoxid und MOX-Brennelementen und 1 bis 3 Monate bei abgebrannten Brennelementen.

Die Lebenswirklichkeit

Beginnen wir mit der „Rechtzeitigkeit" der Entdeckung einer Abzweigung und mit dem Aufsatz, den der ehemalige Leiter der IAEO-safeguard-Abteilung, Professor Dr. Hans Grümm aus Österreich, am 28. 1. 88 in der FAZ mit dem Ziel veröffentlichte, das Image der IAEO aufzupolieren: Bestätigen mußte Grümm, daß im März 1986 der IAEO in 70 Fällen unbekannt war, wohin die 1985 verschickten „signifikanten" Mengen an Spaltmaterial geblieben waren und bestätigen mußte Grümm weiterhin, daß im März 1987 die IAEO in 188 Fällen nicht wußte, wo das Spaltmaterial der 1986 getätigten Transporte geblieben ist.

Ob rechtzeitig oder nicht - vielfach werden die IAEO-Inspektoren schon froh sein, wenn sie überhaupt etwas erfahren:*„Bei der Mehrzahl der 147 Atomanlagen, die mit Foto- und Videokammeras überwacht werden, kann die IAEO überhaupt nicht feststellen, ob spaltbares Material abgezweigt wurde oder nicht. Oft liegt es an der Beleuchtung in den Bunkern: Sie ist mangelhaft oder fällt teilweise ganz aus"* schreibt z.B. der „Spiegel" (18.1.88) nach Lektüre IAEO-interner Unterlagen. Das „Wall Street Journal" (4.2.88) (WSJ) berichtete schon vor etlichen Jahren, daß 1980 einem internen IAEO-Bericht zufolge allein 12% aller Überwachungskameras ausgefallen seien. Darüberhinaus verfüge die IAEO bei den von ihr kontrollierten Anlagen oftmals noch nicht einmal über die nötigen Daten, heißt es weiter im WJS. Dieses Problem scheint sich in jüngster Zeit noch zu verschärfen. Ende 1986 berichtete der derzeit für die Safeguards zuständige IAEO-Generaldirektor Peter Tempus von der computerisierten Prozesskontrolle in modernen Atomanlagen. Die Überprüfungssicherheit dieser Computer ist lt. Tempus gleich Null:*„Ein entsprechend programmierter Computer könnte den Anlagebetreibern die absolut richtigen Daten, den IAEO-Inspektoren jedoch völlig falsche Informationen ausspucken."* (Tempus, zit. nach Nuclear Fuel, 1.12.86)
Der IAEO-Tätigkeitsbericht von 1987 nennt darüberhinaus sechs Großanlagen, in denen die Inspektoren lt. Spiegel überhaupt nicht inspizieren dürfen, weil zu den Rahmenverträgen mit der IAEO noch die Ausführungsbestimmungen fehlen. Aber selbst wenn Inspektoren in eine Atomanlage gelangen, dürfen sie nur speziell ausgesuchte Teile einer Atomanlage, die sog. strategic points, besuchen. Darüberhinaus ist der zusätzlichen Behinderung von Inspektoren Tür und Tor geöffnet: Jedes Land kann ohne Angabe von Gründen die in Wien benannten Inspektoren ablehnen. So wollte sich der Irak zeitweilig beispielsweise ausschließlich von Kontrolleuren aus Ungarn und der Sowjetunion inspizieren lassen (lt. WSJ). in der BRD müssen die IAEO-Inspektoren (mit einer einzigen Ausnahme: Gronau) grundsätzlich ein bis sieben Tage im voraus angekündigt werden. Sie finden, wenn es das Gastgeberland wünscht, stets in Begleitung von Regierungsvertretern statt. Über bürokratische Schikane (Visa-Vergabe etc.) kann jeder Staat den Inspektoren-Zugang zusätzlich und nahezu beliebig verzögern oder torpedieren (vgl „Atombomben made in Germany", Köln 1986, S. 120). Oder mit den Worten des ehemaligen IAEO-Inspektors Morgan:*„Die Kontrollen werden von denen kontrolliert, die kontrolliert werden sollen."*(WSJ, 4.2.82)
Fahren wir fort mit der zu entdeckenden „signifikanten„ Mengen. Zuerst ist festzuhalten, daß die geltenden Definitionen für „signifikante„ Mengen hoffnungslos veraltet sind. Schom im Februar 1980 berichtete beispielsweise Amory Lovins in der Zeitschrift „Nature", daß bei entsprechend modernem Waffendesign bereits weniger als 2 kg Plutonium für eine beträchtliche Superkritikalität, also Bombenkraft, ausreichen. Selbst unser Professor Grümm wollte im Gespräch mit dem WSJ nicht leugnen, daß die geltenden Werte „out of date„ seien. In seiner Funktion als oberster Safeguard-Verantwortlicher der IAEO erläuterte Dr. Grümm 1982 mit einer bemerkenswerten Offenheit, warum man bei den alten Definitionen bleibt: *„Er sagt, daß man an diesen Werten festhält, weil die Wiener Agentur kleinere Kilogrammbeträge, wie sie in den riesigen Verarbeitungsanlagen in der BRD, Belgien und Japan verloren gehen, überhaupt nicht entdecken kann. Deshalb wäre es nach Aussage von Dr. Grümm für den Betreiber solch einer Anlage möglich, die einmalige Abzweigung einer für die Bombenherstellung ausreichenden Mengen an angereichertem Uran oder Plutonium vorzunehmen, ohne daß dieses entdeckt würde."* (Wall Street Journal 4.2.82) Diese Aussage aus der IAEO-Führungsetage beweist, daß man in Wien in der Sache selbst längst resignierte. Die für die Kontrollen wichtigste Definition, die Festlegung der „signifikanten„ Menge, deren unklärbare Abzweigung zu verhindern ist, orientiert sich nicht an technischen Optionen und physikalischen Gesetzmäßigkeiten, sondern einzig und allein daran, was für die IAEO selbst als gerade noch machbar gilt. Ob 2kg oder 8kg als eine „signifikante„ Menge gelten, ist keineswegs unerheblich. So können nach den offiziösen Kontrollvorschriften alle Atomanlagen der Kontrolle entzogen werden, deren Spaltstoffinventar unterhalb der „signifikanten„ Menge bleibt. Dies alles jedoch scheint für die IAEO-Führungsspitze zweitrangig zu sein. Vorrangig ist die für die Weltöffentlichkeit fabrizierte Notlüge. Es muß wenigstens so getan werden, als seien die IAEO-Kontrollen hinreichend.

Ein weiteres nicht weniger wichtiges Selbsteingeständnis über die eigene Wirkungslosigkeit stammt von der IAEO-Öffentlichkeitsabteilung, Hans-Friedrich Meyer. *„Kleinere Mengen spaltbaren Materials sind trotz Kontrolle durchaus abzweigbar"* erläuterte er gegenüber der FR (16.1.88) und fuhr fort:*„Wenn ein Anlagenbetreiber es auf die kontinuierliche, insignifikante Beiseiteschaffung spaltbaren Materials anlegt, kann und wird er auch gegenüber den Kontrollinstanzen vertretbare Gründe vorweisen. Inzwischen könnte er das so abgezweigte Material im geheimen Kämmerlein horten."* Mit anderen Worten: Wer peu a peu das Bombenmaterial abzweigt, wird eh nicht erwischt.

Doch selbst unter Berücksichtigung dessen, was die IAEO für „signifikant„ erklärt, wird in sehr vielen Fällen ihr Kontrollziel nicht erreichen: Nach Auskunft des ehemaligen IAEO-Verantwortlichen Prof. Grümm konnte 1986 nur bei 76% der für waffentaugliches Material bestimmten Kontrollen das Prädikat "Ziel erreicht" verliehen werden. Bezogen auf das gesamte Spaltmaterial wurde nur in 63% der 306 ausgewerteten Anlagen das selbstdefinierte Kontrollziel erreicht. (FAZ, 28.1.88) Die Frage bleibt, welchen Sinn angesichts der sich selbst und die Öffentlichkeit betrügenden Praxis die IAEO-Kontrollen noch haben. Sicher ist, daß man sich in den obersten Rängen des Atomstaats über die tatsächliche Reichweite der IAEO-Kontrollen — entgegen jeder öffentlichen Bekundung — schon lange keine Illusionen mehr macht. So betonte 1981 das US-Verteidigungsministerium in einem geheimgehaltenen Dokument des nationalen Sicherheitsrates seine *"Bedenken hinsichtlich der Effektivität der IAEO-Kontrollen...Diejenigen, die für die nationale Sicherheit die Verantwortung tragen, werden sich davor hüten müssen, ein übertriebenes Vertrauen in die IAEO zu setzen."* (zit. nach Wall Street Journal, 4.2.82). Die wesentliche Funktion der IAEO liegt heute offenkundig in erster Linie im Ideologischen. Diese Kontrollbehörde wird in den Atom-Staat-Führern in aller Welt gebraucht, um der eigenen Bevölkerung fortlaufend ein "übertriebenes Vertrauen" in die IAEO-Kontrollen zu suggerieren und somit die Kritik an den militärischen Dimensionen der Atomenergie im Zaum zu halten. Da man sich offenkundig auch in internationalen Maßstab gerne einen in die Tasche lügt, erfüllt die IAEO eine zweite Funktion. Hans-Friedrich Meyer von der IAEO-Öffentlichkeitsabteilung:*"Durch die Kontrolle werde letzlich den Ländern die internationale Bestätigung gegeben, daß sie kein spaltbares Material für den Bau eigener Atomwaffen nutzen oder es zu diesem Zwecke nicht an andere weiterliefern."* Ebenso Prof. Grümm: Er charakterisiert diesen Aspekt der IAEO-Tätigkeit als *"vertrauensbildende Maßnahme, die die Staaten davon überzeugt, daß jeder andere Staat des Systems zu seinen Verpflichtungen steht. Diese Vertrauensbildung bei der Mehrzahl der Staaten steht im Vordergrund der Kontrollmaßnahmen der IAEO. Die Abschreckung ist eine Nebeneffekt, der nur jene Staaten betrifft, die bewußt vertragsbrüchig werden wollen — wenn es solche Staaten im Nichtverbreitungs-System überhaupt gibt..."*.
Staaten, die bewußt vertragsbrüchig werden wollen, werden aber die allerwenigste Mühe haben, durch das weitmaschige Kontrollnetz zu schlüpfen. Ohnehin könnten sie den Atomwaffensperrvertag und die damit verbundenen Kontrollen jederzeit kündigen. Ob ein Staat nun "bewußt" oder en passant die stillen Vorbereitungen für den künftigen Atommachtstatus trifft, ist zweitrangig. Wichtig ist nur, daß die Verantwortlichen die IAEO nicht zu fürchten brauchen. Im Gegnteil! Leistet doch die IAEO indem sie für das nötige internationale wie innenpolitische "Vertrauen" sorgt, geradezu unschätzbare Dienste...

M.K.

Bonn und die Bombe

Seine Krisenstab-Erfahrungen stammen von 1977: Mogadishu, Deutscher Herbst, Pressezensur total. Diese Episode läßt bereits ahnen, daß es um mehr geht, als um 2 Fässer für Pakistan.

Hauff erklärt, in Sachen Sperrvertragsverstoß mehr zu wissen und hält damit die Medienmeute übers ganze Wochenende unter Strom. Am Montag wird der Schwanz eingezogen. Nein, eigentlich sei ihm über einen Verstoß gegen den Sperrvertrag doch nichts bekannt.

Selten so schlecht gelogen! War es doch u.a. ein Volker Hauff, der über Jahre hinweg als Forschungsminister der SPD den Bruch mit dem Atomwaffensperrvertrages in mindestens drei F ällen selbst inzeniert hatte:

1. Entgegen dem Wortlaut dieses Vertrages, fand durch die Bonner Atomexport-Politik keine Begünstigung der übrigen Vertragsunterzeichnerstaaten statt. Ganz im Gegenteil wurden und werden in allererster Stelle und regierungsamtlich begünstigt jene Staaten beliefert, die den Sperrvertrag ablehnen, weil sie militärische Atominsteressen verfolgen: Südafrika, Israel, Pakistan, Indien, Brasilien, Argentinien.

Das Interesse war dabei durchaus gegenseitig: In diesen Ländern konnten BRD-Techniker mit Bombentechniken hantieren, deren Herstellung in der BRD zeitweilig verboten war. Außerdem erhielt die BRD hierüber Uran, das i.G. zu den Uranimporten aus den USA oder Austalien nicht den geringsten Auflagen unterlag, d.h. auch für eine militärische Verwendung immer frei verfügbar war.

2. Entgegen dem Wortlaut dieses Vertrages verzichtet die BRD gegenüber den Empfänger-Ländern bundesdeutschen Nuklear-Know-Hows auf umfassende Kontrollen durch die IAEO (sog. „full scope safeguards"). Das bedeutet erneut eine Belohnung für die Staaten, die dem Sperrvertrag nicht beitreten wollen. Selbst Staaten wie die USA, Kanada oder Großbritanien haben immer wieder die Bundesregierung aufgefordert, „full scope safeguards" zur Voraussetzung für Exportgeschäfte zu machen. Vergeblich. Frankreich und die BRD sträuben sich bis heute beharrlich. Frankreich hat den Sperrvertrag nicht unterschrieben und ist deshalb auch nicht an ihn gebunden. Im Fall der BRD ist diese Praxis ein klarer Verstoß gegen völkerrechtlich eingegangene Verpflichtungen.

3. Als einzige Nuklearexporteure weigerten sich ebenfalls die BRD und Frankreich, ein verbindliches Verbot für den Export nuklearer Waffentechnologien (WAA, Urananreicherungsanlagen) auszusprechen. Zumindest gegen den „Geist" des Sperrvertrages ist auch dies ein klarer Verstoß.

„*Sind die AKW's sicher*?" fragte man sich früher. Heute lautet die Frage:„*Hat die BRD den Atomwaffensperrvertrag verletzt*?"

Die Schuld daran trägt einer, der noch 1974 die Ratifizierung eben dieses Vertrages abgelehnt hatte: Walter Wallmann. Am 14.1.88 ging die Pfeife los: Morgens um 8.00: Antreten der Vorstände von DEGUSSA und RWE bei Wallmann. Nur wenn binnen 30 Tage bei NUKEM eine Umstrukturierung und personelle Erneuerung über die Bühne gehe, sei eine Stillegung zu vermeiden.

Vormittags im hessischen Umweltausschuß die erste Andeutung: TRANSNUKLEAR könnte an illegalen Spaltstoffschiebereien für Pakistan beteiligt sein. In einer angschließende Pressekonferenz wird genau dieser Verdacht von Wallmann vor laufender Kamera bestätigt. In Bonn wird durch Umweltminister Töpfer die Schließung der NUKEM veranlaßt. Die Grünen treten per Pressekonferenz den Verdacht auf Verstoß gegen den Sperrvertrag breit. Noch am selben Abend tagt in einer Sondersitzung der Bundestag-Umweltausschuß, begleitet von einer ARD-Sondersendung:„Bomben aus Hanau". Am morgen darauf schließlich Regierungserklärung über den uuuhhngeheuerlichen Verdacht bzgl. NUKEM. Töpfer guckt wie immer betroffen aus der Wäsche. Wallmann trieft vor Scheinheiligkeit. Baum erklärt, daß das, was bekannt wurde, nur die Spitze des Eisberges sei (als ehemalige Schlüsselfigur im Atomstaat wird er das nicht nur so dahingeplappert haben) und Ex-Forschungsminister Hauff, mit dem Atomstaat schon immer unter einer Decke, ruft gar nach Einberufung des Krisenstabes.

Krisenstab. Wenn ein Mann wie Hauff dieses Wort in den Mund nimmt, weiß er was er sagt.

Daß all diese skruppellosen Gangsterstücke über Jahre hinweg niemanden ernsthaft gestört hatten, liegt daran, daß sich die SPD voll damit identifiziert hatte, von den Unionsparteien und Genscher ganz zu schweigen. Und nun versuchen sich Bundesregierung und SPD als die vehementesten Wächter über die Einhaltung des Sperrvertrages zu profilieren?

Die ganze Inzenierung ist oberfaul. Der Urheber des Pakistan-Gerüchts, Dieter Kassing. Chefredakteur des Bonner Energie-Report, war am 12.1.88 beim hessischen Umweltminister — nicht um etwas Dolles zu verraten, sondern um ein Interview-Vorgespräch zu führen. Er deutet an, demnächst mit einer Story über die Connection Pakistan — Mol erscheinen zu wollen, es gäbe sogar Hinweise für die Verbindung Haunau — Pakistan via Transnuklear. Aber

darüber solle Weimar doch bitte nichts verlautbaren lassen, man sei noch am recherchieren, Beweise gäbe es noch nicht.
Das wär's dann auch. Und deshalb die ganze Zirkusaufführung? Auch die tatsächlichen Gründe für die NUKEM-Schließung liegen noch im Dunkeln. Die offiziell genannten Delikte dieser Firma waren kleine, eher alltägliche Lapalien und zudem seit spätestens Anfang Januar wohl bekannt. Es ging um 50 Fässer und eine unzureichende Inkenntnissetzung der Behörden — wegen solcher Kinkerlitzchen werden die Vorstände von DEGUSSA und RWE kaum für 8.00 Uhr in der Früh' nach Wiesbaden zitiert.
Was also ist Sache? Ist die Pakistan-Connection tatsächlich nur die Spitze des Eisberges? Oder wurde von vornherein eine falsche Fährte gelegt? Ohnehin ist merkwürdig, wie sich die Aufmerksamkeit der Medien auf 200 Milligramm Plutonium fixiert, ohne die ca. 6.000 kg Plutonium in Hanau zu erwähnen. Soll der Splitter im Auge als Brett vor dem Kopf wirken?
Um es gleich zu sagen: Auch wir haben keine Beweise. Sicher ist nur, daß vom Atomstaat keine Wahrheit erwartet werden darf, daß den verharmlosenden Verlautbarungen stets die schlimmsten Vermutungen entgegengesetzt werden müssen.

Preis/Einzelheft: DM 9 p.V.
Jahresabo (3 Hefte)-
Personen: DM 21 p.V.
Institutionen: DM 40 p.V.

Buchhandelsbestellungen an die Redaktion:
Bürgerrechte & Polizei
c/o FU Berlin
Malteserstr. 74-100
1000 Berlin 46
Tel.: 030/7792-214
-462
-464

Herausgeber:
H. Busch,
A. Funk,
K. Dieckmann,
U. Kauss, C. Kunze,
W.-D. Narr, M. Walter, F. Werkentin

Einzelbestellungen/Abos: Kirschkern Buchversand
Hohenzollerndamm 199 1000 Berlin 31

NEUE SICHERHEITSGESETZE • DOKUMENTATION • KRITIK • MATERIALIEN: STAND FEBRUAR 88 • BUNDESVERFASSUNGSSCHUTZGESETZ • VERFASSUNGSSCHUTZMITTEILUNGSGESETZ • JUSTIZMITTEILUNGSGESETZ • ARTIKELGESETZ MIT KRONZEUGENREGELUNG • DEMONSTRATIONSRECHT • STPO-ÄNDERUNG.

A nuclear Germany ?

"Die deutsche Wiedervereinigung liegt nach wie vor in weiter Ferne, aber die Frage eines Nuklearwaffenstaates Bundesrepublik Deutschland könnte sich wesentlich früher stellen. Während die ausgeweitete Abschreckung der Vereinigten Staaten problematisch ist, könnte ein westeuropäisches nukleares Potential eine überzeugende direkte Abschreckung vor einem sowjetischen Angriff darstellen; daran müßte die Bundesrepublik Deutschland allerdings in irgend einer Form beteiligt werden.
Die Anomalie der Nato- Strategie hat seit eh und je darin gelegen, daß der in militärischer Hinsicht am stärksten gefährdete und wichtigste europäische Mitgliedsstaat über keine eigenen Nuklearwaffen verfügt und sich in bezug auf seine Sicherheit auf andere verlassen muß. In Frankreich zumindest – ein Staat, der wie die Sowjetunion einem Nuklearwaffenstaat Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich den größten Widerstand entgegensetzen würde – verbreitet sich bei den führenden Politikern zunehmend die Erkenntnis, daß eine europäische Lösung für eine kontinentale Verteidigung die Notwendigkeit einer nuklearen Rolle für Bonn mit sich bringt. Da Frankreichs eigene Sicherheit vor einem sowjetischen Angriff sich auf eine starke und stabile Bundesrepublik stützt, hat sich Jaques Chirac, der derzeitige Premierminister Frankreichs, im Jahre 1983 dafür ausgesprochen, der Bundesrepublik Deutschland in einer westeuropäischen Nuklearstreitmacht eine direkte Verantwortung zu übertragen. FRankreichs ehemaliger Präsident, Valery Giscard d'Estaing, hat erklärt, daß die Bundesrepublik Deutschland, anders als Frankreich, "ein Ziel ohne Schutzschild darstellt. Wir können die Bundesrepublik nicht für längere Zeit in dieser Position belassen, da ansonsten ihre Unterstützung für das westliche Bündnis (verlorengehen wird)". Auch Großbritannien könnte der Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in eine westeuropäische Nuklearstreitmacht wohlwollend gegenüberstehen, aller dings eher zum Zwecke einer Aufteilung der hohen Kosten für die Unterhaltung seines nuklearen Potentials. Aus naheliegenden Gründen würde in der Bundesrepublik die Möglichkeit der Entwicklung einer Nuklearstreitmacht bislang nicht erörtert. Es liegt klar auf der Hand, daß Bonn keinerlei Verlangen hat, die ihm auferlegten nuklearen Beschränkungen einseitig zu durchbrechen. Es würde sich jedoch zweifellos für Nuklearwaffen entscheiden, wenn die Amerikaner ihren strategischen Schutzschild aufhöben und die "Nuklearisierung" der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenwirken mit ihren westeuropäischen Bündnispartnern, vielleicht mit einem gemeinsamen Kontrollmechanismus über diese Waffen, erfolgte."

Christopher Layne in der angesehenen US- Fachzeitschrift "Foreign Policy" Nr. 67, Sommer 1987

Der Atomwaffensperrvertrag einmal anders betrachtet

Der Sperrvertrag und seine Einhaltung bzw. Nichteinhaltung läßt sich auch aus einem ganz anderen Blickwinkel beleuchten. Extrem ungern läßt man sich hierzulande daran erinnern, daß dieser Vertrag seine Existenz vorrangig dem Interesse **beider** Supermächte verdankt, den deutschen Griff zur Bombe zu vereiteln. Was nirgendwo im Gemeinschaftskundeunterricht auftaucht, kann dennoch nicht bestritten werden: seit 1948 tobt innerhalb der westlichen Allianz — mal lauter, mal leiser — der Grundsatzstreit darüber, was die Deutschen wollen (die besten, also nuklearen Waffen in eigener Hand) und was die Deutschen sollen (auf Atomwaffen verzichten):

1948. Der alte Nazi-General Speidel fordert in einem Memorandum für die künftige Bewaffnung der Deutschen die „gleichen" Waffen, die auch die anderen Allierten haben. Adenauer sah das genauso und machte Speidel zum BRD-Chefdelegierten bei den Verhandlungen über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft" (1951/52), wo über das Anliegen nach nuklearer „Gleichberechtigung" bereits heftig gestritten wurde. Vergebens. Nach heftigem Sträuben der Deutschen mußte Adenauer 1954 (als Voraussetzung zur Wiederherstellung der Souveränität) den Verzicht auf die Atomwaffenproduktion auf eigenem Territotium „feierlich" über die Lippen bringen. Nicht verzichtet wurde freilich auf den Besitz und Erwerb von Atomwaffen bzw. die Waffenproduktion auf dem Territorium eines anderen Staates: Südafrika etwa, oder Brasilien und Argentinien.

1957. Völkerrechtlich vollkommen legal war demnach das Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Produktion von Atomwaffen, das der damalige Verteidigungsminister F.J. Strauß sowie sein französischer Kollege im Januar 1957 im französischen Raketen-Entwicklungsgelände Colomb-Bechar (heute Algerien) unterzeichnet. Im Februar 1958 folgte ein Dreierabkommen zwischen Strauß sowie den Verteidigungsminister Chaban-Delmas (Frankreich) und Taviani (Italien) über die technisch-wissenschaftliche und finanzielle Atomwaffen-Kooperation. Aber auch dieser Ansatz endete für die Deutschen mit einem Debakel: Der alte Resistance-Kämpfer de Gaulle kam an die Macht und liquidierte alle diesbezüglichen Abkommen. Bei der Entwicklung der französischen Bombe wollte er sich von den Deutschen nun gerade nicht reinreden lassen.

1960. Im Mai dieses Jahres forderte Strauß, was erst 25 Jahre später bei der SPD en rogue werden sollte: Die Einrichtung einer zweiten europäischen Säule innerhalb der NATO. Daß er bei dieser Gelegenheit erneut den Anspruch der Bundeswehr auf Waffen festklopfte, *„die denen des Gegners mindestens ebenbürtig sind"*, sei nur am Rande vermerkt. Die Amis jedenfalls hatten guten Grund für die Befürchtung, daß die Deutschen nach dem Vorbild de Gaulles ein eigenes Atombombenprojekt in die Wege leiten könnten und sorgten vor: Um den nuklearen Geltungsdrang der Deutschen zu befriedigen wurde die sog. MLF (Multilateral Force) kreiert.

Die MLF war eine Art NATO-Atomstreitmacht unter Einschluß der BRD. Auf 25 Militärschiffen mit gemischten Besatzungen sollten je 8 Atomraketen der Polarisklasse (Reichweite 4.500 km -„Moskau") stationiert werden. Den Deutschen wurde Hoffnung gemacht, irgendwann auch selbst mal über das Spielzeug verfügen zu können. In Bonn jedenfalls herrschte eitel Freude: Man erklärte sich postwendend bereit, 40 % der Gesamtfinanzierung zu übernehmen. Der dicke Erhard war so geil auf die MLF, daß, nachdem die Briten und Franzhosen bereits dankend abgewunken hatten, von ihm sogar eine bilaterale, deutsch-amerikanische MLF gefordert wurde.

Derweil begannen auch in den USA die Widersrüche über die Frage aufzubrechen, **wie** den Deutschen der Griff zur Bombe verwehrt werden sollte. Die MLF-Befürworter setzten auf die Methode des Zugeständnisses, um zumindest einen deutschen de Gaulle zu verhindern. Ihre Widersacher schätzten, daß einige MLF-Beteiligung die Deutschen nicht zufriedenstellen, sondern im Gegenteil nur Appetit machen würde auf mehr. Diese Strömung drängte darauf, mit den Sowjets zu einer Verständigung über einen Atomwaffensperrvertrag zu kommen, auch wenn das ein endgültiges „Aus" für die MLF zur Folge haben sollte.

In dieser Situation reagierte Bonn brutal. Am 9.7.65 erklärte der damalige Außenminister Schröder im regierungsamtlichen „Bulletin", nur bei Errichtung der MLF oder einer gleichwertigen Lösung könne Deutschalnd *„auf den Erwerb eigener Atomwaffen verzichten."* Das sog. friedliche Atomprogramm der BRD war 1965 bereits hinreichend entwickelt, um dieser Drohung Glaubwürdigkeit zu verleihen. Der BRD-Status einer nuklearen Schwellenmacht wurde von Schröder 1965 offen genutzt, um im NATO-internen Kräftefeld die Gewichte zu verschieben. Zwar konnte diese Drohung die amerikanischen Sperrvertragsbefürworter noch ein weiteres Jahr lang bremsen — Ende 1966 aber war klar, daß man zu hoch gepokert hatte: die MLF verschwand endgültig von der Tagesord-

nung, die Regierung Erhard mußte — nicht zuletzt aufgrund dieses Debakels! — den Bettel schmeißen und wurde ersetzt durch die große Koalition unter Kiesinger (CDU), Außenminister Brandt (SPD) und Fiananzminister Strauß.
Es ist jedoch davon auzugehen, daß diese Form der Erpressung auf dem Parkett der geheimen Nukleardiplomatie zum täglichen Geschäft gehört, nach dem Motto: Wenn ihr uns nicht hier und da mehr nukleare Mitsprache einräumt, machen wir's ggfls. allein..!
1967. Die ersten Entwürfe eines Atomwaffensperrvertrags kommen ans Tageslicht und der getroffene Hund bellt. Strauß nannte diesen Vertrag ein „*2. Versailles und zwar eines von kosmischen Ausmaßen*" und Adenauer sprach von einem „*Todesurteil*", falls die BRD unterschreibt. Über dieses Zeter und Mordio hatten wir bereits in der Atommüllzeitung Nr. 26 (Febr./März 1984) berichtet. (Falls jemand die nicht zur Hand haben sollte: ein neuerschienenes Buch bringt einen ausführlichen Überblick: Reaktoren und Raketen, Hrsg. von U. Schelp, Köln 1987, S. 195 ff.).
Wichtig in diesem Zusammenhang ist zweierlei: Die BRD hatte wie kein anderer Staat der Welt auf die Formulierungen und Zusatzinterpretationen dieses Vertrages Einfluß nehmen können. Der Grund: Der Sowjetunion kam es vor allen anderen Dingen auf die BRD-Unterschrift an. Deshalb hatte sie erklärt, diesen Vertrag nur nach BRD-Beitritt ratifizieren zu wollen. Weil aber damit das Schicksal dieses Vertrages faktisch an der BRD-Unterschrift hing, befanden sich die Deutschen in einer Position, von der aus gut zu pokern war. So konnten auf Bonner Intervention drastische Abschwächungen der Vertragsbestimmungen durchgesetzt werden:
1. Der Vertrag wurde, anders als vorgesehen, zeitlich begrenzt. Er wird nun in sieben Jahren (1995) auslaufen, über eine Verlängerung muß dann neu entschieden werden.
2. In den Vertrag wurde eine Rücktrittsklausel mit 3-monatiger Kündigungsfrist eingebaut. In einer Zusatzinterpretation für die NATO-Verbündeten wurden seitens der USA darüberhinaus das sofortige Außerkrafttreten dieses Vertrages im Falle eines Krieges festgeschrieben. Die BRD könnte aufgrund dieser Zusatzvereinbarung im Ernstfall auch über Nacht eine Atommacht werden.
3. Unter bestimmten Bedingungen ist die BRD die Teilnahme an einer Europäischen Atomstreitmacht erlaubt, ohne daß dies gegen den Vertrag verstößt.
4. Der Vertrag verbietet ausschließlich den kompletten Zusammenbau eines nuklearen Sprengsatzes. Alles andere: Atomwaffenforschung, Herstellung von Atomwaffenkomponenten jeder Art usw. usf. ist erlaubt. Die Erleichterung eines weitestmöglichen internationalen Austausches von nuklearem Know How ist im Vertrag sogar als Verpflichtung festgeschrieben.
5. Die Kontrollbestimmungen zur Einhaltung dieses Vertrages wurden — besonders für die EURATOM-Mitgliedsstaaten BRD, Italien, Benelux — extrem aubgeschwächt.

Obwohl im Juli 1968 nach Unterzeichung des Vertrages durch die Supermächte nicht nur die „New York Times" bemerkte, daß nur e i n Staat der Welt, die BRD, sich eine Verzögerung des Vertragsbeitritts n i c h t erlauben könnte, passierte das Gegenteil:
Da die CDU-geführte Bundesregierungen den Beitritt stets abgelehnt hatten, wurde erst im November 1969 von der sozialliberalben Koalition unterschrieben. Erst im Februar 1974 wurde er im Bundestag (gegen die Stimmen von ca. 100 CDU/CSU-Abgeordneten) ratifiziert. 1975 trat der Vertrag, 1977 die Kontrollbestimmungen des Vertrages für die BRD in Kraft, wobei in Einzelfällen ein Agreement über diese Kontrollen bis heute am Widerstand der Bundesregierung scheiterte. Im staatlichen Plutoniumbunker in Hanau sind beispielsweise auch heute adäquate Kontrollen der IAEO nicht möglich, da die Bundesregierung die hierfür notwendige anlagenspezifische Ausformulierung der Kontrollbestimmungen torpediert.

1987. Mit ihrer Forderung, die Pershing IA-Raketen als „Drittstaatensysteme" aus den sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen in Genf auszuklammern, hatte die Bundesregierung erneut die Frage einer deutschen Verfügungsgewalt über Atomwaffen auf die Tagesordnung gesetzt.
Denn: „Drittstaatensysteme" sind Atomwaffen, die weder den USA noch der UdSSR, sondern eben „Dritten" gehören. Wer „Drittstaatensysteme" für sich fordert, sieht sich auf einer Stufe mit den Atomwaffenstaaten Frankreich und England. Kohls wohlinszenierter Modernisierungsverzicht bzgl. der Pershing IA vom 26.8.87 beinhaltet noch im Gestus der Abrüstungsbereitschaft die Pose des Atomwaffenbesitzers:
Er erklärte erneut die Pershing IA-Atomwaffen zum Eigentum und Faustpfand der Bundesregierung und betonte, nur unter bestimmten Bedingungen auf eine Modernisierung verzichten zu wollen. Dieser Aspekt der Kohl-Erklärung war seinerzeit in der Öffentlichkeit vollkommen ignoriert worden. Nur SIPPI Direktor Stützle zeigte sich über Kohl's Verzichterklärung irritiert und erklärte zutreffend:„*Man kann nicht über Faustpfände sprechen und mit Faustpfänden Politik machen, die man gar nicht besitzt.*"
Wie bereits in den 60igern wurde dieser neue Beweis für einen ungebrochenen nuklearen Geltungsdrang der BRD im Inland - trotz inzwischen etablierter Friedensbewegung — ignoriert, im Ausland jedoch wohlbeachtet. So warnten schon am 27.4.1987 Henry Kissin-

gers und Richard Nixons in einem Beitrag für die „Washington Post" vor den Folgen eines vorschnellen Abzuges der Pershing II, da andernfalls *„keine deutsche Regierung den Sirenenklängen nach Entnuklearisierung einerseits oder nach Erwerb von Atomwaffen andererseits auf längerer Zeit widerstehen könne."* Ebenso die britische Zeitschrift „Economist" die die FAZ am 29.1.88 folgendermaßen zitierte: *„Das Atomwaffen-Thema setzt Westdeutschland zwei neuen Versuchungen aus. Die erste ist auf dem westdeutschen rechten Flügel aufgetaucht. Dort läßt sich Gemurmel hören, daß im Falle angemessener nuklearer Verteidigung durch die Alliierten... Westdeutschland selber den Finger an einem nuklearen Drücker haben müsse."*

Mit anderen Worten: Das Pershing IA-Signal wurde im Ausland durchaus verstanden. N e u hingegen war, daß es innerhalb der NATO auch akzeptiert wurde. Die Sowjetunion blieb mit ihrem anfänglichen (und berechtigtem!) Vorwurf, die BRD verletze mit dieser Position den Sperrvertrag, allein auf weiter Flur! Erkennbar wurde in dieser Auseinandersetzung, daß die BRD im Grunde problemlos auch den Sperrvertrag brechen kann, wenn nur die westlichen NATO-Partner dem zustimmen.

Diese neue Akzeptanz für BRD-Großmacht Gedröhne hat Gründe, die bei der Bewertung der Hanau-Geschichten nicht ausgeklammert werden dürfen: Innerhalb der NATO läuft derzeit die Debatte um den Aufbau des „gleichberechtigten" NATO-Pfeilers Westeuropa. Frankreich und Großbritannien haben bereits beschlossen, eine gigantische nukleare Aufrüstung und Modernisierung durchzuführen, um die „Lücke" nach einem Pershing II-Abzug mit eigenen Potentialen aufzufüllen. Was dahinter steckt ist klar: Westeuropas Eliten möchten sich einfach etwas unabhängiger von und selbstbewußter gegenüber den USA geben können. Das aber ist teuer und setzt die Einbindung der ökonomischen Potentiale der BRD bei der Schaffung einer Art westeuropäischen Atomstreitmacht (in Wirklichkeit eher ein Konsortium bestehend aus Frankreich, Großbritanien und der BRD) voraus.

In Frankreich drängen mittlerweile alle großen Parteien die BRD-Politiker, in die gemeinsame nukleare Verantwortung (freilich ohne eigene nukleare Verfügungsgewalt) mit einzusteigen. In Großbritannien wird eine Zusammenfassung der (nuklearen) Ressourcen und die „Europäisierung" der britischen und französischen Nuklearpotentiale gefordert. In den USA wird in der angesehenen Zeitschrift „Foreign Policy" (siehe Kasten) bereits als „Anomalie" bewertet, daß die BRD immer noch keine Atomwaffen hat usw. usf..

Diese ganze Debatte verläuft natürlich nicht linear sondern als ein sehr widerspruchsvoller Prozess — in ihrer Bedeutung kann sie aber gar nicht unterschätzt werden! Vielleicht liegt es am SPD-Einfluß, daß die Friedensbewegung diese Entwicklung verschläft? Schließlich gehört die SPD-Führung zum Vorreiter der (auch nuklearen) „Selbstbehauptung Europas". Als Egon Bahr z.B. im Febr. 1988 in einem Taz-Intwerview offensiv wie nie zuvor die westeuropäische nukleare Planungsgruppe mit „angemessener" BRD-Beteiligung forderte — gab's da auch nur ein Spurenelement an öffentlichen Protest?

Nukem, Transnuklear und die Westeurop. Atomstreitmacht

Bisher stehen Stränge, die eigentlich zusammengehören, scheinbar unverbunden nebeneinander: der jüngste Atom-„Skadal", die Atomachse Bonn-Paris, die jüngere NATO-Debatte usw. usf.. Wie fatal dieser Zustand ist, zeigt sich an den Stellungsnahmen zur „illegalen" Verschiebung und Falschdeklarierung von Atommaterial bei NUKEM und TRANSNUKLEAR: Als buchstäblich einzigem gelang es Robert Jungk, in der Öffentlichkeit zu fragen, ob nicht die eigenen bundesdeutschen nuklearen Begehrlichkeiten sehr viel bedeutsamer seien, als eine mögliche Verschiffung von zwei Fässern nach Pakistan. Das ungeschriebene Gesetz, wonach Libyen (übrigens ein Mitgliedsstaat des Sperrvertrags) und dem ebenfalls von dunkelhäutigen Menschen bewohnten Pakistan alles Böse, einer „zivilisierten" Regierung in Bonn aber nur alles Gute unterstellt werden darf, wird ganz von selbst eingehalten. Ein Verbot mit der Macht, sich selbst durchzusetzen, nennt man bekanntlich ein Tabu.

Das Tabu hinsichtlich des deutschen Griffs zur Bombe funktioniert so großartig, daß tatsächlich davon auszugehen ist, daß die Töpfer-Pirouetten verfangen und man hierzulande auf Massenebe nunmehr tatsächlich die konsequentesten Verfechter des Sperrvertrages im Bonner Regierungsviertel vermutet.

Dabei ist der Zusammenhang zwischen Hanau und dem BRD-Atommachtstreben in mindestens zwei Punkten sonnenklar:

- Die durch derartige Anlagen untermauerte Drohung, die BRD könne sich eines Tages nuklear selbstständig machen, war und ist eine permanente Trumpfkarte auf dem Parkett der internationalen Nukleardiplomatie, um den eigenen Einfluß auf die NATO-Atomwaffenpolitik zu erhöhen. D[illegible]rüberhinaus verbessern sich die Möglichkeiten, den NATO-Verbündeten früher oder später größere Bestände an dem Mangelprodukt Plutonium (z.T. auch hochwertiges Waffenplutonium) anzubieten. Und wer etwas bietet, kann bekanntlcih auch etwas fordern...
- Die Falschdeklaration, die Schleichwege und die falschen Fährten sind nicht Skandal sondern System. Solange innen- wie außenpolitisch bei o f f e n e r Verfolgung von Atommachtinteressen die Nachteile überwiegen, bleibt es bei dem Versteckspiel, inkl. Falschdeklarierung. Versteckt wurde und wird von der Fraunhofer-Gesellschaft eine „high sophisticated" Forschung zur Optimierung von Atomwaffen-Designs betrieben (siehe Kasten), versteckt und illegal ließen Helmut Schmidt und Co. in den 70igern deutsche cruise missile im afrikanischen Zaire erproben usw. usf..

Die heute zuweilen erhobene Forderung nach mehr staatlicher Zentralisierung und Kontrolle ist ein wenig skuril, da sie den Bock zum Gärtner macht. Die Töpfer und Kohl träumen von den „englischen" Verhältnissen. Dort lieferte die Windscale-Katastrophe von 1957, über die die Weltöffentlichkeit selbst 30 Jahre danach nicht die volle Wahrheit erfährt, das bisher eindrucksvollste Beispiel für eine gut funktionierende atomstaatliche Kontrolle.

Statt mehr Kontrolle zu fordern, wird's erstmal darum gehen müssen, einigermaßen eingängige Formulierungen über die Rolle Hanaus (wie des gesamten Atomprogramms) beim nuklearen Geltungszwang der Deutschen zu finden und in die Öffentlichkeit zu tragen, um zumindest der künstlichen Einengung der Phantasie bei der Lösung der noch offenen Fragen im Hanau-„Skandal" (warum 20 Mio. Schmiergelder u.a. nach Mol etc.) entgegenzuwirken.

M. Red.

Gorleben im Brennpunkt

Durch zahlreiche Ereignisse rückte das Wendland wieder in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Deshalb soll im nachfolgenden die Situation im "Entsorgungspark Gorleben" kurz skizziert werden:

Faßlager: Durch die falsch deklarierten Mol-Fässer wurde bekannt daß sich im Faßlager außerdem aufgeblähte, ausgebeulte und gerissene Atommüllfässer befinden. (s. Bericht)

Zwischenlager: Die Verfassungsbeschwerde gegen die Errichtung des Zwischenlagers wurde vom Bundesverfassungsgericht als unzulässig abgewiesen. Nach über fünfjähriger Entscheidungsfindung letztendlich also doch keine Entscheidung vom Bundesverfassungsgericht, sondern eine Abschiebung der Verantwortlichkeit auf die "Fachgerichte" (VG-Lüneburg-Kammer Stade, OVG-Lüneburg), die davon ausgehen daß sich die Baugenehmigungen als rechtmäßig erweisen werden, weshalb auch mit einem Sofortvollzug der Genehmigung zur Einlagerung von Castor-Transport-Behältern gerechnet werden kann.

Endlager: Am 18.April soll im Bundestag ein Gorleben-Hearing zum Endlager stattfinden, bei dem es um die Unfallursachen vom 12.5.87 und die Zukunft des Schachtes gehen soll. Ein weiteres Festhalten der Bundesregierung am Endlager Gorleben ist jedoch absehbar, während die SPD sich kritisch-distanziert verhält. Die niedersächsische Landtagsfraktion sprach sich inzwischen klar gegen ein Endlager in Gorleben aus, ohne allerdings die Konsequenzen für die laufenden AKW's zu fordern, nämlich deren sofortige Abschaltung.

Pilot-Konditionierungsanlage (PKA): Mitte Januar wurde die zweimonatige Auslegung der Antragsunterlagen (Sicherheitsbericht und Kurzbeschreibung der Anlage) begonnen. Während es Teile der BI Lüchow-Dannenberg als Farce ansieht mit Sammeleinwendungen dagegen vorzugehen, haben andere Gruppierungen sich entschlossen auf diesem Weg vorerst gegen die PKA vorzugehen.

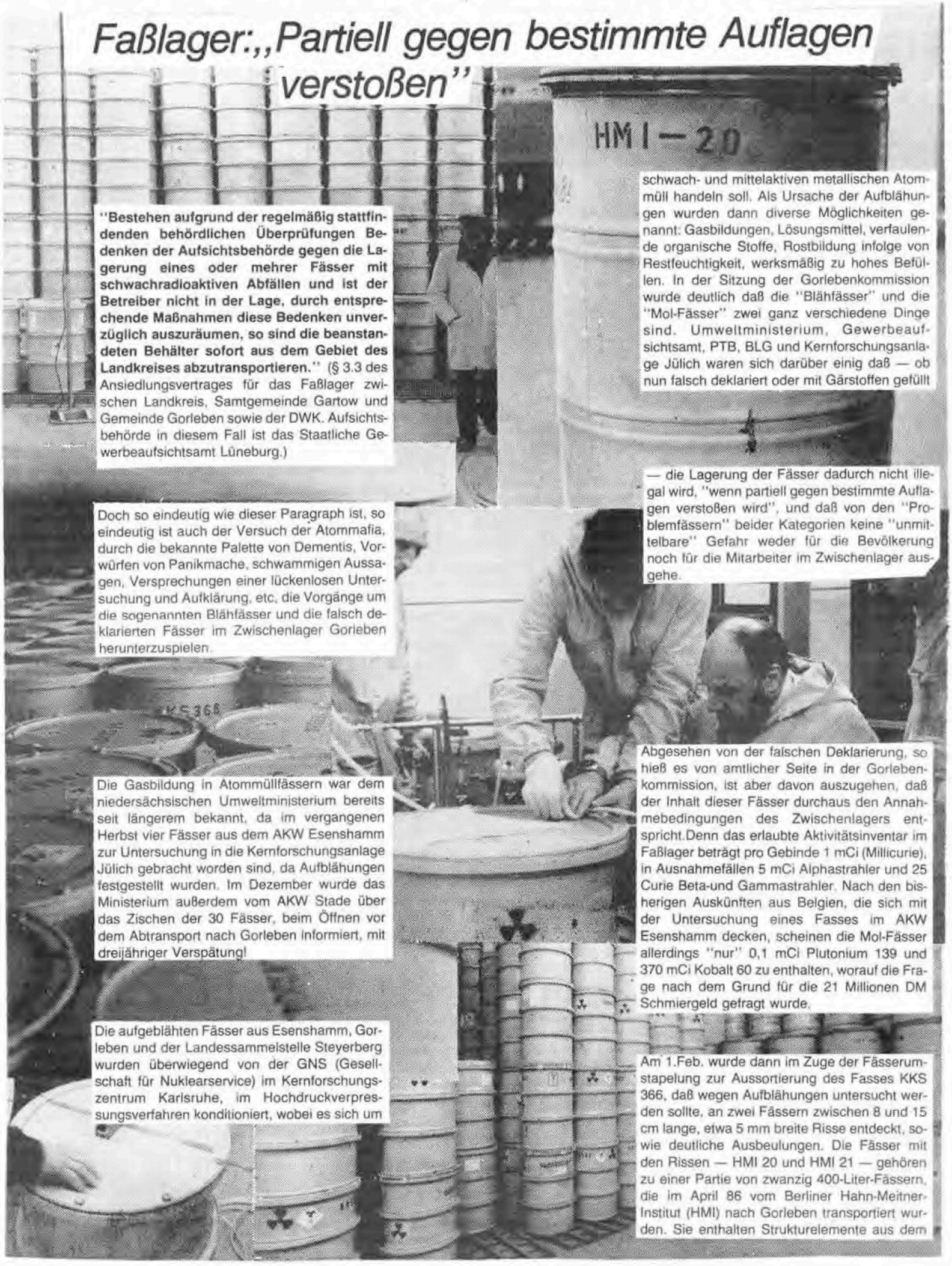
Und der Widerstand ?

Ausgelöst durch die Vorgänge im Zwischenlager regte sich auch der "wendländische Widerstand" im verstärkten Maße. Am 21./22.Jan. blockierten ca. 70 Landwirte der "bäuerlichen Notgemeinschaft" mit Treckern die Einfahrt zum Zwischenlager. Altaktivisten melden sich im Widerstand zurück. Informationsveranstaltungen haben großen Zulauf.

Die Demo am 5.März kann auch als größerer Auftakt zum Aufbau und zur Mobilisierung eines zukünftig wiedererstärkten Widerstandes im Wendland dienen.Hierbei ist zu bemerken daß sicherlich zur Umsetzung zukünftiger Aktionen im Wendland, es nötig ist die internen Strukturen neu aufzubauen, denn in der Demovorbereitungsphase lief einiges aneinander vorbei.

Das nächste Treffen zur Ausarbeitung der Perspektiven soll über Ostern stattfinden, im Rahmen des Gorleben-Forums. Der genaue Termin und der Ort können über die BI erfragt werden.

Faßlager:„Partiell gegen bestimmte Auflagen verstoßen"



"Bestehen aufgrund der regelmäßig stattfindenden behördlichen Überprüfungen Bedenken der Aufsichtsbehörde gegen die Lagerung eines oder mehrer Fässer mit schwachradioaktiven Abfällen und ist der Betreiber nicht in der Lage, durch entsprechende Maßnahmen diese Bedenken unverzüglich auszuräumen, so sind die beanstandeten Behälter sofort aus dem Gebiet des Landkreises abzutransportieren." (§ 3.3 des Ansiedlungsvertrages für das Faßlager zwischen Landkreis, Samtgemeinde Gartow und Gemeinde Gorleben sowie der DWK. Aufsichtsbehörde in diesem Fall ist das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg.)

Doch so eindeutig wie dieser Paragraph ist, so eindeutig ist auch der Versuch der Atommafia, durch die bekannte Palette von Dementis, Vorwürfen von Panikmache, schwammigen Aussagen, Versprechungen einer lückenlosen Untersuchung und Aufklärung, etc. die Vorgänge um die sogenannten Blähfässer und die falsch deklarierten Fässer im Zwischenlager Gorleben herunterzuspielen.

Die Gasbildung in Atommüllfässern war dem niedersächsischen Umweltministerium bereits seit längerem bekannt, da im vergangenen Herbst vier Fässer aus dem AKW Esenshamm zur Untersuchung in die Kernforschungsanlage Jülich gebracht worden sind, da Aufblähungen festgestellt wurden. Im Dezember wurde das Ministerium außerdem vom AKW Stade über das Zischen der 30 Fässer, beim Öffnen vor dem Abtransport nach Gorleben informiert, mit dreijähriger Verspätung!

Die aufgeblähten Fässer aus Esenshamm, Gorleben und der Landessammelstelle Steyerberg wurden überwiegend von der GNS (Gesellschaft für Nuklearservice) im Kernforschungszentrum Karlsruhe, im Hochdruckverpressungsverfahren konditioniert, wobei es sich um schwach- und mittelaktiven metallischen Atommüll handeln soll. Als Ursache der Aufblähungen wurden dann diverse Möglichkeiten genannt: Gasbildungen, Lösungsmittel, verfaulende organische Stoffe, Rostbildung infolge von Restfeuchtigkeit, werksmäßig zu hohes Befüllen. In der Sitzung der Gorlebenkommission wurde deutlich daß die "Blähfässer" und die "Mol-Fässer" zwei ganz verschiedene Dinge sind. Umweltministerium, Gewerbeaufsichtsamt, PTB, BLG und Kernforschungsanlage Jülich waren sich darüber einig daß — ob nun falsch deklariert oder mit Gärstoffen gefüllt — die Lagerung der Fässer dadurch nicht illegal wird, "wenn partiell gegen bestimmte Auflagen verstoßen wird", und daß von den "Problemfässern" beider Kategorien keine "unmittelbare" Gefahr weder für die Bevölkerung noch für die Mitarbeiter im Zwischenlager ausgehe.

Abgesehen von der falschen Deklarierung, so hieß es von amtlicher Seite in der Gorlebenkommission, ist aber davon auszugehen, daß der Inhalt dieser Fässer durchaus den Annahmebedingungen des Zwischenlagers entspricht.Denn das erlaubte Aktivitätsinventar im Faßlager beträgt pro Gebinde 1 mCi (Millicurie), in Ausnahmefällen 5 mCi Alphastrahler und 25 Curie Beta-und Gammastrahler. Nach den bisherigen Auskünften aus Belgien, die sich mit der Untersuchung eines Fasses im AKW Esenshamm decken, scheinen die Mol-Fässer allerdings "nur" 0,1 mCi Plutonium 139 und 370 mCi Kobalt 60 zu enthalten, worauf die Frage nach dem Grund für die 21 Millionen DM Schmiergeld gefragt wurde.

Am 1.Feb. wurde dann im Zuge der Fässerumstapelung zur Aussortierung des Fasses KKS 366, daß wegen Aufblähungen untersucht werden sollte, an zwei Fässern zwischen 8 und 15 cm lange, etwa 5 mm breite Risse entdeckt, sowie deutliche Ausbeulungen. Die Fässer mit den Rissen — HMI 20 und HMI 21 — gehören zu einer Partie von zwanzig 400-Liter-Fässern, die im April 86 vom Berliner Hahn-Meitner-Institut (HMI) nach Gorleben transportiert wurden. Sie enthalten Strukturelemente aus dem

"Herz" des Berliner Experimentierreaktors 2 (BER 2), im wesentlichen eine Aluminium-Magnesium-3-Legierung, eingegossen in Zement. Diese Teile fielen beim Umbau des BER 2 von einer Leistung von 5 auf 10 Megawatt, einhergehend mit der Einrichtung neuer Forschungsmöglichkeiten, an.

Woher die Risse und Ausbeulungen stammen kann jedoch weder das HMI noch die BLG erklären. Die Dosisleistung der beiden Gebinde betrug laut Messeung in Berlin 170 bzw. 114 Millirem (mRem) an der Oberfläche bei zulässigen 200 mRem. Das Aktivitätsinventar an Beta- und Gammastrahlern beträgt o,2 bzw. 0,013 Curie, Alphastrahler seien nicht enthalten.

Da die Risse in den Fässern den Einlagerungsbestimmungen zuwiderlaufen, hat die BLG die beiden Gebinde in 600-Liter-Überfässer gesteckt. Eine Untersuchung der beiden Fässer behält sich das HMI vor, womit die Kontrolle der Atommafia gesichert wäre.

Die Konsequenzen die aus den Vorgängen im Zwischenlager gezogen wurden (TÜV Bescheinigung zur Einlagerung, Nichtannahme von "Blähfässern"), dürften der Atommafia keine ernsten Schwierigkeiten bereiten, da alles unter ihrer Kontrolle verbleibt, d.h. im Dunkeln. Vorsorglich weist BLG-Geschätsführer König auch daraufhin, daß "weitere Phänomene zutage treten" können.

Welche Schlußfolgerungen die Untersuchungen der diversen "Problemfässer" geben werden bleibt noch abzuwarten, doch aufgrund der ersten Ergebnisse (keine Aktivität der Gasprobe des Fasses KKS 366) ist damit zu rechnen, daß "bussiness as usual" weiterlaufen wird. Da keine "unmittelbare Gefährdung" besteht, wird die Atommafia versuchen wieder Ruhe ins Land zu bringen.

DER „FOTOGENSTE" RISS ist jener im Faß HMI 20, fast doppelt so lang ist jener im Faß HMI 21. Der fünf Millimeter breite Spalt gewährt Einblick auf den als Fixiermittel benutzten Zement.

Zahlen aus dem Zwischenlager

Gorleben. Insgesamt 77 Gebinde aus dem Hahn-Meitner-Institut sind im Gorlebener Faßlager zwischengelagert. Es handelt sich um zwanzig 400-Liter-Fässer, weitere sechs 400-Liter-Fässer mit sogenannter „Verlorener Betonabschirmung", die stärker strahlenden „leichtaktiven" Müll vom Reaktorumbau beinhalten, sowie um 51 Fässer der 200-Liter-Größe mit leicht kontaminiertem Abfall. Letztere 51 Fässer wurden von der GNS in Essen konditioniert, im wesentlichen hochdruckverpreßt.

In Gorleben lagern insgesamt 1650 Atommüllgebinde verschiedener Anlieferer. 282 davon werden auf irgendeine Weise mit Mol in Verbindung gebracht (ursprünglich waren 360 Fässer genannt worden), von denen 22 im konkreten Verdacht stehen, belgisches Plutonium zu enthalten. Der Inhalt von 795 Fässern ist hochdruckverpreßt, wodurch diese Gebinde möglicherweise aufblähen können.

E 3 2
v. 13.2.

Gegner im Haus

BI und Robin Wood „besuchten" DWK

Lüchow/Hannover. Die Forderung nach einem Stopp für die Atomanlagen in Gorleben und spannten zwischen sich ein weiteres rund 100 Quadratmeter mußte sich die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung großes Transparent auf mit der Forderung „Stop Atommafia". von Kernbrennstoffen (DWK) am gestrigen Freitag vor der eigenen Haustür in Hannover anhören. Die Polizei hielt sich zunächst abwartend zurück.

Etwa zehn Mitglieder der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und der Umweltschutzorganisation „Robin Wood" drangen in den 16. Stock des Hochhauses am Raschplatz vor, in dem die Nuklearfirma residiert, und entrollten Transparente mit der Aufschrift „Stop Gorleben".

Anschließend seilten sich zwei Robin-Wood-Mitglieder mehrere Stockwerke tief an der Fassade ab

Schneller als geplant beendeten die Atomkraftgegner am Freitagmittag ihre Aktion, als eine Bewohnerin des Hochhauses die vor ihrem Fenster hängenden Gestalten nicht länger verkraften konnte. Bei dem anschließenden Versuch, die Transparente in einem Demonstrationszug durch die Fußgängerzone in Hannover zu tragen, griffen Ordnupgshüter ein. Die Akteure erhielten Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruchs.

-fk-

Grünes Licht für die Castor- Transporte

Nach dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichtes wird die BLG (Brennelementlager GmbH) alles daransetzen, möglichst bald die ersten Castor-Behälter mit hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen nach Gorleben zu bringen.

BLG – der Bock als Gärtner oder der Henker als Arzt

Dieselben Herren, unter deren zugedrückten Augen Plutonium-Fässer illegal verschoben und eingelagert wurden, die Herren, die nun nicht wissen, wie weiter und wohin mit den aufgeblähten und aufgerissenen Fässern voll mittel- und schwachaktiven Müll im Faßlager Gorleben – diese Herren schicken sich nun an die "Entsorgung" von hochaktivem Müll zu übernehmen.

Nix gelernt!

Harrisburg, Tschernobyl, Windscale, Hanau...die Geschichte der friedlichen Atomenergie und ihrer Beherrschbarkeit.
Eine Woche nach dem GAU von Tschernobyl wurde von der DWK der Antrag auf Bau einer Konditionierungsanlage in Gorleben gestellt. Auf ihrem Gelände soll Atommüll aller Art gelagert und für die Endlagerung verpackt werden – ganz a la Mol!
Der Schachtdes geplanten Endlagers kracht. Sein endgültiges Einstürzen konnte nur durch das Einfüllen einer elf Meter dicken Betonschicht verhindert werden. Beim Schacht II gibt es schon seit den ersten Bohrungen Probleme. Trotzdem gilt offiziell immer noch: die Entsorgung ist gesichert.

Entsorgung – das ist nie etwas anderes gewesen als eine Lüge

Trotzdem wollen die Betreiber demnächst die ersten Castor-Behälter mit hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen nach Gorleben schicken.

Aber damit kommen sie nicht durch!

Weil wir bei den Behinderungen der MOX- Transporte nach Lübeck wieder Mut gekriegt und gute Erfahrungen gesammelt haben, rufen wir Euch jetzt auf, mit uns zusammen die Castor- Transporte zu behindern.

Blockiert die Castor - Transporte ins Wendland!

Vorraussichtlich ab März 88 werden die ersten Castor- Behälter über die Bahnstrecken von Uelzen und Lüneburg nach Dannenberg rollen. Eventuell kommen die Transporte auch schon über die Straße.
Immer, wenn es uns gelingt, Atomtransporte zu stören, dann treffen wir einen besonders empfindlichen Nerv im sogenannten Brennstoffkreislauf. Wenn wir es schaffen, Transporte nach Gorleben dauerhaft zu stören, dann schneiden wir die Atomkraftwerke vom sogenannten Entsorgungszentrum ab.

Schließt euch an!

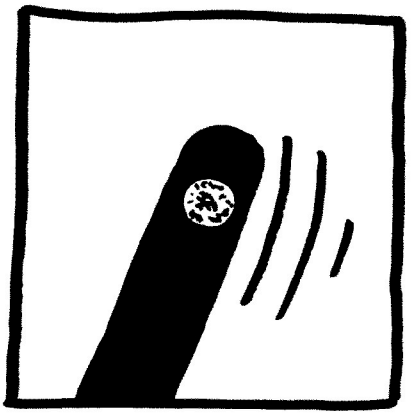
Sobald wir genaueres über die bevorstehenden Transporte erfahren, werden wir alle Gruppen und Initiativen, die auf unserer Alarmliste stehen, informieren. Für den Fall, daß wir rechtzeitig von der Beladung eines Castors erfahren, werden wir mit Hilfe anderer Gruppen für die Überwachung des jeweiligen AKW's sorgen. In diesem Fall rufen wir bundesweit zu einer Blockade der Transportstrecke im Landkreis Lüchow- Dannenberg auf.

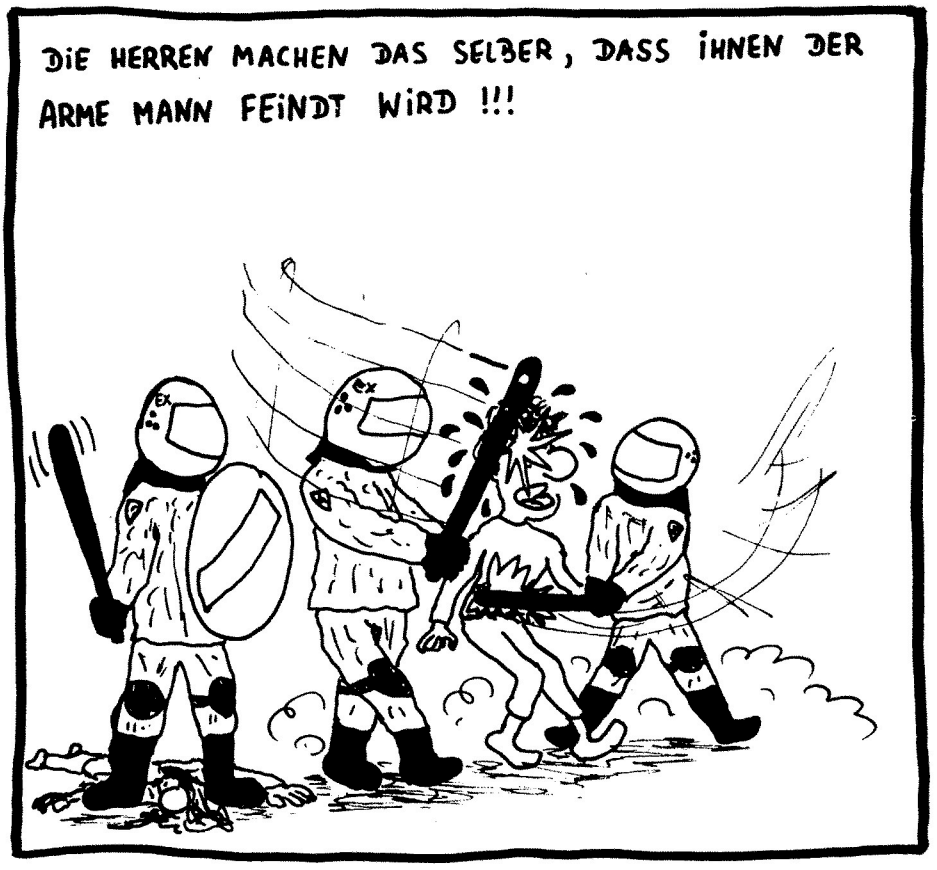
Wer keine Möglichkeit hat, ins Wendland zu kommen, sollte uns durch dezentrale Aktionen unterstützen: Flugblätter verteilen,Plakate kleben und Transparente aufhängen, Atomanlagen und ihre Repräsentationspunkte besetzen, Transporte blokkieren....
Wichtig ist, daß Eure Kontakt- Telefonnummer auf unserer Liste steht (aus jeder Stadt 3 – 4 Nummern).

Am Blockadetag:
- erste Anlaufstelle für alle Gruppen und EinzelkämpferInnen, besonders für die ohne Konzept, ist das Cafe Grenzbereiche in Platenlaase
- entlang der Transportstrecke besetzen Lüchow- Dannenberger/-Innen ein Netz von Informationsstellen, über die ihr vor Ort informiert werdet
- am Abend des Bockadetages oder nach Endeder Aktionen wollen wir den Ablauf gemeinsam diskutieren und neue Verabredungen treffen. Der Treffpunkt wird in der Anlaufstelle in Platenlaase bekannt gegeben.

Kommt massenhaft – dann wächst unsere Chance !

(leicht gekürzt)





Gauweiler im November 87: »Die Linie 'Gewalt nein danke' hat sich in Wackersdorf bewährt und wird intensiviert...«

Wacker's Dorf-Chronik

3. 11. 87
Schußwaffengebrauch angedroht
Bei einem „Nachtspaziergang" am WAA-Zaun wurden vier WAA-Gegner festgenommen, die nach Polizei-Aussagen für das Werfen von Feuerwerkskörpern und das Auslegen von „Krähenfüßen" verantwortlich gewesen sein sollen. Bemerkenswert ist, daß es dabei zu der polizeilichen Drohung kam, Schußwaffen zu gebrauchen. Eine der Betroffenen berichtete, sie sei bei dem Spaziergang plötzlich von sechs bis acht Polizisten überfallen worden, die ihre Pistolen gezogen hatten. Die WAA-GegnerInnen seien geflüchtet, sie selbst bei dem Ruf „Halt, oder ich schieße" aber stehen geblieben. Daraufhin sei sie an den Haaren gezerrt, ihr Arm auf den Rükken gedreht worden. Ein Arzt stellte später Blutungen am Hinterkopf fest. Außerdem legte man ihr enge Handschellen an, die zu starken Schmerzen führten.
In der gleichen Nacht kam es zu kleineren Blockaden auf Straßen sowie Bränden an Telefonhäuschen und einem Baufahrzeug rund ums WAA-Gelände. Ob auch die abgebrochenen zehn Mercedes-Sterne im Oberpfälzer Schwarzenfelde auf das Konto von WAA-Gegnern gehen, wissen wohl nur die Astrologen.

Freispruch statt Knast
Einer der größten WAA-Strafprozesse endete jetzt in der Berufung mit Freispruch statt mit den vom Staatsanwalt geforderten 21 Monaten ohne Bewährung. In erster Instanz waren 17 Monate Knast verhängt worden. Ein 21jähriger war beschuldigt, bei einer Demo am 4.6.86 Polizisten am Bauzaun mit Steinen und Lehmbrocken beworfen zu haben. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Amberg zeigten sich noch einmal massive Widersprüche in den Aussagen der Polizei-Zeugen (die allerdings in erster Instanz den Schwandorfer Amtsrichter nicht sonderlich gestört hatten). Der Werfer, den die Beamten gesehen haben wollen, hatte eine schwarze Sturmhaube, Jeans und Schimansky-Jacke an. Wie sie ihn dann später „zweifelsfrei" identifiziert haben wollen, bleibt ihr Geheimnis.
Das insgesamt spektakuläre Verfahren erlebte seinen unfreiwillig komischen Höhepunkt, als der Angeklagte und mehrere Prozeßbeobachter bei einem richterlich angeordneten Augenschein am Bauzaun von eifrigen Polizisten noch einmal festgenommen wurden...

4.11.87
Neues Modell für Maxhütte
Die bayerische Landesregierung hat ein Modell zur „Rettung" der bankrotten Maxhütte präsentiert, dem größten Arbeitgeber der Oberpfalz. Danach soll eine Auffanggesellschaft gegründet werden, an der Bayern 39% des Kapitals einbringt, eine Gruppe der sechs größten deutschen Stahlkonzerne 61%. Von rund 3500 Arbeitsplätzen sollen dennoch 2000 abgebaut, das Walzwerk Haidhof ganz geschlossen werden. Betriebsrat und Belegschaft haben Widerstand angekündigt.

6.11.87
Spezialeinheiten für Polizei
Gauweiler will rund 500 Polizeibeamte für den speziellen Einsatz gegen „vermummte Chaoten" ausbilden. Die Zeit, „in der die Polizei sich hinter den Schildern zurückgehalten hat", sei jetzt vorbei. Über die Bewaffnung der neuen Einheiten wird noch geschwiegen, sie soll aber kugelsichere Westen tragen. Gauweiler kritisierte außerdem Hamburg als „Zentrum der reisenden Rebellen", wo die Landesregierung sich dem Meldedienst der Landeskriminalämter über „Reisebewegungen" versage.
Auch die bayerische SPD plädierte im Landtag für neue Spezialeinheiten zur „Festnahme von Gewalttätern".
Der Landesvorsitzende der Polizeigewerkschaft erklärte später, die Eingreiftruppe solle „schnell und blitzartig" zugreifen und dafür speziell in Kampfsportarten ausgebildet.

16.11.87
Partnerschaft Schwandorf-Salzburg
Als „Bündnis gegen Umweltbedrohungen" verstehen der Landkreis Schwandorf und die Stadt Salzburg ihre jetzt geschlossene Städtepartnerschaft. Schon im Sommer 86 hatten beide ein Anti-Atom-Bündnis geschlossen; mehrfach waren WAA-GegnerInnen aus Salzburg nach Wackersdorf gekommen, z.T. aufgehalten durch Grenzkontrollen.

19.11.87
Justizposse in Schwandorf
Posse im Prozeß gegen einen 23jährigen Berliner, der im Dezember 86 drei Polizisten als „grüne Deppen" bezeichnet und gegen einen Polizeibus gespuckt haben soll. Für diese „Beleidigung" ereilte ihn ein Strafbefehl, gegen den er Widerspruch einlegte. Begründung: Sowas sage kein echter Berliner, sondern höchstens ein bodenständiger Bayer. Und spucken täte er dauernd, und was das denn Strafbares sei. Peinlich wurde es bei der Vernehmung des „beleidigten" Polizisten. Der datierte den Vorgang auf September 86. Der Prozeß platzte, der Berliner durfte auf Staatskosten heimfahren.
Wer denkt, damit sei die Sache ausgestanden, der irrt: Der Strafbefehl soll jetzt, mit neuem Datum, erneut ausgestellt werden.

20.11.87
Proteste bis zum Baustopp
Alle zwei Wochen wollen WAA-GegnerInnen beim Oberpfälzer Regierungspräsidenten Krampol demonstreiren, bis er endlich einen Baustopp erläßt. Krampol hatte früher sowas angekündigt, wenn durch den WAA-Bau Grundwassergefährdung nicht auszuschließen sei.

Schwarzbau WAA Wackersdorf

Mit dem Spruch des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 29.1.1988, den Bebauungsplan für die WAA für nichtig zu erklären, hat sich erneut erwiesen, mit welcher Paragraphen-Biegerei der WAA-Bau rechtlich durchgezogen wird.

Gesetzliche Eingriffe:

— Um den Schwandorfer Landrat (und WAA-Gegner) Schuirer auszuschalten, der Bedenken gegen die Auslegung des WAA-Bebauungsplanes erhoben hatte, schuf der Bayerische Landtag das Gesetz über das "Selbsteintrittsrecht des Staates" und zog wesentliche Kompetenzen auf die Landesregierung.

— Um Rechtsverfahren gegen Atomanlagen zu beschränken, wurde vom Bundestag die erstinstanzielle Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte aufgehoben.

— Um Probleme mit Bebauungsplänen zu beheben, wurde § 35 Bundesbaugesetz verabschiedet, der u.a. atom-technische Anlagen zu "privilegierten Außenbereichsvorhaben" erklärt, die keines Bebauungsplans bedürften. Nach diesem seit 1.7.87 geltenden "Lex Wackersdorf" genügen zum Bau auch einzelne Baugenehmigungen.

Dies alles schützte die DWK und die bayerische Landesregierung nicht davor, sich in diversen Prozessen gründlich zu blamieren.

Aufhebung der 1. Teilgenehmigung

Am 2.4.1987 hob der Bayewrische Verwaltungsgerichtsdhof die 1. Teilerrichtungsgenehmigung (für Bauzaun und Brennelemente-Eingangslager) auf. Begründung: Dafür sei ein Bebauungsplan ausreichend. Ein atomrechtliches Verfahren dafür sei unzulässig. Damit war auch das in der 1. Teilerrichtungsgenehmigung enthaltene "positive Gesamturteil über die WAA" hinfällig. Grund für die DWK, in die Revision zu gehen. (Auch die BI Schwandorf tat das.)

Am 29.9.87 ließ der Bundesverwaltungsgerichtshof Revision zur Frage zu, ob das Eingangslager Teil der WAA ist und daher einer Genehmigung gemäß § 7 Abs. 1 Atomgesetz bedarf. Das Urteil wird im Herbst 88 erwartet. Der Gerichtshof vertritt jedoch die Auffassung, daß das positive Gesamturteil in Gänze aufgehoben ist und keine atomrechtliche Anlagengenehmigung für die WAA mehr existiert. Dies hat erhebliche Konsequenzen. Die bayer. Landesregierung kann und muß ein völlig neues Genehmigungsverfahren durchführen; es muß ein neuer Sicherheitsbericht erstellt und ausgelegt werden.

Baustopp?

Ein Eilantrag beim Verwaltungsgerichtshof in München, mit dem das Ministerium aufgrund der Aufhebung der Teilerrichtungsgenehmigung verpflichtet werden sollte, gegen die laufenden Bauarbeiten einzuschreiten, wurde am 13.5.87 abgewiesen.
Gegen diese Entscheidung wurde Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erhoben. Der Antrag, den Bau der WAA so lange zu stoppen, bis über die Verfassungsbeschwerde gegen die Baugenehmigung entschieden ist, wurde am 13.11.87 abgelehnt. (Mit dieser laufenden Verfassungsschutzbeschwerde wollen drei Kläger ihre "Grundrechte auf Eigentum, Gesundheit und Rechtsschutz einfordern. Eine Entscheidung steht aus.)

In Sachen Baustopp verwies das Verfassungsgericht die Kläger zur Genehmigungsbehörde, dem Staatsministerium für landesentwicklung und Umweltfragen. Hier wurde am 20.11.87 ein Antrag auf Einstellung der Bauarbeiten gestellt. Doch natürlich wird dieser Baustopp verweigert — die bayerische Landesregierung verwies auf den gültigen Bebauungsplan. Ihr Pech.

Bebauungsplan ist nichtig

Am 29.1.1988 erklärt der Bayerische Verwaltungsgerichtshof den Bebauungsplan "Westlicher Taxöldener Forst", der dem WAA-Bau zugrunde liegt, für nichtig. Hauptargument war dabei der Grundwasserschutz. Es dürfe von der WAA keine Gefährdung des überregional bedeutsamen "Grundwasserreservoirs Bodenwöhrdersenke" ausgehen. Die Prüfung dieser Fragen radioaktiver Emissionen müsse auch im Bebauungsplan erfolgen und dürfe nicht dem atomrechtlichen Verfahren überlassen bleiben.

Dennoch liegt nach Ansicht der Landesregierung kein Grund zum Baustopp vor. Sie verweist auf die gültigen einzelnen Baugenehmigungen auf Grundlage von "Lex Wackersdorf". Ein Argument, das nach hinten losgehen könnte. Die Oberpfälzer WAA-Gegner sind bereit, gegen die Vielzahl von einzelnen Baugenehmigungen mit ebenso vielen Klagen vorzugehen. Ihr Rechtsanwalt Wolfgang Baumann hat derzeit 30 Klagen am Laufen.

2. Teilerrichtungsgenehmigung

Am 11.2.88 hat das Bayerische Umweltministerium ein neues atomrechtliches Verfahren eingeleitet. Grundlage sind wesentliche Planungsänderungen der DWK am Hauptgebäude, am Gebäude für die Behandlung leicht radioaktiver Abfälle und anderer Anlagenteile. Die Unterlagen liegen vom 22.2. bis 22.4.88 im Landratsamt Schwandorf, im Rathaus Wackersdorf und im Umweltministerium aus. Im Zuge dieser 2. Teilerrichtungsgenehmigung geht es auch um das sog. "positive Gesamturteil", das mit der 1. Teilerrichtungsgenehmigung vom Verwaltungsgerichtshof aufgehoben wurde. Mit Einwänden wird gerechnet, klar. Aber Eile ist angesagt, das zeigt der...

Stand der Bauarbeiten an der WAA

— Das Brennelementeeingangslager ist im Rohbau fertig
— Die Zentralwerkstatt und die Anlagenwache sind im Bau
— Die Zuleitungsrohre für Gas sind verlegt
— Am Straßennetz wird eifrig gebaut.

27.11.87
Hausdurchsuchungen
Unter dem Vorwand, einen Steinewerfer (von einer Demo Pfingsten 86!) zu suchen, durchwühlte die Kripo zwei Wohnungen in Wackersdorf und Regensburg nach Klamotten, die denen auf einem Demofoto ähneln sollten. Mitgenommen wurden u.a. Urlaubsfotos.

28.11.87
Neue Polizeikaserne
Stolz den Spaten geschuldert, schritt Bayerns Innenminister Lang heran und tat den ersten Spatenstich für eine Bereitschaftspolizei-Kaserne bei Sulzbach-Rosenberg. Vier Hundertschaften, insgesamt 800 Beamte, sollen dort Quartier nehmen; für die „Bürger der Oberpfalz entsteht hier ein neuer Lebensmittelpunkt", so Lang. Auch die Bauwirtschaft dürfe sich freuen.

3.12.87
Geldstrafe für Radi-Aktiv
Doch eine Geldstrafe für die bayerische Anti-Atom-Zeitung radi-aktiv. Wegen eines Leserbriefes, der zum massenhaften Stromabschalten durch Herausdrehen der Sicherungen aufrief, muß sie 800 Mark Strafe zahlen (Aufforderung zu Straftaten, §111). In erster Instanz war hierzu ein Freispruch erfolgt. Endgültig eingestellt wurde das Verfahren wegen Abdrucks einer Liste der am WAA-Bau beteiligten Firmen.

8.12.87
Richtfest am Eingangslager
Ohne Jubel, leider auch ohne Trubel wurde das erste Richtfest am WAA-Bau „gefeiert". Der Rohbau des für 1500 Tonnen abgebrannter Brennstäbe ausgelegten Eingangslagers ist fertig. Es ist 195 Meter lang und 38 Meter breit. Wünschen wir ihm, daß es einkracht, bevor die ersten Brennelemente drin liegen.

Polizist soll 500 Mark zahlen
Erstmals ist die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen um die WAA gegen einen Polizeibeamten vorgegangen. Dezent natürlich. Das Verfahren wird eingestellt, allerdings gegen eine Geldauflage von 500 DM. Der Mann hatte im Januar 86 als Hundeführer bei der Hüttendorfräumung seinen Köter von der Leine gelassen. Der Schäferhund fiel mehrere Leute an, u.a. Landrat Schuirer.

15.12.87
Umweltpreis für BI Schwandorf
Freiwillig hat eine Umweltgruppe aus der Partnerstadt Salzburg einen ihr zugesprochenen Umweltpreis geteilt: Eine Hälfte übergab sie in Form von 7500 Schilling an die BI Schwandorf.
Prämiert wurde auch der Videofilm „Spaltprozesse" über die Auseinandersetzungen in Wackersdorf: mit dem von Rita Süßmuth verliehen Jugend-Video-Preis 87! Da muß irgendwer irgendwas nicht kapiert haben.

17.12.87
Zwei Freisprüche für WAA-GegnerInnen
Glück hatte ein WAA-Gegner aus Berlin und eine aus Schwaben. Beiden waren Steinewürfe gegen Polizisten bzw. einen Wachmann am WAA-Zaun vorgeworfen worden. Die Steine hatten nicht getroffen. Das Gericht glaubte jeweils den Angeklagten, sie hätten im Affekt geworfen, ohne auf Menschen zu zielen. Gegen jeweils 300 Mark wurden die Verfahren eingestellt.

Fasching an der WAA *Foto: Stephan Friess/Netzhaut*

19.12.87
„Polizei setzt Zeugen unter Druck"
Bei einer Versammlung der BI-Ortsgruppe Nittenau wurde bekannt, daß die Polizei Augenzeugen der Knüppeleinsätze vom 10. Oktober 87 unter Druck setzt. Kritische Leserbriefschreiber werden vorgeladen und aufgefordert, etwa mit dem Ausdruck „Knüppeln" vorsichtiger zu sein.

Weihnachten am Bauzaun
Die traditionellen Weihnachtsspaziergänge u.a. zu einer ökumenischen Andacht am Franziskusmarterl verliefen mit 2000 TeilnehmerInnen ohne Zwischenfälle.

Sylvester am Bauzaun
300 WAA-GegnerInnen feierten mit Böllern Sylvester am Bauzaun. Drei Festnahmen.
Für Statistiker: 3.982 Festnahmen gab es bei WAA-Polizeieinsätzen 1987 in der Oberpfalz, mehr als 3.000 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet.

7.1.88:
Grundstücke für die DWK
Nach Zeitungsberichten hat ein Landwirt ein 24 Hektar großes Grundstück an die DWK verkauft, für rund 1,6 Mio. DM. Der Landwirt war früher als Kläger gegen die WAA aufgetreten. Er ist der dritte von vier Klägern aus der Umgebung, die an die DWK zu überhöhten Preisen relativ wertloses Gelände verkauft haben. Übrig bleibt der Wackersdorfer Landwirt Michael Meier, der als Anlieger u.a. gegen den Bebauungsplan klagte. Auf seinem Grundstück, das er mit Sicherheit nicht verkaufen will, liegt das Franziskus-Marterl, der Treffpunkt vieler gewaltfreier Anti-WAA-Aktionen.

18.1.88
Proteste gegen CSU wg. Nukem
Der NUKEM-Skandal hat die politische Auseinandersetzung auch um die WAA und insbesondere ihre militärischen Dimensionen verschärft. Anti-AKW-Inis in der Oberpfalz fordern jetzt erst recht die Stillegung der Bauarbeiten, die Landesregierung meint, gerade für eine ordnungsgemäße Atomwirtschaft sei die WAA notwendig.
300 WAA-GegnerInnen protestierten „lautstark" beim Neujahrsempfang der CSU Schwandorf, auf dem Gerold Tandler eine Bresche für die Atomwirtschaft schlägt: „Die Russen denken da nicht anders."
Zuvor hatten 1000 Menschen am Baugelände protestiert.

21.1.88
Urteil gegen Demo-Sani gemildert
20 Monate Knast ohne Bewährung war das erstinstanzliche Urteil gegen einen Medizinstudenten, der Pfingsten '86 Polizisten mit Steinen beworfen haben soll. In seinem Gepäck waren Schleudern und Stahlkugeln gefunden worden. Trotz Widersprüche glaubte auch das Berufsgericht den Polizeizeugen, milderte jedoch das Urteil ab: 12 Monate mit Bewährung.

Zaunsäger bestraft
Zaunsägen am WAA-Gelände kostet derzeit zwischen 160 und 350 DM Geldstrafe. Entsprechend lauteten Urteile beim Amtsgericht Schwandorf. Bei den 350 Mark war allerdings noch eine Beleidigung der Polizei inklusive („grüne Deppen").

28.1.88
1 Jahr für Anschlag auf Bundesbahn
Je ein Jahr Jugendstrafe (zur Bewährung) verhängte ein Regensburger Gericht gegen zwei junge WAA-Gegner, die im Oktober '86 mit Wurfankern für einen Stromausfall auf der Bundesbahn-Linie Nürnberg/Regensburg gesorgt hatten. Die beiden interpretierten ihre Tat weniger als politisch motiviert denn als „Dumme-Jungs-Streich". Das Gericht sah's auch so. Aber auch Dummheit wird halt bestraft.

AKW Lingen: Zwischen

Seit Februar 1987 befinden sich 3.000 Tonnen radioaktiv verseuchter Molke in Meppen. Weitere 4.000 Tonnen lagern in anderen Teilen der Bundesrepublik.

Das Emsland, seit den 70-er Jahren in Zeitungsanzeigen als Landstrich mit „Kapazität an Raum", frischer, sauberer, gesunder Luft und „arbeitsfriedlichen" Menschen gepriesen, um Industrie jeder Art anzulocken, scheint besonders geeignet zur Aufnahme radioaktiven Abfalls. Daß nun auch die Dekontamination des verseuchten Molkepulvers im Emsland stattfinden soll, ist für Remmers und Töpfer ein logischer Schluß:

„Nach Lage und Infrastruktur sieht der Bundesumweltminister das stillgelegte Kernkraftwerk Lingen als einen besonders geeigneten Standort für die Dekontaminierung des Molkepulvers an." (Informationen zum Reinigungskonzept für das Molkepulver. Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Seite 10).

Die von Töpfer so gelobte Infrastruktur wurde in Lingen bereits seit 25 Jahren aufgebaut. Nicht durch Molkeablagerung und -dekontamination wird Lingen zum Atom- und Strahlungszentrum, sondern weil Lingen dies ist, soll die Molke hier behandelt werden. Zum einen die technolohische Infrastruktur, zum andern die Duldsamkeit und Friedfertigkeit gegenüber der Obrigkeit legt es für Atommafia, Bundes- und Landesregierung nahe, Lingen vom Atomzentrum zum „Ent"-sorgungszetrum zu erweitern.

Der häufig benutzte Begriff der „Entseuchung" des Molkepulvers ist irreführend. Kein einziges Bequerel verschwindet, wird die radioaktiv verseuchte Molke mittels Roiner-Verfahren behandelt. Es kommt zu einer Umverteilung der Radioaktivität, wobei ein größerer Teil gering radioaktiv belasteten Molkepulvers und ein kleinerer Teil stark radioaktiv belasteten Molkepulvers entstehen soll. Das geringer belastete Molkepulver soll, als Wirtschaftsgut deklariert, in die Nahrungsmittelkette einbezogen werden. Es wäre verwendbar als Exportgut, als Viehfutter oder direkt zur Herstellung von Nahrungsmitteln, ginge es nach Töpfers und Remmers Vorstellungen. In jedem Falle aber wird es, bei einer Halbwertzeit von 30 Jahren für radioaktives Cäsium und 28 Jahre für radioaktives Strontium, was ebenfalls in der Molke nachgewiesen ist, über die Nahrungsmittelkette wieder dem Menschen zugeführt. Es geht nicht um die von ökonomischen Interessen geschwängerte politische Entscheidung „wieviel Radioaktivität verträgt der Mensch?", sondern darum, daß wir in unserer Zukunft von Radioaktivität freie Nahrungsmittel und Umweltbedingungen wollen, denn es gibt nachweislich keine Grenze, unterhalb der Radioaktivität die für den Menschen ungefährlich ist. Es ist daher ein Verfahren anzustreben, daß die Behandlung der Molke als Nahrungsmittel und Wirtschaftsgut endgültig verhindert.

Der derzeitig vorliegende, pulverisierte Zustand der radioaktiv verseuchten Molke ist aus Sicherheitsgründen nicht tragbar. Die pulverisierte Molke ist wasserlöslich zum einen und verstreubar zum anderen. Das macht die Lagerung problematisch durch die stetige Gefahr, daß das radioaktive Produkt in die Umwelt gelangt. Es ist daher ein Verfahren anzustreben, daß den pulverförmigen Zustand der Molke in einen festen Zustand überführt.

Die Molke ist ein organischer Stoff mit der Eigenschaft, sich zu zersetzen, sein Volumen zu ändern und Faulgase zu entwickeln. Diese Eigenschaft macht die Molke entlagerungsunfähig. Hinzu kommt, daß es kein funktionierendes Endlager für radioaktiven Müll gibt, weder in der BRD noch anderswo.

Endlager bedeutet immer, daß große Mengen radioaktiv verseuchter Stoffe in die Erde versenkt werden sollen im vollen Bewußtsein dessen, daß es dem Menschen nicht möglich ist, sich Zugang zu dem verseuchten Müll zu verschaffen. Angesichts der langen Halbwertzeiten von radioaktivem Müll ist dies eine selbstgelegte Zeitbombe. In der Umgebung von Schacht Konrad, wo derartige Lagerungen von radioaktivem Müll von der Bundesregierung vollzogen werden, arbeiten und kämpfen viele Menschen dafür, daß damit Schluß gemacht wird. Wir erklären uns mit ihnen solidarisch. Es ist daher eine Vorgehensweise anzustreben, die keine sogenannte „Endlagerung" beinhaltet.

Stellt die radioaktiv verseuchte Molke schon für eine der führenden Industrienationen wie die BRD ein nichtlösbares Problem dar, wird sie Staaten mit einem geringeren technologischen Standard gänzlich überfordern. Unsere Probleme und die damit verbundenen Gefahren auf Menschen anderer Teile der Welt zu verlagern ist nicht human. Es ist daher eine Möglichkeit anzustreben, die die Kontrolle über die verseuchte Molke in bundesdeutschen Händen läßt und eine mögliche Gefährdung von Menschen in anderen Teilen der Welt ausschließt.

Eine Lagerungsmöglichkeit, die diesem Problem gerecht wird, ist die Zwischenlagerung. Die radioaktiv verseuchte Molke wird mit Beton versetzt und im festen Zustand gelagert. Diese Vorgehensweise ist technisch machbar und bietet folgende Vorteile:

1. Die Molke wird aus dem pulverförmigen in den festen Zustand überführt.
2. Die Molke ist endgültig nicht mehr als Wirtschaftsgut zu behandeln und gelangt nicht in die Nahrungskette.
3. Es ist kein Export in Drittländer oder sonstiger Mißbrauch als Nahrungsmittel mehr möglich.
4. Es verbleibt kein Rest stark radioaktiv verseuchter Molke,

5. die von einem sogenannten „Endlager" ausgehenden Gefahren sind gebannt.
6. Die Zwischenlagerung macht eine ständige, auch visuelle Kontrolle des verstrahlten Mülls möglich.
7. Bei eventuell auftretenden Problemen ist grundsätzlich der Zu- und Eingriff möglich.

Das noch nicht in Betrieb genommene Atomkraftwerk Lingen II bietet sich aus folgenden Gründen als Lagerstätte an:

Das Containment des AKW hat ein Volumen von ca. 90.000 qm. Würden die gesamten 7.000 Tonnen radioaktiv verstrahlter Molke im Verhältnis 1:10 mit Beton vermischt und dort gelagert, blieben noch 20.000 qm freier Raum zur direkten Kontrolle des Mülls. Die Zugriffsmöglichkeit bliebe gewahrt. Das Containment bietet so eine sichere Zwischenlagermöglichkeit.

Diese Vorgehensweise ist auch energiepolitisch vertretbar. Das AKW Lingen II ist angesichts vorhandener Stromüberkapazi-

Molke und Zwischenlager

„Unbekanntes" Zwischenlager für Uranhexafluorid in Lingen? Seit einiger Zeit wird auf dem Gelände des Lingener Brennstabwerks der Advanced Nuclear Fuels GmbH (ANF; früher: Exxon-Nuclear) ein Zwischenlager für Uranhexafluorid (UF_6) betrieben. UF_6 ist ein Vorprodukt bei der Herstellung von Brennelementen für Atomreaktoren. Die Firma führt diese Zwischenlagerung unabhängig vom eigentlichen Betriebszweck für andere durch. Das Lager befindet sich auf einem nicht eigens bewachten, durch einen zusätzlichen Metallzaun abgetrennten Freigelände im Anschluß an die Produktionsanlagen.

Der Bundesminister für Umwelt hat eine „Auflistung aller bestehenden und geplanten Anlagen des Brennstoffkreislaufes (Stand: Juli 1987)" herausgegeben. In dieser Auflistung ist das Lingener Uranhexafluorid-Zwischenlager nicht enthalten.

Die Grünen fragen sich nun, ob dieses Lager möglicherweise der Aufmerksamkeit des Bundesumweltministers entgangen sein könnte, also in Bonn nicht bekannt ist. Ein derartiges Zwischenlager ist schließlich ebenfalls Bestandteil des Brennstoffkreislaufes und man kann hier kein schlüssiges Argument dafür finden, diesen Nebenerwerbsbetrieb der ANF nicht in die Auflistung aufzunehmen.

Die Grünen möchten deswegen vom Minister erfahren, wer die Anlage genehmigt hat, wie der Betrieb kontrolliert wird, wer dieses Lager nutzt und von wem die fälligen Transporte durchgeführt werden. Dazu haben sie ihm einen entsprechenden Fragenkatalog zugesandt.

Das bislang auch in der Region kaum aufgefallene Lager hatte in den letzten Monaten einen gewissen Aufmerksamkeitswert für sich verbuchen können, da es aus der Republik Südafrika stammendem, zu UF_6 weiterverarbeitetem Uran als Zwischenstation diente bzw. noch dient und so - „völlig legal" versteht sich - auch in Lingen mitgeholfen wird, die us-amerikanischen Handelsbeschränkungen gegen das menschenverachtende Apartheid-Regime zu umgehen.

Die Grünen Emsland, Kreistagsfraktion, Werner Bußmann

täten bei gleichzeitigem stagnierenden Stromverbrauchsraten überflüssig. Selbst die Bezirksregierung Weser-Ems begründete die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb des Kühlturms vom 26. August 1987 nicht mit vorhandenen Lücken in der Stromversorgung. AKW Lingen II wird im Laufe seines Betriebes das millionenfache an radioaktivem Cäsium produzieren, was die Molke verseuchte. Dies ist ein weiterer Grund, das Atomkraftwerk nicht in Betrieb zu nehmen, sondern die Radioaktivität dorthin zu verbannen, wo sie auch produziert wird: in ein AKW:

Für Lingen selbst besteht die akute Gefahr, daß die einmal errichteten Anlagen zur Trennung der Molke nicht abgebaut werden, sondern Lingen neben Atomzentrum zu einem „Ent"-seuchungszentrum ausgebaut wird. Es ist zu befürchten, daß Lingen als Schaufenster für diese Technologie mißbraucht werden wird. Hat diese Anlage sich in Lingen einmal unter Beweis gestellt, werden hohe Profite durch den Export erhofft. Nebenbei wird die Beherrschbarkeit von Atomunfällen, zumindest war die nachfolgende „Ent"seuchung betrifft, suggeriert.

Wir fordern daher:

- Keine Trennung der Molke nach dem Roiner-Verfahren

- Keine Endlagerung der Molke

- Eine beherrschbare, Gefahren für Mensch und Umwelt ausschließende Zwischenlagerung!

Gemeinsame Presseerklärung von:

Die Grünen Lingen
Astrid Mussil-Jungk

Die Grünen Grafschaft Bentheim
Peter Helming

Grafschafter Bürgerinitiative Umweltschutz
Werner Straukamp

Bürgerinitiative gegen das AKW Lingen II
Wiebke Bähker

BEgA Bürgerinitiative Emsland gegen Atomanlagen
Herbert Masslau

Schacht Konrad: Von der

Nicht nur in der Oberpfalz stehen atomindustrielle Monostruktur und Massenarbeitslosigkeit mit all ihren Folgen an, sondern auch in Salzgitter.

In Bayern wird dies auf Grund politischer Entscheidungen geschehen, in Salzgitter durch die vielbeschworenen Selbstheilungskräfte der freien Marktwirtschaft.

Wir wollen in diesem Artikel beschreiben, wie neben den allgemeinen atompolitischen Interessen betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte eines Stahlkonzerns dazu beitragen, eine stillgelegte Erzgrube zum größten atomaren Endlager Westeuropas zu machen. Es soll gezeigt werden, daß diese Profitinteressen es nicht beim einem Endlager belassen wollen. Vielmehr soll ein ganzer Rattenschwanz neuer Atomtechnologie zentral in Salzgitter und dezentral im ganzen Bundesgebiet aufgebaut werden.

Außerdem wollen wir darauf eingehen, wie Parteien und Kommunen an dem geplanten Ausverkauf der Region noch Kapital schlagen wollen und sich dabei der „neuen" Anti-Konrad-Bewegung als Hilfsmittel bedienen wollen.

Die Stahlkrise

Seit 1975 befindet sich (nicht nur) die bundesdeutsche Stahlindustrie in einer Absatzflaute, die sehr schnell als Strukturkrise erkannt wurde.

Hintergrund dafür sind die Stagnation der Wachstumraten in den Industriemetropolen, der zunehmende Kapitalexport für Massenstahlproduktion in „Schwellenländer" und Länder der „dritten Welt". Ebenso spielt die Entwicklung der Materialtechnologie (Ersetzung des Stahls durch andere Werkstoffe) eine Rolle.

Das Konzept der Krisenbewältigung durch die BRD-Stahlbranche war typisch:

Einerseits massiver Belegschaftsabbau druch Rationalisierung und Modernisierung der Anlagen, auf der anderen Seite Kapazitätsausbau der Stahlproduktion.

So produzierten 1985 ca. ein Drittel weniger Arbeitskräfte fast die gleiche Menge Rohstahl wie 1975. Eine Stahlschwemme mit ruinösem Preiskampf wurde dabei bewußt in Kauf genommen, ging es doch darum, die europäischen Mitkonkurrenten mit veralterten Anlagen in den Bankrott zu treiben.

Der Verlust wurde dabei mehr als erforderlich durch die Produktion hochwertiger Spezialstähle ausgeglichen, bei der die BRD auf Grund ihres hohen technologischen Stands eine Spitzenstellung einnahm.

Gleichzeitig begannen die Stahlunternehmer neben ihren klassischen Produktions- und Dienstleistungsangeboten (Stahlerzeugung, Maschinen- und Anlagenbau) damit, die Lukrativität neuer Wirtschaftszweige zu untersuchen.

Mit der jüngsten Entlassungswelle von mindestens 35.000 Menschen und den Schlachtfesten ganzer Stahlreviere scheint nun einen neue Strategie der Krisenbewältigung eingeleitet zu sein.

Der von der BRD forcierte „Verdrängungswettbewerb" auf europäischer Ebene ist wahrscheinlich nicht erfolgversprechend. Von der bewußten Schaffung und Haltung von Überkapazitäten und der damit verbundenen Stahlpreisauswirkung geht man nun zu einer zielstrebigen Reduzierung der Massenstahlproduktion über, wobei die Produktion hochwertiger Stähle unberührt bleiben soll. Gleichzeitig wird massiv eine Diversifizierung in die vorher ausgelotete „Zukunftstechnologie" betrieben.

Die Salzgitter AG...

Für die Salzgitter AG lief die Entwicklung wie allgemein beschrieben. Die Anlagen wurden modernisiert und damit die Produktionskapazitäten ausgebaut. Gleichzeitig wurde beständig Personal über Sozialplan, Einstellungsstop und offene Entlassungen abgebaut. Parallel fand eine Spezialisierung auf die Produktuion bestimmter Stahlsorten statt. Welche Auswirkungen die jüngsten Struktur„bereinigungsmaßnahmen" auf Salzgitter haben werden, ist bisher noch nicht abzuschätzen. Direkt auf dem Spiel stehen erst einmal 550 Arbeitsplätze.

Neben anderen Diversifizierungsbereichen begann der Konzern allerdings schon sehr frühzeitig mit der Erschließung des Atomgeschäfts.

Zu Beginn war es die noch traditionelle Schiene des Maschinen- und Anlagenbaus. Die SMAG und NOELL (AKW Stade) belieferten die Atomindustrie mit klassischen Bestandteilen ihres Dienstleistungsangebots wie Druckbehälter, Krananlagen etc. Sehr bald entwickelte sich daraus ein auf Atomanlagen spezialisiertes und in diesem Bereich sehr breit gefächertes Dienstleistungsangebot.

Zum zentralen Ansprechpartner für Lieferungen der Aufträge und Koordinator für Abwicklung derselben innerhalb des Konzerns wurde die NOELL gemacht.

Schon 1978 bot die NOELL nach dem Kernenergieadressbuch faktisch alle technischen Einrichtungen (ausgenommen der elektronischen) für die verschiedenen Atomanlagen an, einschließlich einiger Konditionierungs- und Endlagertechniken.

und der Einstieg ins Endlagergeschäft

Der bisher beschriebene Einstieg in das Atomgeschäft reichte dem Konzern jedoch noch nicht aus.

Denn die direkte Verknüpfung mit den Zyklen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung war immer noch zu stark. Besonders, was die Abhängigkeit von der Stahlproduktion betraf, war man kein Stück weiter gekommen.

So begann die NOELL Mitte der 70er Jahre in einen Wirtschaftszweig der Atomindustrie einzusteigen, der auf Grund energiewirtschaftlicher und politischer Überlegungen garantiert krisenfrei ist. Dieser Bereich war die bis dahin von der Atomwirtschaft sehr vernachlässigte „Entsorgungs"problematik. Fast zeitgleich gab der Salzgitter-Konzern 1975 die stillgelegte Erzgrube Konrad für die Eignungsuntersuchungen als Atommüllendlager frei.

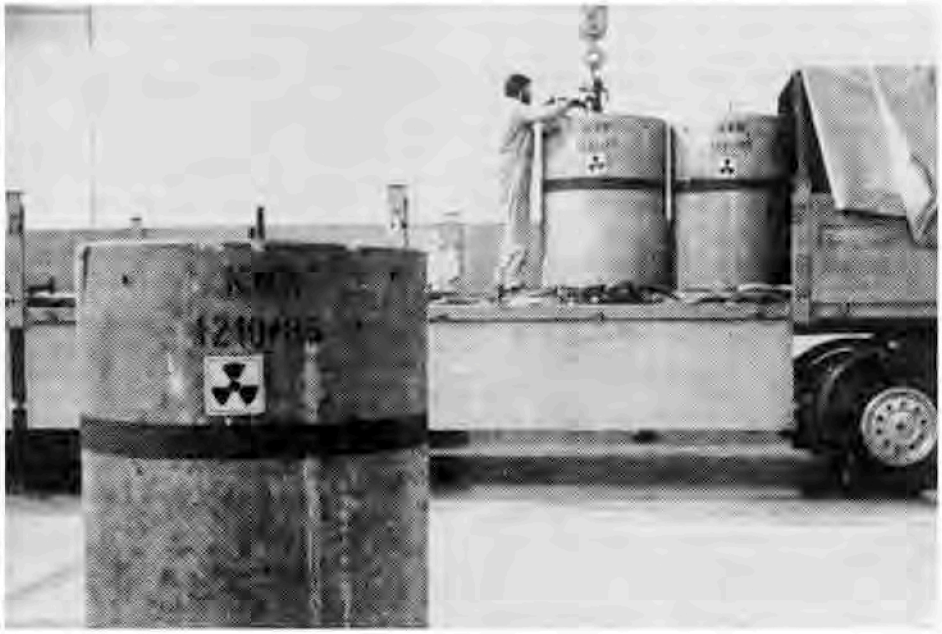
Mit Aufkommen der Anti-AKW-Bewegung die gerade die „Entsorgungs"frage zum Nadelöhr des bundesdeutschen Atomprogramms gemacht hatte, erhielt der von der Salzgitter AG gewählte Diversifizierungsbereich politische Brisanz und versprach dadurch zu einem äußerst lukrativen Wirtschaftszweig zu werden.

So ist es dann auch verständlich, wenn die NOELL häufig zusammen mit Forschungseinrichtungen des Bundes (Karlsruhe, Jülich) und der PTB zu fast allen Konditionierungsverfahren Forschungsprojekte laufen hat, die soweit gediehen sind, daß sie nur noch auf ihren wirtschaftlichen Einsatz waren, bzw. u.a. bei dem Abriß des AKW Niederaichbach (selbstverständlich von der NOELL durchgeführt) schon in Betrieb sind.

Als Beispiele seien genannt:

Zerlegemaschinen für Brennelemente; Pressen für radioaktiven Abfall; Hoch- und

Stahl- zur Atomindustrie



Niedrigtemperaturverbrennungsanlagen (Pyrolyse) für hochgiftigen Müll, die aber durch technische Umrüstung auch Atommüll verbrennen können; Industrieschmelzöfen für radioaktiven Edelstahl, mechanische und chemische Oberflächenbehandlung von radioaktivem Stahlschrott (Geesthacht).

Parallel zu dieser Entwicklung wurden die „Forschungsarbeiten" zu Konrad weiter vorangetrieben, wobei es zu einer Interessengleichheit zwischen Bund und Wirtschaft kam.

Bund und Atomindustrie im Allgemeinen hatten den Wunsch, möglichst bald ein Endlager für das Groß des Atommülls für möglichst lange Zeit zu haben. Der Salzgitter-Konzern kann dieses Lager anbieten, wenn die Nervere i mit der Atommüllklassifizierung bei der Endlagerung wegfällt und die Konditionierung als notwendig (d.h. bezahlte Dienstleistung) angesehen wird. Zumindest das erste wurde offiziell zugesichert. In den Schacht sollen demnach bisher 95 % des in der BRD anfallenden Atommülls unabhängig der radioaktiven Intensität, nur stark wärmeentwickelnd soll er (noch) nicht sein. Und die PTB hat Berechnungen angestellt, daß der Atommüllberg bei Konditionierung (d.h. hier Vorbehandlung aller Art zwecks Volumenreduzierung) um ein Drittel verringert werden kann. Auf Grund der politischen Interessenlage an einer langfristigen Entsorgung ist die Zustimmung für eine profitorientierte Entsorgung kein Problem.

Zwecks Absicherung der Vormachtstellung im Endlagergeschäft beteiligt sich der Konzern ebenfalls am Bau (und Betrieb?) des Endlagers in Gorleben (Viertelbeteiligung der NOELL an der DBE). Auf Grund dieser, zumindest im Hinblick auf die übrigen Stahlkonzerne, marktbeherrschende Stellung, wird sich die Salzgitter AG die für den Betrieb des „Entsorgungs"geschäfts notwendigen Großaufträge in die eigene Tasche stecken. Genannt seien hier nur die Millionen Rollreifenfässer als kleinste Lagereinheit und die Lager- und Transportcontainer. Bei letztgenannten scheint derzeit Thyssen marktbeherrschend zu sein.

Auf Grund der profitorientierten „Entsorgung" werden betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte gegenüber dem derzeitigen Endlagernotstand an Gewicht gewinnen. Allein das Endlager Konrad ist so groß geplant, daß es mindestens 40 Jahre Atommüll aufnehmen kann. Der gesamte bundesdeutsche Atommüllberg soll aber nach 6 Betriebsjahren im Schacht verschwunden sein und dort ein Viertel des gesamten Volumens ausfüllen. Wenn die technischen Anlagen weiter gewinnbringend arbeiten sollen, werden die Betreiber der Anlage darauf erpicht sein, Atommüll aus dem Ausland aufzukaufen.

Bleibt noch die Frage des Standorts solcher Anlagen.

Technische Erfordernisse und der betriebswirtschaftliche Druck, die Konditionierung möglichst effektiv durchzuführen, machen eine Kombination mobiler und stationärer Anlagen sinnvoll. Die mobilen Einrichtungen werden da eingesetzt, wo Atommüll anfällt (AKWs und Abriß derselben, Landessammelstellen etc.). Ihre Aufgabe wird die Vorsortierung und transportgerechte und in bestimmten Fällen endlagergerechte Verpackung sein. Eine weitere Behandlung, etwa das Einschmelzen oder Verpressen von Stahlschrott, Müllverbrennung oder Verfestigung wird nur in aufwendigen Großanlagen sinnvoll sein. Hier bietet sich Salzgitter als Standort geradezu an.

Nicht nur, daß unnötig lange Transportwege wegfallen würden, sondern auch, weil der Konzern faktisch Anlagen der Konditionierungstechnik schon laufen hat, z.B. Schrottverwertung. Noch interessanter ist die Pyrolyseanlage, die als Pilotprojekt im großtechnischen Maßstab in Salzgitter in Betrieb ist. Eine solche Anlage läßt sich ohne großen technischen Aufwand in eine Atommüllverbrennungsanlage etc. verwandeln.

Über kurz oder lang soll also der Kreislauf des Atomprogramms um die Variante der Konditionierung von Atommüll reicher werden, was eine zusätzliche Belastung für die Bevölkerung bedeuten würde.

Gleichzeitig soll die Region Braunschweig/Salzgitter zu einem auf Recycling und „Entsorgung" spezialisierten Atomindustriekomplex umstrukturiert werden.

Die Kommungen Salzgitter und Braunschweig verschachern mit

Die von hoher Arbeitslosigkeit und leeren Kassen gebeutelten Stadtverwaltungen von Salzgitter und Braunschweig haben die Gunst der Stunde rechtzeitig erkannt.

So erklärte der Wirtschaftsdezernent der Stadt Salzgitter vor der kommunalen Wirtschaftsvereinigung: „Der Dienstleistungsbereich sei nach wie vor unterrepräsentiert. Daraus sei zu folgern, daß eine betriebswirtschaftliche U nstrukturierung der Stadt betrieben werden müsse, die eigentlich schon vor zehn Jahren hätte begonnen werden müssen. Dennoch böten sich auch heute noch Chancen für die Stadt Salzgitter in der Hauptsache in allen einem möglichen Endlager vorgeschalteten technischen und wissenschaftlichen Bereichen. Die Beispiele Karlsruhe und Jülich zeigen, daß im Umfeld solcher Anlagen doch allerhand zu machen sei. Die Entsorgung könnte ein Ansatzpunkt sein, die Wirtschaftsstruktur der Stadt schrittweise zu verändern" (Salzgitter Zeitung, SZZ, 21.11.85). Ähnlich äußerte sich der Oberstadtdirektor: „Wenn schon Salzgitter unter allen Gemeinden das Odium des radioaktiven Endlagers tragen soll, dann muß dies auch durch entsprechende Arbeitsplätze im Vorfeld der Endlagerung kompensiert werden. Gleiches gelte auch für die Pyrolyse GmbH, die Forschungs-, Entwicklungs- und Vermarktungseinrichtungen am Ort konzentrieren müsse" (SZZ, 24.10.85). Bis heute wurde allerdings äußerstes Stillschweigen praktiziert, welche der

Anlagen, die bei atomindustrietouristischen Ausflügen von Rat und Verwaltung besucht wurden, in Betracht kommen. Daß in diesem Sinn schon eindeutige Zusagen gemacht worden sein müssen, läßt sich an dem Eiertanz der kommunalen Größen bis hin zur SPD Salzgitter ablesen.

So wurden zwar zwecks Beruhigung der Bevölkerung drei Gegengutachten zu den Konrad-Planungsunterlagen der PTB in Auftrag gegeben, mit dem Umgang der Ergebnisse tut man sich allerdings etwas schwer. Alle drei Gutachten kritisieren mehr oder weniger scharf die Arbeit der PTB. Stadt, SPD- und CDU-Salzgitter befinden sich nun in dem Dilemma, auf der einen Seite Aussagen zu haben, die das Planfeststellungsverfahren politisch oder juristisch um Jahre hinauszögern können. Auf der anderen Seite aber haben sie primär das Interesse, ein Endlager plus Folgeindustrie möglichst bald in Betrieb zu haben, um über Steuern etc. zu profitieren.

Um aus dieser Zwickmühle ohne großen Gesichtsverlust herauszukommen, wird man darauf orientieren, sich im weiteren Verlauf des Einwendungsverfahrens o.ä. Geschichten „massive Interventionen" vorzubehalten, wenn die PTB die geäußerte Kritik nicht berücksichtigen wird. Genau hier wird aber sicherlich die kosmetische Kunstfertigkeit der Betreiberseite zum Zuge kommen, wird doch damit der Gegner/innenseite gehörig der Wind aus den Segeln genommen.

In diesem Zusammenhang war auch das folgende Ereignis nicht verwunderlich:

Als der SPD-Bezirksparteitag auf dem Weg nach neuer Profilsuche als Ant-AKW-Partei den Beschluß faßte, „unter dem jetzigen Informationsstand" (?!) gegen das Atommüllager zu sein, sah sich die SPD-Salzgitter genötigt, sauer zu sein. Ihr Bonner Repräsentant MdB Schmidt maulte: „Ein Nein ohne Wenn und Aber sei keine klare Linie. Man müsse ein bedingtes Ja zu Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der nuklearen Entsorgung sagen. Atommüll falle nun mal an, ob man nun wolle oder nicht. Der Antrag aus Salzgitter sei eine Linie der Vernunft. Wie solle die Sicherheitsfrage geprüft werden, wenn jetzt eine Lagerung im Schacht Konrad abgelehnt werde" (SZZ, 25.5.87).

Einen etwas leichteren Stand hat da derzeit der Parteigenosse und Oberbürgermeister von Braunschweig Glogowski. Öffentlich wird von seiner Seite die Argumentation der Konrad-Gegner/innen übernommen. Da die Stadt Braunschweig direkt im Umfeld des Schachtes liegt, droht er auch unverhohlen mit Klage gegen das Projekt. Ein aufrechter AKW-Gegner? Auf einer SPD-Veranstaltung in Peine am 7.10. lüftete er das Geheimnis. Wenn Konrad nur negative Auswirkungen für weitere Industrieansiedlung in Braunschweig habe, wolle er vom Bund von vornherein eine Garantie, daß doch Industrie nach Braunschweig kommt. Da aber für Braunschweig im Gegensatz zu Salzgitter bisher noch nichts abgefallen zu sein scheint, droht er mit Klage und Ermahnung an die Anti-Konrad-Bewegung, doch etwas aktiver zu werden.

Beispiel: Im Emsland tue sich wenigstens was von Seiten der Bevölkerung. Da sei der Remmers auch fast jeden Tag und mache Lernprozesse mit. Es wäre gut, wenn er auch mal nach Braunschweig kommen müsse.

Erklärbar wird dann auch das Verhalten der „Mutter-Partei" zu den Konrad-Aktivitäten der Jusos. Während sie in Salzgitter massiv unter Druck gesetzt werden, bekommen sie im übrigen Bezirk alle nur denkbare Unterstützung, nur gewaltfrei muß es sein.

Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie

Bauern gegen „Konrad" als Atommüll-Lager

16.2. G.T. Eigener Bericht

co. Salzgitter

Die Einlagerung von Atommüll im Schacht „Konrad" bei Salzgitter-Blekkenstedt wird von den Landwirten entschieden abgelehnt. Nachdem sich vor wenigen Tagen bereits der Kreisverband Peine des Niedersächsischen Landvolks und auch Bezirksverbandsvorsitzender Klaus-Jürgen Hacke gegen die geplante Einrichtung des Endlagers ausgesprochen hatten, bezog jetzt auch der Kreisverband Salzgitter deutlich gegen „Konrad" Stellung.

„Wir haben allen Anlaß, vorsichtig und mißtrauisch zu sein", sagte der Kreisvorsitzende August-Wilhelm Ahrens am Montag auf der Mitgliederversammlung seiner Organisation. „Wir lehnen den Schacht als Endlager eindeutig und unmißverständlich ab", sagte Ahrens unter dem Beifall mehrerer hundert Zuhörer. Zu befürchten sei nämlich, daß sich die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Region nicht mehr absetzen ließen. Der Landesverband, so versicherte Landvolkpräsident Rohde, werde den Landwirten aus Salzgitter alle Unterstützung gewähren.

Prozeß gegen Kühlturmbesetzer eingestellt

Liebe Freundinnen und Freunde,

schneller als erwartet ging „unser" Prozeß in Hamm zu Ende, weil die Staatsanwaltschaft gleich zu Anfang des 2. Verhandlungstages dem schon am 1. Tag unterbreiteten Vorschlag des Gerichts zustimmte, das Verfahren einzustellen.

Mit der Darstellung unserer Motive zur Besetzung des THTR-Kühlturmes war es uns gelungen, die Richter, die Schöffen, die zahlreichen Zuhörer und schließlich wohl auch den Staatsanwalt von der Gefährlichkeit der Atomkernspaltung und dem unverantwortlichen Umgang mit dieser Technik auch in bundesdeutschen Atomkraftwerken (z.B. Hamm-Uentrop, 4.5.1986) zu überzeugen. Die Mitglieder des Gerichts waren nach eigenem Bekunden „betroffen".

So wurden wir nicht bestraft, obwohl wir bei unserer Aktion Gesetzesbuchstaben hatten mißachten müssen und uns bewußt des „Kühlturmfriedensbruches" und geringfügiger Sachbeschädigung schuldig gemacht hatten. Das Gericht akzeptierte zustimmend, daß es notwendig sei, sehr deutlich auf die Lebensbedrohung durch die Atomindustrie hinzuweisen.

Das „Bußgeld" in Höhe von insgesamt DM 3.600, das wir 6 Kühlturmbesetzer zu zahlen haben, geht auf unseren Wunsch an den Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), eine Organisation, die bundesweit ganz in unserem Sinn arbeitet und der wir selbst teils als Mitglieder, teils als Spender zugehören. Dennoch muß die beträchtliche „Spende ohne Spendenquittung", wie einer der Richter das Bußgeld nannte, jetzt erst einmal aufgebracht werden. Dazu kommen Anwaltskosten von ca. DM 2.000

Wir bitten um Beteiligung.

Herzliche Grüße vom Arbeitskreis Gegengift

(Konto Nr. 42580 Kreissparkasse Herford 494 501 20; wenn Spendenquittung erwünscht, über Stadtkasse Herford, Konto Nr. 29231 Stadtsparkasse Herford 494 500 75, mit Stichwort „Spende AK Gegengift")

PS: Unsere „Einlassungen" aus der Gerichtsverhandlung in Hamm sind demnächst als Broschüre bei uns erhältlich.

Bundesweite Urankampagne

Vom 11. bis zum 30. April findet die oben genannte bundesweite Urankampagne statt, die vom BUND Freiburg und der Gesellschaft für bedrohte Völker Freiburg initiiert worden ist. Mittlerweile wird die Aktion von verschiedenen Initiativen aus unterschiedlichen Spektren unterstützt.

Ziel der Aktion ist es, gegen Uranabbau, damit verbundene Menschenrechtsverletzungen, Atomwaffen, Atomanlagen und deren Verknüpfungen zu demonstrieren. Während der Kampagne werden täglich in verschiedenen Regionen öffentlichkeitswirksame Schwerpunktaktionen stattfinden. Die Kampagne überschneidet sich zeitlich mit dem Tschernobyljahrestag und den Tschernobylaktionstagen. Verbindende Aktionen sind wichtig und sinnvoll.

Im Rahmen dieser Urankampagne wird in Rheine (NRW) eine zentrale Regional-Aktion der deutsch-niederländischen „Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland" stattfinden. In der Euregio befinden sich zahlreiche Atomstandorte (Ahaus, Almelo, Gronau, Lingen), weitere sind in der Diskussion (Hochtempereaturreaktor/en im Emsland, Atommülldeponie im niederländischen Grenzgebiet). In Rheine ist ein zentraler Knotenpunkt der regionalen Atomtransporte.

Der AKU Gronau unterstützt die Urankampagne, weil gerade auch an der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) die Verbindungen zwischen, Uranabbau, Atomanlagen und Atomwaffen erkennbar werden. Das Uran, das in Gronau angereichert wird, stammt mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem Großteil aus der Dritten Welt. Das Schwesterunternehmen der UAA - Betreiberfirma, die Urenco Nederland, wird vom UNO Rat für Namibia beklagt, weil dort Uran aus Namibia verarbeitet wurde. Besonders brisant an der UAA Gronau ist auch die Tatsache, daß die Anreicherungstechnik grundsätzlich dafür geeignet ist, waffenfähiges Uran zu gewinnen. Nach Umbauarbeiten könnte die UAA somit auch militärisch genutzt werden.

Am 26. und 27. April, der genaue Termin steht zur Zeit noch nicht fest, wird in Rheine eine Abendveranstaltung in Form einer Info-Talk-Show stattfinden, bei der Vertreter/-innen regionaler Bürgerinitiativen, ein/e Redner/in aus einem uranabbauenden Land und ein/e Wissenschaftler/in zu den Gefahren der Atomtransporte sprechen werden. Zu dieser Veranstaltung sind alle Interessent/inn/en, speziell aus dem Ems- und Münsterland, eingeladen. Plakate und Flugblätter für die Veranstaltung können gegen Rechnung bestellt werden. Wer sich an der Vorbereitung beteiligen möchte, bzw. wer Ideen für weitere Aktionen im Rahmen der Kampagne hat, sollte sich mal bei uns oder bei der BI Rheine gegen Atomanlagen, Wielandstr. 4, 4440 Rheine, 05971/7686 melden (bereits in Planung ist auch ein „Aktionsmarkt", der am Samstag vor der Veranstaltung in Rheine stattfinden soll). Zur Finanzierung brauchen wir jetzt dringend Spenden auf folgendes Konto:
EUKO gegen Atomanlagen, Volksbank Gronau, BLZ: 401 640 24, Kto. 144210000.

Wer sich in anderen Regionen an der Kampagne beteiligen will, sollte sich zur besseren Koordination an den BUND wenden (Georg Löser, Erbprinzenstr. 18, 7800 Freiburg, 0761/35254).

Wer mehr über die Euregiokonferenz wissen will, bzw. mitarbeiten will, kann bei uns das Euregioinfo zum Selbstkostenpreis abonnieren.

Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, c/o Siedlerweg 7, 4432 Gronau, 02562/2781 (möglichst nur am Wochenende)

Literaturtip: Uran aus Gronau ist überall, DM 2,- + Porto (ab 10 Stück 25 % Rabatt), gibts beim AKU Gronau

Nach heftigen Protesten wurde der Bau eines Atommeilers im Nordkaukasus eingestellt / Statt dessen wird jetzt ein Wärmekraftwerk gebaut

Moskau (dpa) — Nach heftigen Protesten von Sowjetbürgern ist der Bau eines Atomkraftwerkes im Gebiet von Krasnodar im Nordkaukasus eingestellt worden. TASS gab am Montag die offizielle Entscheidung des Büros für Energiewirtschaft beim Ministerrat der UdSSR bekannt. Dies ist der erste Baustopp für ein sowjetisches Atomkraftwerk.

Die öffentliche Meinung habe „Alarm geschlagen", berichtete TASS am Montag über die Entscheidung. Der Standort des AKWs befinde sich in einem Gebiet mit „erhöhter Erdbebentätigkeit". Zudem sei die Region Erholungsgebiet. Anstelle des AKWs werde jetzt ein Wärmekraftwerk gebaut, das mit „fossilen Brennstoffen" betrieben werden solle. Nach sowjetischen Angaben sind bereits mehr als 60 Millionen Mark in den Bau des AKWs investiert worden.

Offiziellen Angaben zufolge werden inzwischen weitere Bauvorhaben für Atomkraftwerke durch den Druck der Öffentlichkeit in Frage gestellt. Der ungebremste Ausbau der sowjetischen Atomenergie ist allerdings bisher noch nicht korrigiert worden. Die UdSSR will nach offiziellen Angaben ihre Stromerzeugung durch Atomenergie bis zum Jahre 1995 verdreifachen.

Kritik an der letzten Atommüll-Konferenz und Ausblick auf eine kommende BuKo

Nach altem Schema lief alles in Neuwied ab, Arbeitskreise und danach eine sogenannte Diskussion auf dem Plenum. Und wieder, wie nun schon seit Jahren, kann auch diese Konferenz nach dem beurteilt werden, was *nicht* gesagt worden ist, was die Anti-AKW-Bewegung, uns selber angeht. Nichts außer beschwörenden Gemeinplätzen. So diese höchst banale Bemerkung: Wir müssen zusammengehen. Kein Wort zu Differenzen. Kein Wort von den Bruch- und Nahtstellen. Wie ließe sich die leidige und allmählich abgedroschene Gewaltfrage überwinden. Ist es nicht Staatsallmacht, die dahintersteckt? Sollten wir uns nicht endlich, erst recht nach den Knüppelorgien der Berliner Jungs am 10. Oktober in Wackersdorf und den Schüssen am 2. November usw. mit dem Monstrum Rechts-Staat BRD auseinandersetzen. Was wollen wir eigentlich? Abschalten und „verschrotten" (wie es tatsächlich auf einem Flugblatt einer Friedens-Ini heißt)! Nicht einmal einbetonieren! Ein Zufall? Ich glaube das nicht, meine eher, Unwissen und eine gewisse Portion Naivität, längst nicht erschütterter Glaube an diesen Staat sind es.

War es nicht ein verflossener Jo Leinen, der stets betonte, wir haben es nicht mit dem Staat, sondern der Atomindustrie zu tun - als würde das Kapital (und wo ist es stärker konzentriert als gerade dort?) nicht über diesen Staat wie über sein Privateigentum verfügen. Und gibt esnicht einen Grünen Fischer, der angesichts der Festungsanlagen vor der WAA feststellte: Ein Minister demonstriert nicht. Wie wahr. Er wird im Dienst-Mercedes gefahren und kümmert sich einen Scheißdreck um ein hessisches, das modernste europäische Kazet in Weiterstadt. Er wird nicht dahinkommen. Dies noch viel weniger, da schon das BKA besorgt ist, was geschähe, „wenn die Grünen nicht mehr in den Bundestag kämen?". Lachende Kullertränen dazu! Ich meine nicht (Lupus-Beitrag auch in atom), wir kämen nicht an den Grünen vorbei. Vielmehr werden wir ohnmächtige Statisten einer Mittelstandsbewegung werden, wenn die Grünen nicht an uns vorbeikommen. Von diesem Mittelstandsdenken (oder auch kleinbürgerlich angehauchtem) war mehr als genug in Neuwied zu spüren. Dazu rechne ich auch diese Manövrieren mit Demo-Terminen. Wenn eben nicht da, dann doch wenigstens gegen dies oder jenes. Das ohne zu unterscheiden, ob es sich um Brennpunkte der Auseinandersetzung mit dem Atomprogramm und eine Klassen- und sonstige Gegensätze übergreifende Gemeinsamkeit im Kampf gegen atomaren Wahnsinn und den „Atomstaat" handelt oder um Konzernetagen und damit allgemein anti-kapitalistischen Kampf. Das Atomzentrum Hanau ist nach wie vor keinesfalls identisch oder gleichwertig mit einer Degussa oder dem RWE. Und noch viel mehr gilt das für Wackersdorf. Wie oft haben wir nicht erleben müssen, wie gegen uns Versäumnisse zurückschlagen, wenn nicht der politische Stellenwert einer Aktion, Demo usw. ausführlich diskutiert wird, solcherart jeden Menschen motivierend. Es muß leider gesagt werden: in Neuwied ist wieder einmal im technisch organisatorischen Sinn, was im März und danach laufen soll, bestimmt worden. Zum Geier, wie soll denn Begeisterung aufkommen, wenn lediglich Allerweltsphrasen (wie jetzt aber ran an die Unternehmenszentralen) aufgetischt werden dazu. Strahlender Quatsch ist obendrein das, zu sagen (W. Ehmke), es sollte ... s.oben. Die *politischen Notwendigkeiten* sind bestimmend für eine derartige Entscheidung, aktuelle Vorkommnisse, Planungen der Mafiosi. Wie das zu gehen pflegt, werden Freundinnen überrannt und übertölpelt, wenn auf dem Podium keine Voraussetzungen für konträre Auffassungen, entsprechende Debatten gegeben werden. Und genau so, scheinbare Einmütigkeit demonstrierend, fast wie auf einem vom ZK einberufenen Kongreß, verlief das in Neuwied. Es war ein Trauerspiel.

Ich möchte auch gerne einmal wissen, warum nicht endlich für Presse (ja und auch für die ach so linksradikale taz, die doch nur journalistische Fleißarbeit liefert, pluralistisch, versteht sich) und wer immer sich dazurechnet, Waschzettel vorbereitet werden, und zwar vorher und nachher. Im übrigen war Neuwied nicht einmal eine dpa-Notiz wert. Auch ein Barometer für die Anti-AKW-Bewegung oder etwa nicht?

Die nächste BuKo wird kommen. Ob unbedingt in Nürnberg? Ich halte diesen Vorschlag nicht für glücklich. Doch sollten dort *endlich* die erwähnten politischen Fragen, grob gesagt: das Verhältnis zum Staat, diskutiert werden, und zwar schwerpunktmäßig, und nicht so nebenbei. Sonst wird auch diese Bundeskonferenz vorüberrauschen, nach wenigen Monaten, wie eh und je, wesenlos gewesen sein. Eine Konferenz, die einem Termin-Austauschbazar gleicht, bringt uns wahrhaftig nur in die Nähe einer empörten mittelstandsbezogenen Kleinbürgerbewegung, einer Opposition, die sich von alleine überflüssig machen wird. Sie werden einmal wirklich abschalten! Das sollten wir uns vor Augen halten. Dann würde für uns nur ein schaler Geschmack bleiben, Betroffenheit bei den Eingekerkerten, vertrödelte Energie und ein zurechtgeknüppeltes Hohnlachen für alle, die mehr und zu Recht erkämpfen wollen als dieses Abschalten.

Eberhard, Köln

Leserbrief

Neue Märkte schaffen — neues Produkt anbieten

Es geht hier nicht um eine „Referenzanlage", die zu Demonstrationszwecken errrichtet werden soll.

Es geht auch nicht darum, daß Siemens für zukünftige Exportgeschäfte Gutachten vorlegen will à la „... deutscher TÜV bestätigt ...". Dieses kann vielleicht nützlich sein - Siemens macht mehr als die Hälfte seiner Umsätze im Ausland und das mit steigender Tendenz.

Es geht vielmehr um die Reaktorlinie, die die Leichtwasserreaktoren, wie Lingen, Grohnde, Brokdorf etc., in den 90er Jahren ablösen soll.

Nach der Auflösung des Tochterunternehmens KWU besitzt der Konzern noch Wartungsverträge für laufende Anlagen. Die Tochter Interatom, die den Schnellen Brüter in Kalkar errichtete, braucht neue Aufträge im Kraftwerksbau. Seit 1984 liegt das Konzept HTR-Modul fest. Seit dem taucht der Modul in vielen Aufsätzen so auf, als ob es ihn bereits gäbe. Siemens gelang es dabei, den Hochtemperaturreaktor HTR-500 von BBC propagandamäßig aus dem Bewußtsein der „Nuclear Community" zu verdrängen.

Entscheidend für die erfolgreiche Vermarktung des Moduls ist seine Technik. Hierbei versucht Siemens, folgender Entwicklung Rechnung zu tragen:

Länder mit kleinen Elektrizitätskapazitäten können keine 1300 MW-Blöcke gebrauchen. Sie entsprechen nicht der Sicherheitsregel, wonach ein einzelner Kraftwerksblock höchstens zehn Prozent des Leistungsbedarfs des jeweiligen Gesamtnetzes liefern darf.

Jedes Kraftwerk muß irgendwann mal abgeschaltet werden, für das ein anderes einspringen muß. Vier Kraftwerke mit jeweils 100 MW sind billiger und sicherer als zwei Blöcke à 300 MW.

In der BRD existiert ein Überangebot an Strom. Die EVUs bemühen sich, ihren überschüssigen Strom im Wärmemarkt unterzubringen. Nachtspeicheröfen aber ziehen ihren Besitzern das Geld nur so aus der Tasche.

Industrieunternehmen möchten ihre Produktionskosten senken. Eine ganze Reihe von Unternehmen benötigt Prozeßwärme, beispielsweise für die Kunststoffverformung, für chemische Prozesse wie die Aufarbeitung von Erdöl oder die bessere Ausbeutung von Erdöllagerstätten (Lingen!).

Wärme aus Strom zu erzeugen ist aber unsinnig und teuer. Die Zukunft soll daher in der Wärmekraftkopplung liegen. Dafür müssen die Wärmekraftwerke aber nah bei dem Wärmekunden errichtet werden, da bei längeren Transportstrecken die Wärmeverluste zu hoch werden. Ökonomisch sinnvoll sind daher viele kleine Kraftwerke in vielen kleinen Gebieten. Energiewendegruppen haben öfters die Erfahrung gemacht, daß wenn die Interessen von Industrieunternehmen und die Interessen von Kommunen nach neuen Einnahmequellen zusammenlaufen, der Gründung von kommunalen Energiedienstleistungsunternehmen nichts mehr im Wege steht. Sie müssen nur noch genug Kapital auftreiben, um das vorhandene Leitungsnetz aufzukaufen.

Diese Entwicklung wird auch Siemens nicht entgangen sein. Das Ergebnis ihrer Überlegungen ist der HTR-Modul mit einer Leistung von 100 MW je Block. Mehrere solcher AKWs sollen zusammengeschaltet kombiniert Strom, Prozeßwärme und Fernwärme erzeugen.

Das Problem dabei ist der Preis von AKWs. Prinzipiell ist die vierfache Auslegung (Redundanz) der Sicherheitssysteme und das Vorhandensein vom Druckbehälter bis zum „Töpferventil" das eigentlich teure an AKWs; fast unberührt von der Tatsache, daß sie 1300 MW, 500 MW oder 100 MW Leistung erzeugen.

Der Modul soll daher im wesentlichen aus einem Druckgefäß, einem Ein- und Ausströmventil für das Kühlmittel Helium, einen Wärmetauscher und einem Notstromaggregat für ein Gebläse bestehen. In der Zeitschrift „atomwirtschaft" 10/84 findet sich weitere Erläuterung: „(Und) schließlich unterliegt der Sekundärteil (der gesamte Sekundärkreislauf mit Dampfgenerator oder Auskopplungsmöglichkeit für Wärme) nicht den Anforderungen an Kerntechnische Anlagen; dies wirkt sich auf den Wartungs- und Prüfumfang und den zeitlichen Abstand zwischen den Inspektionen positiv aus." Nach neuesten Informationen soll dieses abgemagerte AKW voraussichtlich acht bis neun Millionen D-Mark kosten.

Die neue

Pressemitteilung der Atommüllkonferenz vom 7.2.1988:

Der Siemens-Konzern mit seinem Tochterunternehmen Interatom beabsichtigt in Zusammenarbeit mit der Niedersächsischen Landesregierung einen neuen Hochtemperaturreaktor Modul zu genehmigen.

Dabei geht Siemens offensichtlich davon aus, daß Leichtwasserreaktoren nicht mehr verkaufbar sind. Die neue Reaktorlinie soll dadurch verbilligt werden, indem an der Sicherheitsausrüstung extrem gespart wird. So ist beispielsweise kein echtes Notkühlsystem vorhanden.

Mit dem Genehmigungsverfahren „Standortunabhängiger Vorbescheid" sollen die Einspruchsrechte der Bürger ausgehebelt werden.

Die Atommüllkonferenz protestiert aufs Schärfste gegen den Versuch, neue Reaktoren in der Bundesrepublik genehmigen zu lassen. Sie beschloß entschiedenen Widerstand gegen die Planung.

Zunächst soll eine breite Aufklärung der Öffentlichkeit erfolgen. Außerdem wird für das im ersten Halbjahr 1988 zu erwartende Einspruchsverfahren bundesweit die Sammlung von Einsprüchen organisiert.

Das entscheidende Kapital, das die HTR-Lobby in der Hand hat, ist, daß nur wenige Menschen in der Anti-AKW-Bewegung sich ernsthafter mit diesem Reaktortyp befaßt haben. Viele glaubten, er sei ein irgendwie exotischer Sonderweg des Landes Nordrhein-Westfalen, der THTR 300 in Hamm-Uentrop beweise, er sei auf keinen Fall nützlich, das Risiko für die Kunden sei zu hoch, man brauche sich nicht weiter um ihn zu kümmern. Und während seit den 70er Jahren die erbitterte Diskussion um die Sicherheit der großen Leichtwasserreaktoren und später der Wiederaufarbeitungsanlage den Widerstand gegen diese Anlagen bestärkte, entwickelten die Betreiber des HTR ihre Pläne ungestört im Windschatten der Ereignisse.

Das neue Genehmigungsverfahren

Kurz nach Tschernobyl legte KWU einen Antrag auf Konzeptgenehmigung in Nordrhein-Westfalen vor, den die Konzernmutter später wieder zurückzog, um kurz darauf gleiches in Niedersachsen zu probieren. Das Niedersächsische Umweltministerium riet, statt der Konzeptgenehmigung einen standortunabhängigen Vorbescheid nach § 7a ATG zu beantragen. Bei diesem Verfahren handelt es sich, wie bei den technischen Besonderheiten dieses Reaktortyps, auch um eine juristische Besonderheit.

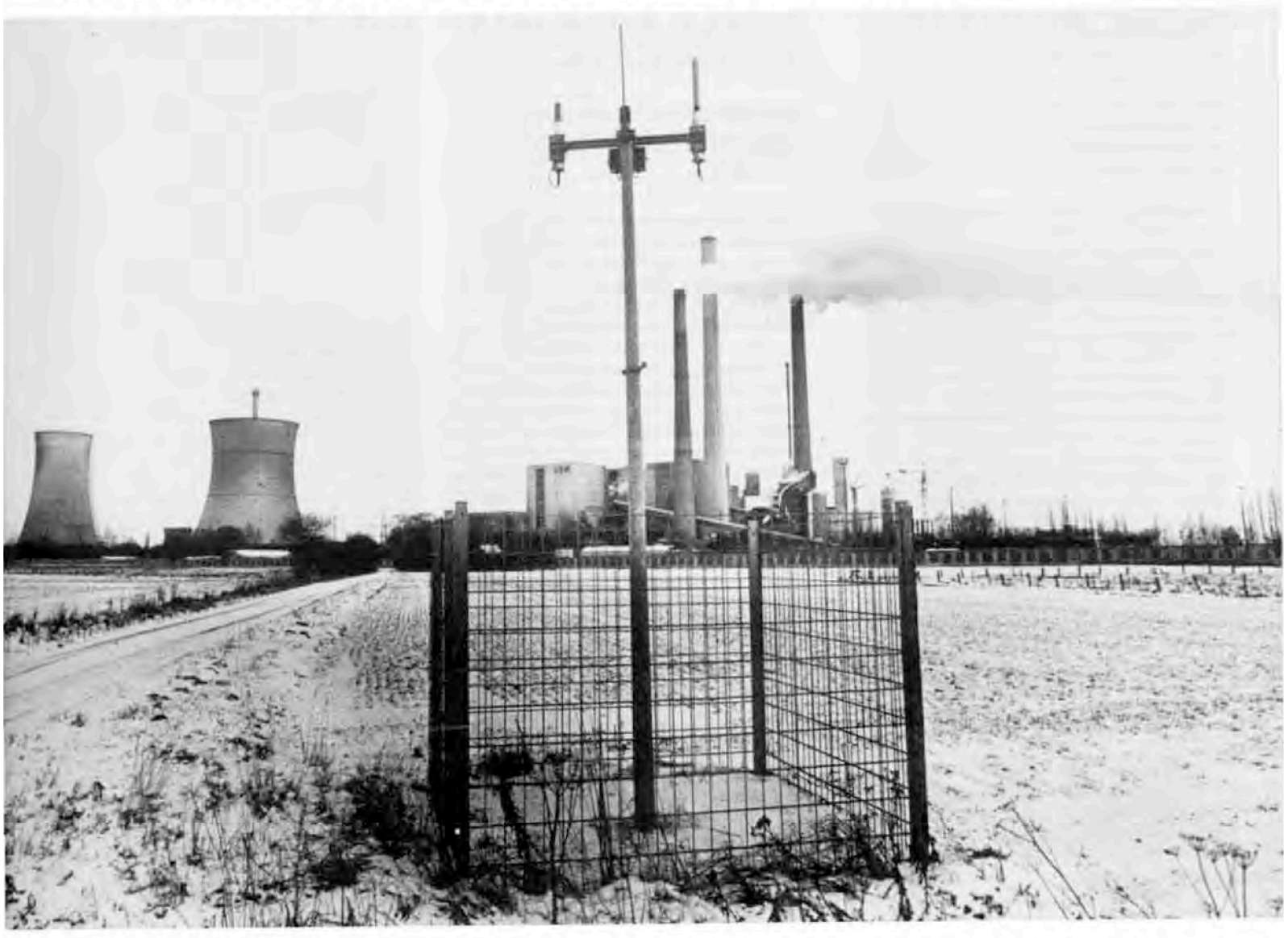
Der Regelfall des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens war: Man mußte bisher in jedem Fall an einem bekanntgemachten Standort unter der Beteiligung der betroffenen Bevölkerung in einer politischen Diskussion sich die technische Anlage Reaktor genehmigen lassen.

Aber nach dem § 7a des Atomgesetzes (ATG) kann der Betreiber einen Vorbescheid beantragen, entweder für einen Standort - das hat man nur einmal versucht und gleich wieder aufgegeben - oder für einen Bautyp. Dieser zweite Weg, der nach ATG ausdrücklich möglich ist, ist bisher nie gegangen worden. Aber jetzt versucht man genau das.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß ein atomrechtliches Verfahren rechtsgültig wird, ist die Beteiligung der Öffentlichkeit. Damit verbunden ist aber die sogenannte Präklusion, das heißt: man muß alle Einwendungen gegen die Anlage rechtzeitig erheben.

Der jetzt beantragte Vorbescheid für eine Typengenehmigung bedeutet aber, daß kein

Reaktorlinie: HTR-Modell



Mensch sich juristisch betroffen fühlen kann. Es heißt im § 7a ATG lediglich, daß die Genehmigung bei der Genehmigungsbehörde des Landes zu beantragen sei, wo die Anlage errichtet werden soll. Wenn nun dieses laufende Verfahren in den Bereich der Öffentlichkeitsbeteiligung kommt, dann wird im Bundesanzeiger und im Ministerialblatt bekanntgemacht, daß für den Standort Niedersachsen ein HTR Modul als Typ zu genehmigen sit. Dann können sich alle, von Spiekeroog bis Duderstadt, angesprochen fühlen.

Alle, die sich nicht entscheiden konnten, ob sie in ihren Rechten betroffen sind, sind angeschmiert.

Nun könnte man/frau sich dennoch betroffen fühlen und vorausschauend Einwendungen rechtzeitig zum Vorbescheid erheben.

Dann sind aber alle technischen Details bereits vorab geprüft und genehmigt, wie beispielsweise der Stahl, aus dem das einzige Kühlrohr gefertigt werden soll. (siehe Abb.) Abriß des Ein- und Ausströmrohres gilt dann durch den „basissicheren Stahl" von vornherein als ausgeschlossen. In einer Arbeitsgruppe beim BMFT wird seit 1984 daran gearbeitet, zwischen Antragstellern, Behörden und Gutachtern technische Fragen vorab zu klären und die Genehmigung vom juristischen Standpunkt her unangreifbar zu machen, damit kein Einwender noch eine Lücke findet. Das wird alles hinter verschlossenen Türen ausgehandelt zwischen den Beteiligten - außer den betroffenen Bürgern! Dieses Verfahren ist wirklich als Anschmieren gemeint!

Würde der Vorbescheid Mitte des Jahres 1988 rechtswirksam werden, käme nur noch das Verfahren um die Errichtungsgenehmigung an einem konkreten Standort. Man könnte höchstens noch einwenden; der Reaktor ist gerade hier nicht zulässig, weil gerade hier besonders oft die Erfe bebt oder weil das Kühlwasser nicht ausreicht.

Sicher? Wartungsfrei? Einfache Entsorgung?

Bei der Propaganda für den HTR Modul werden Argumente benutzt, die für Unvorbereitete schwer durchschaubar sind. Einige davon führen wir hier vor.

Ein Argument ist, daß keine Kernschmelze möglich ist. Es kommt aber nicht auf diesen Unfallablauf an, sondern darauf, ob aus den Brennelementen gefährliche Spaltstoffe freigesetzt werden können.

Wegen der großen Massen an Graphit laufen Aufheizungsstörfälle, etwa durch Totalausfall der Notkühlung, unter Umständen langsamer ab. Deshalb behauptet man, es gäbe nach einem Unfall viel Zeit, innerhalb der Anlage alles in Ordnung zu bringen, und die Strahlenbelastung in der Umgebung sei so gering, daß die Bevölkerung nicht evakuiert werden müßte.

Aber diese Massen von Graphit können bei Unfällen hohen Temperaturen von 1.500 °C ausgesetzt sein. Das ist ein gewaltig

schlimmer Nachteil. Denn Luft- oder Wassereinbrüche in den Primärkreislauf können zu sehr heftig ablaufenden Graphitbränden oder Graphit-Wasserreaktionen führen. Bei Temperaturen ab 1.600 °C werden dann Jod, Cäsium und Strontium aus den Brennelementen freigesetzt, Edelgase schon früher. Ab 2.000 bis 2.500 °C nehmen die Freisetzungen massiv zu. Kommt vom Inventar eines HTR Modul (immerhin ein Zehntel von dem eines großes LWR) was heraus, dann ist der Schaden sehr groß; noch dazu sollen ja diese AKWs in Siedlungsnähe gebaut werden.

Die Wartung dieser Reaktoren sei einfach, wird behauptet. Die Brennelementkugeln werden im Dauerbetrieb nacheinander oben in den Reaktor gegeben und unten wieder entnommen. Aber dabei kann leichter Spaltmaterial abgezweigt werden als beim Brennelementwechsel bei einem großen LWR, wo alle möglichen Arbeitskräfte und gar noch Inspektoren der internationalen Aufsichtsbehörde herumlaufen. Aus den Brennelementen kann Tritium hergestellt werden, mit dem H-Bomben gebaut werden.

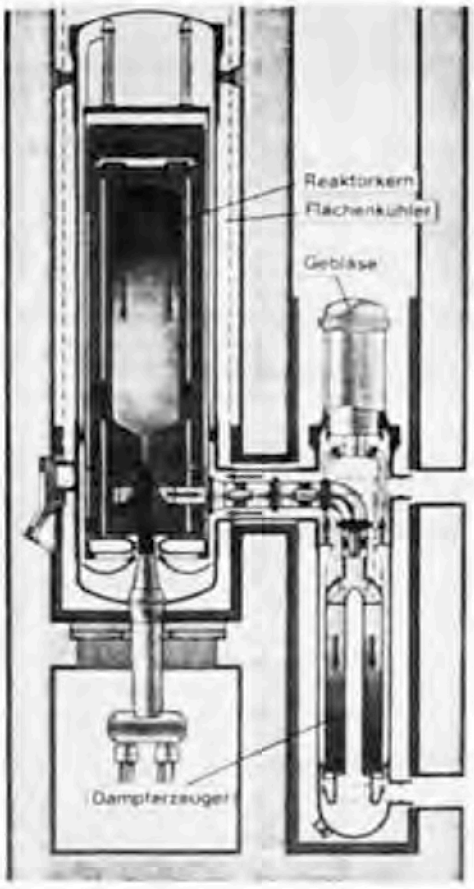
Die ursprünglich beabsichtigte Wiederaufarbeitung der Brennelemente zur Rückgewinnung von Brennstoff ist heute nicht möglich. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der direkten Endlagerung. Das preist man als besonders günstige Entsorgungsstrategie an. Es gibt aber weder ein Endlagerkonzept noch eine Endlagerstätte, in der diese Brennelemente mit ihrem hohen Aktivitätsinventar und unbekanntem Langzeitverhalten untergebracht werden könnten.

Warum denn überhaupt Sammeleinwendungen machen

Die Einwendungen sind bei diesem Verfahren vor allen Dingen von politischer Bedeutung. Unterschriftenlisten zu sammeln hat keinen Sinn, da Listen keinen Adressaten haben, der sie annehmen muß. Das niedersächsische Umweltministerium muß sich aber bei Sammeleinwendungen in einem öffentlichen Verfahren zu den Einwendungen äußern. Beim Sammeln dieser Einwendungen müssen wir aber unter allen Umständen vermeiden, falsche Hoffnungen in ein Verfahren zu wecken, das nie dazu gemacht wurde, den Bau von Atomanlagen zu verhindern. Wenn es uns in der Vergangenheit trotzdem gelang, den ein oder anderen Baustop zu erzwingen, so verdanken wir das einzig unserem Mut, gegen Kapital, Staat und Justiz zu kämpfen, zusammen mit den Erfahrungen unserer Wissenschaftler und Anwälte.

Keine neuen Atomanlagen! Sofortige Abschaltung aller bestehenden Atomanlagen!

Götz (aus Hannover)



Anordnungsprinzip und Gasführung eines Moduls mit Dampferzeuger.

URANGATE

Aktuelle Broschüre zum Bestechungs- und Verschiebeskandal der Atomindustrie

u.a. mit Beiträgen von Klaus Traube, Robert Jungk, Joschka Fischer und Jens Scheer.

Sehr ausführlich werden die Hintergründe des internationalen Schwarzmarktes für Atommüll und Spaltmaterial beschrieben, aber auch, wie Bundesregierung und Atomfirmen in Ländern der 3.Welt und für Diktaturen den Aufbau eines militärisch-atomindustriellen Komplexes fördern. Der wohlwollenden Kumpanei zwischen Regierungen, Aufsichtsbehörde und Atomfirmen ist besonderes Augenmerk gewidmet.
Der Rückblick zeigt auf, mit welchen Mitteln Börner seinen grünen Koalitionspartner austrickste und dennoch der Hanauer Atomsumpf auffliegen mußte.

84 Seiten im A 4-Format
Preis: 6.80 DM
erscheint am 15.3.88

Bestellungen an:
Öko und Friedensbücher
Jungstr.11
6 Frankfurt 90
oder:
Verlag Die Werkstatt
Lotzestr.24a
3400 Göttingen

Weiter mit der Kernenergie

Landesregierung setzt auf den Hochtemperaturreaktor

Eigener Bericht

vdB. Hannover

Die niedersächsische Landesregierung setzt energiepolitisch offenkundig auf den Hochtemperaturreaktor. Im Energieprogramm 1988, das Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) am Mittwoch dem Landtag in einer Regierungserklärung vorstellen will, heißt es, mit Hilfe von Hochtemperaturreaktoren (HTR) solle in erster Linie Prozeßwärme für die Industrie erzeugt werden. Mit nuklear betriebenen HTR kann dem Programm zufolge die hohe Abhängigkeit von importierter Kohle und vom ausländischen Erdgas überwunden werden.

Das Energieprogramm nennt keine Standorte für den Bau von Hochtemperaturreaktoren, erinnert aber an Pläne, Braunkohle aus dem Helmstedter Revier mit Atomkraft zu veredeln. Auch bei der Ausbeutung von Erdöllagerstätten möchte die Landesregierung auf Atomkraft zurückgreifen: Der mit Hilfe eines Hochtemperaturreaktors erzeugte Dampf soll in die Lagerstätten gepreßt werden, so daß die Energiereserven leichter abgepumpt werden können. Allein im Emsland könnten auf diese Weise 20 Millionen Tonnen Rohöl mit einem Förderwert von etwa vier Milliarden DM gewonnen werden.

Das Wirtschaftsministerium erinnert im neuen Energieprogramm daran, daß zwei Kernkraftwerkshersteller im Mai 1987 im Umweltministerium beantragt haben, eine neuentwickelte kleinere Hochtemperaturreaktoranlage zu genehmigen. Noch in diesem Jahr soll dieses Vorhaben im Rahmen des laufenden atomrechtlichen Verfahrens öffentlich bekanntgemacht werden.

Während die Landesregierung ihr Interesse am Hochtemperaturreaktor bekundet, erteilt sie der heimischen Steinkohle eine deutliche Absage.

Göttinger Tageblatt, 16.2.88

»Schraubenprozeß«

Gericht erkannte beim Angeklagten auf Wiederholungstat: Schaden 260,- DM - Strafe 500,- DM

Freitag, 18.12.87

von Manfred Schröder

Itzehoe. Brokdorf-Strafsachen laufen beim Amts- und Landgericht in Itzehoe nicht nach den Maßstäben „normaler" Gerichtsverhandlungen ab, es entstehen wegen der politischen Brisanz dieser Verfahren immer neue Varianten für die Prozeßbeteiligten, so daß sich die Gerichte ständig auf andere Situationen einstellen müssen. Auch am gestrigen Vormittag, als das prominente Mitglied der „Aktionsgruppe Steinburg", Jens Mecklenburg, sich wegen Sachbeschädigung zu verantworten hatte.

Die Verhandlung vor dem Itzehoer Schöffengericht war notwendig geworden, da Mecklenburg gegen einen entsprechenden Strafbefehl Einspruch eingelegt hatte. In Abwesenheit wurde er nun zu einer Gesamtstrafe von 50 Tagessätzen zu jeweils zehn Mark wegen des Tatbestandes der Sachbeschädigung verurteilt.

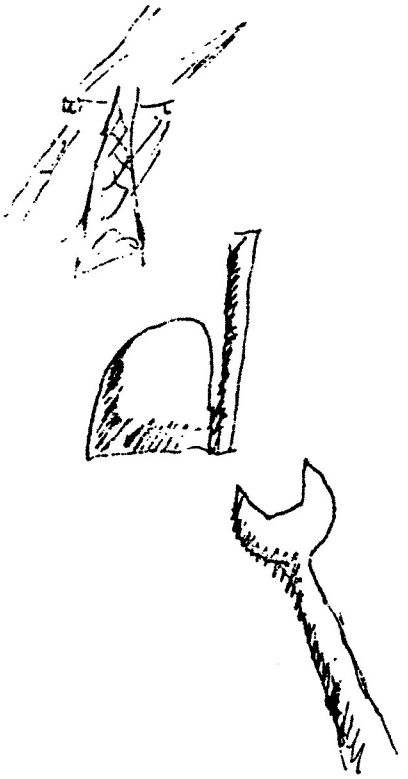
Das Gericht hielt ihn für überführt, am 9. und 10. Oktober des vergangenen Jahres an einem Hochspannungsmast in der Nähe der Gemeinde Huje Schraube, Bolzen und eine Querstrebe entfernt zu haben. Der Preußen Elektra war dadurch ein Schaden von 260 Mark entstanden, wobei die Höhe des Schadens bei dem Urteil weniger eine Rolle spielte, als die Tatsache, daß es sich um eine Wiederholungstat handelt. Das letzte Urteil in einer anderen Sache (Mastbesetzung usw.) ist noch nicht rechtskräftig geworden, da unter anderem die Staatsanwaltschaft Revision beantragt hatte. Jetzt wurde allerdings eine Strafe und die Verurteilung eines Verfahrens vom 29.9.1987 einbezogen, das machte dann als Gesamtstrafe zehn Tagessätze mehr aus.

Zu Beginn der Verhandlung wurde ein Artikel aus der Rundschau zitiert, in dem der Inhalt eines Flugblattes der Aktionsgruppe Steinburg auszugsweise wiedergegeben war, in dem diese das Nichterscheinen Mecklenburgs angekündigt hatte. Diese Information ergänzte der Vorsitzende Richter Penzlin noch durch ein Flugblatt, was in den letzten Tagen verteilt worden war, und in dem ebenfalls der Boykott der Verhandlung angekündigt wurde.

Aufgrund des Nichterscheinens beantragte Staatsanwalt Pickert, gegen Mecklenburg Haftbefehl zu erlassen, dessen Rechtsanwalt Gerhard Nolle wollte dazu nicht Stellung nehmen. Das Gericht entschied nach kurzer Beratung jedoch, in Abwesenheit des Angeklagten zu verhandeln. Zur Sache wollte sich Mecklenburgs Verteidiger nicht äußern. Im Verlauf der Verhandlung kam es dann auch noch zu einem Disput, ob der Rechtsanwalt den Angeklagten überhaupt vertreten könne, da dieser es bezweifelte. Nach der Durchsicht der Prozeßvollmacht stellte das Gericht jedoch fest, daß die Vollmacht auch eine Vertretung vor Gericht beinhalte.

Als erster Zeuge erschien dann der Fernsehjournalist Schäfer, der einen Film von der „Schraubendrehaktion" für die Sendung „etra drei" gedreht hatte.

Dieser beschrieb auf Fragen des Gerichtes den Mast und gab auch an, nach dem Lösen der Schrauben sofort die NWK angerufen und auch den Mast bezeichnet zu haben, um weiteren Schaden zu vermeiden. Der Mast habe eine Nummerierung gehabt, und auch die Telefonnummer der NWK sei vorhanden gewesen, so daß er sofort habe anrufen können. Auf die Frage, wer ihn informiert habe und ob er mit dem „Schrauber" auch gesprochen oder mit ihm im Auto gefahren sei, wollte Schäfer nicht antworten und berief sich dabei auf sein Zeugnisverweigerungsrecht als Journalist, das das Itzehoer Schöffengericht auch akzeptierte.



Ein weiterer Zeuge, ein Mitarbeiter der früheren NWK, jetzt Preußen Elektra bestätigte die Angaben Schäfers, er habe zudem den Fernsehfilm gesehen und auch erfahren, daß der von Schäfer angegebene Anruf bei der Verwaltung aufgelaufen war und man darauf hin die Reperatur vornahm. Den Schaden schätzte er auf 250,- bis 300- Mark.

Bis dahin schien alles klar zu sein, dann allerdings beantragte der Verteidiger, den Film des NDR zu sehen, damit die Person Mecklenburgs auch identifiziert werden könne und das Verfahren gegen ihn eingestellt werde, falls es sich herausstellen sollte, daß der Angeklagte nicht der „Schrauber" wäre.

Staatsanwalt Pickert wies in diesem Zusammenhang auf die Fotos hin, die von dem Film gemacht wurden und bot dem Gericht als präsenten Zeugen den Kriminalbeamten Reimer Scholle zur Identifizierung an.

Schwierigkeiten hatte das Gericht allerdings mit der Präsentation des Filmes. Dieser lag zwar als Kassette vor, allerdings verfügt das Amtsgericht nicht über einen Videorecorder und einen Fernseher, so daß Richter Penzlin sich im Wege der Amtshilfe die Elektronik beim Landgericht ausleihen mußte.

In der Pause, die dadurch entstand, erschien plötzlich der Angeklagte mit einigen seiner Freunde. Der Aufforderung des Richters, sich auf den Stuhl für den Angeklagten zu setzen, kam Mecklenburg allerdings erst nach, nachdem dieser angeordnet hatte, Mecklenburg mit Polizeigewalt auf den Stuhl zu befördern, was im Zuschauerraum Unruhe und Zwischenrufe auslöste. In der Folge forderte Penzlin einen Zwischenrufer auf, den Saal zu verlassen, bat mehrfach um Ruhe, und schließlich mußte einer der Zuhörer auch die Verhandlung verlassen, nachdem wiederum die Räumung unter Zwang angeordnet worden war.

Zwischenzeitlich „beschenkte" der Angeklagte das Gericht mit einer Maststrebe, von denen noch weitere zwei im Saal gefunden und nach der Verhandlung dem Vertreter der Preußen Elektra durch das Gericht zurückgegeben wurden. Da das Gericht sich noch zur Beratung zurückgezogen hatte, die Verhandlung unterbrochen war, bis das Videogerät installiert werden konnte, entstand eine Pause, in der sich der Angeklagte ernsthaft entschloß, der Verhandlung auch weiterhin fernzubleiben, er und seine Freunde verschwanden wieder.

Bei der dann folgenden Präsentation des Filmes wurde der Angeklagte eindeutig identifiziert, der Kriminalbeamte machte eine entsprechende Aussage, und damit war die Beweisaufnahme abgeschlossen.

Erklärungen gab es nicht mehr, aber auch kein Plädoyer des Verteidigers, der dem Gericht mitteilte, daß er nun keine Zeit mehr habe, da er noch einen anderen Termin wahrnehmen müsse.

Nach dem „Verschwinden" des Rechtsanwalts beriet das Gericht und entschied, daß man auch ohne den Verteidiger weitermachen könne. Der Staatsanwalt plädierte darauf hin und beantragte eine Gesamtstrafe von 65 Tagessätzen, die das Gericht dann auf 50 reduzierte.

Die Schlußworte des Richters nach der Urteilsverkündung, daß er hoffe, Mecklenburg werde sich in Zukunft eines besseren belehren lassen, klangen resigniert, so recht mochte Penzlin an die Wirkung seines Aufrufes anscheinend auch nicht glauben.

Strommasten-Sägen: Zwei fielen aus der Reihe

Erster großer Prozeß in München / Fünf Jugendliche angeklagt / Vier Mio. Mark Schaden / Alle Angeklagten legten Geständnisse ab / Motiv: Ohnmachtsgefühl nach Tschernobyl / Staatsanwaltschaft wertet Zugblockade als Mordversuch / Urteile für „Mitläufer" am Aschenmittwoch, für beide Hauptangeklagten am 4. März

Aus München Luitgard Koch

Anfang Februar begann vor der Jugendstrafkammer des Landgerichts München II der Prozeß gegen fünf Jugendliche aus dem Raum Starnberg, alle zwischen 20 und 25 Jahre alt. Ihnen werden die schwersten Straftaten, vom einfachen Diebstahl über Sachbeschädigung bis hin zum Mordversuch vorgeworfen. Von September '86 bis April '87 sollen sie zwei Strommasten und einen Oberleitungsmast beim S-Bahnhof Mühltal umgesägt und den Frühzug der Schnellbahn Linie 6 nach München durch Metallstücke auf den Schienen beinahe zum Entgleisen gebracht haben. Das Blockieren dieses S-Bahnzuges wertet die Staatsanwaltschaft als Mordversuch. Allein drei Millionen Mark Sachschaden verursachte eine Explosion vom April '87 im Keller einer Tutzinger Villa, wo eine Elektronikfirma, die auch Bauteile für die Rüstungsindustrie herstellt, Chiffrier-Computer gelagert hatte. Zusammen mit den Sachschäden an Masten und Bahnanlagen schätzte die Staatsanwaltschaft die Gesamtsumme auf knapp vier Millionen Mark. Spektakulär war die Folge des umgesägten Strommastes in Monatshausen: In Tirol gingen kurzzeitig die Lichter aus. Vor Gericht gestanden alle fünf Angeklagten die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft.

„Artige junge Herren"

Nur einen halben Tag, nachdem an einem Aprilmorgen 50 Liter Aceton in der Tutzinger Elektronikfirma „Tele Security Timmann" explodierten, wurden vier der fünf angeklagten Jugendlichen festgenommen. Hinweise aus der Bevölkerung brachten die „Sonderkommission Energie und Bahn" des bayerischen Landeskriminalamts auf ihre Spur, nachdem zuletzt über 200.000 Mark Belohnung, davon 100.000 allein von der Bayernwerke AG, für ihre Ergreifung ausgesetzt worden waren. Als „einmaligen Schlag gegen die Strommastenumsäger-Szene ohne Beispiel in anderen Bundesländern" bezeichnete der CSU-Scharfmacher Peter Gauweiler damals stolz ihre Verhaftung.

Doch als vor knapp zwei Wochen der Prozeß gegen die fünf eröffnet wurde, blieb von dem Bild der „großen Fische aus der Terror-Szene" nicht mehr viel übrig. „Peter Gauweilers ganz großer Fang" spöttelt die Münchner 'Abendzeitung' und bildet auf einem Foto aus dem Gerichtssaal „Die artigen jungen Herren Strommasten-Absäger" ab. Blaß und angespannt sitzen sie nach elfmonatiger Untersuchungshaft vor dem Richter. Das Outfit des schmächtigen Brillenträgers Rudolf G. (25) ist absolut korrekt: graue Lederkrawatte, weinrotes Hemd zum Sakko. Der Küchenhelfer wird zusammen mit dem Schüler Mathias Z. (20) als mutmaßlicher Haupttäter gehandelt. Beflissen und ernsthaft macht sich Mathias während der Verhandlung Notizen. So tadellos wie ihr Aussehen ist auch das Verhalten der beiden Hauptangeklagten. Höflich und bereitwillig beantworten sie beide vor Gericht stundenlang alle Fragen.

Mit leiser Stimme, verunsichert und eingeschüchtert erzählt die einzige Frau, die junge Steuergehilfin Daniela N., wie sie mit den „Jungs" — mehr oder weniger aus Liebe zu Mathias — zum Sägen mitgekommen war. Als „passive Beteiligung" wurde ihr Verhalten als Aussage im Protokoll der ersten polizeilichen Vernehmung festgehalten. Doch der Begriff stammt nicht von ihr. Ohne den Sinn zu begreifen und ohne ihr Vernehmungsprotokoll durchgelesen zu haben, unterschrieb Daniela es auf Geheiß der Beamten nach ihrem ersten Verhör. Das Kürzel auf dem Papier „s.g.u.g." (selbst gelesen und genehmigt) kannte sie nicht.

In der Verhandlung zielten die Fragen der Schöffin auf das Menschliche und Moralische. „Warum haben Sie als Frau nicht die einmalige Chance wahrgenommen, den Menschen, den Sie lieben, vor dem Bösen zu bewahren?" Und von Mathias wollte sie wissen, was er denn gegen „die vielen Verkehrstoten auf unseren" Straßen unternehme und ob er denn wisse, wieviel an radioaktiver Strahlung der Mensch allein bei einer Computertomographie abbekäme. Mathias und Daniela geben auf jede Frage ruhige Antworten. „Wir wollen eine ruhige Verhandlung führen", betont auch der Richter Klaus Pollack, „schließen Sie daraus jedoch nicht, daß wir die Dinge als Kleinigkeiten ansehen." Er wird entscheiden, ob im Verfahren nach Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht verurteilt wird.

„Ohnmachtsgefühl nach Tschernobyl"

Bei ihren Aktionen handelten die jungen Männer immer sehr spontan und kaum nach einem ausgeklügelten Plan. So vergaß Mathias einmal seine Säge am „Tatort". Als er sie holen wollte, stellte er fest, daß er auf der Flucht vor dem umstürzenden Masten auch noch seine Ausweispapiere auf dem Acker verloren hatte. Nach dem Sägen hatten sie ein „tolles Gefühl im Bauch", auch stimuliert durch Alkohol und Shit. Rudolf erklärte vor Gericht, er sei im letzten Jahr vor der Verhaftung „eigentlich immer betrunken gewesen, denn man ist dann über den Dingen gestanden". Die Familienverhältnisse von Rudolf, genannt „Ratz", waren von jeher schwierig gewesen: Der Vater starb, als er vier war, das Gymnasium schaffte er nicht, der ältere Bruder warf ihn später aus dem elterlichen Haus. Und Mathias litt unter den Alkoholproblemen seiner Mutter.

Anfang dieses Jahres sind die sogenannten „Anti-Terrorgesetze" in Kraft getreten. Der Straftatbestand der terroristischen Vereinigung wird damit auf gefährliche Eingriffe in Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr und auf die Störung öffentlicher Betriebe ausgedehnt. Schon am ersten Verhandlungstag hatten sich die jungen Männer immer wieder gegen den Stempel „Terroristen" gewehrt. „Grundsätzlicher Haß gegen das demokratische Staatssystem" war als Tatmotiv auf einer Pressekonferenz kurz nach ihrer Verhaftung verbreitet worden. Ratz vor Gericht: „Unsere Demokratie ist zwar die beste, die wir je hatten, jedoch immer gefährdet durch Machtmißbrauch." Tschernobyl und das Ohnmachtsgefühl danach war für beide der vage Hintergrund der Aktionen. „Tschernobyl ist an die Substanz gegangen", so Mathias. Den Frust am Strommast abzureagieren, war der Ausweg. Das Ohnmachtsgefühl sei jedoch durch die Presseberichte nach den Aktionen, die ihn in die „Terroristenecke" gedrängt hätten, noch verstärkt worden. Immer wieder bohrte der Richter nach, warum sie keine Bekennerbriefe geschrieben hätten, um der Bevölkerung die Aktionen zu erklären. Aber für Mathias war klar: Bekennerbriefe = Terrorist. Nur einmal, aus Spaß, habe er Ratz vorgeschlagen, sich „Rote Grütze Fraktion" zu nennen: „Das grenzt deutlich ab und zeigt die Weichheit der Aktion", lacht er zum ersten Mal ein wenig.

Der Prozeß wird am Aschermittwoch fortgesetzt. Das erste Urteil gegen den 20jährigen Abiturienten Georg B. und den Schüler Peter H., der sich nach der Verhaftung der anderen freiwillig der Polizei gestellt hatte, wird für den darauffolgenden Tag erwartet. Da die beiden 20jährigen nur an einer der Strommastenaktionen beteiligt waren, gelten sie als „Mitläufer". Mathias, Rudolf und Daniela werden voraussichtlich am 4. März verurteilt.

Kabelsalat zum Aufwickeln: umgesägter Starkstrommast bei Tutzing *Foto: ap*

Mittwoch, 15. April 1987

Nach Anschlag in Augsburg schaltet sich Karlsruhe ein

Nur leichter Schaden an Regierungsgebäude — Täter von Tutzing verhaftet

AUGSBURG/MÜNCHEN (AZ) Auf den Sitz der Bezirksregierung von Schwaben in Augsburg ist gestern morgen ein Brandanschlag verübt worden, bei dem geringer Sachschaden entstand. In einem Anruf bekannten sich die „Revolutionären Zellen" zu der Tat. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, die sich in die Ermittlungen einschaltete, bezweifelt allerdings die Urheberschaft dieser Organisation. Der Brandanschlag auf eine Computerfirma in Tutzing am Starnberger See, bei dem Sachschaden in Millionenhöhe entstand, konnte nur 15 Stunden nach der Tat geklärt werden. Zwei Männer und eine Frau im Alter von 20 bis 24 Jahren aus dem Landkreis Starnberg gaben den Anschlag zu. (Siehe auch Bayern.)

In Augsburg haben die Täter insgesamt drei Molotowcocktails gegen das Regierungsgebäude geschleudert, von denen allerdings nur einer zündete. In dem Bekenneranruf wurde „Freiheit für alle politischen Gefangenen, Freiheit für Günter Sonnenberg und weg mit der Faschistenregierung der Bundesrepublik Deutschland" gefordert. Das Landeskriminalamt in München nahm mit Unterstützung von Beamten aus Augsburg die Ermittlungen auf.

„Grundsätzlicher Haß gegen das demokratische Staatssystem" nannten ein 24jähriger Dekorateur, ein 20jähriger Schüler und eine 22jährige Steuergehilfin als Motiv für ihren Anschlag auf die Tutzinger Computerfirma TST. Den Festgenommenen konnten außerdem fünf weitere Anschläge auf Strommasten und S-Bahnen im Landkreis Starnberg von Herbst 1986 bis zum März dieses Jahres nachgewiesen werden. Dabei war ein Sachschaden von mindestens 600 000 Mark entstanden. „Es ist davon auszugehen, daß es sich bei dem Trio um regional tätige, autonome Militante handelt", erklärte LKA-Präsident Helmut Trometer gestern in München. Offensichtlich haben die Festgenommenen noch Komplizen gehabt, nach zwei weiteren Personen hat die Polizei inzwischen eine Fahndung eingeleitet.

Durch einen der Brandsätze brannte dieses vor dem Regierungsgebäude in Augsburg geparkte Fahrzeug aus.
AZ-Bild: Wyszengrad

Im April dieses Jahres war ein Brandanschlag auf die Regierung von Schwaben in Augsburg.

Im Zusammenhang dazu gab es einen Bekennerbrief bei DPA und eine Erklärung, in der unter anderem die Zusammenlegung der politischen Gefangenen und die Freilassung von Günter Sonnenberg gefordert wurde.

Daraufhin (2 Wochen später) wurden zwei Leute, Michael und eine Frau festgenommen.

Beide fuhren erstmal in den Knast ein, wobei die Frau dann relativ schnell wieder draußen war.

Michaels Situation im Knast sah dann so aus: Er war von Anfang an den für politische Gefangene geltenden Sonderhaftbedingungen ausgesetzt, die bei ihm wie folgt aussahen:

1 Stunde Gemeinschaftshofgang, bis auf 1 Stunde Fernsehen Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen, 1 Stunde Besuch im Monat, kein Umschluß mit anderen Gefangenen.

Besuchsanträge, die gestellt wurden, sind entweder abgelehnt, verzögert oder überhaupt nicht beantwortet worden. Besuche sind mit Trennscheibe und im Beisein von zwei LKA-Bullen abgelaufen.

Der Prozeß gegen die beiden begann am 4. November, die Urteilsverkündung am 7. November.

Michael wurde angeklagt wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (129a) in Tateinheit mit versuchtem Brandanschlag und Sachbeschädigung, desweiteren wegen Autodiebstahl und räuberischer Erpressung.

Prozeßablauf: Michael machte sich im Prozeß total offen und gab alle Anklagepunkte zu. Er hat sich von seinem Anschlag und von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung distanziert. Trotzdem hat sich die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklage auf den Punkt 129a konzentriert. Die Staatsanwaltschaft führte aus, Michael wolle durch diese Aktion den antiimperialistischen Prozeß voranbringen, sie bezog sich dabei auch auf die Aktionen der Guerilla des letzten Jahres (Braunmühl, Beckurts, Zimmermann), bzw. auf den letzten Hungerstreik der politischen Gefangenen und unterstellten Michael, daß er über den Anschlag bei der RAF einsteigen wollte. Die anderen Anklagepunkte wurden beim Plädoyer ziemlich kurz gehalten. Gefordert wurden 3 Jahre wegen Unterstützung, Sachbeschädigung und versuchter Brandstiftung, und 3 Jahre wegen räuberischer Erpressung, Autodiebstahl und Fahren ohne Führerschein.

Michaels Anwalt, Gildemeier, stellte während des gesamten Prozesses keinen Beweisantrag, keine Nachfragen, keine Einsprüche und engagierte sich auch sonst nicht besonders für seinen Mandanten. In seinem Plädoyer stellte er die angebliche Unzurechnunsfähigkeit Michaels in den Vordergrund, desweiteresn erklärte er die Tat durch ein überzogenes Anerkennungsbedürfnis, das in einem verminderten Selbstwertgefühl begründet sei, motiviert. Er forderte lediglich ein niedrigeres Strafmaß als die Bundesanwaltschaft (BAW). Das Urteil des Gerichts entsprach genau den Forderungen der Staatsanwaltschaft.

Bei der Mitangeklagten war es so, daß sie angab, keinerlei politischen Hintergrund zu haben, bzw. sich überhaupt nicht für Politik zu interessieren und sie die Tat nur aus Freundschaft zu Michael begangen hatte. Sie wurde zu 1 Jahr auf 3 Jahre Bewährung verurteilt. Wir wollen jetzt noch eine Einschätzung von uns zum Prozeß und zu Michael abgeben.

Michael sah man im Prozeß an, daß es ihm ziemlich schlecht geht. Er zeigte sich auch während des Prozesses, durch das, was er sagte, resigniert und desorientiert.

Wir denken, daß er aus seiner Situation, Isolationshaft, unklares Verhältnis zu seiner Aktion, an aus keinem konkreten politischen Zusammenhang herauskommend und ihm dementsprechend auch die notwendige politische Auseinandersetzung fehlte, auch nicht fähig sein konnte, daraus Stärke zu entwickeln.

Das zeigte sich auch in der Prozeßführung, die mehr durch seinen Anwalt, als durch ihn bestimmt schien. Was da an Prozeßtaktik rüberkam, war auf Unzurechnungsfähigkeit (Drogen, allgemeiner psychischer Zustand) zu plädieren, um Strafmilderung zu erreichen. Bei unserer Einschätzung des Urteils denken wird, daß vor allem zwei Faktoren wichtig sind.

Zum einen der 129a-Komplex, der sich, wie wir denken, hauptsächlich an der Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen festmacht. Und dabei geht es ihnen nicht um die Person Michael an sich, bzw. dem Anschlag, der eigentlich für sich nichts vermittelt, sondern um die Tatsache, daß Michael die Forderung aufgegriffen hat.

Die Kämpfe zur Forderung drinnen und draußen stehen für revolutionäre Politik.

Deshalb wird jeder, der sich mit der Forderung beschäftigt, sie aufgreift und zum Teil seines Kampfes macht, mit Prozessen überzogen, bzw. zumindest mit Repressalien belegt.

Im Fall von Michael denken wir, daß es aufgrund seiner Identität für die BAW nicht möglich war, ein 129a-Verfahren in voller Härte/Konsequenz durchzuziehen, aber daß

das Verfahren nichts desto trotz als Abschreckung für diejenigen dienen sollte, die wie er, in keinem kontinuierlichen politischen Zusammenhang stehen oder erstmal anfangen, sich damit zu beschäftigen.

Trotzdem ist das Strafmaß nicht vollständig über den 129a zu erklären. Wir denken, und das ist der zweite Punkt, daß für das Urteil seine Vorgeschichte mit relevant war. Als Ex-Knacki, Drogenabhängiger, Kleinkrimineller usw. ist er nach herrschenden Vorstellungen nicht eingliederbar in die Gesellschaft, bzw. daß keine Aussicht auf gesellschaftliches „Funktionieren" besteht oder anders gesagt: Er ist Ausschuß(ware), „unverbesserlich", der weggesperrt werden muß. Dadurch ist auch das hohe Strafmaß im Fall der „räuberischen Erpressung" erklärbar, die so aussah, daß er mit einer Gaspistole einer Frau die Atuoschlüssel abgenommen hat und mit diesem Auto dann weggefahren ist.

Wie es Michael momentan geht, wissen wir nicht. Wenn jemand Interesse hat, Michael zu schreiben, kann er die Adresse beim EA bekommen.

Michael Fleischhauer
Stadelheimerstr. 12
8000 München 90

EA Augsburg
9.11.87

Hallo Michael,
Wir waren ein paar Mal auf deinem Prozeß (und Urteilsverkündung). Wir haben ziemliche Schwierigkeiten, wie wir in Bezug auf den Anschlag, deiner Person und dem Prozeß umgehen sollen. Das soll jetzt kein Angriff gegen dich sein, sondern wir wollen erstmal schreiben, wie es uns dazu geht. Wir wissen auch nicht, ob du eine weitere Auseinandersetzung mit uns willst, ob du willst, daß wir anderen über deinen Prozeß evtl. Briefe usw. berichten sollen (ob du willst, daß wir deine Adresse weitergeben) oder wie du dir das überhaupt vorstellst.

Wir sehen dich als jemanden, der dabei ist, seine Identität zu finden, aber der auch, wie jeder, Probleme damit hat. So denken wir auch, daß der Anschlag eigentlich nicht deiner Situation/Identität entsprach, was auch am Anschlag selber zum Ausdruck kam/vermittelt wurde, d.h., daß er widersprüchlich und in seiner ganzen Vermittlung unklar war. (Sinn?)

Es scheint auch so, daß du jetzt genau vor dieser Konfrontation, Problematik stehst, also Anschlag, 129a Verfahren Plus Anhang, Bewußtsein deiner Person und wie du damit umgehen sollst.

Wir wissen auch nicht, wie du zu deinem Anwalt stehst. Wir fanden ihn unter aller Sau: er hat überhaupt kein Engagement gezeigt, minimale Besuche, in der Prozeßführung selber keine Anträge, Nachfragen, kein Wort über deine Haftsituation. Wir wollen wissen, wie du das siehst, z.B. ob du in Revision gehen willst, evtl. mit anderem Anwalt usw.

Wenn du willst, schreib jetzt einfach, wie es dir dazu geht, wir stellen nen Besuchsantrag, schreib, ob du das auch willst, schreib auch, wie es dir überhaupt geht, was du machst. Wir sind interessiert an einer Antwort von dir.

Bis dahin, liebe Grüße EA

Schweiz: Die Folgen der Tschernobyl-Demo vom 25. April 1987

Erstmals hatten sich fast alle Anti-AKW-Kräfte der Schweiz zusammengeschlossen: gemeinsam sollte eine nationale Manifestation durchgeführt werden. Kurz vor dem 25. April verweigerte die Berner Stadtregierung den OrganisatorInnen die Bewilligung für die vier Demonstrationszüge, - unter anderem mit der fadenscheinigen Begründung, der Verkehrsfluß zur BEA-Ausstellung werde beeinträchtigt. Am Vorabend der Demonstration beschloß eine Mehrheit der Organisationen, wenigstens zwei Züge durchzuführen. Alle Organisationen vereinbarten, den zweiten Zug nicht mit Gewalt zu erzwingen, falls er nicht doch noch bewilligt werden sollte. Am Samstagmorgen sträubte sich Polizeidirektor Albisetti auch gegen diesen letzen Kompromissvorschlag. Obwohl er mit den Organisationen vereinbarte, daß auch der unbewilligte Zug angekündigt werden müsse, und sich beide Seiten verpflichteten, keine Gewalt zu provozieren, schlug die Polizei zu. Das Resultat: Fünf Verletzte und Tausende, die vor dem Tränengas flüchten mußten.

Die Bewilligungspraxis der Berner Stadtregierung und das Verhalten der Polizei war - nicht nur in den Augen von AKW-GegnerInnen - ein Skandal. Politische und strafrechtliche Untersuchungen wurden eröffnet:

1. Das Berner Stadtparlament setzte eine **parlamentarische Untersuchungskommission** ein, um das Verhalten der Berner Stadtregierung (Gemeinderat) und der Polizei zu untersuchen. Die Gesamtschweizerische Konferenz für die Stillegung der AKW hat dieser Kommission sofort einen Bericht über die Demonstrationsvorbereitung mit allen Unterlagen übergeben. Im Oktober mußte die Kommissionspräsidentin jedoch vor dem Stadtparlament bekanntgeben, daß die Untersuchungn nicht vom Fleck komme, weil sie vom Gemeinderat systematisch sabotiert werde: Verweigerung der Aktenherausgabe, Aussageverweigerung und Aussageverbote für Polizisten... Auf diesen Protest hin traten zwei bürgerliche Mitglieder der fünfköpfigen Kommission zurück. Die Kommission will ihre Arbeit im Januar 1988 wieder aufnehmen. Die Bürgerlichen in der Stadtregierung und im Parlament versuchen ganz offensichtlich, diese Kommission lahmzulegen und zu diskreditieren, um die unrechtmäßigen Handlungen des Gemeinderates und der Polizei zu vertuschen.

2. Die Berner Stadtregierung hat sich eine **eigene, gemeinderätliche „Untersuchungskommission"** zugelegt, bestehend aus Altbundesrichter Huber und Altprofessor Schultz. Während die parlamentarische Untersuchung systematisch hintertrieben wird, läuft diese Untersuchung „in eigener Sache" munter voran... Da wir feststellen mußten, daß Huber und Schultz sehr einseitig „untersuchen", hat die Gesamtschweizerische Konferenz beschlossen, mit diesen Herren nicht zusammenzuarbeiten. Unsere Aussagen sollen nicht dazu mißbraucht werden, dem zum vornherein feststehendem Ergebnis einen Anschein von Glaubwürdigkeit zu verleihen. **N.B.**: Niemand kann gezwungen werden, den Vorladungen der Herren Huber und Schultz Folge zu leisten.

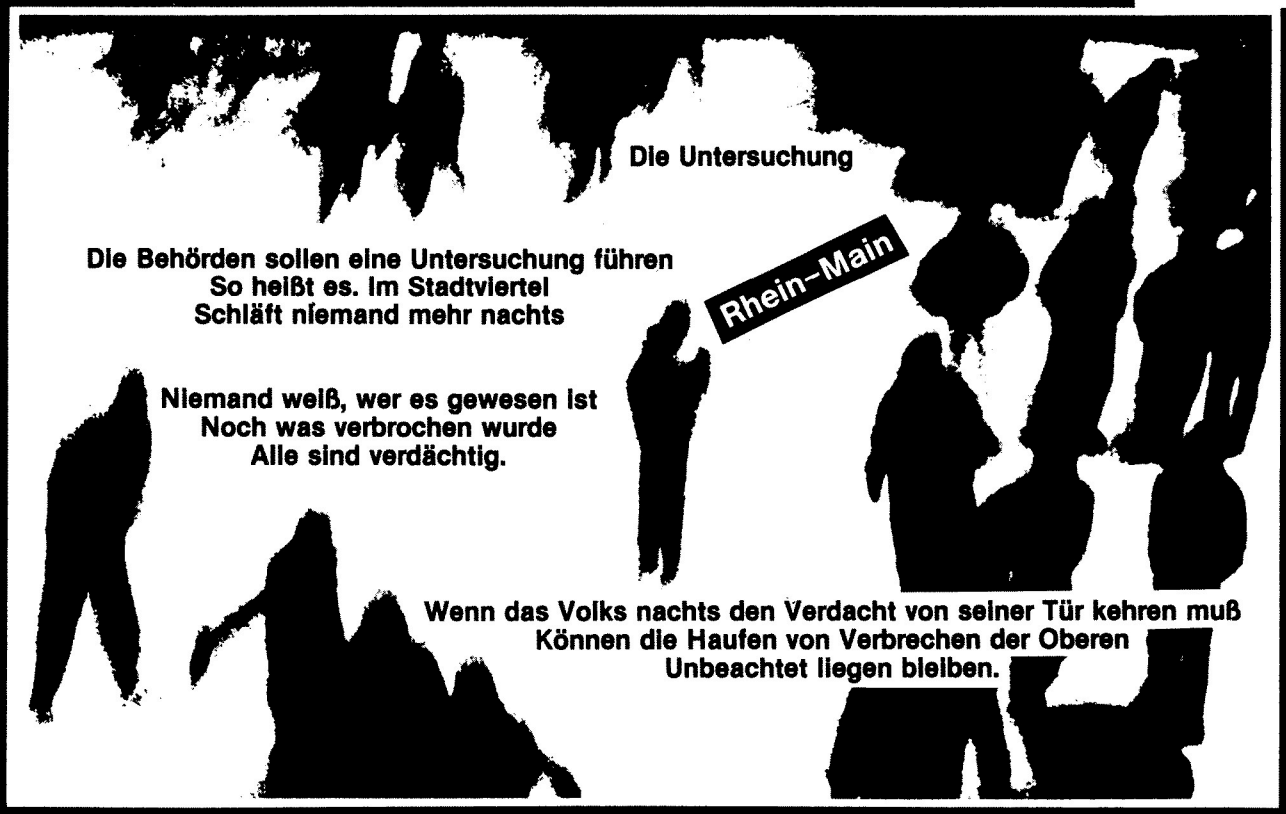
3. Die Sicherheitspolizei der Stadt Bern hat gegen drei Organisatoren **Strafanzeige** erstattet „wegen Ungehorsams gegen eine amtliche Verfügung" und „Anstiftung zur Störung des öffentlichen Verkehrs". Der erste Punkt fällt dahin, weil die formelle Bewilligung erst nach der Demonstration eingetroffen ist. Dagegen gedenkt der Untersuchungsrichter Stucki (SP-Genosse), zwei Organisatoren wegen Anstiftung zur Störung des öffentlichen Verkehrs zu überweisen. Der Strafprozeß wird voraussichtlich im Frühling 1988 stattfinden; es drohen Gefängnisstrafen. Wir verlangen, daß auch Polizeidirektor Albisetti wegen Mittäterschaft überwiesen wird, weil er einverstanden war, daß die Durchführung des unbewilligten Zugs angekündigt wird.

4. Fünf ernstlich verletzte Demo-Teilnehmer/innen haben gegen Albisetti, Polizeikommandant Hoffmann und gegen Polizeibeamte **Strafklage wegen Körperverletzung** eingereicht. Untersuchungsrichter Stucki gedenkt, diese Untersuchungen mangels Beweis einzustellen. Rechtsanwalt André Seydoux verlangt, daß der Untersuchungsrichter die Polizei endlich zwingt, die Beweismittel herauszugeben.

Schlußfolgerung: Der Strafprozeß gegen die beiden Organisatoren muß als Tribüne benützt werden: Wir müssen aufzeigen, daß in diesem Land die Anti-AKW-Bewegung mit beliebigen Vorwänden ihrer Rechte beraubt werden kann und hinterher nicht die Regierenden und die Polizei, sondern die entrechtete Anit-AKW-Bewegung angeschuldigt und kriminalisiert wird. Die Strategie der Berner Stadtregierung muß entlarvt werden. Wir dürfen uns das Demonstrationsrecht nicht nehmen lassen und müssen bei allen Gelegenheiten die wirklich Kriminellen in dieser Gesellschaft in den Mittelpunkt rücken: Die Betreiber und Propagandisten der Atomreaktoren.

Für die Vorbereitung des Prozesses wird eine Arbeitsgruppe der Gesamtschweizerischen Konferenz einberufen. Betroffene und ZeugInnen sind zur Mitarbeit aufgerufen. Kontakt: André Seydoux, Herrengasse 30, 3011 Bern, 031/210815

R.W.



Auf den nächsten Seiten berichten wir ausführlich über die Situation im Frankfurter Raum nach den Ereignissen des 2.November 1987. Über die Vorgänge und die Diskussionen Öffentlichkeit zu schaffen, halten wir im Moment für eine der vordringlichsten Aufgaben. Denn das, was seit den Schüssen an der Startbahn in Frankfurt und Umgebung an Repression geschieht, stellt vieles in Frage, von dem wir voher selbstverständlich ausgingen. Viel zu wenige haben bislang mitbekommen, unter welchen Druck die Startbahn-Bewegung steht, wir können uns des Eindrucks auch nicht erwehren, daß es viele gar nicht wissen wollen. Das Versagen der Frankfurter taz-Redaktion hat ihr übriges dazu getan, daß bundesweit die Kriminalisierung der Startbahn-Bewegung kaum ein Thema ist.

Was ist geschehen? Zum ersten Mal wurde und wird in vollem Ausmaß mit dem Instrumentarium der Anti-Terror-Gesetzgebung und der Isolationshaft gegen eine soziale Bewegung vorgegangen. Ein Vorgehen, daß bislang auf den Kreis der RAF bzw. des Umfeldes beschränkt schien - für viele jedenfalls. Die Betroffenen waren diesem Druck, dieser Situation nicht gewachsen. Auch mögen Gründe eine Rolle gespielt haben, die die Frage zwingend aufwerfen: Sind Fragen nach dem Ziel, dem Risiko, dem Gewachsen sein der möglichen Folgen für den Einzelnen ausreichend diskutiert worden? Es kam zu fatalen Selbstbelastungen und zu einem Aussagekarussell, wie es niemand von uns bislang für möglich gehalten hatte - zumal bei alten und erfahrenen Leuten. Zum ersten Male wurde eine BI-Szene in einem solchen Umfang aufgemischt mit Durchsuchungen, Festnahmen, Haftbefehlen, Vorladungen, wieder Durchsuchungen. Die nächsten Seiten werden einen Eindruck davon geben. Ebenfalls unvorbereitet waren viele, wenn nicht alle, daß die Ermittlungsbehörden Aussageverweigerungen nicht akzeptierten, sofort Ordnungsgelder verhängten und Erzwingungshaft anordneten, ohne das die Betroffenen eine Chance zum Nachdenken, zum Anwaltskontakt, zur Diskussion mit anderen hatten. Nach dem Motto: Wenn du weiterhin die Aussage verweigerst, kommst du gar nicht erst nach Hause, sondern wanderst gleich in den Bau. Und wer dann noch in einer persönlich schwierigen Lage ist, sei es, einen Säugling zu stillen hat oder aus anderen Gründen zu Hause unentbehrlich ist, der wird in eine Zwangsituation gebracht, in der jeder an seine Grenzen stoßen kann, zumal wenn einem noch die Aussagen der anderen, Filme oder Richtmikrophonaufnahmen vorgehalten werden.

Die Betroffenen und diejenigen, die sich um die Öffentlichkeitsarbeit, um die Festgenommen, um die Vorgeladenen kümmern, brauchen unsere volle Unterstützung, die persönliche, politische und finanziell-organisatorische. Die Ermittlungsausschüsse und Knastgruppen machen wirklich gute Arbeit, versuchen niemanden fallenzulassen, sich um alle zu kümmern und die notwendigen grundsätzlichen Diskussionen nicht außer Acht zu lassen. Das ist in unseren Augen ein beispielhafte Solidaritätsarbeit.

Allen von uns muß angesichts der Lage in Frankfurt klar sein: Das gleiche oder besser vergleichbares kann in Brokdorf, Gorleben, Essen, Wackersdorf, Hanau, Göttingen oder sonstwo ablaufen. In diese Situation können auch nicht nur Menschen und Gruppen kommen, die sich an Strommasten oder anderen Anlagen der Atommafia zu schaffen gemacht haben. Die Grenzen für solches Vorgehen sind bekanntlich verschiebbar. Deshalb müssen wir uns alle mit den Vorgängen in Franbkfurt auseinandersetzen, dürfen sie nicht verdrängen, müssen sie gemeinsam zu bewältigen versuchen. Gebt die Informationen weiter, schreibt den Inhaftierten, diskutiert die Papiere, organisiert Veranstaltungen, und sammelt Geld für die Ermittlungsausschüsse.

Red. atom

Rhein-Main

Zur Lage

Wir alle wissen, wieviele Gerüchte, Angst, Vermutungen, Ahnungen und Lügen unter uns allen im Umlauf sind. Daran ist nicht (nur) die TAZ-Ffm schuld; sie profitiert nur davon. Wir brauchen uns nichts vorzumachen, auch unter uns gibt es das sensationelle Befürfnis, das unsere gemeinsame Verantwortungn nur noch voyeuristisch wahrnimmt. Wievielen von uns geht es nur darum so viel wie möglich Infos, Internas und Neuigkeiten zu sammeln, anstatt sich, uns gemeinsam zu fragen, was wir praktisch tun können und müssen. Wieviele von uns zerreißen sich das Maul über die Unfähigkeit anderer, über Verhaltensweisen, die in der Tat die „Fahndungserfolge" mitbegünstigt haben, über Unverantwortlichkeiten anderer, ohne eigene Verantwortung zu übernehmen. Wieviele sind auf den Plenen, wollen was wissen, erwarten Erklärung und Antworten, und sind selbst stumm geblieben? Wieviele sind angewidert und entsetzt über die konkurrente, selbstgerecht und hinterfurzige Art auf Plenen miteinander umzugehen und haben aber selbst Schiß, sich genau dieser notwendigen Auseinandersetzung zu stellen? Wieviele meinen betroffen zu sein, etwas sagen zu müssen und kümmern sich einen Dreck darum, wie wir das gemeinsam hinkriegen?

Niemand, aber auch wirklich niemand hat das Recht sich selbstgerecht hinzustellen, um auf andere zu zeigen. Und wir brauchen auch niemanden, der uns die „Verräter" nennt, um unsere gemeinsame Verantwortung auf die „schwächsten" Glieder in einer Kette abzuwälzen.

Nach dem 2.11.87 ist viel und von allen Seiten von „einer gemeinsamen politischen Verantwortung" geredet worden. An einigen wenigen Punkten haben wir versucht, diese Verantwortung zu füllen und zu tragen. Wenn wir diese nicht konkret üben, d.h. mit unserem gemeinsamen Engagement, mit der Teilnahme aller - ist unsere Glaubwürdigkeit so viel wert, wie die „Ehrenworte" in Kiel.

Es ist uns in den letzten 2 Wochen schwer gefallen, zu allen Gerüchten und Spekulationen Stellung zu nehmen - nicht nur aufgrund des Druckes immer neuer Ereignisse - die wir erstmal verdauen und einordnen mußten - sondern auch auf dem Hintergrund, daß Richtigstellungen neue Fahndungsmotive auslösen können. Wir haben sicherlich noch nicht die ganze Dimension der Ereignisse erfaßt, trotzdem wollen wir soviel Informationen wie möglich weitergeben, damit eine geneue Auseinanderrsetzung unter uns allen möglich ist. Denn es nutzt nichts, sondern schadet nur, wenn wenige wissen, was abläuft und viele garade deshalb Spekulationen und Vermutungen begierig aufnehmen, in der Hoffnung überhaupt etwas mitzubekommen. Und es sind genau diese unverbindlichen Strukturen unter uns allen, die uns ungeheuer viel Kraft und Nerven gekostet haben, alles zusammenzutragen, was an Informationen an verschiedensten Ecken und Enden unserer Zusammenhänge vorhanden war. Es sind genau dise mangelnden Strukturen unter uns allen - das Nichteingebundensein vieler, die sich als Autonome oder Libertäre begreifen und die völlige Überforderung derer, die die wenigen kollektiven Zusammenhänge tragen- die heute auf uns zurückfallen.

Es ist vielleicht der denkbar ungünstigste Zeitpunkt, gerade jetzt, organisatorische und politische Verbindlichkeiten unter den existierenden Zusammenhängen und Gruppen herzustellen; genau das anzupacken, wovon wir alle seit über 1 Jahr reden. Doch es ist unsere einzigste Chance, von der Repression nicht Zug um Zug eingekreist und aufgerieben zu werden. Wenn es uns nicht gelingt, der Repression politisch etwas entgegenzusetzen, dann werden auch wir mit einem Niederlagenbewußtsein konfrontiert, das weit über autonome und libertäre Zusammenhänge hinaus greift. Die radikale Linke hat „ihre" Niederlage 1977 teuer bezahlt, mit dem Preis der Integration und der politischen Absage an radikale und revolutionäre Veränderungen. Vor einem ähnlichen historischen Punkt stehen wir heute. Es nutzt uns wenig, wenn wir trotzig und scheinbar unbeirrt an unserer militanten Identität festhalten, während uns die Repressionswelle Meter um Meter Boden unter den Füßen wegschwemmt. Wenn es heute dem Staat gelingt, an der autonomen und libertären Bewegung ein Exempel zu statuieren, - das allen gilt, die an einer radikalen Veränderung festhalten, - dann ist dem Staat etwas gelungen, was den Realo-Grünen bisher politisch versagt blieb: der Beweis, daß (radikaler) Widerstand nicht möglich ist.

„Widerstand ist möglich" - es liegt an uns allen, ob wir mit unseren Ängsten, Ohnmacht und individuellem Rückzug eine Niederlage bereits vorwegnehmen, oder ob wir die Parole vom „Widerstand ist möglich" jetzt erst recht mit unserer Kraft und unseren Vorstellungen füllen können.

Noch ein paar Infos über die 3. Verhaftungswelle

Es wurden Personen - zum ersten Mal überhaupt - mit Ergebnissen von „Lauschangriffen" (Richtmikrofone) aus Wohnungen, Autos und Startbahnwald konfrontiert.

Die Folge davon war, daß Leute sich selbst und andere belastet haben - was wiederum den belasteten Personen vorgehalten wurde. Sagen können wir, daß alle die Haftverschonung bekommen haben, sich zumindest selbst, bzw. noch andere belastet haben. Alle Aussagen bezogen sich auf Strommastaktionen im Rhein-Main Gebiet.

Wir alle konnten und wollten es erstmal nicht glauben. Es war uns klar, daß es zu dieser 2. Verhörswelle kommen wird. Die Fahnder wollten sich mit den anfänglichen, meist vagen Aussagen nicht zufrieden geben. Sie wußten, daß sie einigen bereits ein Bein weggeschlagen haben, nun wollten sie ihnen das zweite Bein auch noch wegtreten. Sie drehten gezielt am Aussage-Verrats-Karusell, um ihnen auch den letzten Halt zu nehmen („Weißt du, daß deine Freunde längst gesungen haben, - du bis von lauter Verrätern umgeben, - du bist doch blöd, wennn du jetzt nicht auspackst").

Alle mußten auf diese Situation vorbereitet sein. Wir haben alle gedeckt und unsere praktische wie politische Solidarität zugesichert, auch und gerade jenen gegenüber, die bereits mit ihren ersten Aussagen einen „hohen Preis" bezahlt haben. Wir haben versucht Bedingungen zu schaffen, daß wir uns alle mit offenen Augen ansehen können.

Zur Lage

Wir haben es nicht gepackt. Nun sitzen nicht nur Andy, sondern auch Andreas (WI) und Reiner (Ffm) im Knast, am 4.12. kam dazu noch Jürgen (Rüsselsheim) in U-Haft.

Wir wissen noch nicht, wie wir damit umgehen können. Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen und wir hoffen, daß auch ihr aus anderen Städten, sorgfältig darüber diskutiert.

Um es aber klar zu machen: Wir lehnen JEDE Art von Lynchjustiz und Bestrafungsmaßnahmen in Bezug auf Leute, die ausgesagt haben ab, da dieses Verhalten zum einen auch auf mangelnde Diskussionen etc. unter uns zurückzuführen ist und zum zweiten, weil wir nicht noch ein Denunziantenkarusell anleiern wollen.

Das heißt aber nicht, daß wir diesen Personen gegenüber keine Konsequenzen ziehen werden!!!

Zu den Aussagen

Mehrere Wochen nach den Schüssen an der Startbahn ist die Repression noch ganz massiv am laufen. Wir haben die 3. Verhaftungswelle hinter uns und wir „warten" gewissermaßen auf die 4. Wie aus der Chronologie zu entnehmen ist, haben wir kaum einen Tag Pause gehabt, andauernd gab es Hausdurchsuchungen, Vernehmungen, Vorladungen und (vorübergehende) Festnahmen. In den nächsten Wochen erwarten wir eine Lawine von Zeugenvorladungen und genau darauf wollen wir an dieser Stelle eingehen.

Einige Leute haben bereits Aussagen gemacht, dabei sich bzw. andere belastet. Andere haben geglaubt, sie seien nicht betroffen und ihre Aussagen würden ja niemanden belasten.

Die Annahme, nur eine Aussage mit einer Schuldzuweisung, z.B. „der hat .. gemacht",

sei gefährlich ist eine totale Fehleinschätzung! Es gibt die Möglichkeit „Täter" auf diesem Weg zu finden, aber auch über eine „Negativrasterung": Es wird versucht festzustellen WER alles z.B. am 2.11. an der Startbahn war. Dann werden die vielen „belanglosen" und „ungefährlichen" Aussagen ausgewertet, nämlich wer wen gesehen hat (ohne Masken natürlich) - und wer mit wem zusammen gelaufen ist, wer, wann, mit wem, wo gestanden hat usw. Dabei bleiben einige Leute übrig. Das wäre der Kreis, den die Bullen gerne einkreisen würden. Wegen Barrikadenbaus, Sicherung, Megafonen, Funk, Mollis etc., denn die Schüsse sind nicht der Punkt um den es sich bei der Fahndung dreht.

in

Die ganzen Aussagen sollen die Struktur der autonomen/anarchistischen Bewegung aufdecken um sie damit zerschlagen zu können. Das ist die Verantwortung die jede/r von uns trägt, wenn er/sie zur Vernehmung vorgeladen wird! Dieser Verantwortung kann sich niemand mit der Bemerkung „ich sag ja nichts wichtiges" entziehen, gerade auch diese „egalen" Sachen sind entscheidende Brücken im Puzzle des Fahndungsapparates.

Einige Leute meinen, sie kämen mit der Berufung auf den § 55 (Zeugnisverweigerungsrecht wegen möglicher Selbstbelastung) gut über die Runden, was sehr gefährlich ist. Das Zeugnisverweigerungsrecht gilt nämlich nicht für alle Fragen; es muß jeweils für die einzelnen Fragen benannt werden. Wenn die Bullen z.B. wissen, daß jemand am 2.11. an der Startbahn war, können leicht Schwierigkeiten aufkommen, wen sich jemand weigert wg. § 55 zu erzählen was er/sie gesehen hat. Nur „nichts" gesehen zu haben wird da schnell zu „nichteidlicher Falschaussage". Auch die Verweigerung der Aussage mit wem man an der Startbahn war ist nicht mit dem § 55 abgedeckt. Andererseits sind eure Freunde mit einem Verfahren wg. schwerem Landfriedensbruch bedroht, wenn ihr deren Namen nennt.

Lest hierzu bitte den Text „Verhalten bei einer Zeugenladung" durch!

So oder so, über kurz oder lang machen wir uns gegenseitig fertig, bringen unsere Freund für Monate und Jahre in den Knast, tragen wir selbst zur Zerschlagung der autonomen/anarchistischen Bewegung bei, WENN DIE AUSSAGEN NICHT ENDLICH AUFHÖREN!

Es geht Alles in Allem darum, das muß jedem klar sein, um mehrere hundert Jahre Knast. Wir können - nach dem anfänglichen Aussage-Karusell - vieles nicht mehr verhindern, aber wir können uns komplett fertig machen wenn die Aussagen weitergehen.

Die einzige Möglichkeit ist:

ALLE AUSSAGEN ZU VERWEIGERN!

Das heißt für diejenigen, die nicht als „Beschuldigte" vorgeladen sind, sondern NOCH als „Zeugen", daß sie den § 55 vergessen können und schlichtweg alle Aussagen zu dem GANZEN FRAGENKOMPLEX verweigern müssen.

In diesem Fall kann die Bundesanwaltschaft uns eine Geldstrafe anhängen oder eine sogenannte „Aussageerzwingungshaft" (Beugehaft) bis zu maximal 6 Monaten anordnen (die Höhe der Summe oder der Haftdauer ist natürlich abhängig von der „Schwere" eurer Verweigerung). Diese Beugehaft ist politisch ein ganz haariges Ding, wogegen wir politisch sehr gut vorgehen können.

Wir müssen also, wenn wir als politische und soziale Bewegung (nicht nur) im Rhein-Main Gebiet überleben wollen, unsere oft zitierten Sprüche über die „gegenseitige Hilfe" und „Solidarität" praktisch werden lassen. D.h. wir müssen für diejenigen, die Geldstrafen oder gar Beugehaft bekommen

Rhein-Main

Zur Lage

ALLE MÖGLICHE HILFE garantieren. Dazu müssen die Kassen gefüllt werden um niemanden in Not kommen zu lassen, praktische und politische Aktionen müssen (möglichst im ganzen Land) geplant und vorbereitet werden, damit sie im Notfall SOFORT durchgeführt werden können...

Ganz wichtig ist, neben all diesen Vorschlägen, die intensive Auseinandersetzung mit den Freunden und Genossen um sich die eigenen Ängste und Befürchtungen zu Knast, Vernehmungen und Bullenterror klarzumachen und sich darauf einzustellen.

aus Rhein-Main-Info Nr.1

Frankfurt

Ausnahmerecht im Rhein-Main-Gebiet!

Es existiert ein Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 4.12.1987, erlassen auf Antrag der Bundesanwaltschaft, bezüglich AZ 280/87 (Mordverfahren gegen Andreas Eichler) und AZ 302/87 (Kriminelle Vereinigung wegen mehrerer Anschläge).

In diesem Beschluß wird gemäß Strafprozeßordnung § 111 die Einrichtung von Straßenkontrollen verfügt:

„Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß eine Straftat nach § 129a des Strafgesetzbuches ... begangen worden ist, so können auf öffentlichen Straßen und Plätzen und an anderen öffentlich zugänglichen Orten Kontrollstellen eingerichtet werden. ... An einer Kontrollstelle ist jedermann verpflichtet, seine Identität festzustellen und sich sowie mitgeführte Sachen durchsuchen zu lassen.

Dieser Beschluß gilt vorerst für die Zeit bis zum 19.1.1988 für

- Stadt Frankfurt
- Reg.-Bez. Darmstadt
- Reg.-Bez. Gießen
- Reg.-Bez. Rhein-Hessen in Rheinland-Pfalz

Rhein-Main

Zur Lage

Protokoll einer Hausdurchsuchung (21.12.87 21.30-24.00 Uhr) (gekürzt)

Ich befand mich im Badezimmer beim Zähneputzen, da ich ins Bett gehen wollte. Plötzlich hörte ich einen lauten Knall, ich fuhr herum und sah mehrere Gestalten mit hellen Helmen, gezogenen Pistolen und kugelsicheren Westen in die Wohnung stürmen. (MEK)

Erst glaubte ich, sie hätten die Tür eingetreten, später stellte sich heraus, daß sie den ganzen Rahmen mittels eines Hebels aufgebrochen hatten. Ich schrie vor Schreck auf, da die Figuren mich mit der Knarre bedrohten. Ich reagierte panisch, riß das Badezimmerfenster auf und sprang aus der Wohnung (Erdgeschoß) ins Freie. Dabei verletzte ich mich am Knie und am Schienbein. Ich lag auf der Erde und zwei zivilgekleidete Polizisten tasteten mich ab, hielten mich fest und legten mir Handschellen an, nachdem sie mir die Hände auf den Rücken gedreht hatten.

Es wurde mir nicht gestattet, einen Anwalt zu verständigen, bzw. sonst irgend jemand von den Maßnahmen in Kenntnis zu setzen. Einen Durchsuchungsbefehl bekam ich nicht zu Gesicht, es wurde nur etwas von „Gefahr im Verzug" gesagt.

Ich versuchte mehrmals mit meinem Freund zu sprechen, er ebenso mit mir, was sie uns immer verboten. Schließlich waren wir still meinem Freund gelang es langsam, sich zu mir ins Zimmer zu bewegen, er konnte sich neben mir aufs Bett setzen, zwei der 6 Polizisten durchsuchten das Regal, den Schreibtisch, durchwühlten den Papierkorb und besahen sich jeden kleinen Papierfetzen. Sie durchsuchten das Bett und besahen sich Urlaubsfotos, Bilderrahmen und in Mappen abgelegte Zeichnungen von mir. Sie blätterten Bücher durch, besahen sich Gedichthefte, Flugblätter, durchwühlten Taschen. Ich konnte hören und z.T. durch die offene Tür sehen, daß sie auch den Rest der Wohnung, einschließlich des Zimmers meiner Mitbewohnerin, durchsuchten. In meinem Zimmer verhielten sie sich korrekt, stellten alles, soweit möglich, auf seinen Platz zurück usw.

Im Bad mußte ich mich bis auf T-Shirt und Unterhose ausziehen. Sie tastete mich ab und durchsuchte meine Kleider. Dann zog sie meine Unterhose herunter und sagte: „Ziehen sie mal die Scheide auseinander." (Weiß nicht, was sie da gesucht hat.) Vermutlich reine Schikane. Sie schaute mir auch von hinten in den Slip. Sie fragte mich noch, was genau die Schlüssel an meinem Schlüsselbund für einen Zweck hätten, einer sähe ja aus wie ein Safeschlüssel (Schlüssel zu einem alten Fahrradschloß). Dann durfte ich mich wieder anziehen. Die drei Uniformierten verschwanden wieder.

Nachtrag zur Situation im Keller:

Einer der beiden Polizisten fragte mich, „Und sie sind tatsächlich aus dem Fenster gesprungen?" Derselbe heuchelte später auch, daß er gar nicht wisse, wie die „Beamten" in die Wohnung gelangt seien - das, während einer seiner „Kollegen" daneben stand und mir versicherte, „wegen dem Schloß werden wir uns mit ihnen in Verbindung setzen und wenn sie wollen, ersetzen wir ihnen auch das kaputte Glasgefäß." Derjenige hatte im Keller die Bemerkung fallen lassen: „Das Flugblatt von der BUNTEN HILFE ist wirklich putzig. Die haben keine Ahnung was hier abläuft."

Es wurden mehrere Nachbarn zu Sachverhalten, die ich nicht genau mitbekam, befragt.

Betroffene

Siggi Schellhaas

(Bericht einer Mitbeschuldigten)

Ich sitze in der Cafeteria des Bundesgerichtshofs. Mein Anwalt und ich warten auf den Beschluß. Vor 20 Std. wurde ich mit einem unangemessenen Aufwand von BGS und LKA direkt an der Maschine aus Spanien kommend auf dem Frankfurter Flughafen festgenommen. 2mal schon haben die Herrschaften dort auf mich gewartet.

Durch einen Fehler der Behörde (ein Schreiben des Staatsanwalts an den Richter landete kopiert in meinem Briefkasten) erfuhr ich im Urlaub von dem Haftbefehl. Ich entschied mich, erst die Unterbringung von Raul (mein Sohn ist 6 Monate) zu klären und den Urlaub zu verlängern. Schützende Arme konnten ihn am Flughafen gleich in Empfang nehmen. Dies ersparte ihm die erste Knasterfahrung im Mutter-Kind-Vollzug Ffm-Preungesheim. Die Zelle war für uns schon vorbereitet.

Überhaupt, es war ein gutes Gefühl am Flughafen. Die Hemmungen der LKAer/in im Fernsehen aufzutreten, deren Scheu vor der Presse, deren Wissen, daß mein Anwalt vor Ort ist. Ich war keinen Moment alleine. Unsichtbar waren meine Freunde ständig im Raum. Vom Flughafen zum LKA Wiesbaden. Versuche eines Verhörs. „Wie gut kennen sie Andreas Eichler? Das mit den Strommasten ist doch eh nichts. Vielleicht haben sie ja mal Wache geschoben. Vielleicht sind sie ja nach der schrecklichen Geschichte mit der Frau J. umgestiegen. Morgen werden sie dem Ermittlungsrichter vorgeführt, da können sie abends schon wieder frei sein."

Der Haftbefehl: Ich sei untergetaucht. Eine Aneinanderreihung von 12 Anschlägen. Im Vorspann eine Gruppenzusammensetzung mit den bekannten und anderen noch nicht bekannten Personen. Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel, Brandstiftung, Störung öffentlicher Betriebe mit dem Ziel die Nutzung der Startbahn West zu unterbinden oder zu beeinträchtigen. Sabotage gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie. Dies alles von einer Gruppe mit wechselnden Personen, aber einem harten Kern. Gemeinsam besprochen, erklärt, arbeitsteilig ausgeführt: Anschläge gegen Strommasten, 1 Bagger, eine Wahlurne, eine Dresdner Bank und die Firma Hoch-Tief. Nur 2 können im Zusammenhang mit der Startbahn stehen.

Vorwurf: Ich soll bei einem Anschlag auf einen Strommasten bei Mörfelden Juni 86 beteiligt gewesen sein. Der Tatverdacht ergibt sich aus in der Wohnung von Andreas Eichler und bei mir gefundenen Unterlagen, sowie aus dem Geständnis des Mitbeschuldigten Michael Kurth.

Außer Personalien mache ich keine Aussagen und verlange meinen Anwalt. Mit ihm beschließe ich, vor dem Richter eine Erklärung abzugeben.

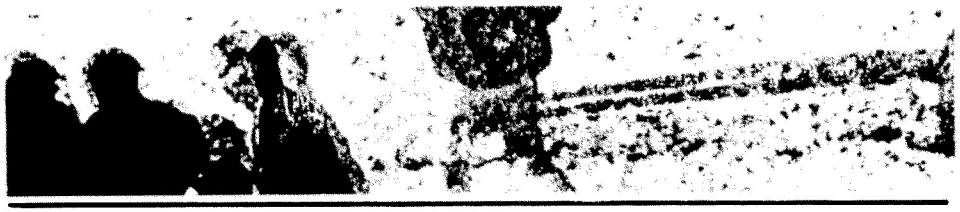
Als ich in dieser Nacht versuche zu schlafen, höre ich Sprechchöre: „Freiheit für alle! Laßt die Leute raus!" Eine kleine aber laute Kundgebung vor dem Polizeipräsidium. Ich schließe die Augen und bin draußen, bei den anderen.

→

Rhein-Main

Zur Lage

29.11. Hausdurchsuchung § 316b und 129a
1.12. Haftbefehl § 316b
21.12. Festnahme Flughafen Ffm
22.12. Aufhebung des Haftbefehls



berichten

Am nächsten Morgen ED-Behandlung. Ich kenne das schon, die Räume, den Ablauf, von 1977. Damals ging alles eine Nummer härter zu, ich hatte mich gewehrt. Diesmal protestierte ich und versuche mich passiv zu verhalten. Und dennoch fühle ich mich stark. Sie können mich nicht provozieren. Ich fühle mich gut und wenn ich an die Nacht denke muß ich grinsen.

Eine chaotische Autofahrt nach Karlsruhe. Der Fahrer zeigt, was er kann und versucht der Schnellste zu sein. Anmachende Gespräche der 3 LKAer/in untereinander, ich habe meine Ruhe.

12.30 h sind wir dort. 13.00 h soll die Vorführung sein. Sie sperren mich und meinen Anwalt in die Zelle. Aber nur kurz, dies ist verboten: Eine Zelle mit Trennscheibe ist angesagt. Es gibt einen kurzen Disput, ich habe kein 129a Verfahren. Wir kommen wieder in eine Zelle. Auch im Polizeipräsidium wurde ich unter „krimineller Vereinigung" gehandelt: Neugierige Blicke beim Schichtwechsel, keine „normale Gefangene".

Vorführung: Das Büro des Richters, Teppichboden, bequeme Stühle, ein großer Schreibtisch mit einer Mauer von Gesetzesbüchern vor dem Ermittlungsrichter Dr. Rinne. Der Staatsanwalt Senge sitzt rechts neben mir. Wenn er was zu sagen hat, wirkt er nervös und hektisch. Die LKAer/in im Hintergrund. Ich teile mit, daß ich weder an einer Vorbereitung noch an der Ausführung eines Anschlags beteiligt war, und meine Festnahme als einen Angriff auf die Bewegung werte. Protest des Staatsanwalts.

Sie halten mir vor: Einen Ordner mit Zeitungsartikeln über den Anschlag in Mörfelden, über den Anschlag auf einen Bagger, Flugblätter, eines zur Festnahme von „Andi und Mike" 1986, Karten von der Startbahn und dem Waldgelände. Einen uralten Startbahnordner.

Zweiter Vorhalt: Das Protokoll von M. Kurth. Darin wird ausgesagt, daß ich am Sonntag nach der Mastfällaktion Kuchenstand gemacht hätte, und mit noch 6 anderen Personen über den Mast geredet habe. Unter anderem mit A. Semisch und A. Eichler. Außerdem hätten Erklärungen, mit einem Stein gegen den Wind geschützt, auf dem Tisch gelegen. Der Geständige ging davon aus, daß ich zu den 20 Leute umfassenden Personenkreis gehöre, die den Mast gefällt haben.

Ich sagte, daß ich oft den Kuchenstand gemacht hätte, daher auch bekannt sei, mich aber nicht an das Gespräch erinnern könne.

Es ist alles offen. Ich wundere mich, daß aufgrund solcher „Belastungen" ein Haftbefehl ausgestellt wurde. Was wollen sie? Dr. Rinne weist mich darauf hin, daß Herr Dr. Gerlach z.Zt. so verfahre, daß bei einem Schuldeingeständnis - und es kann auch nur eine Wache sein - den Haftbefehl aussetzen würde.

Wie verlockend. Die Freiheit winkt. Mein dürstendes Kind zu Hause. Welch eine Unglaublichkeit. Nach der Vorlage. Was soll ich gestehen? Ich bleibe bei meiner Aussage.

Anschließend ging es um die Fluchtgefahr. Um das „untergetaucht" sein. Als klar wurde, daß ich durch einen Fehler ihrer Seite von dem Haftbefehl wußte und dennoch zurückgekommen bin, ändert sich die Lage. Der Staatsanwalt plädiert für Aussetzung des Haftbefehls gegen Auflage. Er geht davon aus, daß die Aussagen des M. Kurth bis jetzt immer zugetroffen haben.

Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Zwar bestünde durchaus der Verdacht, daß ich an dem mir zur Last gelegten Anschlag ... beteiligt sei. Es fehle jedoch an einem Haftgrund. Fester Wohnsitz, 6 Monate altes Kind, Erziehungsurlaub, unterbrochene Ausbildung und die Rückkehr trotz Haftbefehl.

Stellungnahme zu den Haftbedingungen

Der überwiegende Teil der Inhaftierten ist seit mehreren Jahren in der Startbahnbewegung aktiv.

Sie werden zum Teil des Mordes an 2 Polizisten beschuldigt, zum Teil auch wegen verschiedener Anschläge, u.a. auf Strommasten und am Bau der Startbahn beteiligte Firmen.

Sie unterliegen größtenteils der Isolationshaft und damit Haftbedingungen, die wegen ihrer Schärfe und ihren gesundheitlichen Folgen auch „weiße Folter" genannt werden. Die Isolationshaft wird von ihren Anwendern mit der Begründung gerechtfertigt, daß sie die Gefahr der Verdunkelung von Straftaten durch Minimierung der Außenkontakte der Gefangenen verringere.

Faktisch aber hat sie zur Folge, daß die menschliche (und damit die politische) Identität des Gefangenen zerstört werden kann. Der Mensch, ohne jeden Umweltreiz, soll in der Haft zu einem seelischen Krüppel verkümmern.

Diese Haftbedingungen sind durch nichts zu rechtfertigen, ganz gleichgültig, ob die Gefangenen des Mordes oder anderer Straftaten beschuldigt werden. Wir verurteilen diese Haftbedingungen als eine barbarische und zutiefst menschenverachtende Praxis.

Darüberhinaus stellen wir fest, daß die inhaftierten Startbahngegner durch diese Isolationsbedingungen einer Sonderbehandlung gegenüber anderen Beschuldigten unterworfen sind.

Isolationshaft wird in der Bundesrepublik regelmäßig nur gegen Personen aus dem linken, fortschrittlichen Spektrum angewandt und entlarvt sich so als ein Mittel der Regierenden gegen eine fortschrittlich-radikale Opposition. Wir betrachten diese Haftbedingungen damit auch als einen Versuch, an den Inhaftierten exemplarisch für alle Startbahngegner/innen eine Zerstörungshaft zu vollziehen. Aus diesem Grund ist die Solidarität zu den Inhaftierten für uns eine politische Pflicht.

Zu den Tatvorwürfen erklären wir:

1. Wir verurteilen die Morde vom 2. November 1987 auf das schärfste; hierfür kann es weder eine politische Rechtfertigung noch eine moralische Entschuldigung geben.

2. Bezüglich der anderen, den Beschuldigten zur Last gelegten Aktionen besteht ein kritisches Verhältnis. Verschiedenlich sind die inhaltliche Begründetheit und die politische Aussage einzelner Aktionen zweifelhaft, teilweise auch einem Fortschritt in der außerparlamentarischen Bewegung abträglich.

Trotzdem erscheinen die verschiedenen Aktionen als Versuche, mit radikalen Mitteln auf gesellschaftliche Mißstände hinzuweisen oder diese zu bekämpfen.

Sie dokumentieren eine Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen, deren Erscheinungsformen u.a. Umweltzerstörung, Beton- und Atompolitik und Militarisierung sind.

Die Bürgerinitiative als eine ökologisch und antimilitaristisch orientierte soziale Bewegung teilt diese Kritik und erklärt sich insofern mit den Inhaftierten und den Beschuldigten solidarisch.

BI gegen die Flughafenerweiterung

Rhein-Main

die Inhaftierten

Andreas Eichler

In der Nacht zum Freitag hat Andreas Eichler in der JVA Preungesheim einen Selbstmordversuch unternommen.

Andreas Eichler sitzt wegen angeblichen Mordes an den beiden Polizisten in der Nacht vom 2.11. in Untersuchungshaft.

Die sogenannten Beweise der Bundesanwaltschaft sind dürftig und widersprüchlich. So gibt es z.B. keine Beweise gegen die Aussage von Andreas, daß ihm die angeblich in seinem Rucksack gefundene Tatwaffe zugesteckt wurde. Mehr noch, es gibt keine Belege, die die Mutmaßung stützen, daß er der Täter oder auch nur Tatbeteiligter sein könnte. Legen wir mal, spaßeshalber, rechtsstaatliche Kriterien zugrunde, müßte Andreas Eichler schon lange wieder aus der U-Haft entlassen sein, hätte er erst gar nicht inhaftiert werden dürfen.

Daß es der BAW gar nicht so sehr um die Aufklärung der zwei Morde geht, ist in den Ermittlungen, Hausdurchsuchungen, Festnahmen, Vorladungen und Beschuldigungen der letzten Wochen nur allzu offensichtlich geworden.

Der Tatvorwurf „Tötung zum Nachteil zweier Polizeibeamter" dient nur zur Einschüchterung und als Freibrief polizeilichen Handelns gegen die sogenannten Kleingruppen. Ermittelt wird hauptsächlich, auch bei Andreas Eichler, wegen verschiedener Brandanschläge im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Startbahn, Entwendung einer Wahlurne und Umsägen von Strommasten.

Die Umkehr der Beweislast, d.h., daß der/die Angeklagte die Unschuld beweisen muß, während der Schuldvorwurf auf einer kaum nachvollziehbaren, hahnebüchend spekulierten Ebene ausreichend ist, ist erprobte rechtsstaatliche Taktik im Umgang mit politischen Prozessen.

In Abstimmung mit einer in den Medien breit angelegten Vorverurteilung und den Haftbedingungen (Isolationshaft) wird der/die Gefangene zur Geisel, an der die exemplarische Bestrafung der Bewegung, des Umfeldes des/der Gefangenen vollzogen wird.

Hausdurchsuchungen im großen Stil, willkürliche Festnahmen, das wahllose Herausgreifen einzelner in der Hoffnung auch nur irgendetwas zu finden, womit sich irgendein Tatvorwurf konstruieren läßt, das ist die polizeiliche Praxis der letzten Wochen. „Wir wissen ja, daß du mit den Morden nichts zu tun hast, aber wir drücken dir x Jahre wegen Beteiligung oder Unterstützung bei diesem oder jenem Anschlag rein." So der standardisierte Einleitungssatz aller Vernehmungen.

Alle bisher von der BAW vorgelegten „Beweise" lassen nur den einen Schluß zu:

Andreas Eichler ist sofort freizulassen.

Stattdessen fährt die BAW ihr gesamtes, in langjähriger menschenzerstörender Praxis erprobtes und als Isolationsfolter auch von Amnesty International geächtetes Repressionsinstrumentarium auf:

23 Stunden allein in der Zelle. Leere Nachbarzellen. Eine Stunde Einzelhofgang (bewacht). Alle 14 Tage eine halbe Stunde Besuchszeit. Mit Trennscheibe. Die „übliche" Postzensur.

Andreas bekam lange Zeit die Zeitungsabos nicht ausgehändigt, sie verschwanden auf dem Weg vom Posteingang zu seiner Zelle. Seine Freundin erhält als Mitbeschuldigte keine Besuchserlaubnis. Für sein Kind (zwei Monate alt) muß ein extra Besuchsantrag gestellt werden. Und wenn dieser dann hin und wieder genehmigt wurde, durfte An-

Die Inhaftierten

1. Andreas Eichler

dreas seinen Gefühlen freien Lauf lassen - durch die Trennscheibe!

Die Haftbedingungen von Andreas, der immer noch nur Tatverdächtiger ist, entsprechen dem 24-Punkte-Programm des amerikanischen Psychologen Dr. Edgar Schein. Diese Haftbedingungen, die zum Ziel haben, durch die totale Abschottung von der Außenwelt dem Menschen seine Subjektivität und seine Würde zu nehmen, ihn zum fügsamen Objekt von Herrschaft zu machen und seine Selbstbestimmung als politischer Mensch durch kontrollierten Reizentzug zu brechen, sind psychische Folter. Die sogenannte „Weiße Folter".

Einen Menschen durch **totale Isolation von anderen Menschen** (Einzelzelle, Einzelhofgang, kein Kontakt zu anderen Gefangenen, Essen wird durch eine Luke in der Zellentür gereicht, zensierte Post, zensierte Zeitungen, keine freie Buchwahl), **gezielten optischen und akkustischen Reizentzug** (graue Zelle, keine Bilder, Milchglasscheiben, Sichtblenden vor dem Fenster, leere Nachbarzellen) und der **Zerstörung eines natürlichen Tagesrhythmus** (kein regelmäßiger Schlaf durch Dauerlicht und permanente nächtliche Zellenkontrollen) psychisch unter Druck zu setzen, bis er/sie Selbstmord begeht, **das ist Mord!**

Wir klagen die zuständigen rechtsstaatlichen Organe (BAW, Knastleitung) an, Andreas Eichler zum Selbstmordversuch getrieben zu haben! Sie haben einen Zustand geschaffen, der den Selbsttötungsversuch von Andreas Eichler und ungezählten anderen Gefangenen in den Knästen dieser Republik als kalkuliertes Risiko in Kauf nimmt.

Wir fordern die Abschaffung aller menschenverachtenden Haftbedingungen!

Wir fordern Freiheit für Andreas Eichler!

Wir fordern die Freilassung aller im Rahmen des 2.11. Inhaftierten und die Einstellung aller Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Startbahn!

Linke Liste Uni Frankfurt
Autonome im Asta der FH

Pressemitteilung der Anwältin zum Selbstmordversuch

Betr. Startbahn 18 West
Pressemitteilung im Namen der Verlobten von Andreas Eichler
Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Bevollmächtigte der Verlobten Herrn Eichlers übersenden wir anstehende Pressemitteilung mit der Bitte um Veröffentlichung:

Nach Mitteilung der Leitung der JVA Frankfurt-Preungesheim hat Andreas Eichler am 28.1.1988 gegen 23.30 Uhr einen Selbstmordversuch gemacht. Die Angehörigen von Herrn Eichler (seine Verlobte sowie seine Eltern), sowie sein Verteidiger erhielten erst im Verlaufe des Mittags des nächsten Tages Kenntnis von diesem Sachverhalt und zwar über die Medien. Weder die Bundesanwaltschaft noch das LKA Hessen und auch nicht die Anstaltsleitung hielten es für notwendig, die Angehörigen bzw. den Verteidiger zu verständigen.

Am Tag nach dem Selbstmordversuch erhielt unsere Mandantin Hausbesuch von Beamten des LKA, die wissen wollten, ob unsere Mandantin schon Kenntnis von dem Selbstmordversuch habe und von wem, des weiteren wollten sie von Ihr wissen, ob Sie sich vorstellen könne, warum es zu diesem Selbstmordversuch gekommen ist.

Seit der Verhaftung von Andreas Eichler werden die von seiner Verlobten gestellten Besuchsanträge regelmäßig abgelehnt. Ein bereits genehmigter Besuch wurde einen Tag vor dem Besuch untersagt. Bereits seit Ende Dezember liegt der Bundesanwaltschaft ein erneuter Besuchsantrag zur Stellungsnahme vor.

Die Benachrichtigung der Verlobten verbanden die Beamten des hessischen LKA gleich mit einem erneuten „Vernehmungsangebot", offensichtlich in der Hoffnung, eine Schocksituation zu Ermittlungszwecken ausnutzen zu können.

Purer Zynismus ist es allerdings, die Verlobte des Herrn Eichlers nach den Gründen für den Selbstmordversuch zu fragen: seit Beginn der U-Haft unterliegt Andreas Eichler strengster Isolation (24-Punkte-Haftstatut). Er darf an keinerlei Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen, er verbringt 23 Stunden in Einzelhaft, 1 Stunde Hofgang darf hinter einer Betonbrüstung allein abgehalten werden. Er darf nicht am Gemeinschaftsduschen teilnehmen, Besuche finden hinter Trennscheiben statt, permanent erlebt er Verzögerungen bei der Postkontrolle, Zensurmaßnahmen und nächtliche Schikanen.

Mit freundlichen Grüßen
Verleih, Rechtsanwältin

Rhein-Main

die Inhaftierten

2. Andreas Semisch

Nach je 2 Hausdurchsuchungen bei Freundin und bei Eltern von Andi erfuhr er, daß er als Beschuldigter gesucht wird, aber kein Haftbefehl existierte. Andi geht am 25.11. zum LKA, Vernehmungsversuche von Polizei und Staatsanwaltschaft scheiterten. Andi wurde vorläufig festgenommen und wurde am 26.11. dem Haftrichter in Karlsruhe vorgeführt. Vorwurf: Spätestens seit Juni 86 Mitglied terroristischer Vereinigung, Auflistung 13 Anschläge, einziger konkreter Vorwurf: Angebliche Beteiligung Strommastanschlag Mörfelden 20. Juni 87.

Als zweiter Komplex wird vorgeworfen:

Entwendung je einer Polizeipistole bei Hanau-Demo 84 und Hanau-Demo 86. Diese Waffen wurden bei seiner Freundin und bei den Eltern vergeblich gesucht.

Haftgrund für U-Haft: Fluchtgefahr.

Obwohl fester Wohnsitz, Arbeitsplatz, Einkommen, stabile soziale Bindungen, freiwillig zum LKA gekommen.

Haftprüfungstermin 23.12.: Vorwurf „Mast Mörfelden" wird als haltlos fallengelassen (keine Gründe) dafür neue Beschuldigung wegen Teilnahme an Mastaktion vom 100. Sonntagsspaziergang Febr. 84 und Brandanschlag auf eine Bank während Weltkirchentagsdemo in Ffm Juni 87. Beweismittel sind angebliche Aussagen, die weder personell noch inhaltlich angegeben wurden.

JVA Frankenthal Einzelhaft, Hofgang mit 1 oder 2 anderen Gefangenen, 3 Std. Gemeinschaftsfernsehen, Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen, Trennscheibe bei Besuch und Anwaltsgespräch, Besuch von Freundin und Kind ohne Trennscheibe aber vollständiges Berührungsverbot.

Erklärung von Andreas Semisch

erst einmal möchte ich mich bedanken für die breite solidarität und die vielen briefe, die ihr mir und den anderen gefangenen des startbahn-widerstandes geschickt habt. ich glaube auch im namen der anderen gefangenen zu sprechen, wenn ich sage, daß eure briefe unsere entschlossenheit und unseren widerstand hier drinnen stärken, daß wir uns nicht aufgeben werden.

knast ist außer der gezielten liquidation eines der offensten und letzten mittel ihrer herrschaftssicherung, das dann eingesetzt wird, wenn andere maßnahmen zur korrumpierung und brechung deiner identiät versagt haben. an knast und isolation wird das gewaltverhältnis in diesem system am klarsten zum ausdruck gebracht. es ist eine neue, subjektive erfahrung, die jede, jeder macht, der einfährt. die isolation zu durchbrechen, den kampf gegen die organisierte unmenschlichkeit auf allen ebenen zu führen, heißt für mich, permanenter kampf um eigene identität, aber auch kritik - selbstkritik an unseren fehlern und schwächen, wie an unseren stärken zu führen.

das gleiche fordere ich natürlich auch von euch draußen!

zu den politischen konsequenzen der schüsse am 2.11.1987, wie z.b. die zerschlagung von sozialen bewegungen, ist schon eine menge qualifiziertes und unqualifiziertes gesagt, bzw. geschrieben worden. ich möchte dem nicht noch eins draufsetzen, sondern vielmehr das umreißen, was uns alle hier und jetzt angeht.

nur so viel zu dem thema: die schüsse nur als „politischen fehler" zu begreifen, heißt die dimension dieser tat nicht zu erkennen. ich meine damit nicht nur die moralische zweifelhaftigekti dieser aktion, sondern vor allen dingen ihre verantwortungslosigkeit gegenüber vielen menschen, die dadurch in eine auseinandersetzung hineingezogen worden wären, der sie weder politisch noch praktisch gewachsen sind. was wäre passiert, wenn es einen schußwechsel gegeben bzw. die polizei zurückgeschossen hätte? auch wenn es inzwischen müßig ist weiter über dieser frage zu spekulieren, so muß man sie sich immer wieder vor augen halten, um zu begreifen *wie viele* menschenleben diese aktion gefährdet hat, sie ist politisch gesehen objektiv konterrevolutionär.

jede bewegung, die sich revolutionär nennt, hat auch eine verantwortung in bezug auf die mittel, die in einer auseinandersetzung zum tragen kommen, sie müssen der situation und dem kräfteverhältnis angemessen sein, im politischen wie praktischen.

deshalb ist in der *momentanen* politischen auseinandersetzung auch innerhalb der autonomen bewegung, bei unserer

Rhein-Main

die Inhaftierten

klarheit/unklarheit, der einsatz von schußwaffen kein mittel autonomer politik und daher abzulehnen. trotzdem finde ich es politisch falsch, sich in eine distanzierungskampagne des staates und der öffentlichen medien einspannen zu lassen, wie es anfangs auch in teilen der autonomenszene geschehen ist. diese teile sind zu unfreiwilligen helfern der bürgerlichen hetzkampagne gegen die autonome bewegung geworden. es trifft sie, wenn auch nur zu einem kleinen teil, die verantwortung für die stiuation wie sie gerade ist. man muß es ganz klar formulieren: die bundesanwaltschaft wäre mit ihrer abstrusen konstruktion einer terroristischen vereinigung, wegen der ich und andere jetzt im knast sitzen, nie durchgekommen, wenn nicht in einer atmosphäre der entsolidarisierung und gegenseitigen distanzierungswahn viele leute aus der szene, die vorgeladen und verhaftet worden sind, der polizei alles mögliche erzählt hätten. aus angst und aus dem wahnwitzigen bestreben irgendetwas zu erzählen, nur damit ja kein verdacht auf einen zurückfällt, sind einige sogar so weit gegangen, andere aus unwissenheit oder bewußt mit falschen aussagen zu belasten. nicht nur diese leute, sondern *jeder* der eine aussage gemacht hat, und sei sie angeblich noch zu unwichtig, hat objektiv dazu beigetragen, der bundesanwaltschaft die möglichkeit zu geben, diese umzudrehen und in ihrem sinn zur legitimierung ihres konstrukts zu verwenden. für uns als gefangene ist dies natürlich eine bittere erfahrung, letztendlich werden diese aussagen dazu benutzt, uns länger in haft zu halten.

die frage, die wir uns stellen müssen, ist die, wie wir uns gemeinsam der repression gegenüber verhalten und zur wehr setzen wollen. dazu ist es notwendig über den regionalen tellerrand der startbahnbewegung hinwegzusehen und andere politische gefangene bei einer eventuellen kampagne miteinzubeziehen. für die festlegung gemeinsamer forderungen ist es notwendig, ein konsens zu finden und mit der diskussion drinnen wie draußen anzufangen.

es ist für uns drinnen *nicht* nützlich, ideologische gräben noch zu vertiefen und zu streiten wer zu wem und warum das richtige politische verhältnis hat, oder nicht hat. es ist klar, daß es unterschiede und widersprüche in der einschätzung bzw. beurteilung der situation zwischen den gruppen gibt, es gilt diese in der diskussion aufzulösen.

am 19.12.1987 gab es eine bundesweite durchsuchungs- und verhaftungswelle von bundeskriminalamt und bundesanwaltschaft mit dem ergebnis, daß vier leute: andreas sievering, eric prauss, ingrid strobel, ursula penselin wegen angeblicher mitgliedschaft in einer terroristischen vereinigung im knast gelandet sind. auch wenn die bundesanwaltschaft behauptet, es wäre keine kozertierte aktion und es gebe keine parallelen, so ist doch allein die geringe zeitlich abfolge zu der verhaftungs- und repressionswelle im rhein-main-gebiet gegenbeweis genug. auch wenn z.b. die durchsuchung des gen-archivs in essen auf den ersten blick wenig mit der startbahnbewegung zu tun hat, so geht es doch hier um die einschüchterung von gruppen, die an konkreten themen arbeiten, wie auch um die zerschlagung jeglichen revolutionären widerstands, der für sie nicht mehr integrierbar ist.

deshalb gilt für mich als gefangener des startbahn-widerstands meine uneingeschränkte solidarität den leuten, die am 19.12.1987 und danach eingefahren sind. sie gilt natürlich auch allen anderen politischen gefangenen, die gleich mir noch in den knästen sitzen, so auch den gefangenen von action directe, die seit dem 1.12.1987 für ihre zusammenlegung im hungerstreik kämpfen.

januar, 1988

---

3. Reiner Hübner

Reiner sitzt seit dem 24.11.87 im Knast. Zuerst in Frankfurt-Hoechst, wurde dann aber nach kurzer Zeit nach Frankfurt-Preungesheim verlegt. Sichtblende, eine Stunde Einzelhofgang, 23 Stunden Isolation. Reiner wurde schon in Hoechst der Hofgang verweigert, wenn er nicht eine Erklärung unterschreiben würde, „daß das Wachpersonal von der Schußwaffe Gebrauch machen darf, wenn es sich (von ihm) bedroht fühlt."

Zu Reiners jetziger Situation:

Die Isolationshaftbedingungen von Reiner haben sich seit Haftbeginn nicht verändert. Er bekommt drei Tageszeitungen und zwei Magazine, meistens am Erscheinungstag. Nur die Samstagsausgabe erst montags, damit das Wochenende schön lang ist.

Seine Briefe an uns und unsere an ihn dauern zum großen Teil unverschämt lange, zwischen einer und vier Wochen, so daß eine regelmäßige briefbezogene Kommunikation sehr schwer ist. Zum Teil kommt z.B. der 4. Brief vor dem 2. usw.

Auch die Anwaltspost wird verzögert, so daß eine rechtliche Vertretung erschwert wird. Reiner versucht sich mit ständigen Beschwerden dagegen zu wehren. Seit Mitte Januar hat er einen Radio-Recorder. Ein Fernseher ist genehmigt, er will ihn aber nicht, da er keinen Bock hat sich zuzudröhnen. Schreiben ist ihm wichtiger!

Die Hofgangszeiten und die Postauslieferung sind jeden Tag unterschiedlich, er kann sich deswegen den Tag nie einteilen, wie er will. Er versucht immer wieder Kontakt zu anderen Gefangenen aufzunehmen, was durch Zu- und Zwischenfälle immer mal möglich ist. Er kann durch die Lage seiner Zelle z.B. den Hofgang der anderen mithören und z.T. auf den Hof schauen.

Von zwei Paketen, die wir gebracht haben, ist so gut wie nichts durchgekommen, sie haben vieles wieder rausgenommen. Wir konnten eines wieder mitnehmen und beim zweiten Mal mit Käse, Dauerwurst, Süßigkeiten und Tabak vollpacken. Das war fast alles. Die Begründung war fast immer: Das kann er im Einkauf kriegen, und: das braucht er hier nicht. Die Beschwerde wurde abgewiesen.

Reiner schreibt dazu:

„Ich versuche es mir gut gehen zu lassen und zu 90 % gelingt es mir auch. Ich sitze hier alleine, das ist richtig, aber ich bin mir eurer Solidarität sicher. Meine Gedanken sind frei in meinem Kopf und meine Gefühle, auch wenn sie mich durch Isolationshaft, Geräuschterror und Überwachung fertig machen wollen. Es wird ihnen nicht gelingen, no pasaran.

Ich habe viel Liebe und Kraft in mir. Und das mit dem nicht reden können, daran kann man sich auch gewöhnen, wenn man will. Das Schreiben ist für mein Gehirn sehr wichtig, und das müssen sie mir lassen. Das wichtigste in der Isolation ist die Orientierung nicht zu verlieren. Du lebst ohne gegenüber, ohne Austausch. Den größten Teil muß ich selber hinkriegen und bei dem Teil Austausch brauche ich euch draußen, um durch Schreiben die Isolation wenigstens zu knacken. Manchmal ärgert mich dann auch, daß ich auf den allergrößten Teil meiner Briefe keine Antwort habe. Bis jetzt!"

Aus einem anderen Brief:

„Spitze, es war gerade von mehreren Leuten ne Kundgebung hier hinten am Knast. Ich war sehr aufgeregt und hab gleich zurückgegrölt. Dann wollte ich Klopapier aus dem Fenster hängen, das scheiterte, weil es am großen Gitter hängen blieb, nicht runterrutschte und ich nicht damit winken konnte. Mir fiel dann das Licht ein, durch das ich mich mit an- und ausmachen bemerkbar machen wollte, weiß aber nicht ob es unten wahrnehmbar war. Habe deswegen nur Teile der Kundgebung mitbekommen, weil auch ein ausländischer Genosse mit „Hoch die internationale Solidarität" lauter war.

Zu Sylvester: Am Donnerstag, den 31.12.87 gab es draußen ein Feuerwerk mit Krachern und Gejohle, Gerufe und Geschrei von 20 bis 20.30 Uhr. Ich fand es auch sehr gut und richtig, daß es diesmal an keine speziellen Gefangenen gerichtet war. Und man merkte auch, daß meine Mitgefangenen im Gegensatz zur Sivi-Kundgebung am 22.12. auch damit was anfangen konnte. D.h. daß sie sich gefreut haben, daß draußen Menschen auch an uns denken und es durch die Praxis zeigen. Ich denke, daß das den Menschen draußen auch gut getan haben muß. Weil es ein Schritt ist, mit ihrer Angst klarzukommen und zu zeigen, daß

das Kalkül des Staates nicht aufgeht. Viel Kraft an alle draußen, besonders an die Sonntagsspaziergänger. Wir lassen uns den Startbahnkampf nicht nehmen, mit anarchistischen Grüßen, Reiner."

Die ersten beiden Besuche bei Reiner wurden von ihm nach kurzen Grüßen sofort wieder abgebrochen. Er sah sich weder auf menschlicher noch auf politischer Ebene dazu in der Lage, die vorgeschriebenen Besuchsbedingungen zu akzeptieren. Reiner meint dazu (in einem Brief):

„Manchmal wird der Besuch über die Gegensprechanlage mitgeteilt, aber ohne Namen. Heute standen zwei VZ-Beamte gleich in der Tür, haben aber auch beim Nachfragen keinen Namen gesagt, wußte also erst wer kommt, als ich ... sah. Auf dem Weg zur Besuchszelle wurde ich durchsucht, Tabak abgedrückt, beim ersten Besuch sogar der Kuli überprüft. Auf dem letzten Gang gab es dann immer Streit über die Kontrolle und die LKA-Bullen, die immer au meiner Seite rein wollen, besonders Tietze von der Kripo Frankfurt. Ich habe die ersten zwei Besuche dann auch gleich abgebrochen. Es ist so beschissen mit LKA und Kripoleuten. Es kommt ihrer Schnüffel- und Observierungsmethode und Tendenzen zum Verhör nahe. Unter solchen Bedingungen verweigere ich mich. Genauso wie ich nie eine Aussage machen werde, sei sie noch so unwichtig. Wir müssen es also erstmal übers Schreiben machen."

Beim dritten Besuch war Reiner optimistische. Er wollte versuchen, ob es geht, so wie in den Briefen zu reden. Er schreibt dazu:

„Klar ist, die Ermittlungsbehörde ist daran interessiert, was sich in der Szene wann und wo tut. Man muß also versuchen über andere zwischenmenschliche Sachen zu reden. Wo die Grenze ist, müssen wir uns gegenseitig erarbeiten. Es darf aber nie zum Stillstand kommen. Und wir müssen uns auch deswegen gegenseitig kritisieren, wo es beim einen oder anderen Mal angebracht erscheint."

Am 20.1. hatte Reiner seinen Haftprüfungstermin, die Haft wurde bestätigt.

aus Rhein-Main-Info Nr.2

Adressen:

Wenn ihr den Leuten im Knast schreiben wollt:

Andreas Eichler, JVA 1 Ffm-Preungesheim,
Reiner Hübner, JVA 1 Ffm-Preungesheim,
Andreas Semisch, JVA Frankenthal

Alle Briefe an die Gefangenen mit dem Namen und dem jeweiligen Knast und dann folgender Anschrift:

Über den zuständigen
Ermittlungsrichter am BGH
Herrenstraße 45a
7500 Karlsruhe

Wenn ihr Besuchsanträge gestellt habt und nach einer Woche ist noch kein Bescheid da, ruft am besten beim BGH an und beschwert euch: **Dr. von Gerlach 0721-1590**

Rhein-Main

die Inhaftierten

Außerdem könnt ihr euch noch bei der Bundesanwaltschaft beschweren und Druck machen: **Pflieger 0721/159-724**
Oberst a. Brinkmann 0721/159-610

Klärt euren Besuch aber unbedingt mit denjenigen ab, die sich um die Gefangenen kümmern! Bei Besuchsanträgen für Andy Eichler gleich die Besuchserlaubnis für das Baby (Christian David) mitstellen, ausdrücklich für das Baby ohne Trennscheibe!

Im Moment sieht die Situation so aus, daß noch drei Leute im Knast sitzen, nämlich Andreas Semisch, Reiner Hübner und Andreas Eichler. Michael Möller (Mimö)'s Haftbefehl wurde am 30.12. außer Vollzug gesetzt, so wie vier andere Haftbefehle zuvor. Mindestens zwei Personen werden zur Zeit mit Haftbefehl gesucht (vermutlich einer davon ist der in Zürich Festgenommene, s.u.). Unzählige Ermittlungsverfahren stehen an wegen § 129a, Landesfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz (Ordnungswirdrigkeit zum 1. und 2.11.87), Verstoß gegen das Waffengesetz, Eingriff in die öffentlichen Versorgungssysteme (Strommasten vor dem 1.1.1987), Strafvereitelung im Zusammenhang mit gesuchten Personen - und, und und ... Bei einer Frau fand inzwischen die 6. Hausdurchsuchung statt. Die Fahndung läuft jetzt erst langsam auf den Höhepunkt zu -ein Staatsanwalt sprach von 150 Vorladungen ... Die Sonntagsspaziergänge laufen unter extremen Bedingungen weiter - wenig Leute, Straßenkontrollen im Rhein-Main-Gebiet, Filzen der Autos, festhalten, durchsuchen und Abgreifen der Leute, permanente Provokationen und Anmache der Bullen. Mittlerweile gibt es auch Vorladungen außerhalb des Rhein-Main-Gebietes. Allein aus Bonn haben acht Leute eine Vorladung zur Bundesanwaltschaft wegen ihrer Teilnahme an der Demo am 2.11.
Bitte erfragt den aktuellen Stand bei der folgenden Kontaktadressen für den Ermittlungsausschuß:

Kassandra Buchladen, Am Sedanplatz in 62 Wiesbaden
Libertäres Zentrum, Kriegkstr.38 in 6 Frankfurt Tel. 069-7381152
BI gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt, c/o Helga Arnold,
Wilhelm-Leuschner Str.50a in 6082 Mörfelden-W ilidorf

Über diese Adressen könnt ihr auch Leute für Veranstaltungen kriegen, es gibt auch einen Video-Film über den 2.11. Bitte unterstützt die Leute mit Spenden, sie brauchen dringend jede Mark, um wenigstens das nötigste zu organisieren.

Solidaritätskonto für alle Beschuldigten:
Frankfurter Sparkasse von 1822 BLZ 50050201
Kto. 30728755 Ralf Sutzke

Spendenkonto der Bürgerinitiative:
Volksbank Mörfelden BLZ 50863612 Kto. 530069

18.2.88 **Startbahnmorde: Festnahme in Zürich** GT

Karlsruhe/Frankfurt (rtr)
Im Zusammenhang mit den Ermittlungen um die Polizistenmorde am Frankfurter Flughafen ist am Mittwoch ein 28jähriger in Zürich festgenommen worden. Wie die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mitteilte, wurde der Krankenpfleger bei seiner Rückkehr von einem Nicaragua-Aufenthalt auf dem Züricher Flughafen verhaftet. Er stehe im Verdacht, mit dem mutmaßlichen Polizistenmörder Andreas Eichler einer terroristischen Vereinigung angehört zu haben. Eichlers Verteidigerin Waltraud Verleih gab an, der Krankenpfleger habe sich freiwillig den Behörden zur Verfügung stellen wollen.

Rhein-Main

was tun, wenn?

Verhalten bei Hausdurchsuchungen

- bei „Gefahr im Verzuge" ist eine Hausdurchsuchung jederzeit möglich, auch ohne Durchsuchungsbefehl und ohne die Anwesenheit von Richter oder Staatsanwalt. Der Zweck ist bekanntzugeben (§ 106 StPO).
- ist kein Richter oder Staatsanwalt anwesend, sollen 2 Zeugen herangezogen werden. Der Wohnungsinhaber darf dabei sein (§ 106 StPO). Bei seiner Anwesenheit auch Verwandte, Nachbarn...
- Wer Hausdurchsuchungen befürchtet, kann auch schon bei seinem RA eine Vollmacht hinterlegen.
- Bei Hausdurchsuchungen in WG's: Nur im Zimmer des Betroffenen und eventuell im Gemeinschaftszimmer möglich.
- Nach der Hausdurchsuchung eine schriftliche Mitteilung nach dem Grund der Durchsuchung verlangen, auch die Tatsache, daß nichts gefunden wurde bestätigen lassen.
- Bescheinigung über beschlagnahmte Gegenstände verlangen. (§ 107 StPO).
- Bei der Mitnahme von Telefonverzeichnissen oder Adressbüchern - Kopien verlangen.
- Zufallsfunde sind möglich! (§ 108 StPO)
- Die Polizei darf Papiere nicht ohne die Genehmigung des Betroffenen lesen, nur sichten, aber mitnehmen. (§ 110 StPO)
- Auf eventuelle Prozeßunterlagen hinweisen, diese dürfen nicht durchgesehen werden.
- Keine Angaben machen, nur Name, Alter, Adresse!
- Erklärt euch ausdrücklich mit der Durchsuchung „nicht einverstanden".
- Eure Mitnahme zur ED-Behandlung bzw. Identitätsfeststellung ist möglich.
- Unbedingt sofort ein Gedächtnisprotokoll anfertigen, die Namen der Beamten notieren, bei Verwüstungen Fotos machen und Zeugen hinzuziehen, entstandene Kosten (Reinigung) belegen.
- Widerspruch einlegen und eine richterliche Entscheidung beantragen.
- Hausdurchsuchungen sofort bei der Bunten Hilfe oder ähnlichen Gruppen melden.

Verhalten bei einer Zeugenladung

- Vor der Polizei muß man keine Aussagen machen und auch nicht hingehen. Vorladung trotzdem bei der Bunten Hilfe o.ä. melden.
- Vor dem Staatsanwalt und dem Richter „muß" man aussagen (siehe aber unten!).
- Bei Nichterscheinen oder Aussageverweigerung ist ein Ordnungsgeld oder Erzwingungshaft (bis zu 6 Monaten) möglich.
- Nicht aussagen müssen Angehörige, auch Verlobte (absolutes Aussageverweigerungsrecht § 52 StPO).
- Nicht aussagen müssen RA's, Ärzte etc. und Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von periodischen Druckwerken oder Rundfunksendungen berufsmäßig mitwirken oder mitgewirkt haben, über die Person des Verfassers, Einsenders oder Gewährsmann von Beiträgen und Unterlagen sowie über die ihnen im Hinblick auf ihre Tätigkeit gemachten Mitteilungen, soweit es sich um Beiträge, Unterlagen und Mitteilungen für den redaktionellen Teil handelt (§ 53 V StPO).

! Nicht aussagen müssen Personen, die sich selbst belasten könnten (§ 55 StPO).

Das könnte z.B. jede/r, der am 2.11. abends an der Startbahn war, weil jeder Beschuldigte einer Ordnungswidrigkeit (Teilnahme an einer aufgelösten Versammlung) werden könnte.

! Der Schritt vom Zeugen zum Beschuldigten ist klein!

- Vor einer Vernehmung danach fragen, ob ein Ermittlungsverfahren gegen einen selbst läuft, die Antwort protokollieren lassen.

! Auch auf belanglose Fragen keine Antworten geben.

! Glaubt nicht an angebliche „Geständnisse" anderer, auch wenn sie euch Tonbandprotokolle vorlegen! So gut wie alle Abhöraktionen liefen ohne richterliche Genehmigung, sie tauchen bekanntlich auch in keinem Vernehmungsprotokoll auf, weil sie rechtlich (d.h. für einen Prozeß) nicht vorhanden sind! Wenn euch sowas vorgespielt wird, sagt nichts dazu, auch nicht wenn ihr angeblich eure eigene Stimme hören würdet.

! Rechtsbeistand ist möglich, bei Vorladungen zum Staatsanwalt oder Richter auch ratsam. Aber verlaßt euch bloß nicht auf den Anwalt, es geht schließlich um euren Hals, niemals Selbstbeschuldigungen abgeben - auch wenn jemand euch das rät!!!

! Keine (!) Aussagen machen.

Beruft Euch bei Eurer allgemeinen Aussageverweigerung auf den ganzen Fahndungskomplex, sonst könnte für **jedes** Verfahren eine Geldstrafe oder Beugehaft angeordnet werden. (Z. Zt. laufen 129a (Az. 302) und Mord (Az. 280)). Mehrfachbestrafung ist aber bei der Aussageverweigerung für den **ganzen Komplex** unmöglich!

- Vorsicht bei Gesprächen mit Zellengenossen
- Bei Gegenüberstellungen ein Gedächtnisprotokoll über die Art der Durchführung machen.
- Bei Übermüdung, Kopfschmerzen usw. beruft euch auf Vernehmungsunfähigkeit.

! Über Vorladungen etc. die einschlägigen Stellen informieren.

aus Rhein-Main-Info Nr.1

Versuch einer Einschätzung aus der Anti-AKW-Bewegung

Rhein-Main

Einschätzung

Im Zusammenhang mit den Schüssen an der Startbahn wurde und wird noch viel geschrieben. Häufig wird wenig Bezug darauf genommen, daß fast allen der Angeklagten Beteiligung an Strommastaktionen vorgeworfen wird und sie auch gerade deswegen im Knast sitzen bzw. Haftbefehle haben.

Wir wollen uns nicht über die Beschuldigungen selbst auslassen, sondern wollen eine Erklärung versuchen, warum eine Solidarität mit wegen Strommast (bzw. Sabotage) - Aktionen Angeklagten so schwierig ist, und warum ein offensives öffentliches Umgehen mit dieser Widerstandsform nicht (mehr) stattfindet oder noch gar nicht stattgefunden hat.

Einheit in der Vielfalt - ein gerade 1986 und speziell in der Zeit nach Tschernobyl häufig gehörter Saz, der die Breite der Widerstandsformen demonstrieren soll und Spaltungsversuchen eine klare Absage erteilt. Alles ist erlaubt, „vom Büchertisch bis zur Handsäge ist alles möglich" wurde zum Ausdruck vor allem des radikalen Teils der Anti-AKW-Bewegung.

Mit der steigenden Zahl umgelegter Strommasten wurden diese zum Symbol eines starken und effektiven Widerstandes. Umgesägte Strommasten fanden sich überall: Auf den Titelbildern vieler Zeitschriften, als Aufkleber, auf Plakaten, als unverzichtbares Lay-Out-Material in vielen Artikeln und Flugblättern. Die Sympathie für diese Form von Sabotage reichte bis in weite Teile der Anti-AKW-Bewegung hinein. Das Symbol „abgesägter Strommast" wurde zum Gegenpol von staatlicher Übermacht. Der Ohnmacht und Wut über Prügelorgien, Massenfestnahmen, den Lügen des Staates, dem verseuchten Essen u.s.w. stand die Hilflosigkeit des Staates nach jedem gefallenen Strommast gegenüber, was vielen AKW-GegnerInnen eine mehr als klammheimliche Freude entlockte. An diesem Punkt war die Bewegung stark, da passierte was: der Staat und die Atommafia waren konkret verletzbar, es hat sie gestört.

Einheit in der Vielfalt kann aber auch heißen, daß keine genauen Auseinandersetzungen geführt werden müssen, daß Aktionen delegiert werden können und Widersprüche nicht ausgetragen werden. *Einheit in der Vielfalt* ist of genug unverbindlich. Und gerade eine fundierte politische Auseinandersetzung über die Widerstands-(Sabotage-)Aktion hat nicht stattgefunden - es blieb bei der vorwiegend emotionalen Zustimmung.

Einheit in der Vielfalt ist dann diese unklare, verschwommene Position, die nicht ausreicht, der Kriminalisierungswelle, wie wir sie jetzt erleben, als Anti-AKW-Bewegung etwas entgegenzusetzen. Die Diskussion darüber müßte (auch heute noch in einer bewegungsschwachen Zeit) öffentlich geführt werden - mit der Gewißheit, daß allein schon diese Diskussion kriminalisiert werden kann.

Erst zaghafte Versuche genauer über Strommastaktionen nachzudenken und darüber zu reden, gab es bezeichnenderweise erst, nachdem sich ein schwerer Unfall im Rhein-Main-Gebiet ereignet hatte. Aus der Betroffenheit über die lebensgefährlichen Verletzungen einer Frau wurde u.a. in der Zeitschrift „ATOM" Nr. 13 (Jan./Febr. 87) eine Stellungnahme abgedruckt. Darauf folgten jedoch keine öffentlichen Reaktionen. Selbst im Rhein-Main-Gebiet wurde die Auseinandersetzung nicht mit aller Konsequenz geführt. Die meisten, uns bekannten, Reaktionen beziehen sich auf die technischen Details - auf die Frage, was beim Umsägen von Masten nun wirklich passieren kann.

Wir denken, daß die Gründe für die ungenaue Diskussion auch in der Angst liegen, den MYTHOS „Strommast" zu kippen und uns diesen vermeintlich einfachen Ansatzpunkt für effektiven Widerstand, uns dieses Gefühl der Stärke selbst zu nehmen.

So schnell wie die Anzahl der gefällten Masten nach Tschernobyl anstieg, so schnell verringerte sich ihre Zahl mit dem Abschwächen der Bewegung. Das war weniger Ergebnis einer gemeinsam geführten Diskussion um Sinn und Zweck, um Vermittelbarkeit und Perspektiven dieser Sabotageaktion. Vielmehr vollzog sich der Abschied klammheimlich und leise, sicherlich forciert durch erste Fahndungserfolge in Bayern und durch die Gesetzesverschärfungen.

Die neuen Gesetze „zur Bekämpfung des Terrorismus" haben eine Funktion erfüllt: Den abschreckenden Charakter innerhalb der Anti-AKW-Bewegung - es entstand die Angst schon allein durch öffentliche Befürwortung von Sabotage kriminalisiert zu werden. Dieser Druck erschwert die eh schon unbequeme Diskussion, die aber dringend notwendig ist, um über die rein emotionale Zustimmung hinaus zu kommen.

Wir sind mittlerweile damit konfrontiert, daß Leute aus unseren Reihen aufgrund der neuen Gesetze angeklagt und verurteilt werden. Sie sind Haftbedingungen (Iso-Haft, 24-Punkte-Programm) ausgesetzt, deren Anwendung auf AKW-GegnerInnen bisher eine eher abstrakte Vorstellung war. Für uns zeigt sich jetzt deutlich, wie wenig genau eine Auseinandersetzung über die möglichen Konsequenzen geführt wurde. Wir sind nicht genügend auf die Tatsache vorbereitet, daß es der Staat „auf einmal ernst meint" und Leute in den Knast steckt für Aktionen, über die viele von uns sich gefreut haben. Die Schwierigkeit zeigt sich deutlich, daß das Mastsägen als vermeintlich leicht durchzuführende Sache angesehen wurde, quasi zum „Breitensport" wurde, ohne sich gleichzeitig eine Klarheit über die möglichen Konsequenzen durch Repression, Knast im Besonderen und die Gefährdung der eigenen, sowie unbeteiligter Personen zu verschaffen.

Es fällt leicht disem Staat, der in Atommüllschiebereien beteiligt, in Bestechungsskandale verwickelt ist, der ein mörderisches Atomprogramm durchzieht, jede Legitimation abzusprechen, Leute, die dagegen Widerstand leisten, zu verurteilen. Diese im Kern eher defensive Position reicht für ein wirklich solidarisches Verhalten zu den Gefangenen und Kriminalisierten nicht aus.

Ein Verhalten zu ihnen kann sich unserer Meinung nach über eine offene, innerhalb breiter Teile der Anti-AKW-Bewegung geführten Diskussion herstellen.

Ansatzpunkte für diese Diskussion sehen wir in einer Ausarbeitung und Einschätzung der Strommastaktionen, wie wir es mit diesem Text auch versucht haben.

- im Herausarbeiten von Kriterien, die an militante Aktionen gestellt werden. Ein hohes Maß an Verantwortung für sich selbst und für andere übernehmen - was heißt das konkret?
- in einer genaueren politischen Bestimmung von Sabotageaktionen. Wen oder was greifen die gefällten Masten an? Die EVUs als Atomanlagenbetreiber sind noch relativ gut vermittelbar.
- in der Auseinandersetzung über staatliche Repression. Dies muß über die reine „abstrakte" Informationsarbeit der sogenannten neuen Gesetze zur „Bekämpfung des Terrorismus" hinausgehen. Wir müssen uns damit beschäftigen, was es konkret heißt einzufahren, unter Bedingungen des 24-Programms im Knast nach Überlebensstrategien zu suchen. Umgehen lernen mit der Angst jeden Tag bedroht zu werden, sei es durch Hausdurchsuchung, Strafverfahren, Beugehaftandrohung. Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen, in welchem Verhältnis dieser Preis, den wir bezahlen müssen zu dieser Aktionsform steht, in die wir so viele Hoffnungen gelegt haben.
- in der Frage der Widerstandsperspektive „gefällter Strommast", nicht nur für die Anti-AKW-Bewegung.

Wir sehen in diesen Fragen eine Möglichkeit in der Diskussion weiterzukommen; eine Diskussion, die seit der Hanau-Demo ins Stocken geraten ist. Die Hanau-Demo war vorläufiger Höhepunkt umgesägte Masten als Widerstandsform gegen das Atomprogramm offensiv zu vertreten, von den Bündnis-Gruppen getragen, vor allem in der Form von Nicht-Distanzierung.

Die Auseinandersetzung sehen wir als wichtige Voraussetzung für die Anti-AKW-Bewegung sich solidarisch zu ihren Gefangenen verhalten zu können und genau dazu sind wir gefordert.

Frankfurter AKW-G.

Rhein-Main

Einschätzung

Sternschnuppen

ein Diskussionspapier

Manche Dinge lassen sich dann besonders gut unterbringen, wenn gerade mal wieder ein paar Kinder in den Brunnen gefallen sind. Solchermaßen sollen auch hier die jüngsten Ereignisse genutzt werden, um einige Argumente einfließen zu lassen.

Die in den letzten Jahren mühsam auf den Weg gebrachten Auseinandersetzungen um die Strukturen unter uns, unser Verhalten zueinander, sollte endgültig den Hauch des Extravaganten verlieren. Viel zu oft noch werden Diskussion über unsere Normen und Moralvorstellungen, und inwieweit sie den herrschenden entsprechen, abgeblockt, weil sie zuviel Zeit, Nerv und Energien kosten.

Die in dieser Argumentation vollzogene Trennung zwischen Kämpfen gegen Startbahnen und Kämpfen um andere alltägliche Lebensformen, wird gerade in letzter Zeit wortreich bestritten, nichts desto trotz, nach wie vor gelebt.

Das mag auch daran liegen, daß die Verfechter/innen der Diskussion über emanzipatoriscchen Umgang die Notwendigkeit dieser Diskussion oft von der Moral ableiten. Dem moralischen Anspruch, sich im Alltag nicht den Protagonisten dieser gesellschaftlichen Ordnung zu ähneln. Sicherlich ein verständliches Anliegen; nur greift es unserer Meinung nach zu kurz.

Wenn wir die Mechanismen, die wir dieser Gesellschaft mit Recht vorwerfen (Arbeitshetze, Konkurrenz, Isolation, Ausgrenzung usw.), unter uns reproduzieren, werden wir nie ein wesentlich anderes Lebensgefühl entwickeln. Auf der einen Seite denunzieren wir diese Mechanismen als suchtfördernd, krankmachend letzthin menschenzerstörend, auf der anderen Seite sind die Konsequenzen und ihre Relevanz wahrhaft dünn.

Wir gehen los; das Wort „Widerstand" auf den Lippen wenden wir uns ganz radikal gegen nicht weniger, als die herrschende Kultur, die Nato, den Imperialismus; wir haben keinerlei gesellscchaftlich relevante Akzeptanz, keine liberale Lobby, nichts. Wir können uns, wenn wir tatsächlich gegen diesen Staat angehen wollen, überhaupt nicht erlauben unsere „kollektiven Strukturen" als gelegentlichen Luxus zu leben. Wo sonst, wenn nicht in diesem Rahmen, schöpfen wir denn Kraft, um unsere Kämpfe zu führen (die leider immer noch viel zu wenig Spaß machen). Wenn wir, im hier üblichen Maß, zerbrochene, reduzierte und vereinzelte Individuen bleiben, werden wir nie in der Lage sein, Widerstand zu entwickeln und bestimmte Situationen der Repression zu überstehen. Aber auch über diese Notwendigkeit hinaus: Wenn wir nicht jetzt und hier einen Bruchteil dieser, in allerlei Bücher verpackten, Utopien leben, untereinander, wozu denn dann die ganze Anstrengung? Für ein reines Gewissen? Für das Gefühl Politik zu „machen"? Oder gar die Revolution? Vielen Dank.

„Leben ist nur in der Revolte möglich". Sicher richtig, aber da steht „Leben" und nicht „von Date zu Date eilen" oder „sich dahin langweilen". Es klingt auch nichts durch davon, daß Beziehungen aus Gründen der Effektivierung des Kampfes auf die funktionale Ebene reduziert werden müssen oder das mann/freu bleich und elendig aussehen soll.

Doch zurück zu den Ereignissen. Eine konkrete Frage drängt sich auf. Wieso kommt es zu Aussagen,

Selbstbezichtigungen bei den Bullen, bis hin zum Umfallen, zum Deal, zum Preisgeben anderer? Weil unsere Schulung so schlecht war und die Bullen mit ihren genialen Verhörmethoden unsere Leute übertölpelt haben? Dies als Erklärung für die Bücher die erzählt wurden, geht am Kern der Dinge vorbei, ganz abgesehen von dem „Verrat". Es gibt nicht vieles was schlimmer wäre für uns, als ein „Umfaller/in".

- Die Bullen erfahren von jemanden, der authentisch seit Jahren dabei ist, viel genaueres, als von ihren abgefuckten Spitzeln.
- Die Leute, die wegen so jemanden einfahren, verstehen die Welt nicht mehr.
- Die Panik und Hysterie unter all denen, die mit demjenigen im weiteren Sinne zu tun hatten, kennt keine Grenzen.

Zugegeben, das was die letzten Wochen ablief war schon eine harte Nummer, aber die Zeiten der Repression werden Konjunktur haben, wie frau in unseren Analysen nachlesen kann. Der Apparat lief endlich mal in der Dimension für die er ausgelegt ist. Es wurde mächtig Druck gemacht und da gab's dann viel Angst, scheiß egoistische Angst, Angst um die eigene Haut, Angst in ihren widerlichen Knastsärgen zu landen. Weiß Gott berechtigte Angst.

In diesen Momenten im Auge zu behalten, daß sie uns (in den Verhören) die Angst nicht nehmen, sondern sie instrumentalisieren wollen; zu bedenken, daß Aussagen nur mehr Leuten diesselbe Angst bringt; gefühlsmäßig präsent zu haben, daß sich die eigene Haut „retten" läßt (durch Verrat), nur zum Preis von Identität; und das der Preis immer zu hoch ist, ist keine Frage von Schulung, sondern von Substanz - Identität! Mit hohlen Phrasen und kämpferischen Parolen ist der Angst nicht beizukommen.

Der Mensch als soziales Wesen geht ein bißchen kaputt in zerstörten sozialen Verhältnissen. Stark und menschlich wird er am ehesten dort, wo er der kaputten Sozialstruktur eine andere Alltagsrealität entgegensetzen kann. Die bestimmt auch uns mehr, als unsere Gruppentermine und Plenen. Daraus folgt auch eine positive Bestimmung des Kampfes. Ich kämpfe auch, weil

ich mich dazu in der Lage fühle und nicht weil mir eh alles scheißegal ist.

Die absolute Verzweiflung, der kalte Haß als Triebfeder impliziert eine innere Verhärtung, aus der heraus keine Rücksicht auf Angst und Zweifel anderer möglich ist. Vielleicht genügt das, eine Situation mit Knast für einen selbst auszuhalten. Aber wir sollten uns darum bemühen, nicht nach drei Jahren ausgebrannt und einsam zu sein.

Desweiteren wird es Zeit, Angst bei uns selbst nicht mehr zu ignorieren, oder bei anderen zu diffamieren, weil uns dieses Verhalten sonst immer wieder vor die Füße fällt. Die obermilitaristischsten und härtesten Macker haben doch die brüchigste Identität.

Sind wir so radikal wie wir tun, werden wir, da es wahrscheinlich nicht in 1-2 Jahren ausgestanden ist, unser Leben lang mit dem ganzen Krempel zu tun haben. Etwas mehr Verbindlichkeit wäre da schon angebracht. Und wenn wir nicht die Kraft haben, die von unserer glänzenden Analyseabteilung vorausgesagte Repression des Staates aufzufangen *ohne* „Umfaller", *nicht ohne* Ängstliche, *ohne* den Drang nach Rückzug nachzugeben, *nicht ohne* Pausen und Urlaub und *ohne* Existenzängste, *nicht ohne* Liebeskummer - dann, ja dann ist Leben nicht mal mehr in der Revolte möglich.

Gruppe Einstürzender Zweierbeziehungen

aus Rhein-Main-Info Nr.2

Schwarzes Brett

Kalender alt und neu / Anti-AKW-Adressen

Wer noch Interesse am Anti-AKW-Kalender 1988 hat, kann noch ein paar Exemplare erstehen, für jetzt nur noch DM 5,–, beim Arbeitskreis gegen Atomenergie Göttingen, Postfach 1945, 3400 Göttingen

Wer Lust hat, am nächsten Kalender mitzumachen: Der wird koordiniert von Münsteranern AKW-GegnerInnen und der atom-Redaktion. Bitte melden beim Umweltzentrum Münster oder der atom-Redaktion.

Speziell die Adressen (wegen Kalender, aber auch für einen aktuellen Adressenverteiler) werden künftig zentral gesammelt, und zwar über: Summa Summarum, Gisela Crémer, 3139 Laase Nr. 16, Telefon 05882 (Gorleben) 297.

Wandkalender Hochtemperaturreaktor
Einen Foto-Wandkalender zum Widerstand gegen den THTR hat die BI Umweltschutz Hamm e.V. herausgegeben. Erhältlich für 5 DM bei der BIU, Postfach 1242, 4700 Hamm 1.

★★★

Tonbildschau
Eine Tonbildschau über „Energieversorgung ohne Atomkraft" bietet der „Blickpunkt"-Verlag an. 50 Dias, eine Tonkassette und ein Begleitheft zu themen wie Energiepolitik, Energiesparen, alternative Energie. Preis: 175,–, Verleih: 45 DM.
Blickpunkt-Verlag, Schlosserstr. 9, 49 Herford
(Unser Rezensionsexemplar hatte keinen Ton auf der Kassette. Schämt euch!)

★★★

Aktionen gegen Urangeschäft
Eine Reihe dezentraler Aktionen gegen die Atomwirtschaft planen gemeinsam der BUND und die Gesellschaft für bedrohte Völker (verantwortlich jeweils die Freiburger Gruppen). Zwischen dem 11. und 30.4. soll vor allem auf die Auswirkungen der Atomgeschäfte auf Natur und Menschenrechte in der „3. Welt" hingewiesen werden. Kontakt BUND Freiburg, Tel. 0761/35254

★★★

Broschüre zur UAA Gronau
Der Arbeitskreis Umwelt Gronau hat eine Broschüre zur Geschichte, Funktion und Giftigkeit der Urananreicherungsanlage erstellt. Für zwo Märker erhältlich bei AKW Gronau, Udo Buchholz, Siedlerweg 7, 4432 Gronau

★★★

Neue Videos
Neue Videos aus der Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 78 Freiburg.
Themen u.a.: Knast, Kraaker, Basken, Irland, Nicaragua, Palästina.

Infomappe Futtermittel
Die BUND-Jugend Baden-ßWürttemberg hat eine Info-Mappe zur Problematik der Futtermittel-Importe aus der „3. Welt" in Industrieländer erstellt (die hungern, damit unserer Schweine was zu fressen haben...). Für'n Fünfer erhältlich bei:: BUND-Umweltzentrum, Rotebühlstr. 86, 7000 Stuttgart 1

★★★

Chemie in Niedersachsen
Chemische Bedrohungspotentiale in Niedersachsen hat der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) aufgelistet. Mit Karte und so. Für 8,50 DM zu beziehen über Umweltbüro, Alleestr. 1, 3000 Hannover 1.

★★★

Sonne ist billiger geworden
Eine Marktübersicht zu Solarzellen hat das Öko-Institut Freiburg (Hindenburgstr. 20) zusammengestellt. (Preis: 7,50 DM). Ergebnis: Die Preise sinken.

★★★

Windscale-Broschüre
Eine 1984 erstellte Broschüre des BUND zu Windscale ist jetzt wieder hochaktuell. Deshalb neu im Angebot. Für DM 6,– beim BUND, Erbprinzenstr. 18, 78 Freiburg.

★★★

ARGUS
Die „Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz e.V." (ARGUS) gibt Infoblätter heraus, die über Radioaktiv-Messungen berichten. Erhältlich über Thomas Spitzenberg, Friedrich-Ebert-Ring 44, 54 Koblenz

★★★

Endlager 3. Welt
Infos über die Endlagerung von Atommüll in der 3. Welt (Mittelmeer, Afrika, China...) verbreitet der Arbeitskreis Afrika (AKAFRIK), Lingener Str. 9, 44 Münster.

Kohle für Rosa (Spendenaufruf)
Hallo, Ihr lieben KämpferInnen gegen das Atom!
Die meisten Anti-WAA-Aktiven unter euch werden Rosa sicher kennen, Bäuerin, „Chaotenmutter" und liebste Freundin aus Kronstetten bei Wackersdorf. Trotz massivster Repression (z.B. 91 Festnahmen auf ihrem Hof im Herbst) steckt Rosa keinen Milimeter zurück und nach wie vor gibt es dort Pennplätze mit Vollpension zum Nulltarif.
Wir haben uns gedacht, es wäre wirklich an der Zeit, Rosa mal was Gutes zu tun und haben daher das Spendenkonto „Kohle für Rosa" gegründet.
Leute, ran an die Geldbeutel, Kohle ist echt gefragt – ihr wißt ja, Repression kostet Geld. Im Voraus 1000 DANK. Alle Kraft zum Kampf, nun erst recht, wünschen euch
die Aktivisten aus Vohburg!
Kohle für Rosa
Girokonto Nur. 613554
Vereinigte Sparkasse des Landkreises Pfaffenhofen, BLZ 72151650

★★★

Scheiß weggehaun
Die Sprengung eines Strommastes am AKW Krümmel vermeldete am 14.1.88 die Gruppe „Hau weg den Scheiß" und versprach: „Verschärfte Gesetze werden den Widerstand nicht verhindern können."

★★★

Neue Materialliste
Eine Materialliste für Bestellungen (Aufkleber, Poster, Videos, Broschüren, Bücher etc.) hat das Anti-WAA-Büro, Postfach 1145, 8460 Schwandorf herausgegeben. Tel. 09431/1029.

★★★

High-Tech-KZ's
Das ist der Titel einer Broschüre der Bunten Hilfe Darmstadt, in der es um neue Hochsicherheitsknäste in Berlin und Darmstadt geht.
Bunte Hilfe, Wilhelm-Leuschner-Str. 39, 61 Darmstadt, DM 8,–

★★★

Salzgitter-Doku
Der Arbeitskreis gegen Atomenergie Braunschweig hat zum Schacht Konrad und seinen Auswirkungen auf die Region eine Broschüre erstellt: „Eine Region wird endgelagert". Preis: 2,50 DM
Bestellungen über E. Vulkano, Geysostr. 21, 33 Braunschweig.

★★★

Liebe Leute von den Standorten! Wir bekommen von euch zu jeder Nummer sehr viel Post. Das ist toll! Wir haben aber das Problem, daß wir es einfach nicht schaffen, uns durch diesen Berg von Post durchzuarbeiten. Deshalb gehen viele wichtige Sachen unter. Bitte unterstützt uns dadurch, daß Ihr möglichst druckreife (vom Text her) Sachen schickt, die auch von der Länge her dem/den Ereignis/sen entsprechen. Bei längeren Artikeln wäre eine vorherige Ankündigung sehr hilfreich, damit sie rechtzeitig eingeplant werden können. Liebe Grüße eure atomis.

Im Gemeinschaftsprojekt der Buchläden:

Keine Freiheit, Gießen
Rote Straße, Göttingen
Schwarze Risse, Berlin
sind erschienen/erscheinen:

Autonomie 14
- Massenarmut und Existenzrecht
- Frauenarbeit und kapitalistische Reproduktion
- Klassenreproduktion und Kapitalverhältnis
- Völkermord gegen soziale Revolution
- das US-imperialistische System von Bretton Woods

287 Seiten, DM 14.-

Autonomie 10
- Neuzusammensetzung der Unternehmerklassen in drei Kontinenten
- Die Krise der 70er Jahre
- Ölkrise, Inflation, Regie d. Multis
- Reproduktion der Armut

60 Seiten, DM 7,-

Materialien für einen neuen Anti-Imperialismus 1
- Mittelamerika-Nord-Mexiko-USA
- Migration / kriegsförmige Mobilisierung / Vertreibung / Low Intensity Warfare / transnation. Klassenauseinandersetzungen
- Ökonomie des Widerstands

(April 88)

Materialien für einen neuen Anti-Imperialism. 2
- Brasilien
- Migration / Hunger / Bevölkerungspolitik / Vernichtung
- die „neuen" Klassenkämpfe in Brasilien / Streiks / Plünderungen / Landbesetzung copycats / Blockierung des Entwicklungsmodells

(Juni 88)

Leben als Sabotage
D. Hartmann
Zur Krise der technologischen Gewalt, mit aktuellem Vorwort
Reprint, Juni 88, DM 10,-

Die Autonomie 10 und 14 sowie die Materialien zu Migrationsbewegungen - transnationale Klassenauseinandersetzungen sind unabdingbare Lektüre für die Diskussion um einen neuen Internationalismus (IWF-Kampagne!!)

Bestellungen an:
Buchladen Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2, Tel. 6928779
Gruppen u. Einzelbestellungen bitte Vorauszahlung:
Postgirokonto 2908 91 - 103
M. Junk Verlag

Umwelt informationen für Niedersachsen

AKTIONEN · ALTERNATIVEN · ANALYSEN · ARGUMENTE · BERICHTE ·

Der Umweltbericht der niedersächsischen BIs in Fortsetzungen

UIN 15/16: Umweltpolitik in den Gemeinden
156 S. DM 14,80

UIN 18: Naturschutzgebiete in Niedersachsen
56 S. DM 6,80

UIN 19: Privatisierung von Kläranlagen?
76 S. DM 6,50

UIN 20: "Der nächste Störfall kommt bestimmt!"
68 S. DM 8,50

In Vorbereitung:

- Schwermetallschwarzbuch
- ÖPNV in der Fläche
- Umweltberatung

DOKUMENTE · INFORMATIONEN · MEINUNGEN · STRATEGIEN ZUM UMWELTSCHUTZ UND ZUR UMWELTPOLITIK

Herausgeber und Bezug:
Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V.
Alleestr. 1 · 3000 Hannover 1
Telefon: 0511- 700977

DIE GRÜNEN

Ökologisch · sozial · basisdemokratisch · gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstützung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grünen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an:
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kündigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: _____

_____

_____ :

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

_____

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch · sozial · basisdemokratisch · gewaltfrei

Neuerscheinung

Aus dem Inhalt:

Importabhängigkeit: Erdöl
Das Ende des billigen Öls
Die Entwicklungsländer in der Ölpreiskrise
Feuerholz — die andere Energiekrise
Bevölkerungswachstum und Energiekrise
Verstädterung: Abgeschnitten von traditionellen Energiequellen
Energieeinsparung: Auch für Entwicklungsländer?
Erschließung eigener Energiequellen
Kernenergie für die Dritte Welt?
Steigender Energieverbrauch als Sachzwang — Ein Energieweltbild zerbricht
Können die endlichen Energieressourcen geschont werden?
Eine neue Ölpreiskrise?
Krieg um die Rohölquellen?
Exportieren wir unsere Energieverschwendung?

168 Seiten · 12.80 DM
ISBN 3-922263-03-2

Bezug: Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328 — 7800 Freiburg
Für den Buchhandel: Prolit Vertrieb, Gießen

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:

Nr. 146 · Dezember 1987

Afghanistan
Sudan — Interview mit Costello Garang
Adler in Sri Lanka
Die Weltbank

Themenschwerpunkt:

US-Politik im Golf
Diktatur der Baath-Partei
Deutsch-Iranische Handelsbeziehung
Lernen für den Krieg
Islam und Nationalismus
Rezensionen zum Themenblock
Grüne Stiftung

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,- (DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr. Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Wildcat

WILDCAT NR.43
erschienen im Januar 88:

Bericht über Rheinhausen / Erfahrungen im Großbetrieb / Nochmal zum Eisenbahnarbeiterstreik in Frankreich / Interview über die Streiks in Italien / Arbeiter bei Mercedes in Vitoria-Baskenland berichten über ihren Kampf / Südkorea Teil II / Brasilien: Arbeiter, Besetzer, Banditen / USA: Kampf gegen gespaltene Löhne (im Krankenhaus) / Kurzbericht zu den Streiks in der Türkei

Bestellungen durch Überweisen auf "Sonderkonto Zeitung" H. Dietrich Kto.-Nr. 31502-109, Postgiroamt Berlin; 1 Heft 3,30 (inkl. Porto)
Abo: 10 Mark für vier Hefte
Außerdem suchen wir immer mehr WeiterverkäuferInnen, bitte wendet Euch an:
Sisina, Postfach 360 527
1000 Berlin 36

DIE LINKE UND DIE GEMEINSAMKEIT DER DEMOKRATEN

Warum Marx und die alte Arbeiterbewegung bloß eine Josefs-Ehe führten. Warum Lenin die Demokratie mit Sozialismus verwechseln mußte. Warum die „neuen sozialen Bewegungen" die Demokratie immer weiter demokratisieren wollen.

VOM WARENFETISCHISMUS ZUM DEMOKRATIE-FETISCHISMUS:

Artikel und Diskussionsbeiträge in „MARXISTISCHE KRITIK" Nr. 4

123 Seiten, DIN A 5
Einzelnummer 8.- DM
(plus Porto und Versand)
Abonnement: 4 Nummern 32.- DM
(einschl. Porto und Versand)

VERLAG MARXISTISCHE KRITIK
Postfach 2111 · 8520 Erlangen

ATOMMÜLLTRANSPORTE LAUFEN WIE GESCHMIERT, LASST UNS SAND SEIN DER BLOCKIERT !!!

Collective Luka Foundation
www.Luka.org
Digitized 2016